

**Erste Beratung der Ostverträge  
im Deutschen Bundestag  
am 23., 24. und 25. Februar 1972**

**Mit dem Bericht der Bundesregierung  
zur Lage der Nation**

# Inhalt

## 171. Sitzung am 23. Februar 1972

Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel	7	Abgeordneter Wolfgang Mischnick	47
Bundeskanzler Willy Brandt	8	Abgeordneter Richard Stücklen	51
Bundesaußenminister Walter Scheel	11	Bundeskanzler Willy Brandt	59
Abgeordneter Dr. Rainer Barzel	19	Abgeordneter Dr. Rainer Barzel	59
Abgeordneter Herbert Wehner	29	Bundesminister Dr. Horst Ehmke	59
Abgeordneter Kurt Georg Kiesinger	35	Abgeordneter Dr. Rainer Barzel	60
Bundeskanzler Willy Brandt	41	Abgeordneter William Borm	60
Abgeordneter Dr. Rainer Barzel	45	Abgeordneter Dr. Gerhard Schröder	65

## 172. Sitzung am 24. Februar 1972

Bundesminister Egon Franke	71	Abgeordneter Heinrich Windelen	110
Abgeordneter Dr. Richard von Weizsäcker	74	Bundesminister Hans-Dietrich Genscher	117
Abgeordneter Kurt Mattick	79	Abgeordneter Franz Josef Strauß	120
Abgeordneter Franz Amrehn	84	Bundesminister Helmut Schmidt	128
Abgeordneter Dr. Ernst Achenbach	87	Parlamentarischer Staatssekretär Karl Moersch	137
Abgeordneter Dr. Werner Marx	91	Abgeordneter Dr. Rainer Barzel	140
Abgeordneter Rolf Heyen	99	Bundesminister Helmut Schmidt	141
Bundesminister Dr. Horst Ehmke	101	Abgeordneter Dr. Manfred Wörner	141

## 173. Sitzung am 25. Februar 1972

Abgeordneter Dr. Friedrich Zimmermann	143	Abgeordneter Dr. Erich Mende	183
Bundeskanzler Willy Brandt	147	Bundesminister Walter Scheel	185
Abgeordneter Dr. Rainer Barzel	149	Abgeordneter Dr. Gerhard Schröder	190
Bundesminister Dr. Erhard Eppler	154	Bundesminister Walter Scheel	193
Abgeordneter Dr. Herbert Czaja	159	Abgeordneter Dr. Richard von Weizsäcker	194
Parlamentarischer Staatssekretär Wolfram Dorn	164	Bundesminister Walter Scheel	195
Abgeordneter Hans Katzor	167	Abgeordneter Herbert Wehner	196
Abgeordneter Dr. Carlo Schmid	169	Abgeordneter Dr. Werner Marx	197
Abgeordneter Dr. Klaus-Peter Schulz	179	Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel	197
Abgeordneter Walter Bohrendt	181		

## Anhang

Entschloßung des Bundesrates vom 9. Februar 1972	199	Sachregister	203
Gegenäußerung der Bundesregierung vom 16. Februar 1972	201	Personenregister	206

**Prof. Dr. Horst Ehmke,**  
Bundesminister für besondere Aufgaben:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In diesem Hause bestand und besteht Einigkeit darüber, daß das Haus vor einer der wichtigsten Entscheidungen steht, die es in seiner Geschichte zu treffen hat. Gemessen an dieser Bedeutung ist mir aufgefallen, daß in den Beiträgen der Opposition eigentlich wenig von dem geschichtlichen Atem zu spüren ist, der diese Frage begleitet.

Das gilt auch für die Rede von Herrn Kollegen Schröder, so sehr ich deren meisterhafte Form bewundert habe; denn diese Rede hat sich ja zur Substanz, nicht nur zu Berlin, sondern zur Substanz der Verträge überhaupt nicht geäußert, sondern sich auf verfahrensmäßige und methodologische Bemerkungen beschränkt. Sie war darin allerdings weit qualifizierter als die ausgewählten Erzählungen von Herrn Kollegen Marx.

Herr Kollege Marx, die Rede, die Sie hier gehalten haben, war eine Rede, die in Weimar manche Deutsch-nationale gehalten haben. Ich sage manche Deutsch-nationale, weil zu sagen alle Deutschnationalen den Deutschnationalen der Weimarer Republik Unrecht tun würde.

Auf die Rolle der Deutschnationalen in Weimar komme ich noch zurück.

Ich war eigentlich der Meinung, Herr Kollege Barzel, wir könnten uns und diese Debatte selbst insofern nicht geschichtslos betrachten, als wir darin übereinstimmen könnten, daß heute hier in diesem Hause nicht mehr das gesagt werden kann, was Herr Kollege von Merkatz am 19. März 1953 hier gesagt hat: bei der Frage der Wiedervereinigung gehe es

– Zitat –

nicht um einen im Wege des Verhandeln und des Brückenbaus zu schaffenden Ausgleich, sondern um die Befreiung der besetzten deutschen Gebiete.

Ich glaube, davon, daß diese Töne vorbei sind, können wir und sollten wir gemeinsam ausgehen, und nicht von den Tönen, die wir damals gehört haben und die wir zum Teil heute wieder hören.

Ich möchte vielmehr bei aller notwendigen Auseinandersetzung festhalten, Herr Kollege Barzel, daß Sie – und das war in dieser Form neu – gestern mit der Bundesregierung darin übereingestimmt haben, daß die Lösung der deutschen Frage ein geschichtlicher Prozeß sei, dessen einzelne Stationen man heute noch nicht absehen könne.

*(Abg. Dr. Barzel: Der Satz geht weiter,  
Herr Kollege Ehmke!)*

– Vielleicht können Sie es ergänzen; ich habe es nicht hier.

*(Abg. Dr. Barzel: Für den man aber heute nicht den Weg verbauen dürfte durch Zementieren, was die Bundesregierung mit ihrer Politik tue!)*

In dieser Zielsetzung sind wir einig; in Ihrer Behauptung sind wir nicht einig. Darauf gehe ich noch ein.

Aber, Herr Kollege Barzel, ich wollte hier noch einmal mehr Gemeinsamkeiten festhalten. Ich darf davon ausgehen, daß wir uns auch darin einig sind, daß es heute nicht darum geht, die deutsche Einheit zu erreichen oder aufzugeben. Um diesen Prozeß in die Zukunft hinein im Sinne unserer Interessen zu gestalten, Herr Kollege Barzel – auch darin werden wir uns einig sein –, muß man doch den unheilvollen geschichtlichen Prozeß mit im Auge behalten, der zur Teilung unseres Vaterlandes geführt hat. Dieser Prozeß, meine Damen und Herren, hatte mit dem Linksradikalismus, der in dieser Debatte so oft erwähnt worden ist, nichts zu tun, er war das Werk des Rechtsradikalismus in Deutschland und seiner deutschen Mitläufer.

Aber gerade weil wir trotz der uns aufgezwungenen staatlichen Teilung an der durch die Jahrhunderte gewachsenen nationalen Einheit festhalten wollen, sind wir uns doch auch, Herr Kollege von Weizsäcker, sicher darin einig, daß man aus der Geschichte dieser Nation nicht beliebig aussteigen kann. Ich muß sagen, ich habe mit Erstaunen gehört, daß Sie die Geschichte und die Bedeutung der deutschen Nation im wesentlichen auf das Jahr 1871 reduzieren wollen, und das in einer Zeit der abnehmenden Bedeutung des Nationalstaates und seiner Souveränität.

Ich habe auch mit Interesse vernommen, daß die Bemerkungen des Bundeskanzlers über die Bemühungen in beiden Teilen Deutschlands um das Erbe der klassischen deutschen Literatur bei Herrn Marx offenbar nur Unverständnis hervorrufen können; ich muß allerdings hinzufügen: ich hatte es nicht anders erwartet.

Meine Damen und Herren von der Opposition, bei der Politik, die diesen Ostverträgen zugrunde liegt, bei der Friedenspolitik, bei der Entspannung auch gegenüber unseren osteuropäischen Nachbarn und bei dem Ausgehen vom territorialen Status quo, auch bei der Erstreckung des Gewaltverzichts auf diese Frage muß man doch diese historische Dimension sehen. Ich habe, offen gestanden, Herrn Kollegen Schröder gestern nicht verstanden, als er von den sogenannten Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges sprach, denn diese Ergebnisse sind doch wohl real genug.

Herr Kollege Barzel, wenn Sie gestern die berechtigte Frage aufgeworfen haben, wer denn heute den Frieden in Europa störe, so fürchte ich, daß, so berechtigt die Frage ist, diese geschichtliche Dimension in ihr fehlt. Denn sehen Sie: die Frage von Krieg und Frieden in Europa, insbesondere zwischen unserem Volk und den osteuropäischen Völkern, ist eine Frage, die viel älter und sehr viel geschichtsträchtiger ist als die Frage, mit der wir es heute zu tun haben, nämlich die sie überdeckende Frage der Auseinandersetzung zwischen parlamentarischer Demokratie und Kommunismus. Da hat es noch ganz andere Faktoren gegeben. In meiner Heimat z. B. war es einer der wesentlichen Gründe für die Härte der Grenze, daß sich die nationale Grenze fast völlig deckte mit der konfessionellen Grenze. Das sollte gerade Ihnen doch zu denken geben.

Ich habe für mich als Danziger aus der wechselvollen Geschichte des Miteinanders und gegeneinanders und schließlich des blanken Hasses, der Ver-

nichtung und der Vertreibung den Schluß gezogen, daß wir nicht mit dem Blick in die Vergangenheit und auch nicht mit dem Blick auf uns geschehenes Unrecht — denn auch das hat es gegeben — in Bitterkeit verharren dürfen, sondern daß im Interesse unserer Kinder, der deutschen Kinder wie der polnischen Kinder, endlich Schluß sein muß mit alten Rechnungen; und zwar keineswegs nur darum, weil — so lautet ja bei manchem die Begründung — heute die modernen Massenvernichtungswaffen einen Krieg zum gemeinsamen Selbstmord machen würden. In dieser Haltung weiß ich mich einig mit der ganz überwiegenden Mehrheit unserer Vertriebenen. Ich akzeptiere also als jemand, der seine Heimat im Osten verloren hat, nicht nur die Friedenspolitik der Bundesregierung, sondern als deren konkreten Bestandteil auch das Ausgehen vom territorialen Status quo für die weitere Politik.

Wir alle wissen: die alte Ordnung ist von Hitler und seinem Wahnsinn zerstört worden. Wir meinen, daß es eine solidere Ordnung für den Frieden in Europa geben kann und geben muß, als sie heute besteht. Aber für eine gemeinsame europäische Politik in dieser Richtung gehen wir von dem aus, was ist.

Herr Kollege Marx, um noch einmal auf Sie zurückzukommen: Sie haben heute eine frühere Rede des Bundeskanzlers zitiert und dann gesagt, er sei von dieser Rede abgewichen. Ich bin der Meinung, auch für unsere Zuschauer und Zuhörer draußen im Lande ist es doch wichtig, einmal an einem Beispiel zu zeigen, wie hier von der Opposition mit dem Wort des Kanzlers dieses Staates umgegangen wird. Der Bundeskanzler hat gerade gestern gesagt — gestern —:

Mir wird vorgehalten — so erst kürzlich, ich glaube in der vergangenen Woche, von dem Kollegen Strauß —, ich hätte 1962 gesagt, man könne einem Volk zwar die Teilung auferlegen, aber nicht verlangen, daß sie von diesem akzeptiert und unterschrieben werde.

Also der gleiche Vorwurf, den Herr Marx heute hier in großen Tönen wiederholt. Der Kanzler hat gestern gesagt: Bei dieser Meinung bleibe ich. Heute unterstellt man ihm hier in schamloser Weise das Gegenteil.

Der Kanzler hat gestern gesagt — ich darf zitieren —:

Ich weise es auch heute als unzumutbar zurück, nachträglich die Zustimmung zur Teilung Deutschlands zu geben. Dies wäre ein Verstoß gegen unsere Würde, gegen unsere Geschichte, gegen unsere Interessen. Niemand kann das von uns verlangen.

Ich wäre dankbar, Herr Marx, wenn Sie das wenigstens jetzt zur Kenntnis nähmen.

Herr Kollege Barzel, Gewaltverzicht in bezug auf die in Europa bestehenden Grenzen einschließlich der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und daneben dem allgemeinen Gewaltverzicht — die Hinnahme der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens durch die Bundesrepublik ohne Vorgriff auf den Friedensvertrag eines gesamtdeutschen Souveräns, sind zwei der wichtigsten Bestandteile dieses Vertrages und unserer zukünftigen Politik. Herr Kollege Barzel, ich muß sagen, ich kann es nicht verstehen — aber vielleicht können Sie es mir er-

klären —, wenn Sie sagen, dieses Ausgehen von den bestehenden Grenzen sei ein Ausflug in „Großmannssucht“.

(Abg. Dr. Barzel: *Aller Grenzen überall in Europa!*)

Ja, Herr Kollege Barzel, ich fürchte, das einen Ausflug in Großmannssucht zu nennen verrät einen mangelnden Sinn nicht nur für die geschichtlichen, sondern auch für die psychologischen und politischen Dimensionen dieser Frage.

Herr Kollege Schröder, Sie haben völlig recht: die Vorwegnahme eines Friedensvertrages — darin sind wir uns völlig einig — wäre uns auch rechtlich gar nicht möglich gewesen. Wir stimmen darin völlig überein. Nur, Herr Kollege Schröder, die Tatsache, daß das so ist, schmälert doch nicht das Verdienst unseres Außenministers, mit Polen einen Vertrag abgeschlossen zu haben, der den Rechtsgegebenheiten Rechnung trägt. Schließlich sind ja die Polen nicht an unser Grundgesetz gebunden, und das gleiche gilt für den Moskauer Vertrag und die sowjetische Führung.

Doch lassen Sie mich bei diesem Grundsatz verweilen, denn, Herr Kollege Barzel — und da hätte ich gern eine Antwort von Ihnen —, ich bin mir nach der bisherigen Debatte nicht klar über die Stellung der Opposition zu der Frage des Erstreckens des Gewaltverzichts auf den bestehenden territorialen Status quo und des Ausgehens von diesem Status quo für die weitere Politik.

Herr Kollege Schröder hat gestern dankenswerterweise hervorgehoben, welche Gemeinsamkeiten noch zwischen uns bestehen. Er hat das im einzelnen aufgezählt, aber, Herr Kollege Schröder, der Grundsatz, daß sich der Gewaltverzicht auf den territorialen Status quo erstreckt, der Grundsatz des Ausgehens vom territorialen Status quo fehlt bei Ihnen unter den Gemeinsamkeiten.

Sie dagegen, Herr Kollege Barzel, haben erklärt, die Verträge von Moskau und Warschau — also offenbar auch der zu ihnen gehörende Grundsatz des Ausgehens vom territorialen Status quo — könnten für die CDU zustimmungsfähig werden, wenn drei Bedingungen erfüllt seien, auf die ich nachher noch im einzelnen eingehe: EWG, Selbstbestimmungsrecht, Freizügigkeit.

Wenn das so ist — und mir liegt hier wirklich an einer Klarstellung, Herr Kollege Barzel —, dann ist es doch offenbar so: das Nein der Opposition zu diesen Verträgen bezieht sich gar nicht auf deren Kernbereich, jedenfalls nicht auf das Ausgehen der deutschen Politik vom territorialen Status quo. Diese Frage ist eminent wichtig, und ich bin der Meinung, die Opposition sollte Verständnis haben für unsere Bitte, von ihr in diesem Punkte die Klarheit zu bekommen, die Herr Kollege Schröder gestern in diesen Fragen mit Recht auch von der Regierung gefordert hat.

Ich bin der Meinung, diese Klarheit ist aus einer Reihe von Gründen erforderlich. Herr Kollege Barzel, sie ist erforderlich einmal gegenüber unseren westlichen Alliierten, die wissen müssen, ob auch bei einem wie immer begründeten Nein die Opposition diesen realistischen Ausgangspunkt und Ansatzpunkt der Ostpolitik dieser Bundesregierung akzeptiert oder nicht.

Und wir sollten doch die Frage der Zustimmung unserer Verbündeten zur deutschen Politik nicht so herun-

terspielen, wie das zum Teil getan worden ist. Herr Kollege Schröder, ich muß sagen, daß Sie gestern gemeint haben, dies sei eine Politik, die die westliche Einheit schwäche, das war eine wenig solide Äußerung, denn Sie können sich doch jeden Tag vom Gegenteil überzeugen.

(Abg. Dr. Schröder [Düsseldorf]:  
*Sie werden es noch einmal erleben!*)

Herr Kollege Schröder, Sie weichen doch sonst nicht gern in die Zukunft aus. Halten Sie sich doch nun hier einmal an Tatsachen. Sie können sich jeden Tag von der wachsenden Einheit überzeugen.

Herr Kollege Barzel, ich muß leider noch einmal auf Ihre gestrige Auseinandersetzung mit dem Kollegen Wehner zurückkommen. Zunächst einmal muß ich betonen, der Herr Kollege Wehner hatte nicht das gesagt, was Sie behauptet haben, sondern er hatte das Kommuniqué über die Gespräche zwischen dem Bundeskanzler und dem amerikanischen Präsidenten dahin zusammengefaßt, daß zwischen beiden Regierungen völlige Übereinkunft bestehe.

(Abg. Dr. Barzel: *Nein, das Zitat lautet anders!*)

So hat er das zusammengefaßt. Und Sie haben gemeint, er habe gesagt, das stünde gewissermaßen als Satz in dem Kommuniqué. Das hat er gar nicht behauptet. Dies ist die Quintessenz des Kommuniqués. Das hat der amerikanische Präsident an anderer Stelle selbst gesagt.

(Erneuter Zuruf des Abg. Dr. Barzel.)

— Das hat er, Herr Kollege Barzel, an anderer Stelle selbst gesagt, und nun kann man es doch nicht so trennen, daß man sagt: der amerikanische Präsident hat recht, wenn er es sagt, aber wenn Wehner es zitiert, ist es falsch. — So kann man hier weder mit uns noch mit unseren Verbündeten draußen umgehen.

Ich danke für die Klarstellung, die Sie gestern gegeben haben, aber ich kann mich nach wie vor nicht mit der Vorstellung befreunden, es sei irgendwie vorwerfbar, oder Sie dürften hier deswegen Belehrungen erteilen, wenn sich der Fraktionsführer der SPD für diese deutsche Politik auf die völlige Übereinstimmung mit unseren Hauptverbündeten beruft. Das ist doch eine der wesentlichen Voraussetzungen für jede deutsche Politik!

(Abg. Dr. Barzel: *Aber das stimmt doch so gar nicht!*)

— Dann habe ich Sie immer noch nicht verstanden, aber die Sache ist nicht klargestellt, Herr Barzel. Ich bitte Sie, dann noch einmal zu sagen, was damit gemeint war.

(Abg. Dr. Barzel: *Wir werden das klarstellen!*)

Klarheit darüber, wie es die CDU denn eigentlich mit dieser territorialen Frage hält, ist zweitens erforderlich gegenüber unseren Vertragspartnern, und zwar nicht nur hinsichtlich der Frage, vor der Sie ja bald stehen werden — denn die Verträge werden in Kraft treten —, wie Sie sich nach Inkrafttreten der Verträge verhalten.

Drittens ist diese Klarstellung erforderlich gegenüber den Wählern, und zwar vor allem gegenüber den Ver-

triebenen, die dieser Debatte doch mit besonderem Interesse zuhören werden.

Verehrte Kollegen von der Opposition, es wäre nach meiner Meinung verhängnisvoll für die weitere innenpolitische Auseinandersetzung, wenn Sie etwa wegen der in dieser Beziehung in Ihren Reihen bestehenden Meinungsverschiedenheiten — die kann ich sehr gut verstehen.

Herr Kollege Hupka und ich sind hier auch verschiedener Meinung — durch ein allgemeines Nein die Frage offenlassen oder verschleiern, wie die Union dazu steht, bei der weiteren deutschen Politik vom bestehenden territorialen Status quo auszugehen, ob sie das akzeptiert oder nicht. Für die Menschen draußen, meine Herren, ist das eine der wesentlichsten Fragen, mehr als die juristischen Auslegungsfragen, die hier zum Teil behandelt werden. Das gilt besonders für meine vertriebenen Landsleute. Für die steht ja auch der Polen-Vertrag im Vordergrund und nicht der Moskauer Vertrag, während es bei Ihnen genau umgekehrt ist.

Ich möchte da nicht mißverstanden werden. Ich meine nicht die Frage, wie sich die CDU/CSU nach der Ratifizierung der Verträge verhalten werden. Denn daß sie dann die Verträge respektieren, ist in einem demokratischen Verfassungsstaat eine Selbstverständlichkeit. Darüber braucht man nicht zu reden. Die Frage ist vielmehr, wie sie sich politisch einstellen werden und ob sie gerade diesen zentralen Grundsatz akzeptieren werden. Darüber muß der Wähler Klarheit haben.

Sie sehen, daß ich den Wähler als mündigen Wahlbürger ernster nehme, als das gestern Herr Kollege Kiesinger getan hat, der dem Wähler einen beschränkten Tageshorizont bescheinigt hat, übrigens eine Bemerkung, die mir manche seiner Äußerungen im baden-württembergischen Wahlkampf erst recht verständlich macht, einschließlich eines — entschuldigen Sie — ebenso banalen wie schlimmen Mißbrauchs eines Bibelwortes. Sie wissen, worum es geht. Ich könnte es anders ausdrücken, dann hätte ich Blasphemie gesagt, aber das habe ich nicht getan, Herr Lenz.

Doch zurück zu den wichtigen Dingen. Klarheit ist auch für die Einschätzung der deutschen Politik erforderlich. Wenn ich deutsche Politik sage, meine ich die Politik der Opposition und der Regierung in dieser Frage. Herr Barzel, darf ich mich auch hier wieder an Sie wenden. Auch Sie sind aus der kalten Heimat, und wir gehören beide zu einer Generation.

Für die Einschätzung der deutschen Politik draußen, Herr Barzel — und da stimmen wir sicher überein —, ist es eine zentrale Frage, wieviel Realitätssinn die deutsche Politik aufbringt und wieviel Realitätssinn man uns draußen zutraut. Das kommt nicht von ungefähr. Mangelnder Realitätssinn ist ja oft eines der negativen Kennzeichen deutscher Politik gewesen, nicht erst im Wilhelminismus. Wir sollten uns diese längerfristige Tendenz nicht durch die Greuel des Nationalsozialismus, die dann noch ganz andere Probleme aufgeworfen haben, verdecken lassen.

Mein verehrter Lehrer Rudolf Smend, einer unserer großen konservativen Köpfe — konservativ im guten Sinne des Wortes verstanden —, hat in der Auseinan-

dersetzung der Weimarer Zeit einmal gesagt, unser Volk schwankte in unglücklicher Weise zwischen Staatsverneinung und Staatsvergötzung, zwischen Machterhaltung und Machtanbetung hin und her. Dies hängt nicht unbedingt mit negativen Zügen unseres Volkscharakters zusammen, wie ja auch oft bei einer Einzelperson Licht- und Schattenseiten eng beieinander liegen. Ich glaube vielmehr, es hängt mit sehr positiven Seiten unserer Entwicklung zusammen, mit den Zügen unserer Entwicklung, die uns einmal den Beinamen des Volks der Dichter und Denker eingetragen haben — lang ist es her —, mit den Zügen einer Geschichte, die man einmal die Geschichte einer „verspäteten Nation“ genannt hat.

Nun bin ich doch sicher, meine Herren von der Opposition, daß wir uns auch heute noch alle darin einig sind, daß nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes die gemeinsame Aufgabe der Demokraten darin bestand und besteht, gegenüber dieser grenzenlosen Machtanbetung und diesem grenzenlosen Machtmißbrauch, gegenüber diesem völligen Verlust an Realitätssinn wieder Maß und Mitte in der Politik unseres Volkes zu finden.

Gestatten Sie mir dazu ein persönliches Wort. Wenn ich und viele meiner Generation in der Frage der Ostpolitik so entschieden auf der Seite von Willy Brandt stehen, so ist das weit über Parteipolitik hinaus ein Stück unseres Bewußtseins, dadurch an der Erfüllung des Auftrags mitzuarbeiten, den, so meine ich jedenfalls, die Geschichte unseres Volkes gerade unserer Generation gestellt hat. Denn, meine Damen und Herren von der Opposition, zu behaupten, 25 Jahre nach dem Zusammenbruch, nach dem Ende des Hitler-Krieges, sei noch alles offen und mit diesen Verträgen würde nun unter anderem etwa das Land jenseits der Oder und Neiße fortgegeben oder preisgegeben, ist juristisch unrichtig und ist politisch bar jeden Realitätssinns.

Das heißt, entweder den Kopf in den Sand zu stecken oder aber, noch schlimmer, Heuchelei zu betreiben.

Ich wäre daher dankbar, deutlich die Meinung der Union und der Opposition zu hören zu dieser Frage des Ausgehens vom territorialen Status quo. Sie ist in den wesentlichen Stellungnahmen bisher offengeblieben.

*(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]:  
Seit wann fragt die Regierung?)*

Beide fragen in der Demokratie! Sie sollten nicht dieses obrigkeitsstaatliche Verhältnis zur Regierung haben, daß sie immer nur antwortet, sondern die Demokratie ist ein Dialog zwischen beiden Seiten dieses Hauses.

Schließlich ist diese fehlende Klarheit auch wichtig für die Frage der Ernsthaftigkeit unseres Friedenswillens und Ihres Friedenswillens. Niemand, Herr Kollege Barzel, bestreitet der Opposition, daß auch sie den Frieden will. Das ist aber gar nicht die Frage.

Die Frage, Herr Kollege Stücklen, ist nicht die, ob Sie allgemein und abstrakt für den Frieden sind, sondern die Frage ist, ob Sie wie wir bereit sind, das von unserer Seite Notwendige heute für den Frieden zu tun. Das ist die Frage!

Für den Frieden zu sein, ist doch sehr einfach, ebenso gut, wie gegen die Sünde zu sein. Die konkrete Frage ist: Sind wir bereit, das in unserer Macht Liegende und Notwendige zu tun, auch dann, wenn es schmerzhaft ist? Diese Frage, Richard Stücklen, sollten wir nicht immer überdecken mit dieser allgemeinen Frage nach der Friedenspolitik.

Es ist doch nicht so, daß man sagt — wie es hier zum Teil getan wird —: Jeder einigermaßen konservative Mensch muß zu dem Ergebnis kommen, diese Verträge seien gar nicht zu verantworten, und welche starken Vokabeln Sie alle gewählt haben. Sehen Sie, Klaus Mehnert ist sicherlich ein sehr konservativer Mann, und sicherlich ein Mann, der mehr Sachverstand in Ostfragen hat als viele von uns hier im Hause. Er hat gesagt: Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist ein Optimum minus zehn. Er hat Ihnen geraten — aber darüber haben Sie offenbar noch nicht diskutiert —, es sei wohl das Richtige, die Abstimmung in dieser Frage, die auch eine Gewissensfrage ist, freizugeben, so wie wir das tun.

*(Unruhe.)*

Ich wäre dankbar zu hören — — Verehrte Damen und Herren, ich verstehe Ihre Unruhe, aber die ist leicht zu beseitigen, indem Sie mir eine einfache Antwort auf eine einfache Frage geben. Ihr Parteifreund Simpfendörfer, meine Damen und Herren, Ihr guter, alter Parteifreund Simpfendörfer hat zur Frage des Friedenswillens etwas sehr Richtiges gesagt.

*(Unruhe.)*

Sie sollten doch noch wenigstens die Zitate Ihrer eigenen Veteranen anhören, Herr Kollege! Er hat gesagt, er unterstelle auch Herrn Kollegen Barzel und Herrn Strauß, daß sie den Frieden wollten, aber er führt dann fort:

Aber das Wollen genügt schon lange nicht mehr. Unsere Politik muß den Frieden aktiv organisieren. Wir müssen für die anderen, die — wie z. B. die DDR —

— so Simpfendörfer —

noch ein Brett vor dem Kopf haben, mitdenken und mithandeln, und genau das tut Brandt.

Soweit Simpfendörfer! Für uns ist es beruhigend zu sehen, daß sich die Stimme der Vernunft doch auch in Ihren Reihen noch Platz schaffen kann.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Meine dringende Bitte aus allen diesen Gründen ist, uns zu sagen, wie die Haltung der Opposition zu dieser Frage ist. Sagen Sie auch nein zum Grundsatz des Ausgehens vom territorialen Status quo, oder liegt das Nein auf anderen Gebieten? Sie haben ja eine etwas schwierige Fahrt in der Begründung Ihres Neins hinter sich. Die Begründung hat oft gewechselt. Das spricht nicht für die innere Stärke Ihres Neins. Sie haben einmal gesagt, eine befriedigende Berlin-Regelung wäre der Testfall. Als sie dann erreicht war, haben Sie gesamtdeutsche Fragen in den Vordergrund gestellt. Dann haben Sie die heutigen drei Punkte nachgeschoben.

Ich wende mich jetzt diesen drei Punkten zu, die Herr Kollege Barzel gestern genannt hat. Er sagte: Bei Erfüllung dieser Punkte — ich sage noch einmal: Sie liegen nicht im Kernbereich der Verträge, nicht im Bereich der territorialen Fragen —, könnten die Verträge — mit gewissen Änderungen, wie Herr Barzel wohl meint — für die Opposition „zustimmungsfähig“ werden. — Dies nehme ich nicht als eine nur verbale Pflichtübung Ihrerseits, Herr Kollege Barzel. Ich will einmal auszuloten versuchen, was in den drei Punkten steckt.

Sie haben gesagt, das erste wäre eine positivere Einstellung der Sowjetunion zur Europäischen Gemeinschaft. Dazu ist in der Debatte das Wichtigste schon gesagt worden. Dies ist kein Gegenstand des Vertrages, Herr Kollege Barzel. Sie wissen, daß wir eine Interpretation der sowjetischen Seite haben, die ausdrücklich klarstellt, daß die Vertragsformel über die Unverletzlichkeit der Grenzen einer Teilnahme der Bundesrepublik an dem politischen Zusammenschluß Europas nicht entgegensteht. Im übrigen ist es so, daß die EWG nicht der Anerkennung der Sowjetunion bedarf. Es ist vielmehr umgekehrt, so, daß die Sowjetunion diese EWG als eine der Realitäten, die wir alle zu respektieren haben, zu respektieren haben wird. Ich glaube, man kann hier ohne große Gefahr die Voraussage wagen, daß sie das tun wird. Herr Kollege Barzel, die Europapolitik dieser Regierung macht jedenfalls genauso gute Fortschritte wie die Ostpolitik dieser Regierung, so daß ihr erster Punkt, von mir aus gesehen, neben der Sache liegt.

Der zweite Punkt ist die Frage der Aufnahme, wie Sie es nennen, des Selbstbestimmungsrechts in das Vertragswerk.

*(Abg. Dr. Barzel: Was heißt: Wie Sie es nennen?)*

Ich will es Ihnen sagen, Herr Kollege Barzel. Es ist ganz friedlich gemeint. Ich meine, daß diese Forderung erfüllt ist, und ich möchte das auch begründen.

*(Abg. Dr. Lenz [Bergstraße]:  
Da sind wir aber gespannt!)*

Es freut mich, Herr Lenz, daß selbst Sie dann zuhören. Ich glaube, wir müssen uns zunächst einmal über folgendes einig werden. Herrn von Weizsäcker glaubte ich heute so verstehen zu müssen, daß wir mit der Wiedervereinigung die Wiederherstellung des alten Nationalstaates meinen. Ich meine das nicht. Herr Kollege Strauß, ich habe es immer als eines Ihrer Verdienste — Ihrer wenigen Verdienste in meinen Augen — angesehen, daß Sie frühzeitig auf diesen Punkt hingewiesen haben, wobei ich es dahingestellt sein lasse, ob es Ihr Bayerntum oder Ihr Katholizismus war, der Sie vor Verengung der nationalen — —

*(Pfu!-Rufe von der CDU/CSU.)*

Entschuldigen Sie! Schreien Sie doch nicht „pfui“, bevor ich mein Kompliment zu Ende gesprochen habe.

*(Zurufe von der CDU/CSU: Unverschämtheit!)*

Sie schreien hier „Unverschämtheit“, ohne zuzuhören. So ist das in der ganzen Diskussion. Sie können nicht mehr zuhören.

Ich sage es noch einmal: Ich habe es immer als ein Verdienst — das ist nicht ironisch gemeint — von Herrn Kollegen Strauß angesehen, daß er in der Debatte frühzeitig darauf hingewiesen hat, daß es sehr ungeschichtlich wäre, die deutsche Frage nur als Frage der Rückkehr zu einem deutschen Nationalstaat zu verstehen. Ich habe hinzugefügt, daß ich es dahingestellt sein lasse — und diese Bemerkung war absolut positiv gemeint —, ob es mehr die bayerische oder die katholische Komponente in seinem Denken ist, die ihn davor bewahrt hat, das zu tun, was Herr von Weizsäcker heute getan hat, nämlich die Frage dieser Nation allein mit dem Jahre 1871 zu verbinden.

Nun sagen Sie mir, was dagegen zu sagen sein soll, es sei denn, Sie hätten etwas gegen die Bayern oder gegen die Katholiken.

Wir sind uns also einig: Man darf die Frage des Selbstbestimmungsrechts nicht so beschränken. Herr Kollege Barzel, ich nehme an, wir sind uns darüber einig. Wir sind der Meinung — es gibt auch Äußerungen von Konrad Adenauer aus früherer Zeit hierzu —: Selbstbestimmungsrecht heißt: Dieses Volk soll selbst frei entscheiden können, in welcher Form es leben will. Es braucht nicht die alte Form des Nationalstaats zu sein. Sie nicken mir zu.

*(Abg. Dr. Barzel: Ich habe Ihnen nicht zugenickt!)*

Diese Herren der CDU nicken mir zu. Wenn Sie anderer Meinung sind, liegt der Dissens bei Ihnen, jedenfalls nicht zwischen mir und den Herren, die mir eben zugenickt haben. Lassen Sie uns das doch mal in Ruhe diskutieren. Es ist doch nicht so, als ob dies alle wissen. — Ja, weil Sie gleich abwiegeln, wenn da einer zustimmt.

Nun kommt die Frage: Herr Kollege Barzel, wie war das mit dem Briefwechsel Adenauer/Bulgandin von 1955? Diesen Punkt möchte ich aufklären, aufzuklären versuchen, und zwar darum, Herr Kollege Barzel, weil ich hoffe, daß Sie Ihre Behauptung von gestern dann zurücknehmen können, der Moskauer Vertrag beende die Verpflichtungen, die sich aus diesem Briefwechsel ergeben.

Lassen Sie mich aber zunächst einmal etwas zu dem Inhalt des Briefwechsels sagen. Der Briefwechsel Adenauer/Bulgandin war ja eigentlich der Vertrag von damals, und dann gab es noch einen einseitigen Brief von Adenauer, der Vorbehalte enthielt. Nun, in diesem Briefwechsel, in diesem beiderseitigen Brief vom 13. September kommt weder das Wort „Selbstbestimmungsrecht“ vor, auf das Sie ja so großen Wert legen; es kommt da gar nicht drin vor, Herr Kollege Barzel, wenn Sie's bitte mal nachlesen. Es kommt auch nicht das Wort „Friedensvertrag“ vor, und von Viermächte-Verantwortung ist schon gar nicht die Rede. Der Vorbehalt für den Friedensvertrag und für den Rechtsstandpunkt stand 1955 — wie heute — in dem einseitigen Brief Adenauers.

Lesen Sie es bitte genau nach! Unser Brief zur deutschen Einheit geht im Gegensatz zu dem, was Herr Kollege Marx hier behauptet hat, inhaltlich weit über

den Briefwechsel hinaus. Ich lese das jetzt mal vor. Wir haben Texte in diesem Buch, es ist Seite 110, da heißt es:

Die Bundesregierung geht hierbei davon aus, — bei der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen —

daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zur Lösung der ungeklärten Fragen, die das ganze Deutschland betreffen, beitragen wird.

Das ist der Ausdruck einer Hoffnung, verehrter Herr Kollege, der Ausdruck einer Hoffnung, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen genauso, wie wir es von diesem Vertrag erhoffen, beitragen wird zu einer Lösung auch der deutschen Frage, wobei die sowjetischen und die deutschen Vorstellungen über die Art der Lösung dieser Frage damals so unterschiedlich waren, wie sie es heute sind.

Der eigentliche Rechtsvorbehalt steht auch in diesem Buch, er ist auf den Seiten 110 und 111 zu finden, in dem einseitigen Brief von Herrn Bundeskanzler Adenauer. Nun gibt es eine zweite Geschichte — — Alles, was der verehrte Kollege Marx hierzu gesagt hat, ist grundfalsch. Herr Marx, ich würde mich wirklich wundern, daß Sie nicht in der Lage sind, das für sich selbst auseinanderzunehmen.

Zunächst haben wir also diesen Briefwechsel, über den ich gerade gesprochen habe. Dann haben wir den einseitigen Vorbehalt. Herr Kollege Barzel, dieser Briefwechsel, von dem Sie behaupten, die Verpflichtung daraus — —

Herr Kollege Barzel, auf die Verpflichtung aus diesem Briefwechsel von der Sie sagen, sie werden durch den Moskauer Vertrag „beendet“, nimmt der Moskauer Vertrag in dreierlei Form Bezug — erstens durch die Präambel, zweitens durch Art. 4, der besagt, daß die bestehenden vertraglichen Verpflichtungen nicht berührt werden, und drittens dadurch, daß Art. 2 sich auf die Grundsätze der UNO-Satzung beruft, zu der das Selbstbestimmungsrecht gehört. Dreimal genäht! Und dann noch der Brief zur deutschen Einheit, in dem nun im Gegensatz zum Briefwechsel Adenauer/Bulgandin diesmal drinsteht: „... in dem das deutsche Volk in freier S e l b s t b e s t i m m u n g seine Einheit wiedererlangt“.

Herr Kollege Marx, daß hier von politischen Zielen und nicht von Rechten die Rede ist, das ist sehr leicht zu erklären.

*(Abg. Dr. Marx [Kaiserslautern]:  
Ich habe zwei verschiedene Texte hier zitiert!)*

— Und ich will Ihnen erklären, warum es gerade hier ging, — —

*(Abg. Dr. Marx [Kaiserslautern]: Sagen Sie,  
warum in der Antwort auf die Große  
Anfrage das Falsche steht!)*

Entschuldigen Sie, lassen Sie doch jetzt die Große Anfrage, bleiben Sie doch einmal bei einem Punkt!

Sie haben hier etwas behauptet, was nicht stimmt, und bei dem Punkt bleibe ich jetzt. Das machen wir

seit Monaten, daß in Ausschüssen und in Diskussionen Punkt um Punkt Ihrer Behauptungen widerlegt wird, und dann kommt man in die nächste Runde, und alles hat gar nichts genützt; die alten Kamellen kommen wieder. Diesen Punkt möchte ich jetzt klären.

Also in diesem Brief zur deutschen Einheit kommt das Wort „Selbstbestimmung“ vor. Jetzt sagen Sie: Warum war das ein einseitiger Brief und warum ist er nicht richtig angenommen worden? — Herr Kollege Marx, dieser Brief unterscheidet sich von dem einseitigen Brief, den seinerzeit Konrad Adenauer übergeben ließ — unter sehr merkwürdigen Begleitumständen, wie Sie wissen — dadurch, daß er von der Sowjetunion vorbehaltlos entgegengenommen worden ist.

Der Brief Adenauers ist nicht vorbehaltlos entgegengenommen worden. Vielmehr hat die sowjetische Regierung seinerzeit Tage nach diesem Brief in einer autorisierten TASS-Erklärung festgestellt, daß die Frage der Grenzen Deutschlands bereits durch Potsdam gelöst sei. Das war 1955. Die Regelung, die wir jetzt haben, nimmt erstens einmal das, was damals erreicht wurde, in den Vertrag auf und geht zweitens noch über den damaligen Vertrag hinaus.

Herr Kollege Marx, Sie haben dann hier — auch wieder mit ganz düsteren Unterstellungen — gesagt: Ja, nun erklären Sie uns doch einmal, ob das eigentlich zum Vertrag gehört und was das bedeutet. Nun, Herr Kollege Marx, inzwischen haben Sie sich ja in die juristische Problematik eingearbeitet. Der einseitige Brief Adenauers von 1955 wie der einseitige Brief der Bundesregierung von 1970 gehören im Sinne der Wiener Vertragskonvention zu dem, was man den „Kontext“ des Vertrages nennt. Wenn Sie da Sorgen haben, so darf ich Ihnen jetzt zitieren, was Bundeskanzler Adenauer 1955, als er aus Moskau zurückkam, in diesem Hause gesagt hat. Damals hat natürlich die damalige Opposition gefragt: Warum war das denn einseitig, und wie ist das dann gegangen? Darauf hat Adenauer etwas gesagt, was ich hier nicht nur zu Ihrem Vergnügen vorlesen will, sondern ich will es mir auch voll zu eigen machen. Sie finden es auf Seite 112 dieser vorzüglichen Broschüre. Adenauer sagte damals:

Bei den Vorbehalten handelt es sich um eine deutsche Rechtsverwahrung. Für solche ist eine einseitige Erklärung der Bundesregierung ausreichend. Diese Erklärung muß nur der anderen Seite zugegangen sein. Dies ist geschehen, und die deutschen Vorbehalte sind damit völkerrechtlich wirksam geworden. Die Erklärung muß nicht etwa,

— so Adenauer, Herr Kollege Marx —

um völkerrechtlich wirksam zu sein, von der Gegenseite angenommen werden.

Ich freue mich, daß sich die Bundesregierung bei Ihrer Interpretation der Verträge auf die bei Ihnen unbestrittene Autorität dieses Bundeskanzlers berufen kann.

Herr Marx, ich stelle fest: was Sie über den Inhalt des Briefwechsels und der einseitigen Vorbehalte gesagt haben, war unrichtig. Was Sie über die damalige Aufteilung der Dinge gesagt haben, war unrichtig, und was Sie über die juristische Wertung gesagt haben, war auch unrichtig. Darin stimmen wir mit dem frü-

heren Bundeskanzler überein. Ich habe schon gesagt, Herr Kollege Marx, daß heute wie damals die Vorstellungen, wie die deutsche Einheit denn verwirklicht werden könnte, in Moskau und in Bonn unterschiedlich sind. Das ist nichts Neues. Aber wie damals ging es 1970 darum, die Frage juristisch offenzuhalten und gleichzeitig den Versuch zu machen, den Weg zu Verhandlungen über eine Friedensordnung in Europa zu eröffnen, in deren Rahmen allein — darin stimmen wir, glaube ich, überein — die deutsche Frage gelöst werden kann.

Also, Herr Kollege Barzel, auch hinsichtlich Ihres zweiten Vorbehalts muß ich Fehlanzeige feststellen.

Ich komme jetzt zum dritten Vorbehalt, den Sie gemacht haben. Er heißt: es müßte die verbindlich vereinbarte Absicht hinzukommen, in Deutschland Freizügigkeit stufenweise herzustellen. Herr Kollege Barzel, ich nehme an, ich kann in Übereinstimmung mit Ihnen ergänzen, daß Sie bei „verbindlich vereinbart“ meinen: „mit der DDR vereinbart“.

*(Abg. Dr. Barzel: Das ist eine Unterstellung!)*

— Dann bitte ich, klarzustellen, ob Sie meinen, wir sollten das mit Moskau aushandeln. Für mich ist das eine Frage — ich stelle es meinerseits klar — der Verhandlungen mit der DDR. Vielleicht sind Sie so gut und sagen uns noch, was Sie meinen.

Sie haben der Bundesregierung den Vorwurf gemacht — wir haben uns schon darüber geeinigt, daß Sie Punkt 5 der Erklärung der Bundesregierung vom 6. Juni 1970 meinten —, sie habe früher gesagt, zuerst komme die Regelung des innerdeutschen Verhältnisses, und dann kämen die Ostverträge. Herr Kollege Barzel, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich durch nochmaliges Lesen des Punktes 5 davon überzeugen würden, daß das Kabinett das keineswegs gesagt hat. — Nein? — Dann muß ich es vorlesen.

Das Kabinett hat gesagt — ich darf das mit freundlicher Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren —:

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die von ihr erstrebten Abkommen mit der Sowjetunion, mit Polen und anderen Staaten des Warschauer Paktes, insbesondere die Regelung der Beziehungen zur DDR auf der Grundlage der von ihr in Kassel vorgelegten 20 Punkte, zur Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen führen und betrachtet diese Politik für ein besseres Zusammenleben der Völker, zur Sicherung des Friedens in Europa als eine Einheit.

Dies tun wir nach wie vor. Die einzige Folgerung, die Sie ziehen könnten — und die wäre völlig richtig —, wäre die, daß die Ratifizierung der Ostverträge, des Moskauer und des Warschauer Vertrags, natürlich nicht das Ende der Friedenspolitik dieser Regierung darstellt. Es müssen z. B. Verträge mit Prag und mit Ost-Berlin noch hinzukommen.

Aber zunächst zur Sache, Herr Kollege Barzel. Auch hier ist mir nicht klargeworden, was Ihre Position ist. Ich wäre im Interesse auch der Klarheit draußen dankbar, wenn wir endlich einmal ein Stück weiterkämen

und sie nicht immer wieder die alten Argumente brächten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir helfen könnten, mehr Klarheit zu gewinnen.

Sie sagen: stufenweise Freizügigkeit. Nun nehme ich an, Herr Kollege Barzel, daß Sie mit Freizügigkeit die Ausweitung des freien Verkehrs von Personen und Gütern meinen, wie wir sie etwa für Berlin in einem ersten Schritt erreicht haben. Meine Damen und Herren, ich möchte in unserem und im Interesse Berlins dringend davor warnen, diesen großen Erfolg für Berlin aus taktischen oder sonstigen Gründen zu verkleinern. Ich mache kein Hehl daraus, Herr Kollege Schröder: auch mich hat es geschmerzt, daß die Berlin-Regelung in Ihrer Rede nicht vorkam.

Herr Kollege Barzel, ich frage mich angesichts der Ausführungen auf den Manuskriptseiten 5 und 8 Ihrer Rede, ob Sie mit Freizügigkeit nicht mehr meinen. Dort sagen Sie, Sie wollten — offenbar meinen Sie, im Gegensatz zur Bundesregierung — nicht nur Gewaltverzicht, sondern Gewaltverzicht und Menschenrechte, und Sie fügen noch hinzu: Menschenrechte und deren soziale Basis. Herr Barzel, ich möchte hier Klarheit haben. Soll das heißen, daß Sie zu der Forderung zurückkehren, daß die DDR zuerst ihr System ändern müsse, bevor man mit ihr Verträge schließen könne?

— Ich frage Sie ja, weil das mehr ist als Freizügigkeit. Ich will nur Klarheit. Meinen Sie, daß sich das System ändern muß, vielleicht sogar noch bevor wir die Ostverträge ratifiziert haben? Das kann eigentlich nicht gut sein, denn eine solche Politik haben wir ja lange genug gemacht, und zwar ohne jeden Erfolg.

Ich glaube auch nicht, Herr Kollege Barzel, daß Sie das meinen, denn Sie haben in Ihrer Rede gleichzeitig gesagt, daß Sie die Realität der DDR und die wirkliche Lage anerkennen, und Sie haben hinzugefügt — und das ist eine der wichtigsten —

*(Abg. Dr. Barzel: Ich habe nicht gesagt,  
daß ich das anerkenne!)*

Entschuldigen Sie, ein falsches Wort! Sie haben gesagt, daß Sie die Realität der DDR und die wirkliche Lage sehen.

*(Abg. Dr. Barzel:  
Aber sie nicht anerkenne!)*

Gut, Augenblick, ich komme gleich zu dem Punkt! Das ist einer der wichtigsten Punkte Ihrer Rede. Ich halte ihn für weitere Auseinandersetzungen fest.

*(Zuruf des Abg. Dr. Barzel.)*

Nein, Herr Kollege Barzel, das war ein Versprecher. Ich versuche, jetzt wirklich dahinterzukommen, was Sie eigentlich meinen; das ist mir nämlich auch in diesem Punkt nicht klar. Sie sagen: Wir, die Opposition, wollen im anderen Teil Deutschlands keine Hoheitsrechte in Anspruch nehmen. Herr Kollege Barzel, dies ist sehr wichtig. Das heißt, nunmehr stimmen Opposition und Regierung darin überein, daß wir zwar die innere Staatsgewalt der DDR in ihrem System und in ihrer Form nicht billigen, daß wir sie aber hin-

nehmen und uns keine Hoheitsrechte dort anmaßen. Das ist eine wichtige Erklärung von seiten der Opposition.

*(Beifall bei den Regierungsparteien. —  
Abg. Dr. Barzel: Das haben wir doch nie getan,  
Herr Ehmke!)*

Gut, für mich war das eine wesentliche Klarstellung.

*(Abg. Dr. Barzel: Das hat doch keine frühere  
Regierung getan oder beansprucht!)*

Aber, Herr Kollege Barzel, Sie selbst haben mir einmal vorgehalten — ich glaube, Sie waren es; ich will es nicht beschwören, es kann auch Herr Kollege Gradl gewesen sein —, daß wir in den Kasseler Punkten gesagt haben: Wir respektieren die inneren Hoheitsrechte der DDR.

*(Abg. Dr. Barzel: Das ist doch etwas ganz anderes!)*

Aber nein! Wenn Sie keine Hoheitsrechte dort in Anspruch nehmen, wer soll sie dann haben? Wir wollen doch hier nicht neue Phänomene begründen.

*(Beifall bei den Regierungsparteien. —  
Abg. Dr. Stark [Nürtingen]:  
Das war nicht sauber argumentiert!)*

Das liegt aber daran, daß Ihre Argumentation unklar ist.

Abg. Dr. Gradl (CDU/CSU):

Nur eine Klarstellung, Herr Kollege Ehmke: In der Tat spielte dieser Punkt 5 der 20 Punkte an dem Tage, ehe der Bundeskanzler in Kassel seine Begegnung mit Herrn Stoph hatte, in unserer Unterhaltung eine Rolle. Aber wir haben es aus einem ganz anderen Grunde beanstandet, und Sie haben damals zugestimmt. So wie er formuliert war, mußte er den Eindruck erwecken, als ob mit der Aussage der Ziffer 5 auch gedeckt würde, was auf der anderen Seite an der Mauer und ansonsten geschieht. Sie haben damals zugestimmt, und der Herr Bundeskanzler hat das nach seiner Rückkehr hier in seinem ersten Bericht klargestellt.

Herr Kollege Gradl, ich bestätige Ihnen das. Wir sind uns doppelt einig. Weder die Regierung noch die Opposition meint, daß mit dieser Formulierung hingenommen werden soll, was dort geschieht, daß es im Sinne von Billigung anerkannt werden soll. Aber wir sind uns beide einig: wir wollen dort keine Hoheitsrechte in Anspruch nehmen.

*(Abg. Kiep: Wie können Sie dann diese  
Frage stellen? — Abg. Dr. Barzel: Diese  
Interpretation kann ich nicht bestätigen!)*

Gut, Herr Kollege Barzel, dann wäre ich dankbar, wenn Sie nachher sagten, was Sie meinen. — Wenn das so ist, Herr Kollege Barzel, dann gibt es für uns keinen Zugriff auf den einzelnen Menschen drüben, und die beste Berufung und bestgemeinte Berufung auf Menschenrechte muß eine leere Geste bleiben. Wenn es so ist, daß wir drüben keine Hoheitsrechte in Anspruch nehmen — ausüben können wir sie sowieso nicht —, dann heißt, etwas für die Menschen drüben zu tun — nicht die Menschen an sich, die konkreten Menschen, die dort heute leben, so wie

wir im Berlin-Vertrag etwas für die heutigen Berliner getan haben —, mit der DDR zu reden und zu verhandeln trotz ihrer von uns allen abgelehnten Gesellschaftsordnung, und zwar auch über den Schießbefehl.

Herr Kollege von Weizsäcker und Herr Kollege Marx, wir sollten diese Frage, daß wir in der bitteren Situation sind, auf dem eigenen Boden unseres Volkes mit einem solchen System um mehr Menschlichkeit ringen zu müssen, doch nicht dauernd mit der Unterstellung belasten: Wer jetzt verhandelt, verhält sich im Grunde in irgendeiner politischen Nähe zu diesem Regime. Gestern klang es an. Wir sollten es damit nicht belasten. Richard Stücklen hat jedenfalls noch nicht erklärt, was der Vergleich mit der Emigration des Bundeskanzlers in der Nazizeit eigentlich sollte.

Ich sage Ihnen eins, Herr von Weizsäcker: zu warten mit Verhandlungen und mit dem, was wir tun wollen unter dem Stichwort Freizügigkeit, in der Meinung: erst Änderung des Systems — Herr Marx ist da schon sehr viel weitergegangen, aber ich halte mich an Sie, Herr Kollege Barzel —, das hieße, die Pflicht zu verletzen, die wir den Menschen drüben gegenüber haben.

Herr Kollege von Weizsäcker, Ihre — entschuldigen Sie — schneidige, sich realistisch gebende, in Wirklichkeit aber resignierte Durchhalteparole ist eine Parole auf Kosten der Menschen drüben. Wenn wir für die Menschen drüben etwas tun wollen —. Das ist die bittere Erfahrung einer langjährigen und gescheiterten Politik, einer Politik, in der wir lange Strecken zusammen gegangen sind. Das heißt, nichts zu erreichen für die Menschen drüben. Herr Kollege Schröder, Sie haben gestern gesagt, diese Verträge hätten Sie jederzeit haben können — offenbar also einschließlich auch der Berlin-Vereinbarung —, Sie hätten sie aber gar nicht haben wollen. Das war makabrer, als Ihnen vielleicht bewußt gewesen ist.

Meine verehrten Herren von der Opposition, die Regierung muß sich natürlich der Frage stellen — darin haben Sie völlig recht; wir tun das auch —: Wenn das so ist, die Meinung der Bundesregierung einmal unterstellt, sind dann die Verträge, die ihr unterzeichnet habt und zur Ratifizierung bringt, wirklich ein Weg, in der Frage der Freizügigkeit der Menschen im geteilten Deutschland weiterzukommen? Natürlich müssen wir diese Frage beantworten. Ich sage Ihnen: es ist der einzige Weg, den ich sehe. Auf Ihre sogenannten Alternativen komme ich noch. Ich sage noch einmal auch in dieser Beziehung: man sollte den Erfolg, den wir in Berlin erreicht haben, nicht bagatellisieren. Ich halte es übrigens politisch auch für falsch, die Geste, die, aus welchen Gründen immer, die DDR mit dem Vorziehen der Besuchsregelung gemacht hat, von uns aus herunterzuspielen. Wir sollten über alles froh sein, was wir für die Menschen im geteilten Deutschland erreichen.

Herr Kollege Barzel hat nämlich völlig recht: die Frage der deutschen Einheit ist ein langer historischer Prozeß, den keiner von uns heute übersieht. Er geht weiter und geht auch von uns weiter. Mir kommt es auf das Wort „Prozeß“ an. Wir sind uns einig, die Frage der deutschen Einheit ist nicht ein Geschäft oder gar ein Tagesgeschäft, das man morgen ab-

schließen könnte. Darum kann man nur schrittweise vorgehen, wie wir es tun, wenn man für die Menschen drüben etwas erreichen will.

Die Frage, die bleibt, Herr Kollege Barzel, ist dann die Frage der Reihenfolge. Wir sagen: jetzt erst die Verträge, dann weitere Schritte mit der DDR. Sie sind der Meinung, wie Sie es schon bei Berlin in bezug auf die Unterschrift waren: jetzt erst noch weitere Verhandlungen mit der DDR und dann erst die Ratifizierung der Verträge. Ich möchte einmal wissen, Herr Kollege Barzel, worauf Sie eigentlich Ihre Meinung gründen, die Ablehnung des Moskauer und des Warschauer Vertrages, in deren Gesamtkontext die erste Einigung der Großmächte über Berlin und unsere Berlin-Vereinbarung mit der DDR möglich geworden sind, würde weiterhelfen, die Chancen, weiterzukommen, würden verbessert, wenn man diese Verträge nicht ratifizierte. Herr Kollege Barzel, gerade wenn die DDR so stur ist, wie Sie meinen und wie sie zum großen Teil ist — wir sehen es ja —, dann dürfen wir doch von unserer Seite auf keinen Fall eine Politik treiben, in der wir die Regierung in Ost-Berlin zum Herrn der Entscheidung über den Vertrag von Moskau und den Vertrag von Warschau machen.

Im übrigen, Herr Kollege Barzel, haben wir beide — auch persönlich — in der Frage der Reihenfolge schon eine Erfahrung. Ich entsinne mich an ein sehr langes und sachliches Gespräch über die Frage: Soll die Bundesregierung den Moskauer Vertrag unterschreiben, oder soll sie erst versuchen, eine Berlin-Regelung zu bekommen, und erst dann unterschreiben? Unsere Meinung war die: wir kommen gar nicht zu einer Berlin-Regelung, wenn wir nicht unterschreiben. Ihre Meinung war anders. Wir haben recht behalten, wobei es uns freut — auch Sie freut es sicher —, daß wir die Berlin-Regelung erreicht haben. Das heißt nicht, daß wir auch diesmal recht behalten müssen. Aber ich bin der Meinung, auch hier sehen wir die Reihenfolge richtig.

In allen drei zusätzlichen Punkten, Herr Kollege Barzel, die — ich sage es noch einmal — nicht die für unsere Menschen draußen zentrale Frage des territorialen Status quo berühren, ist Ihr Nein nicht begründet.

Aber, Herr Kollege Barzel, ist es überhaupt ein Nein? Sie haben die Frage, was Sie zu den Verträgen sagen werden — ja oder nein oder gar nichts —, lange offengehalten. Sie haben gesagt — ich fand das auch richtig —: wir wollen erst einmal sehen und uns dann ein Bild machen. Sie haben dann gesagt: wir wollen einmal sehen, was in Berlin herauskommt. Als das kam, haben Sie andere Dinge nachgeschoben. Sie haben dann allerdings neulich gesagt — ich glaube, in einer Äußerung Ihres Präsidiums —, Sie würden gegen die Verträge stimmen, noch vor der Debatte offenbar, noch vor den Ausschußsitzungen und natürlich alle ganz geschlossen nein. Nun ist es offenbar doch wieder offen. Denn wenn ich Sie recht verstanden habe, Herr Kollege Barzel, haben Sie gestern nicht nein gesagt, sondern Sie haben gesagt: so nicht und jetzt nicht.

Da frage ich nun, Herr Kollege Barzel: Was ist die Alternative? Ich sehe als einziges, was hier ernsthaft als Alternative angeboten wird, die Ablehnung, das Nein. Nun sagen Herr Kollege Kiesinger und Herr

Kollege Schröder: Regt euch nicht auf, das Leben geht auch dann weiter. Das ist richtig, meine Herren, aber die Frage ist: wie? Mit dem gleichen Stillstand wie gehabt, nur durch Durchhalteparolen veredelt, oder wie? Sie glauben doch nicht, daß Sie mit der Ablehnung dieser Verträge, die — ich sage es noch einmal — die Vorbedingung zur ersten Einigung der Großmächte in Mitteleuropa gewesen sind, den Schießbefehl wegbekommen oder den Menschen im anderen Teil Deutschlands helfen. Das glauben Sie doch nicht im Ernst!

Die Frage, vor der wir bei der Interpretation Ihrer Politik stehen, ist die: sagen Sie nur ein formales, mit Nebenpunkten begründetes Nein, um die Regierung die Verantwortung allein tragen zu lassen? Oder ist Ihr Nein getragen von der Hoffnung — ja, Herr Kollege Schröder, die CDU hat keineswegs nur, wie Sie meinten, Befürchtungen, sie hat auch Hoffnungen —, Sie würden nach einer Ablehnung dieser Verträge bessere Verträge aushandeln? Ich habe mich schon dazu geäußert, was ich von Ihrer Bemerkung halte, sie hätten die gleichen Verträge haben können.

Herr Kollege Schröder, ich sage Ihnen noch mehr. Früher, einmal, z. B. 1952, hätten Sie vielleicht noch viel bessere Verträge haben können, als irgendeine deutsche Regierung sie heute bekommen kann. Aber damals hat es Ihre Regierung nicht einmal versucht. Seit dieser Zeit hat die von Ihnen geführte Regierung in der Deutschlandfrage zu unser aller Schmerz nichts, aber auch nichts bewegt; die Spaltung Deutschlands ist tiefer geworden. Ich weiß nicht, Herr Kollege Schröder, ob Sie diese Politik in Ihrem Sinne als solide ansehen; erfolgreich war diese Politik jedenfalls nicht, und den Menschen im anderen Teil Deutschlands hat sie ganz sicher auch nicht geholfen.

Das sage ich Ihnen hier ganz offen, Herr Kollege Barzel: an der Kontinuität dieser Erfolglosigkeit ist diese Bundesregierung nicht interessiert; denn das hieße ja, sich zum Gefangenen der hirnrissigen Parole zu machen, deutsch sein heiße, eine Sache um ihrer selbst willen zu tun. Ihre Hoffnung, nach einer Ablehnung der Verträge bessere Verträge aushandeln zu können, ist doch angesichts unserer geschichtlichen Erfahrung und der Beurteilung der heutigen politischen Situation eitel. Dagegen, Herr Kollege Schröder, zeigt unsere Politik erste Erfolge wie in Berlin. Vor zwei Jahren hat doch noch keiner geglaubt, daß man ein solches Berlin-Abkommen bekommen kann — seien wir doch ehrlich! Dagegen eröffnet unsere Politik wirklich Perspektiven.

Ja, Sie haben recht, Herr Kollege Schröder, auch wir verbinden mit dieser Politik Hoffnung, bei aller Nüchternheit in der Abwägung der natürlichen auch mit dieser Politik verbundenen Risiken. Es ist doch gar nicht bestritten, daß es auch Risiken gibt. Aber, Herr Kollege Schröder, eine Politik ohne Hoffnung wäre eine unmenschliche Politik, die nur entweder in Resignation oder in Zynismus enden könnte.

Wir versuchen im Gestrüpp der Nachkriegszeit und einer gescheiterten Politik früherer Regierungen — so gut diese Politik gemeint war, das ist doch kein moralisches Urteil —, der politischen Vernunft in unserem Lande und in Europa einen Weg zu bahnen. Ihnen ist dieser Weg offenbar zu beschwerlich oder zu ungewiß.

Sie wollen — Herr von Weizsäcker hat das heute geradezu klassisch formuliert: stillhalten, durchhalten, warten. Sagen Sie: warten, worauf eigentlich? Offenbar darauf, daß die Geschichte mehr Phantasie haben möge, als Sie gehabt haben, als Sie die Regierung geführt haben.

Ich will hier nicht sagen, was ich von dieser Politik des Wartens, solide und edel natürlich, halte, aber ich will Ihnen ein Wort unseres Dichters Emanuel Geibel zurufen, das er geradezu für Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, geschrieben haben könnte.

Es heißt:

Die Zeit zum Handeln jedesmal verpassen, nennt Ihr die Dinge sich entwickeln lassen!

Und Geibel fährt fort:

Was hat sich denn entwickelt, sagt mir an, was man zur rechten Stunde nicht getan?

Meine Damen und Herren der Opposition, dies, das Richtige zur rechten Stunde tun, ist nicht nur eine Frage des Friedens in Europa und der Chance, die weitere Vertiefung der Spaltung Deutschlands zu verhindern und die Spaltung dann langsam abzubauen, es ist auch eine Frage der Entscheidungsfähigkeit und damit der Glaubwürdigkeit unserer parlamentarischen Demokratie.

Einer der intellektuellen Gegner der parlamentarischen Demokratie in Weimar, Carl Schmitt, hat einmal gesagt, die parlamentarische Demokratie sei die Regierungsform, die auf den Ruf „Christus oder Barabbas?“ mit einem Vertagungsantrag antwortet. Glücklicherweise haben wir hier nicht über die Frage Christus oder Barabbas zu entscheiden, aber die Frage, über die wir zu entscheiden haben, wiegt schwer genug, und sie duldet keine Vertagung.

Darum können wir auf die halb abwiegelnde, halb auf-schiebende Parole des Herrn Kollegen Barzel „so nicht“ und „jetzt nicht“ nur antworten: so und jetzt!

**Heinrich Windelen (CDU/CSU):**

Herr Präsident,  
meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Der Kollege Minister Ehmke hat damit begonnen, sich auf die gestrige Debatte, die Kontroverse zwischen den Kollegen Barzel und Ehmke, zu beziehen und einiges Klarstellende dazu zu sagen. Wir hätten es begrüßt und gewünscht, wenn er gleichzeitig einiges zu der Kontroverse zwischen dem Kollegen Dr. Marx und dem Kollegen Wehner von heute vormittag gesagt hätte. Ich meine, es nützt nichts, wenn wir hier von Zeit zu Zeit Lippenbekenntnisse ablegen, daß wir uns gegenseitig den guten Willen nicht bestreiten, aber das Gegenteil von dem hier praktizieren.

Ich fürchte, daß einiges von dem, was heute vormittag hier gesagt wurde, untergegangen ist. Ich darf es deswegen in der Hoffnung, daß vielleicht doch noch ein klärendes Wort kommt, wiederholen.

Der Kollege Dr. Marx hat am Ende seiner Rede auf ein Zitat von Ernst Reuter Bezug genommen und hat sich

zu diesem Zitat bekannt. Darauf kam es, wie das unkorrigierte Protokoll verzeichnet, zu Tumulten, zu Zurufen „Aufhören!“ usw. Der Kollege Marx hat dann seine Ausführungen zusammengefaßt, indem er sagte, die entscheidenden Fragen, um die es bei uns und bei ihm gehe, seien die Kategorien des Rechts, der Freiheit, der Wahrheit und des Friedens, die sich für uns nicht verändert haben, daß wir an diesen Kategorien die Verträge messen und daß sie vor diesen Kategorien unserer politischen Verantwortung nicht bestehen können. Darauf kam der Zuruf des Kollegen Wehner: „Sportpalast!“ — „Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU“, so verzeichnet es das Protokoll, und dann folgt der Zuruf des Abgeordneten Wehner: „Hier fehlt nur noch die Frage: Wollt Ihr den totalen Krieg?“

Meine Damen und Herren, das ist die Redlichkeit und Verantwortlichkeit, mit der hier von der Koalition diskutiert und argumentiert wird! Ich werde mich diesem Stil nicht anschließen.

Der Kollege Minister Ehmke hat, statt sich für diese Entgleisung des Abgeordneten Wehner zu entschuldigen, dem Kollegen Marx unterstellt, hier seien deutschnationale Töne aufgeklungen.

Deutschnationale Töne, wenn in diesem Hause von den Kategorien des Rechtes, der Freiheit, der Wahrheit, der Wahrheit und des Friedens gesprochen wird, meine Damen und Herren!

Nun, das entspricht genau dem Tenor einer Veröffentlichung des SPD-Pressedienstes vom heutigen Tage, der das Ergebnis einer dreitägigen Bundestagsdebatte schon vorwegnimmt und der folgendes dazu schreibt:

Sie beschwören die Erinnerung an die Weimarer Republik herauf. Damals stemmten sich die Deutschen nationalen und ihre radikalen Rechtsanleger dagegen, die Konsequenzen des verlorenen Ersten Weltkrieges zur Kenntnis zu nehmen. Männer wie Fritz Ebert wurden zu Tode gehetzt, und andere wie Erzberger und Rathenau fielen Mörderkugeln zum Opfer. Verblendete sahen in diesen Männern, die ein schweres Erbe angetreten hatten, Verräter und Verzichtspolitiker. Nähert sich nicht ein Vorwurf der Unionsparteien, die deutschen Interessen wären von dieser Bundesregierung nicht kraftvoll genug, ja, sogar schlapp vertreten worden, nicht an die Denkkategorien der Deutschnationalen unseligen Angedenkens?

Meine Damen und Herren, ich weise diesen Vergleich mit Nachdruck und mit Empörung zurück. Hier wird doch berechnete und notwendige Kritik mit nationaler Hetze gleichgesetzt und diffamiert. Auf diesen Boden sollten sich Demokraten nicht begeben.

Lassen Sie mich Weniges zu Ausführungen von Minister Ehmke sagen, mit denen er versuchte, von den Prämissen der Politik, die diese Regierung selbst gesetzt hat und die in vielen Zeugnissen niedergelegt worden sind, nun wieder abzurücken. Minister Ehmke hat bestritten, daß es einen Zusammenhang, ja, sogar ein Junktum zwischen der Lösung der innerdeutschen Fragen und diesen Verträgen gegeben habe. Er folgt damit eigentlich nur der Feststellung, die Kollege Wehner schon vor längerer Zeit getroffen hat: Wer dies tue, gebe Herrn Ulbricht nur ein Vetorecht in die Hand.

Nun, meine Damen und Herren, wie sehen denn die Fakten aus, von denen Herr Ehmke und die Bundesregierung jetzt offenbar wieder abrücken möchten? Herr Bundeskanzler, es waren doch Sie — er ist nicht mehr da, aber er wird es sicher nachlesen —, der am 14. Januar 1970 — das war der erste Bericht zur Lage der Nation — ausgeführt hat, daß die DDR den Nachholbedarf an wechselseitigem Austausch wie an Zusammenarbeit erfüllen müsse, bevor es zu engeren Beziehungen komme.

In der gleichen Rede am gleichen 14. Januar 1970: daß die Bundesregierung nur dann über vieles mit sich reden lassen werde, wenn dabei gleichzeitig — nicht nachher in einem geschichtlichen Prozeß, sondern gleichzeitig — auch Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland herauskämen.

Am 28. Januar 1971 sagte wieder der Bundeskanzler, daß die Entspannung Deutschland nicht ausklammern dürfe, und es gehöre zur Normalisierung, daß die Menschen hüben und drüben etwas davon hätten.

Oder der Herr Bundesaußenminister — er ist ja noch da — in der Antwort auf eine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion in der Fragestunde am 27. Mai 1970:

... wir haben mehrfach deutlich gemacht, daß Verhandlungen mit der Sowjetunion und Vertragsabschlüsse mit der Sowjetunion, Vertragsabschlüsse mit Polen, Vertragsabschlüsse auch mit der DDR und daß die Regelung der Fragen, die mit Berlin zusammenhängen, ein einheitliches politisches Ganzes bilden. Nur wenn alle Fragen zu unserer Zufriedenheit geregelt sind, können sie politisch wirksam werden. Das ist unsere Meinung, und ich glaube, da stimmen wir hier im ganzen Hause überein.

Nun meine Damen und Herren, wir stimmten darin im ganzen Hause überein. Jetzt soll das alles nicht mehr wahr sein.

Herr Dr. Barzel fragte damals, weil er nicht ganz sicher war, noch einmal nach, und, Herr Außenminister, Sie erklärten dann:

Ich darf noch einmal erläutern. Meine Antwort, Kollege Barzel, war die, daß die Probleme, die ich eben genannt habe, in einem engen Sachzusammenhang stehen. In Kraft gesetzt werden kann das eine nur, wenn das andere geregelt ist.

Ich glaube, meine Damen und Herren, noch klarer, noch eindeutiger kann man das wohl nicht ausdrücken.

Minister Ehmke ist auf den Briefwechsel anlässlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion im Jahre 1955 zurückgekommen. Und er glaubte, daß es keinen Qualitätsunterschied gebe, und zwar zu Lasten jenes Briefwechsels — der ein Briefwechsel war — gegenüber dem einseitigen „Brief zur deutschen Einheit“. Der wesentliche Unterschied liegt wohl vor allem darin, daß es sich damals bei den ersten Briefen um einen gleichlautenden und zweiseitigen Briefwechsel handelte. Zum zweiten haben Sie, Herr Minister

Ehmke, diesen Brief nicht ganz zu Ende zitiert, und ich darf das deswegen nachholen. Der ganze Passus heißt:

Die Bundesregierung geht hierbei davon aus, daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zur Lösung der ungeklärten Fragen, die das ganze Deutschland betreffen, beitragen wird und damit auch zur Lösung des gesamten nationalen Hauptproblems des deutschen Volkes — der Wiederherstellung der Einheit eines deutschen demokratischen Staates — verhelfen wird.

Das, meine Damen und Herren, ist der entscheidende Passus: zur „Wiederherstellung der Einheit eines deutschen demokratischen Staates“, nicht nur zur Wahrung der Einheit der Nation in ihrer kulturellen Bindung.

In der Bestätigung des sowjetischen Ministerpräsidenten ist der gleiche Wortlaut enthalten. Darüber bestand also offensichtlich damals Einvernehmen.

Minister Ehmke hat bedauert, daß in der bisherigen Diskussion die historischen Dimensionen gefehlt haben.

**Zwischenfrage: Abg. Moersch (FDP):**

Herr Kollege Windelen, vielleicht ist es möglich, daß Sie einen der Zeugen, die dabei waren — der amtierende Präsident ist allerdings gerade nicht in der Lage, dieser Zeuge zu sein —, fragen, warum denn damals ein zweiter Brief an die Sowjetunion geschickt werden mußte, ob es denn nicht so war — ich bitte Sie, das zu überlegen —, daß gerade der Doppelsinn des Wortes, das Sie eben zitiert haben, dazu geführt hat, daß Bundeskanzler Adenauer das noch einmal klarstellen wollte, daß er „deutscher demokratischer Staat“ nicht im Sinne der DDR verstanden wissen wollte?

Herr Kollege Moersch, Ihre Frage gibt mir Anlaß zu einer ganz anderen Feststellung, vor allem zu der, daß verbal gleiche Aussagen dieser Regierung und früherer Regierungen inhaltlich etwas völlig anderes darstellen, weil diese Bundesregierung ja die gemeinsame Rechtsauffassung durch die Anerkennung eines zweiten deutschen Staates und die Feststellung, daß sich Deutschland nunmehr in seinen tatsächlichen Grenzen von 1970 verstünde, inzwischen verlassen hat. Das, meine Damen und Herren, ist der entscheidende Unterschied. Deswegen sind selbst verbal gleiche Aussagen dieser Regierung von einer völlig anderen rechtlichen, nämlich minderen Qualität als Aussagen früherer Regierungen.

Ein Letztes in Erwiderung auf das, was Minister Ehmke hier gefragt hat. Wie alle Ihre Redner hier haben Sie uns nach unserer Alternative gefragt. Nun, meine Damen und Herren, Ihnen liegt, und auf der Tagesordnung verzeichnet, der Antrag der Fraktion der CDU/CSU betr. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Beratung und Beschlußfassung vor. Das ist unsere Antwort und unsere Alternative zur Lösung dieses Problems. Darin heißt es — und das war die entscheidende Frage von Minister Ehmke —, ein solcher Vertrag solle ausgehend von der Oder-Neiße-Linie und vorbehaltlich der friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland auf der Grundlage des Selbstbe-



stimmungsrechts einen Modus vivendi schaffen. Darum also geht es uns. Einen Vertrag — und Sie sagen ja, dieser Vertrag sei nur ein Modus vivendi, ohne daß Sie in der Lage sind, diesen Nachweis zu führen —, der diesen Voraussetzungen entspräche, könnten wir unterstützen. Das also ist unsere Alternative.

Herr Ehmke hat Kollegen Kiesinger vorgeworfen, er habe im Wahlkampf von Baden-Württemberg, der hier offenbar für einige Leute eine große Rolle spielt, was ich verstehe, die Bibel mißbraucht. Ich frage mich, wo Herr Minister Ehmke den traurigen Mut hernimmt, anderen den Mißbrauch der Bibel oder christlicher Überzeugungen vorzuwerfen, wo doch seine Partei im Wahlkampf immer noch mit diesen Dingen wirbt. Nun, ich bin davon überzeugt, es wird für Sie keine Werbung werden, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich zum eigentlichen Gegenstand, zu dem ich hier sprechen wollte, übergehen, zum deutsch-polnischen Vertrag. Der Herr Bundeskanzler hat am 7. Dezember 1970 in Warschau einen Vertrag unterschrieben, der in seinem Kern feststellt, daß die Oder-Neiße-Linie die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet. Meine Damen und Herren, nach Wirksamwerden dieses Vertrages werden Ostpreußen, Hinterpommern, Ostbrandenburg, Oberschlesien und Schlesien im Gegensatz zur bisherigen Rechtsprechung der obersten Gerichte nicht mehr als Inland, sondern als Hoheitsgebiet eines anderen Staates angesehen werden müssen. Der Bundesaußenminister hat gestern erklärt, daß die Oder-Neiße-Gebiete nunmehr als polnisches Staatsgebiet, also als Ausland, zu betrachten sind. Meine Damen und Herren, für eine so weitreichende Entscheidung hatte die Bundesregierung, hatte der Bundeskanzler weder einen Auftrag noch hat er dafür eine überzeugende Mehrheit.

Diese Entscheidung über ein Viertel Deutschlands hängt vielleicht von einer einzigen Stimme ab. Die Moskauer Zeitung „Neue Zeit“ spricht davon, daß schon ein schlichter Zufall die Entscheidung gefährden könnte.

Wir hatten Ihnen zu einem sehr frühen Zeitpunkt vertraulich eine gemeinsame Polen-Politik angeboten. Die Bundesregierung und der Bundeskanzler glaubten auf eine breite Basis in dieser so schwierigen Frage verzichten zu können. Das war, wie sich heute in aller Deutlichkeit zeigt, eine verhängnisvolle Entscheidung, verhängnisvoll nicht für uns, verhängnisvoll vor allem für die künftigen deutsch-polnischen Beziehungen. Sie mögen zwar sagen — das ist in diesem Hause mehr als einmal gesagt worden —: Mehrheit ist Mehrheit!

Aber, meine Damen und Herren, hier geht es doch um weit mehr! Hier geht es doch um die Glaubwürdigkeit und um die Tragfähigkeit unserer Entscheidung gegenüber der Geschichte und gegenüber dem polnischen Volk. Herr Bundeskanzler, für diese Politik hatten Sie keinen Auftrag! Im Gegenteil, Ihre Partei hatte noch wenige Tage vor der Bundestagswahl alle Vermutungen über einen beabsichtigten Kurswechsel mit scharfen Worten zurückgewiesen.

Noch sechs Tage vor der Wahl wurde im Namen des Parteivorstandes der SPD auf zweifelnde Fragen festgestellt, die Behauptung, daß die SPD die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie fordere, sei eine Diffamie-

rung, eine böswillige Verleumdung; sie müsse aufordern, diese Behauptung zurückzunehmen, da sie wissentlich falsch sei. Heute wissen wir, daß diese Behauptung zutreffend war. Es ist deswegen sicher richtig, wenn man unterstellt, daß die schmale Mehrheit, über die diese Regierung noch verfügt, nur mit der Versicherung erreicht werden konnte, daß die damals noch gemeinsame, wenigstens verbal noch gemeinsame Ostpolitik — so hieß es doch — kontinuierlich weiterentwickelt werde.

Dieser Vertrag aber, das gilt es hier festzustellen, zerbricht diese Gemeinsamkeit. Wenn Sie das, was Sie jetzt machen, vor der Wahl gesagt hätten, dann sähen, dessen bin ich gewiß, die Mehrheiten in diesem Hause ganz anders aus.

Warum steht der Bundeskanzler, warum steht die Bundesregierung nicht mehr zu den feierlichen, teilweise geradezu pathetischen Erklärungen zur Oder-Neiße-Linie früherer Jahre? Es sind einige zitiert worden. Ich könnte seitenlang weiter zitieren; das würde uns hier nicht weiterführen und würde auch nichts ändern.

Aber, meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was hat sich denn seit 1969, seit dem Wahltag also, geändert, wenn es sechs Tage vorher noch hieß, es sei eine Verleumdung und Diffamierung, zu behaupten, die Oder-Neiße-Linie solle anerkannt werden? Wir hören dann immer, daß es zu dieser Ostpolitik — das ist ja auch jetzt wieder gesagt worden — keine Alternative gebe, und deswegen sei sie richtig. Ich verstehe das nicht. Der Bundeskanzler hat doch selbst als Außenminister der Großen Koalition diese Alternative wenigstens verbal oder, wie Herbert Wehner gestern sagte, unter der Zucht des Kabinetts vertreten. Herr Kollege Wehner, Sie haben diese Broschüre unter eigener Verantwortung herausgegeben, die Dr. Kiesinger gestern zitiert hat, nicht unter Zucht des Kabinetts; Sie hätten sie nicht herauszugeben brauchen.

*(Abg. Dr. Arndt [Hamburg]: Dann lesen Sie die Geschäftsordnung der Bundesregierung!)*

Nein, Herr Kollege Arndt: Jeder Minister führt — das sollten Sie wissen — sein Ressort selbstverantwortlich. Publikationen konnte selbstverständlich der gesamtdeutsche Minister, den es damals noch gab, in eigener Verantwortung herausgeben. Sie zweifeln daran? Dann lesen Sie die Geschäftsordnung der Bundesregierung. Niemand hatte Sie also dazu gezwungen. Es gab damals — wenigstens verbal — noch eine gemeinsame Politik und eine Alternative. Wenn Sie jetzt — seit Herbst 1969 — sagen, es gebe keine Alternative mehr, muß ich doch fragen: Hat uns etwa diese Politik dahin gebracht, daß wir jetzt auf einmal keine Alternativen mehr haben? Davon muß man doch ausgehen.

Der Herr Bundeskanzler hat es für richtig gehalten, deutsch-polnische Grenzfragen nicht zwischen Deutschen und Polen, sondern zunächst zwischen Deutschen und Russen zu regeln. Meine Damen und Herren, das entspricht einer unheilvollen Tradition, die in Polen unvergessen ist.

Vor genau 200 Jahren wurde die erste polnische Teilung zwischen Österreich, Preußen und Rußland besiegelt. Exilpolnische Zeitungen wissen zu berichten: In eben jenem Katharinsaal des Kreml, in dem später der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister und vor Ihnen, Herr Bundesaußenminister, Herr Ribbentrop einen Vertrag über polnische Grenzen unterzeichneten. Doch das ist leider nicht der einzige Zusammenhang zwischen den Verträgen von 1939 und dem von 1970.

Herr Bundeskanzler, Sie haben — so wenigstens sehen es die Völker des Ostens — in Moskau alle heutigen Grenzen in Europa als unerschütterlich und unveränderlich bestätigt — und damit auch jene polnisch-sowjetische Grenze des Hitler-Stalin-Paktes, die die Polen Wilna und Lemberg kostete.

*(Abg. Haase [Kassel]: Die russische Aggression nach Polen — Litauen, Estland, Lettland!)*

Ja, natürlich, noch einiges mehr. Ich spreche hier über das deutsch-polnische Verhältnis. Sie wissen, was das für jeden national- und geschichtsbewußten Polen auch heute noch bedeutet. Unter solchen Begleitumständen ist die Hoffnung auf einen deutsch-polnischen Ausgleich nicht sehr wahrscheinlich.

Der Herr Bundeskanzler hat den Warschauer Vertrag zum Bestandteil des übergeordneten Moskauer Vertrages, des Generalvertrages, gemacht.

Die in Moskau paraphierte Absichtserklärung unterstreicht das ganz eindeutig, denn sie spricht von einem einheitlichen Ganzen aller Verträge.

*(Abg. Dr. Arndt [Hamburg]: Aber nicht von der Über- und Unterordnung!)*

Ich habe Ihnen eben die Interpretation des Bundesaußenministers gebracht, wie er dieses einheitliche Ganze versteht oder mindestens verstand.

Sie wissen, daß selbst kommunistische Politiker darum ringen, die zuletzt in der CSSR blutig bestätigte Breschnew-Doktrin von der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten abzuschwächen. Der Herr Bundeskanzler hat mit der Regelung der deutsch-polnischen Grenzfragen über die Köpfe der Polen hinweg diese Doktrin de facto hingenommen und bestätigt. Wie können wir glauben, das trage zur Aussöhnung bei? Auch hier war der Bundeskanzler gewarnt. Auch hier hat er sich über diese Warnungen hinweggesetzt.

*(Abg. Matthöfer: Unsinn!)*

— Das ist kein Unsinn.

*(Abg. Matthöfer: Natürlich!)*

Darüber wird, wenn einmal die Dokumente zugänglich sind, auch die Öffentlichkeit mehr erfahren.

Was die Polen selbst, soweit sie sich frei äußern können, zu dieser Politik sagen, kann man täglich der polnischen Exilpresse entnehmen. So schreibt z. B. „Narodowicz“ am 13. August 1970, der Moskauer Vertrag erwecke schmerzliche Erinnerungen an den sowjetisch-deutschen Vertrag direkt vor dem letzten

Krieg, oder die angesehene Pariser „Kultura“ im November 1970 — wörtliches Zitat —:

Obwohl es natürlich gewesen wäre, daß die Garantien der Unantastbarkeit der Westgrenzen Polens vor allem in Warschau deponiert würden, hat Brandt diese Garantien an Moskau überwiesen. Das Ergebnis dieser Operation: wie früher der Gehorsam gegenüber der UdSSR mit der Gefahr der deutschen Revanchisten motiviert wurde, so wird er jetzt mit der Tatsache begründet, daß die Garantien in der Hand der sowjetischen Regierung liegen.

Das waren nur zwei Stimmen aus der Fülle ähnlicher Kommentare.

Der Herr Bundeskanzler und viele mit ihm, die das harte Los der Emigration geteilt haben, werden die Bedeutung derartigen Meinungsäußerungen besonders zu würdigen wissen. Auch jene waren mit dem Herrn Bundeskanzler damals vor einer Diktatur geflohen. Sie haben auf ihre Weise damals auch als Emigranten gegen die Gewaltherrschaft in ihrem Heimatland gekämpft, genauso wie es Polen heute im freien Westen versuchen.

Ich bin überzeugt, in diesem Haus gibt es niemanden, der nicht Verständigung, der nicht Aussöhnung mit dem polnischen Volk will. Aber bisher waren wir uns doch, meine ich, darüber einig, daß wir unseren Frieden mit dem polnischen Volk suchten und nicht mit denen, die es unterdrücken.

Wir alle wissen um die Opfer von Auschwitz, und wir schämen uns dessen, was dort im Namen von Deutschen geschehen ist. Wir wissen aber auch, was später mit den Überlebenden von Auschwitz geschah und was heute noch mit ihnen in Polen geschieht. Wir wünschten, daß auch dazu ein Wort gesagt worden wäre. Wir hoffen, daß der Herr Bundeskanzler demnächst bei seinem Besuch in Israel dazu ein Wort sagen wird.

Aber noch etwas anderes gehört zur ganzen Wahrheit. Es gab nicht nur die Verbrechen von Auschwitz, es gab nicht nur Verbrechen von Deutschen, sondern es gab auch Verbrechen an Deutschen. Es gab auch Lamsdorf, wo Polen Schreckliches an Deutschen taten, und es gab auch Katyn, wo Stalin Tausende von polnischen Offizieren ermorden ließ. Die Namen Auschwitz, Lamsdorf und Katyn stehen für viele. Sie stehen für eine europäische Tragödie ohnegleichen, die sich nie wiederholen darf.

Wer aber Aussöhnung anstrebt, der muß die ganze Wahrheit sagen und die ganze Wahrheit ertragen können.

Nun kann es natürlich sein, daß man mir entgegenhält, ich verwechsle Ursache mit Wirkung. Nein, meine Damen und Herren! Kollege Wehner hat gestern völlig zu Recht, gesagt: in der Geschichte gibt es keine Stunde Null. Deswegen fängt eben auch die deutsch-polnische Geschichte nicht mit dem Überfall Hitlers und Stalins auf Polen an. Wenn man schon über Ursachen und Wirkungen sprechen will, dann muß man auch jene Ursachen und Wirkungen mit bedenken, die nach dem Ersten Weltkrieg das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen unheilvoll vergifteten. Volksabstimmungen, an die man sich nicht hielt, willkürlich gezogene Grenzen auf Landkarten, die

Frieden schaffen sollten, Versuche — auch damals schon —, das Selbstbestimmungsrecht durch Gewalt zu ersetzen, eine nationalistische Minderheitenpolitik, die natürlich nationalistische Gegenreaktionen auslöste, — alles gehört mit zu dieser Vorgeschichte.

Herr Kollege Wehner hat gestern vor unbilligen Vergleichen gewarnt, vor allem vor einem Vergleich mit Versailles. Ich glaube, er hat recht. Man kann hier keine unmittelbaren Vergleiche ziehen. Aber man sollte wenigstens aus Fehlern lernen dürfen. Schließlich war es Theodor Heuss, der schon 1932 sagte: „Die Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles.“

Herr Bundesaußenminister, es war Ihr Vorgänger im Amt des Vorsitzenden der FDP, Thomas Dehler, der 1950 bestätigte, daß der Aufstieg Hitlers weitgehend eine Folge des Versailler Vertrages gewesen sei. Insofern gehört dieses Problem mit in unsere Betrachtung, eben weil die Geschichte keine Stunde Null kennt.

Heute stehen wir vor der Frage, ob wir diesmal ohne Zwang eine ähnliche Lage — das Selbstbestimmungsrecht ignorieren, Striche auf Landkarten machen und Menschen aussiedeln oder vertreiben — hinnehmen wollen. Ich meine, die Erfahrungen der Vergangenheit sollten uns schrecken. Recht muß Recht bleiben. Wer aus Unrecht Recht werden läßt, der schafft böse Beispiele für die Zukunft, auf die sich dann auch andere berufen können — nein: inzwischen ja schon berufen. Denken Sie an Isreal oder an Irland. Wann je in der Geschichte hat das Ziehen von Strichen auf Landkarten und das Wegschaffen von Menschen Frieden, Entspannung und Versöhnung gebracht? Betrachten wir doch alle Brand- und Krisenherde, die die Politiker heute beschäftigen! Sie sind alle die Folge von ungelösten Problemen, von Problemen, die man nur auf die nächste Generation verschoben hat, statt sie in Geduld einer Lösung des Ausgleichs zuzuführen.

Nachdem wir diese geschichtlichen Erfahrungen haben, ist es uns, glaube ich, nicht mehr erlaubt, die Probleme von heute wieder einmal auf die nächste Generation zu verschieben, weil wir nicht die Kraft und nicht die Geduld haben, eine Lösung des echten Ausgleichs zu schaffen, nicht nur — das geschieht doch mit diesen Verträgen — eine Sanktionierung von Gewalt und Annexion. Ein Frieden, der nicht auf dem Recht, sondern auf dem Unrecht beruht, kann nach unseren geschichtlichen Erfahrungen nicht von Dauer sein, und die bloße Aufrechnung von Schuld hilft uns bestimmt nicht weiter.

Schuld gibt es auf beiden Seiten, wenn auch das Ausmaß unterschiedlich ist und wir den geringsten Anlaß haben, unseren Teil von Schuld zu verkleinern oder zu bagatellisieren. Aber Aussöhnung kann es doch nur dann geben, wenn alle Beteiligten ihr Maß an Schuld erkennen und wenn alle Beteiligten zu einem Neubeginn bereit sind. Auch dazu hätten wir vom Herrn Bundeskanzler ein offenes Wort erwartet. Vielleicht kommt es noch.

Die polnischen Bischöfe, an ihrer Spitze Kardinal Wyszyński, wagten dies, obschon sie wußten, wie die polnische Regierung reagieren würde. Sie schrieben

in ihrer Botschaft an die deutschen Bischöfe im Jahre 1965 wörtlich:

Die polnische Westgrenze an Oder und Neiße ist, wie wir wohl verstehen, für Deutschland eine äußerst bittere Frucht des letzten Massenvernichtungskrieges zusammen mit dem Leid von Millionen von Flüchtlingen und vertriebenen Deutschen.

Sie erwähnten dann die Vertreibung auch der Polen aus den polnischen Ostgebieten, und sie schlossen mit dem bewegenden Satz von der gegenseitigen Vergebung:

„... gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“

Die scharfe Reaktion der Warschauer Regierung formulierte der damalige Ministerpräsident Cyrankiewicz: eine solche Bitte um Vergebung, so sagt er, sei für das polnische Volk beleidigend und für seine Würde erniedrigend; das polnische Volk habe nicht um Vergebung zu bitten.

Noch bedeutungsvoller ist ein anderer Satz in derselben polnischen Bischofsbotschaft. Darin wird uns Deutschen — ganz bestimmt nicht ohne Absicht — mitgeteilt, daß in allen Freiheitskämpfen während der polnischen Unterdrückungszeit die Devise der Polen war: „Für eure und unsere Freiheit“. Meine Damen und Herren, es stünde uns wohl an, dieses Wort genau zu bedenken und zu prüfen, was heute damit gemeint ist: „Für eure und unsere Freiheit.“

Zwischenfrage: Abg. Sieglerschmidt (SPD):

Herr Kollege Windelen, stimmen Sie mit den Vorstellungen der polnischen Bischöfe, mit denen Sie sich hier so solidarisiert haben, auch hinsichtlich der polnischen Westgrenze überein?

Herr Kollege Sieglerschmidt, ich habe Ihnen vorhin schon die Antwort auf die Frage nach unserer Alternative gegeben. Die deutschen Vertriebenen haben auf diese Botschaft der polnischen Bischöfe positiv reagiert, und sie waren zu Gesprächen auf dieser Ebene bereit. Das ist auch meine Antwort.

Ich meine, daß die Forderung der polnischen Bischöfe, nicht nur für die eigene, sondern auch für die Freiheit der anderen einzutreten, nicht nur eine Forderung von Christen, sondern auch eine Forderung von Demokraten sein müßte.

Es ist vor allem eine Mahnung an uns, die wir diese Freiheit noch haben.

Die Warschauer Regierung erklärte zur Bischofsbotschaft, es gehe nicht um Vergebung und Versöhnung, sondern es gehe — so wörtlich — um die wiedergewonnenen polnischen Westgebiete. Die Absicht ist klar. Wenn es sich nur um wiedergewonnene polnische Gebiete handelt, dann wäre ein deutscher Verzicht kein Opfer und könnte nicht zum Ausgleich führen. Es wäre dann zusammen mit der Vertreibung nur die Wiedergutmachung eines historischen Unrechts, mehr nicht. Ich will mich hier mit dieser These nicht auseinandersetzen. Sie ist historisch falsch, unhaltbar, auch für ernsthafte polnische Historiker kein Gegenstand der Auseinandersetzung. Ich habe diese Aussage hier erwähnen müssen, weil an ihnen der unüberbrückbare Gegensatz zwischen der Auffassung der polnischen

Regierung und der Auffassung der polnischen Bischöfe ganz deutlich wird.

Man wird sagen: Die polnischen Bischöfe haben wohl kaum eine Legitimation. Meine Damen und Herren, jeder Kenner Polens und der polnischen Geschichte weiß, daß die katholische Kirche und die Bischöfe in Polen mit weit größerem Recht für das polnische Volk sprechen können als die derzeitige polnische Regierung.

Ministerpräsident Cyrankiewicz, Parteichef Gomulka und Außenminister Jedrychowski wurden trotz des Warschauer Vertrages ihrer Posten enthoben. Wenige Tage nach ihrem größten Triumph brach ein Aufstand polnischer Arbeiter aus, ein Aufstand, von dem der „Spiegel“ unter der Überschrift berichtete: „Die Volksregierung mordet ihr Volk.“ Die wirtschaftlichen Sorgen in Polen waren also weit größer für die Menschen dort als die Befriedigung über die Grenzgarantie des Warschauer Vertrages. Ich meine, auch das sollte uns zu denken geben.

Nun, meine Damen und Herren, zur Auslegung des Grenzartikels des Warschauer Vertrages. Der Herr Bundeskanzler hat uns hier und an anderer Stelle wohl mit Blick auf Karlsruhe erklärt, es handle sich bei der Grenzankennung um einen Modus vivendi. Aber in aller Welt wird der Eindruck erweckt — das ist hier im Laufe der Debatte oft genug betont worden —, wir meinten in Wirklichkeit doch Anerkennung. Mit Blick auf Polen spricht der Bundeskanzler wieder von Anerkennung. Aber er läßt sich den Rückweg offen, es sei in Wirklichkeit doch ein Modus vivendi gemeint. Genau das ist es, meine Damen und Herren, was wir eine zwiespältige und ungläubwürdige Politik nennen, die besonders bei den Polen Mißtrauen und Zweifel auslösen muß.

Der Herr Bundeskanzler hat vor seiner Unterschrift gewußt — und die Polen haben es immer wieder mit Nachdruck betont —, daß in den Augen Warschaus die Teilung Deutschlands damit endgültig besiegelt sei. Dennoch ist unterzeichnet worden und erklärt worden, der Friedensvertragsvorbehalt sei selbstverständlich gewahrt und der Vertrag beinhalte keine endgültige Grenzankennung. Eine solche Politik kann weder den inneren noch den äußeren Frieden sicherer machen. Die Polen befürchten natürlich, wir meinten es nicht ehrlich. Bei den Vertriebenen umgekehrt wird ein Funken und ein Rest von Hoffnungen genährt, von der doch jeder weiß, daß sie bei Fortsetzung dieser Politik völlig unrealistisch wäre.

Warum sagt man nicht offen, was das politische Ziel in Wirklichkeit ist? Nur mit Rücksicht auf Karlsruhe? Warum werden Spekulationen weiter Tür und Tor geöffnet? Jeder kennt doch die vielen ablehnenden Äußerungen des Bundeskanzlers und vieler Kabinettsmitglieder zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie noch vor wenigen Jahren. Sie sind doch noch gar nicht so alt. Manche wissen, daß der Herr Bundeskanzler dennoch gleichzeitig im Ausland ganz anderes sprach und eben jene Anerkennung, die er im Innern so hart ablehnte, im Ausland in Aussicht stellte.

Meine Damen und Herren, was damals unvereinbar nebeneinander stand, das kennzeichnet leider auch heute noch die Interpretation des Warschauer Vertrages. So wird man nicht Verständigung, so kann man

nicht Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen schaffen. Eine solche Polenpolitik ist deswegen zwiespältig und fragwürdig. Sie täuscht entweder die Polen oder die Deutschen. Es ist eine Politik, die eher den Keim zu neuen Konflikten legt, statt endlich alte Konflikte zu beseitigen.

Das, meine Damen und Herren, ist genau keine Politik, die den Frieden sicherer macht.

Der Herr Bundeskanzler sagt — und der Herr Außenminister hat es bestätigt —, eine gesamtdeutsche Regierung sei an diesen Vertrag nicht gebunden. Damit steht doch fest: Wenn ein wiedervereinigtes Deutschland mit einer gesamtdeutschen Regierung die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie in Frage stellen kann, dann wird selbst ein freies Polen diese Wiedervereinigung zu verhindern suchen. Damit aber würde das deutsch-polnische Verhältnis erneut belastet. Deswegen ist der Warschauer Vertrag weit mehr als ein Grenzvertrag. Er ist zugleich auch ein Vertrag zur Erschwerung der deutschen Wiedervereinigung.

Auch das gilt es in aller Deutlichkeit zu erkennen, wenn man zu diesem Vertrag votieren soll.

Der Herr Bundeskanzler sagt immer, er möchte den Frieden sicherer machen. Aber hier muß man doch fragen, meine Damen und Herren: Wer stört denn eigentlich den Frieden? Das sind doch nicht wir, die wir längst auf Gewalt und auf Drohung mit Gewalt verzichtet haben. Das sind doch nicht wir, die wir uns nur auf das in der UNO-Charta verbrieftete Recht berufen. Den Frieden gefährdet doch, wer die Weltherrschaft mit allen Mitteln anstrebt und das jeden Monat und jede Woche erneut offen ankündigt.

Man braucht doch nur nachzulesen, was Herr Breschnew sagt und was das „Neue Deutschland“ täglich schreibt, meine Damen und Herren.

Mit welchem Recht verlangt eigentlich Moskau von uns, daß wir sein gewaltsam gebildetes Imperium nunmehr als unabänderlich garantieren? Das wäre doch nichts anderes als eine späte Rechtfertigung auch der Eroberungspolitik Hitlers, der 1939 gemeinsam mit Stalin Polen überfiel und damit Recht durch Macht ersetzte.

Der Bundeskanzler hat selber auf diesen unleugbaren Zusammenhang in einem Aufsatz vom 22. Januar 1940 hingewiesen. Er schrieb damals:

Die Sowjetunion hat hinter dem Schleier einer Friedenspolitik mitgeholfen, den großen Krieg in Gang zu setzen. Durch diese Politik ist die Sowjetunion ein Bundesgenosse des Nazismus geworden.

Zwischenfrage: Abg. Schlaga (SPD):

Herr Windelen, Sie erwähnten jetzt zum wiederholten Mal die Beteiligung der Sowjetunion oder, besser gesagt, Stalins an der Okkupation Polens im Jahre 1939. Sind Sie nicht der Meinung, daß wir diese Dinge, obwohl sie seinerzeit im Namen des deutschen Volkes geschehen sind, überhaupt nicht zu vertreten haben, auch nicht im Sinne der Identitätstheorie? Und halten Sie es nicht wirklich für ein bißchen armselig und moralisch und politisch unzulässig, die Schandtaten, die seinerzeit begangen worden sind, dadurch relativieren oder verniedlichen zu wollen, daß man ständig auf Komplizen verweist?

Herr Kollege Schlaga, wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie diese Frage nicht zu stellen brauchen. Le-

sen Sie doch das Protokoll nach! Das ist keine Anmaßung! Meine Damen und Herren, es hat doch wirklich keinen Sinn, hier dauernd zu sprechen und sehen zu müssen, daß all die Erklärungen, die man hier abgibt, noch in der gleichen Rede wieder in Frage gestellt werden. Es hat doch keinen Sinn, so zu diskutieren.

Das zweite: Setzen Sie sich doch mit Ihrem Bundeskanzler selber auseinander, der diesen Satz, den ich wiederholen möchte, im Jahre 1949 völlig zutreffend geschrieben hat. Es ist Willy Brandt, nicht Heinrich Windelen, der schrieb:

Die Sowjetunion hat hinter dem Schleier einer Friedenspolitik mitgeholfen, den großen Krieg in Gang zu setzen. Durch diese Politik ist die Sowjetunion ein Bundesgenosse des Nazismus geworden.

Dies und nichts anderes wollte ich hier festgestellt haben.

Nun, meine Damen und Herren, sagt man uns immer – und das war ja auch wesentlicher Inhalt der Ausführungen von Minister Ehmke vorhin –, hier gehe es um Realitäten. Nun, Hitler war genauso eine Realität, wie es Stalin war und wie es Breschnew heute ist. Hätten wir uns und, so frage ich Sie, hätte sich die freie Welt denn auch mit Hitler abfinden sollen?

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang zitieren, was der Erlanger Ordinarius und Schweizer Staatsbürger Professor Ernst Heuss schon 1965 im Zusammenhang mit der evangelischen Denkschrift zum Thema „Realitäten“ sagte:

Damit nämlich etwas zur vollen Realität werden kann, muß es vor allem von den Mitmenschen akzeptiert werden. Wird es das nicht, dann hat das Geschaffene keine Chance, eigentliche Realität zu werden, sondern stellt bestenfalls eine Episode dar. Was also erst Realität ausmacht, ist das Akzeptieren und Anerkennen. ... Nur so besteht z. B. die Hoffnung, daß das Grauenhafte, das mit dem Wort Auschwitz verbunden ist, gleichsam eingemauert wird, nachdem die Menschheit deutlich genug gezeigt hat, daß sie so etwas nicht akzeptiert.

Er fährt dann fort: „Grenzveränderungen hat es in der Menschheitsgeschichte immer gegeben und wird es auch in Zukunft geben. Bis 1939 aber waren solche Grenzverlegungen nicht mit entsprechenden Transplantationen der Bevölkerung verbunden.“ Hier liegt der eigentliche Bruch mit dem christlich-abendländischen Denken, also nicht in der Oder-Neiße-Linie, sondern darin, daß man die Menschen wie Kühe von einer Weide auf die andere treibt.

Diese Realität ist es, mit der sich Menschen nicht abfinden können und nicht abfinden dürfen. Unter dem Vorzeichen des Kommunismus, meine Damen und Herren, können wir den Warschauer Vertrag nicht als Beitrag zum Frieden ansehen. Er dient lediglich dazu, den gewaltsamen Vormarsch des Kommunismus bis an die Elbe nachträglich zu sanktionieren und festzuschreiben.

Weshalb nach Auffassung von Honecker der Frieden durch die Ostverträge sicherer wird, das sagte der SED-Chef am 6. Januar dieses Jahres. Er sagte: „Der Frieden ist also sicherer geworden, weil der Sozialismus an Stärke gewonnen hat. Mit einem Wort, das internationale Kräfteverhältnis hat sich weiter zu unseren Gunsten verändert.“ Meine Damen und Herren, wir befürchten, genauso wird es sein. Der Kommunismus wird mit den Ostverträgen noch eine Handhabe bekommen, daß diese Art von Frieden künftig für ihn noch sicherer werden könnte. Das aber liegt weder im Interesse der Polen noch im Interesse der Deutschen. – Ich möchte eigentlich jetzt zum Ende kommen, auch im Interesse der Zeitökonomie.

Der Bundeskanzler hat sich in der Emigration bitter beklagt, daß die schwächliche Politik der Westmächte eine der entscheidenden Ursachen dafür ist, daß es heute in Deutschland keine aktive politische Opposition gibt. Das ist sicher völlig richtig. Aber muß er diesen Satz nicht heute auch gegen seine Politik gelten lassen?

Die Politik des Nachgebens kann doch nur einer Festigung der Einparteienherrschaft jenseits des Eisernen Vorhangs dienen, und sie muß doch jede freiheitliche Regung, jede Opposition jenseits des Eisernen Vorhangs zutiefst entmutigen. Können wir das wollen, meine Damen und Herren?

Ich war, Herr Kollege Mattick, sehr bestürzt über Ihren Beitrag und das Zitat, das Sie kürzlich schon einmal in einem gemeinsamen Podiumsgespräch gebracht haben, das Zitat von Winston Churchill aus dem Kriegsjahr 1944, ein Zitat des Kriegspremiers Churchill zur Stützung Ihrer These, hier in diesem Saal und zu dieser Politik. Ich möchte es wenigstens durch ein Zitat des gleichen Churchill ergänzen dürfen, aus einer Zeit, als es darum ging, zum Frieden zu kommen und nicht mehr Krieg zu führen. Er erklärte am 16. August im britischen Unterhaus folgendes wörtlich:

Ich muß meine Meinung zu Protokoll bringen, daß die provisorische Westgrenze, die Polen zugebilligt worden ist und ein Viertel des pflügbaren Landes von Deutschland in sich schließt, keine gute Vorbedeutung für die Zukunft Europas hat.

Hier ist, glaube ich ein Fehler gemacht worden, wobei die provisorische polnische Regierung weit über das hinausging, was Notwendigkeit und Gleichwertigkeit erfordern.

Meine Damen und Herren, ich weiß wirklich nicht, ob es für einen deutschen verantwortlichen Politiker vertretbar ist, zur Stützung seiner Politik auf extrem negative Äußerungen ausländischer Staatsmänner zurückzugreifen, die während des Krieges gemacht wurden, und die positiveren Äußerungen im Zusammenhang mit der Friedensregelung hier zu unterschlagen.

Wenn es um den Frieden geht, dann bekenne ich mich zu dem Kommentar der hier schon einmal zitierten exilpolnischen Zeitung „Narodowiec“ vom 17. Dezember 1970. Die Zeitung schrieb zum Aufstand in Polen

kurz nach Unterzeichnung des Warschauer Vertrages wörtlich folgendes:

Gut an dieser großen Tragödie

– des Aufstandes in Polen –

ist, daß sie Polen, ... Europa und die Welt daran erinnert, daß ein solcher Friede dem europäischen Kontinent keine Sicherheit bringen würde. Es muß all denen unangenehm auffallen, die im Westen bereit sind, die Unfreiheit halb Europas zu billigen, um auf der anderen Seite Ruhe und Sicherheit zu haben. Es zeigt sich, daß die Sicherheit ganz Europas sehr eng damit verbunden ist, ob ganz Europa frei ist oder nicht, ... weil sie nicht vom Schicksal und den Verkehrsmöglichkeiten einer Million Einwohner von halb Berlin abhängt, sondern von der Freiheit von 100 Millionen Europäern aus dem östlichen Teil dieses Kontinents.

Das, meine Damen und Herren, ist auch unsere Meinung. Deswegen lehnen wir Verträge ab, die weder Frieden noch Aussöhnung bringen, die Unrecht und Gewaltherrschaft sanktionieren und den Menschen drüben nichts, aber auch gar nichts bringen.

Zwischenfrage: Abg. Wehner (SPD):

Würden Sie, verehrter Herr Kollege Windelen, mir sagen, ob Sie die Auffassung, die ich im folgenden zitiere, auch als die Ihre ansehen? Sie beginnt mit der Feststellung:

Ich möchte einige Friedensaufgaben nennen, die mir innerhalb der katholischen Kirche der Bundesrepublik besonders dringlich zu sein scheinen:

1. An die erste Stelle gehört zweifellos, und zwar auf viele Jahre hinaus, die Verständigung und Versöhnung mit Polen. Wie immer man zu dem Vertrag stehen mag, über den gegenwärtig verhandelt wird, – diese Aufgabe ist und bleibt gestellt. Ich freue mich in diesem Zusammenhang, daß aus dem Kreis der polnischen katholischen ZNAK-Gruppe eine Einladung an das Präsidium von Pax Christi zu einem Besuch in Polen ergangen ist, und möchte an dieser Stelle herzlich dafür danken.

Da Sie sich so freuen: Das sind Worte von Kardinal Döpfner – wörtlich zitiert. Ich wollte, weil sich Herr Windelen jetzt – wozu ich ihm das Recht nicht bestreite – auf ein polnisches Emigrationsblatt berief, nur fragen, wie er sich zu dieser Auffassung von Julius Kardinal Döpfner stellt.

Ich glaube, daß es auf dieser Grundlage keine Schwierigkeiten und keine Probleme gibt, zu einer Verständigung zu kommen. Herr Kollege Wehner, wenn Sie sich ebenfalls – und davon muß ich doch ausgehen, wenn Sie das hier zitieren – mit dieser Auffassung identifizieren, dann jedenfalls sollten wir uns in der Polenfrage auf eine gemeinsame Linie einigen können.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU/CSU-Fraktion hat am 4. Dezember 1970 einstimmig einen Entschließungsantrag eingebracht, der unsere Alternative zum Warschauer Vertrag deutlich macht. Er geht von den Grundpositionen aus, die bis vor wenigen Jahren noch von allen Fraktionen im Deutschen Bundestag gemeinsam vertreten wurden. Die Diskussion und Abstimmung darüber werden zeigen, wieviel von dieser Gemeinsamkeit noch verblieben ist. Wir sind überzeugt, daß eine Politik auf der Grundlage dieser Entschließung dem inneren und äußeren Frieden dienen würde.

Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister des Innern:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Windelen hat im Verlaufe seiner Rede die Forderung an uns alle erhoben, die ganze Wahrheit zu sagen und auch die ganze Wahrheit ertragen zu können. Ich glaube, daß kein Thema für diesen Appell besser geeignet ist als das Verhältnis des Deutschen zum polnischen Volk. Der Kollege Windelen wird sich mit dem, was er hier ausgeführt hat, an dieser von ihm aufgestellten Regel messen lassen müssen.

Herr Kollege Windelen, Sie haben gesagt, daß diese Verträge das Unrecht und die Gewaltherrschaft sanktionieren, was doch wohl heißen soll, daß sie die Gewaltherrschaft in Polen sanktionieren, weil dort eine kommunistische Regierung die Verantwortung trägt. Wenn das so ist, dann müssen Sie fairerweise sagen, daß Sie auf Ostpolitik mit allen kommunistischen Staaten so lange verzichten wollen, wie dort kommunistische Regierungen sind.

Ich finde auch, daß es ein unzulässiger Vergleich war, ein Verhältnis zwischen den Verhandlungen des Außenministers des „Dritten Reiches“, Ribbentrop, und den Verhandlungen herzustellen, die der Außenminister des demokratischen Nachkriegsstaates Bundesrepublik Deutschland geführt hat.

Jene Verhandlungen, meine Damen und Herren, waren ein Meilenstein auf dem Weg, der dazu führte, daß Millionen deutscher Menschen am Ende dieses Krieges ihre Heimat verloren haben, und die Verhandlungen, die der heutige Außenminister geführt hat, sollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich so etwas in Europa nicht mehr wiederholt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir scheint, daß in dieser Debatte, die ja auch die Lage der Nation behandeln soll, zuwenig für die Menschen gesagt worden ist, die eigentlich diesen Krieg zweimal verloren haben, nämlich für jene, die für diesen Krieg mit dem Verlust ihrer Heimat bezahlen mußten, für jene, die etwas bewirkt haben, was viel mehr als das andere, worauf wir auch stolz sind, die Bezeichnung „deutsches Wunder“ verdient, das deutsche Wunder nämlich, das darin bestand, daß in einem Land, zerbombt, ausgehungert und mit Millionen von Flüchtlingen überflutet, nicht ein neuer Nationalismus entstand, sondern daß die Vertriebenen und Flüchtlinge mit an die Arbeit gegangen sind und dieses demokratische Deutschland aufgebaut haben.

Ich sage das hier, weil manchmal mit einer gewissen Leichtigkeit auch über das hinweggegangen wird, was diese Menschen bewegt und was sie bewegen wird, gerade angesichts einer Debatte über das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Polen.

Nur finde ich, daß diese staatspolitische Leistung und Haltung, die die Vertriebenen gezeigt haben, ihnen auch das moralische Recht gibt, von jeder Fraktion des Deutschen Bundestages zu erfahren, ob sie jetzt oder in Zukunft eine reale Chance dafür sieht, daß diese Gebiete jemals zu Deutschland zurückkommen. Ich glaube, daß das ein Gebot der Ehrlichkeit ist, und ich will diese Frage für mich an dieser Stelle beantworten.

Meine Damen und Herren, sowenig es in den Jahren seit 1945 vergangenen Regierungen, solchen, an denen wir beteiligt waren, und solchen, zu denen wir in Opposition standen, möglich war, diese Gebiete zu Deutschland zurückzubringen, sowenig wird es auch künftigen Regierungen möglich sein. Das gehört bei einer Diskussion über die Lage der Nation mit dazu, wenn man sagt: Wir wollen die ganze Wahrheit sagen, und wir wollen auch die ganze Wahrheit ertragen können. So gesehen ist nichts verschenkt, und so gesehen ist auch nichts vergeben worden.

Zur ganzen Wahrheit, meine Damen und Herren, gehört auch etwas anderes. Herr Kollege Windelen hat davon gesprochen, daß wir den Frieden mit dem polnischen Volk suchen. Ich denke, das können wir alle für uns in Anspruch nehmen. Ich denke, ich kann hier auch feststellen, daß es uns allen lieber wäre, wenn wir diese Verhandlungen mit einer demokratischen Regierung in Polen hätten führen können. Aber in einem Punkte, meine Damen und Herren, wollen wir auch jede Illusion fallenlassen: Im polnischen Volk wie in anderen Völkern, die unter kommunistischer Regierung leben müssen, gibt es Menschen, die sich zu dieser Regierung bekennen, und — wie wir meinen — viel mehr Menschen, die in Opposition zu dieser kommunistischen Regierung stehen. Aber in einer Frage sind sich alle Polen einig: sie sind sich darin einig, daß sie nicht bereit sind, diese Gebiete wieder aufzugeben.

Das wissen wir aus den Erklärungen nicht nur der Exilpolitiker, die ja auch zitiert worden sind; wir wissen es nicht nur z. B. von den Verantwortlichen der katholischen Kirche in Polen; wir wissen es auch aus den Erklärungen nichtkommunistischer Politiker, die sich unmittelbar nach Kriegsende oder auch in den letzten Kriegsjahren dazu in Freiheit haben äußern können.

Ich glaube also, daß es nicht die ganze Realität, nicht die ganze Not der Nation, die sich in diesem Verlust der Heimat für Millionen unserer Mitbürger widerspiegelt, erschöpft, wenn man nur sagt: es gibt draußen unter unseren Verbündeten nicht einen einzigen, der diese Ansprüche unterstützen würde; nein, es gehört auch dazu, zu sagen, daß es — doch ganz unabhängig davon, wie Polen regiert wird und regiert sein wird — darüber keine Meinungsverschiedenheit gibt.

Zwischenfrage: Abg. Petersen (CDU/CSU):

Herr Minister, würden Sie mir vielleicht helfen: Wie würden Sie eine Frage beantworten, die von Menschen, die heute in Polen leben, wiederholt an mich gestellt wurde, die Frage, was eigentlich Oder und Neiße zu suchen hätten in einem Vertrag, der von der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion in Moskau abgeschlossen worden ist?

Herr Abgeordneter, ich will Ihnen dazu auch ein Wort sagen, weil dies ja auch in der Kritik des Kollegen Windelen angeklungen ist. Ich wundere mich eigentlich, daß diese Frage und auch die Kritik aus Ihren Reihen kommt. Denn ich habe über viele Jahre, in denen meine Partei dafür eingetreten war, man solle z. B. Verhandlungen mit Ost-Berlin suchen, man solle versuchen, Kontakte mit Warschau aufzunehmen, gerade aus Ihrem Lager immer gehört, das sei alles ganz

unsinnig; nicht mit Schmidtchen müsse man reden, sondern mit Schmidt, und das sei Moskau.

Aber ich will mir diese Argumentation nicht zu eigen machen. Nur wundert es mich, daß die Frage von Ihnen so gestellt wird. Dem Vertrag mit der Sowjetunion lag der politische Wille zugrunde, daß wir einen Beitrag zum Frieden in Europa leisten wollen, indem wir die Grenzen in Europa nicht in Frage stellen, indem wir auf diese Weise einen Punkt, der doch in der Vergangenheit durch Aufrechnung und Gegenrechnung immer wieder Ursache von Konflikten gewesen ist, aus dem Wege räumen. Und es wäre eine Illusion gewesen, über Grenzen in Europa und über ihr Nichtinfragestellen mit der Sowjetunion eine Vereinbarung abschließen zu wollen und dabei jene uns Deutsche doch bis ins Innerste berührende Frage aus einem solchen Abkommen auszuklammern. Das allein ist der Grund dafür.

Nun hat der Kollege Windelen an die Adresse des Bundeskanzlers die Kritik gerichtet oder die Frage gestellt, wann er denn etwas sagen wolle zu den Fragen des Rechts, zu dem Unrecht, das in diesem Bereich geschehen sei. Herr Kollege Windelen, ich will für alle, die es vergessen haben, hier etwas wiederholen, was der Bundeskanzler vor einiger Zeit gesagt hat:

Unsere polnischen Gesprächspartner wissen, was ich Ihnen zu Hause

— das war an die Bürger in unserem Lande gerichtet — auch noch einmal in aller Klarheit sagen möchte. Dieser Vertrag bedeutet nicht, daß wir Unrecht anerkennen oder rechtfertigen. Er bedeutet nicht, daß wir Vertreibungen nachträglich legitimieren.

Meine Damen und Herren, das hat er nicht irgendwo gesagt, auch nicht in einer Wahlversammlung, sondern er hat es in einer Fernsehansprache aus Warschau am 7. Dezember 1970 gesagt. Ich kann mir keinen Ort in Europa denken, wo er deutlicher, glaubwürdiger und eindrucksvoller das hätte sagen können, was wir zur Rechtsfrage zu sagen haben.

Nein, meine Damen und Herren, hier wird nicht das Recht verleugnet, und hier ist auch das nicht angebracht, was Herr Kollege Marx heute morgen in einer sehr indirekten Form, die der Klarstellung bedarf — vielleicht war sie auch sehr direkt —, zum Ausdruck gebracht hat. Er hatte Ernst Reuter zitiert. Ich wiederhole das Zitat:

Auch heute kann Deutschland nur leben, wenn es lernt, für seine Freiheit, für sein Recht und für seine Selbstbehauptung zu kämpfen.

Dann hat er ein Stück weiter gesagt, für die CDU/CSU hätten sich die Kategorien des Rechts und der Freiheit, der Wahrheit und des Friedens nicht verändert. Meine Damen und Herren, hätte es dem Kollegen Marx nicht gut angestanden, das als eine gemeinsame Haltung aller Fraktionen des Bundestages zu sagen, oder sollte das heißen, daß es hier welche gibt, für die das nicht mehr gilt? Wir möchten für die Bundesregierung und für die sie tragenden Fraktionen in Anspruch nehmen, daß die Kategorien des Rechts, der Freiheit, der Wahrheit und des Friedens, gegründet auf das Grundgesetz dieses freiheitlichen

Staates, unverändert gelten und daß das auch die Grundlage dieser Politik ist, die heute hier zur Diskussion steht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von uns sind Alternativen gefordert worden, und einige Redner haben natürlich mit Recht auch eingewandt, daß es nicht immer Aufgabe der Opposition sei, Alternativen aufzuzeigen. Auf der anderen Seite sind auch Vertragsentwürfe als Alternativen genannt worden. Ich finde nur, daß eine Opposition eines nicht darf: sie kann nicht sagen, daß eigentlich gar nichts geht, also auch nichts anderes geht. Da nehme ich Bezug auf das, was der Kollege Windelen gesagt hat, was doch heißen soll, daß man am Ende mit kommunistischen Staaten zu solchen vertraglichen Vereinbarungen nicht kommen kann, weil man sonst das Unrecht sanktioniert. Ich muß auf etwas Bezug nehmen, was der Kollege Schröder geschrieben hat und was der Kollege Achenbach heute schon zitierte. Kollege Schröder hat geschrieben:

So ist das Nein zu den Verträgen nicht nur eine außenpolitische Aussage, sondern es unterstreicht auch eine notwendige innenpolitische Haltung.

Meine Damen und Herren, ist das nicht eine Selbstblockade in der Außenpolitik? Muß man nicht vielmehr wissen, daß es gerade für demokratisch verfaßte Staaten eine Notwendigkeit ist, deutlich zwischen Innen- und Außenpolitik zu scheiden? Das ist doch die Grundlage dafür, daß die Bundesregierung bei einer klaren Absage an den Kommunismus im Inneren bereit ist, auch mit kommunistisch regierten Staaten in der Welt, wie sie ist, vertragliche Regelungen anzustreben. Das scheint ja auch die Meinung der CSU zu sein, denn wie anders könnte ich es verstehen, daß sie einen Vertragsentwurf vorgelegt hat, der doch wohl nicht für die Zeit gedacht ist, in der in der Sowjetunion die Kommunisten nicht mehr das Sagen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in dieser Debatte einen großen Komplex noch nicht erörtert. Vielleicht wird er in den Ausschüssen erörtert. Es spricht eine Menge dafür, dieses Thema auf die zweite Lesung zu vertagen. Es ist ein Gebiet, das aber doch von eminenter Bedeutung ist, vor allen Dingen nach der vorangegangenen Diskussion in der Öffentlichkeit. Ich meine die Fragestellung, in welchem Verhältnis denn diese Politik der Bundesregierung zu unserer Verfassung steht. Herr Kollege Schröder hat eigentlich schon in seiner gestrigen Rede die Verfassungskonformität dieser Politik attestiert, weil er nämlich sagte, weiter hätte ja die Regierung nicht zurückweichen können, dann wäre sie an die Grenzen des Grundgesetzes gestoßen, was doch wohl nur heißen kann, daß sich diese Verträge jedenfalls im Rahmen des Grundgesetzes bewegen.

Ich denke, daß das eine wichtige Feststellung ist. Wir werden wie im Bundesrat auch in den Ausschüssen des Bundestages über diese tiefgehenden verfassungs-

rechtlichen Fragen eingehend zu sprechen haben. Dabei werden Sie alle Fragen und alle Argumente beantwortet bekommen, und da braucht auch niemand Sorge zu haben, daß Expertisen unterschlagen werden, wie das irgendwelche Leute behaupten.

In Übereinstimmung mit dem Beamten, von dem behauptet wird, daß er ein Rechtsgutachten erstellt habe, das die Verfassungswidrigkeit der Verträge feststelle, kann ich sagen: Jeder sagt die Unwahrheit, der das behauptet!

Dieser Beamte hat aber etwas anderes getan, und das ist seine Pflicht: Er hat nämlich in verschiedenen Phasen dieser Verhandlungen immer wieder auf die Grenzen, die die Verfassung uns setzt, hingewiesen. Er hat darauf hingewiesen, wie diese oder jene Regelung und Formulierung bei einer Anrufung des Verfassungsgerichts auch ein Risiko bedeuten könnte. Das ist die Aufgabe der Verfassungsjuristen in einer Demokratie. Die Bundesregierung hat das nicht nur zur Kenntnis genommen. Sie hat das gewürdigt und hat sogar in einer Reihe von Fragen nach den Lösungsvorschlägen dieses Beamten gehandelt.

Aber lassen Sie mich ein Wort mehr sagen. Ich finde es nicht sehr fair, wenn in eine solche Diskussion, und sei es auch nur außerhalb des Parlaments durch Presseerklärungen und in anderer Weise, ein Beamter, der sich nicht dagegen wehren kann, einbezogen wird.

Deshalb möchte ich diesem Beamten seine unbedingte Qualifikation und Loyalität bestätigen. Er hat sie in besonderem Maße bekräftigt, meine sehr geehrten Damen und Herren, in einer bestimmten Situation, als man an ihn — wie ich feststelle, nicht aus diesem Hause, aber von anderer Seite — herantrat, um ihn zu veranlassen, geheime Papiere des Innenministeriums auszuhändigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir scheint, daß das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland für diese Verträge und für diese Verhandlungen sehr viel hergibt. Wir sollten uns in jeder Phase unserer Beratungen an das erinnern, was die Präambel des Grundgesetzes sagt:

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen,

von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen ...

Was nämlich diese Verfassung über viele andere erhöht, ist, daß sie diese drei Postulate aufstellt: Gleichberechtigtes Glied in Europa zu werden, dem Frieden zu dienen und die Einheit der Nation, meine Damen und Herren, zu wahren. — Herr Kollege Kiesinger, ich stimme Ihnen voll zu, obwohl ich manchmal das Gefühl habe, daß die Rede, die der Kollege von Weizsäcker heute morgen zur Einheit der Nation gehalten hat, sich an die Adresse des Kollegen von Guttenberg gewandt hat, der bekanntlich gesagt hat, man sei bereit, auch die staatliche Einheit zur Diskussion

zu stellen. Die Bundesregierung nimmt für sich in Anspruch, daß sie in keiner Phase der Verhandlungen bereit gewesen ist, die staatliche Einheit der Nation zur Diskussion zu stellen.

Wenn Sie, Herr Kollege Czaja, dazu zweifelnd mit dem Kopf schütteln, dann will ich Ihnen vorlesen, welchen Brief der Außenminister am 12. August 1970 an den sowjetischen Außenminister gerichtet hat:

Im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beehrt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, festzustellen, daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Meine Damen und Herren, dieses Bekenntnis der frei gewählten deutschen Regierung sollte niemand in seiner Ernsthaftigkeit in Zweifel stellen.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Czaja (CDU/CSU):

Herr Bundesminister, können Sie mir die Tatsache widerlegen, daß in keinem Interview des Herrn Bundeskanzlers seit dem 12. Oktober letzten Jahres mehr der Begriff „Einheit und Freiheit Deutschlands“, sondern immer nur der Begriff „nationale Einheit“ wiederkehrt? Können Sie mir bestätigen, daß Herr Staatssekretär Frank in dem uns zugesandten Buch ebenfalls nur noch von der nationalen Einheit, aber nicht mehr von der Einheit Deutschlands spricht? Können Sie schließlich drittens bestätigen, daß im Brief zur deutschen Einheit das Wort „Deutschland“ nicht vorkommt?

Herr Kollege Czaja, ich kann Ihnen nicht zu allen Reden etwas sagen, die alle Politiker, auch der Bundeskanzler, gehalten haben. Ich meine den Begriff, dessen Verwendung Sie hier bestreiten, noch in den letzten Tagen von ihm gehört zu haben. Ich frage mich aber, was jemanden in diesem Hause veranlassen kann, in Zweifel zu ziehen, daß dann, wenn der Begriff „nationale Einheit“ verwendet wird auch die staatliche Einheit gemeint sei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese drei Postulate aus der Präambel des Grundgesetzes stehen gleichwertig nebeneinander. Sie unterliegen keinem Zielkonflikt. Wir sind gehalten, dem Frieden zu dienen. Dazu haben wir mit diesem Vertrag einen Beitrag geleistet. Wir gehen davon aus — hier brauche ich nicht nur auf das Berlin-Abkommen hinzuweisen —, daß diese Politik uns auch in den anderen Fragen weiterführen wird. Alle diejenigen, die uns auf die Grenzen des Grundgesetzes hinweisen, haben recht. Dieses Grundgesetz setzt Grenzen für die Politik jeder demokratischen Regierung. Aber dieses Grundgesetz setzt nicht nur Grenzen. Die Präambel gibt auch Pflichten auf, zu handeln. Meine Damen und Herren, ich möchte nicht einer Regierung angehören, die sich einmal sagen lassen muß, sie habe, als es zu handeln galt, vor dieser verfassungsrechtlichen Pflicht versagt.

**Franz Josef Strauß (CDU/CSU):**

Herr Präsident,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es wäre eine nicht ganz reizlose, aber trotzdem undankbare Aufgabe, auf alles zu antworten, was der Bundeskanzleramtsminister, Horst Ehmke, hier in seiner ausführlichen Rede vorgebracht hat. Er hat aber leider das, was er hätte tun sollen, nicht getan. Er hat leider die Fragen nicht ganz klar und deutlich beantwortet, die heute morgen von meinem Kollegen Werner Marx gestellt worden sind.

Selbstverständlich ist es das Recht eines Mitglieds der Regierung, hier in die Debatte einzugreifen — auch polemisch und aggressiv einzugreifen. Dieses Recht bestreite ich in keiner Weise. Es würde aber dem Zweck der Debatte, nämlich über Fragen, in denen Unklarheit herrscht, verbindliche Auskunft zu erhalten, wesentlich besser gedient haben, wenn hier die sehr klar und präzise gestellten Fragen des Kollegen Marx ebenso klar und präzise beantwortet worden wären.

Das wäre nämlich ein Stück mehr Demokratie gewesen, gerade in einer Sitzung des Bundestages, an der — das ist selten genug — die Öffentlichkeit unmittelbar teilnehmen kann.

Der Kollege Ehmke hat sich in Geschichtsdeutung und Geschichtsauslegung ergangen. Er sagte, der Rechtsradikalismus habe Deutschland gespalten. Der Rechtsradikalismus hat Deutschland zerstört, aber kommunistischer Linksradikalismus und kommunistisches Weltmachtstreben haben Deutschland nach der Zerstörung geteilt.

Ich wäre der letzte, der hier den Rechtsradikalismus von seiner Rolle als Totengräber der deutschen Nation freisprechen würde.

Aber — ich darf gerade hier die Kollegen aus Berlin daran erinnern — was hat sich denn damals in jenen Jahren in Berlin vollzogen? Sitzt denn nicht heute — ich sage beinahe: leider, weil er zu uns überwechseln mußte — in unseren Reihen ein Kollege, der lange Jahre Ihrer Fraktion angehört hat, der seinerzeit die Volksabstimmung als Gehilfe Dr. Schumachers gegen die Machtergreifungsversuche der SED in Berlin organisiert hat?

Bei dieser Debatte geht es um die Deutung der Verträge im Koordinatensystem der Geographie und im Koordinatensystem der Geschichte. Wir haben mannigfache Argumente, mannigfache Rechtfertigungen für diese Verträge gehört. Die Argumente reichten vom Erhabenen bis zum Lächerlichen, sie reichten vom Ernstesten bis zum Gefährlichsten. Meistens ist, wie bekannt, nur ein kleiner Schritt zwischen beiden.

Wir haben eine moralische Begründung gehört, und man soll diese Begründung da ernst nehmen, wo sie angebracht ist. Wer den Krieg begonnen, wer den Krieg verloren hat, der muß Buße für das Unrecht zahlen, der muß den Preis der Niederlage erlegen, der muß die Kosten der Versöhnung auf sich nehmen. Ich komme darauf noch zurück.

Wir haben eine humanitäre Begründung gehört: man müsse etwas für die Menschen tun, man müsse ihr Los verbessern. Ich glaube, der Vertragspartner hört

das nicht gern, weil er der Meinung ist, daß bei ihm die Menschen besser aufgehoben seien als bei uns, weshalb er sie vor der Versuchung bewahren müsse, sich aus dem besseren Schicksal in das schlechtere zu begeben.

Wir haben das Friedensmotiv gehört — mit einem Ausdruck, über dessen Sinn man noch einmal nachdenken sollte, bevor man ihn immer wieder in den Mund nimmt —, nämlich: den Frieden sicherer zu machen. Hier scheint das Bessere der Feind des Guten zu sein. Es würde uns genügen, daß der Frieden sicher ist.

Er war in den letzten 25 Jahren, vor allen Dingen in den Jahren seit der Gründung der Bundesrepublik, gesichert. Ich möchte hier gar nicht auf die bekannte Thematik zurückkommen, wodurch der Friede gesichert war; ich werde es heute noch in wenigen Worten sagen müssen. Den Frieden sicher zu machen, ist ein edles Motiv. Die Frage ist nur, ob das hier geschieht.

Schließlich gibt es noch die ewig bequeme politische Rechtfertigung, man müsse die Realitäten anerkennen, d. h. sich an den Gegebenheiten orientieren, wobei „Gegebenheiten“ mit „Machtverhältnissen“ gleichzusetzen sind. Das eine, den Frieden sicher machen, reicht in den Bereich des Friedenspreises hinein. Das andere, sich an den Realitäten orientieren, reicht in den Bereich des Bismarckischen hinein.

Alle diese Motive — ich sage das ausdrücklich — lassen sich anführen und sind gerechtfertigt. Aber darum geht es nicht, jedenfalls nicht in dieser Form. Es ist nämlich ein Zeichen schwacher Position oder schlechten Gewissens, jeweils auf ein anderes Motiv auszuweichen, wenn das eine sich nicht nachweisbar aufrechterhalten läßt; wenn nicht Versöhnung mit den Völkern, dann Frieden; wenn keine humanitären Erleichterungen, dann jedenfalls realistische Anpassung, oder umgekehrt. In Wirklichkeit geht es darum, daß alle diese Motive zusammen in angemessener Weise zum Zuge kommen, sich aber nicht als gegenseitiges Alibi dienen dürfen.

Bezeichnend ist das Schweigen oder Ausweichen des Bundeskanzlers zu einigen hier immer wieder gestellten Fragen. Zum Beispiel: Warum ist das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht, das wir auch für unsere Nation — ich sage ausdrücklich: auch für unsere Nation — wie für alle Nationen fordern und vertreten, nicht in den Vertragstext, wenigstens als einseitige deutsche Erklärung, aufgenommen worden?

Ich könnte es ironisch sagen: Wenn das, was der andere Vertragspartner anders auslegen will — wie er es seit Monaten mit wachsender Lautstärke und Heftigkeit tut —, nur durch Briefe außerhalb der Verträge erklärt werden kann, würde es ja in Zukunft genügen, bei Verträgen zu schreiben: Der Inhalt des Vertrages wird durch die außerhalb des Vertragswerks laufenden Briefe geregelt, und im übrigen werden die Ratifikationsurkunden ausgetauscht.

Ich stelle aber eine andere Frage, Herr Bundeskanzler: Wo wird denn die Erkenntnis ausgesprochen — ich weiß, sie ist nicht bequem und nicht gefällig —, daß Koexistenz und Entspannung — für uns hohe Werte — beim Vertragspartner auch heute noch Instrumente zur Durchsetzung seiner Interessen und Mittel des

ideologischen Kampfes ebenso wie Waffen imperialistischer Politik sind? Ich glaube, es stünde uns gut an, bei der jederzeit bekundeten Bereitschaft zu einem echten Gewaltverzicht und zur friedlichen Zusammenarbeit in der Öffentlichkeit auch zu bekunden, daß wir uns über Wesen und Hintergründe der Politik der anderen Seite keinerlei Täuschungen hingeben.

Wo bleibt die offene Aussage, was denn die Ursachen der Spannung sind? Man soll doch einmal in aller Offenheit auf den Tisch legen, was man auf unserer Seite für die Ursachen der Spannung hält.

Was ist denn eigentlich die Ratio, was ist denn der Sinn dieser Verträge? Was sind die hinter ihnen liegenden und ihnen zugrunde liegenden Gedankengänge, wenn man einmal von der Oberfläche in die Tiefe geht?

Schließlich: was ist die Einordnung dieser Verträge in den geschichtlichen Ablauf und in die Ereignisse der Weltpolitik 1972?

Zu diesen oft wechselweise verwandten Motiven — wie oben geschildert — und zu den soeben gestellten Fragen gilt es im Zusammenhang mit den Verträgen in aller Kühle und Objektivität einige Feststellungen zu treffen.

Versöhnung und Frieden sind Herzensanliegen unseres Volkes, der heutigen Generation, der nachwachsenden Generation und der kommenden Generationen. Darüber ist von unserer Seite alles bekundet und alles getan worden, um Aussage und Wirklichkeit zu identifizieren.

Der Bundeskanzler spricht in seiner Rede vom Zweiten Weltkrieg und seiner Vorgeschichte. Der Außenminister beschwört — sicherlich mit Recht — die Schrecken des dritten Weltkrieges als mögliche Folge der Ablehnung der Verträge — das nicht mehr mit Recht — und bezeichnet die Verträge als die einzig mögliche Friedenspolitik. Hier geht es aber nicht darum, alte Klischees aufzuwärmen oder neue Klischees zu drucken. Es geht um den historischen Tatbestand und um die Schlußfolgerung, die ebenso politisch und vernünftig wie moralisch vertretbar sein müssen.

Nach dem, was von deutscher Seite geschehen ist zur Vernichtung des Selbstbestimmungsrechts, in Mitteleuropa, in dem Raum zwischen der damaligen Sowjetunion und dem damaligen Deutschen Reich, und nach dem, was geschehen ist zur Unterdrückung der menschlichen Freiheit in diesem Bereiche, muß jede deutsche Politik ihre Rechtfertigung legitimieren durch ihren Beitrag zur Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen und der Freiheit der Menschen in diesem Bereiche, auch wenn diese Politik unbequem und in den Augen der Bundesgenossen nicht immer und nicht unbedingt gefällig ist, auch wenn sie von seiten der kommunistischen Diktatoren als „aggressiv“ verschrien wird, und daran scheiden sich eben die Geister. Deshalb stellen wir die Frage: Dienen diese Verträge der Versöhnung, dem Selbstbestimmungsrecht, der Freiheit?

Ich sage das hier nicht als rhetorische Floskel, etwa nur um nein zu sagen, weil die Regierung ja sagt, oder umgekehrt. Ich sage aus meiner tiefsten inneren Überzeugung heraus — und darüber sollte man nicht

lachen, Herr Kollege —, daß diese Verträge weder der Versöhnung noch dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen noch der Freiheit des Individuums dienen.

Wer sich auf die Verbrechen der Machthaber des Dritten Reiches auch an Deutschland und an anderen beruft, kann Verträge mit kommunistischen Regierungen nicht automatisch als Akte der Versöhnung mit den von ihnen beherrschten Völkern in Anspruch nehmen.

Mit diesem Satz möchte ich allerdings einen weiteren Satz verbinden. Es ist ein törichtes Gerede, dann die Frage zu stellen: Also wollt ihr überhaupt nicht verhandeln und keine Verträge schließen? Selbstverständlich haben CDU/CSU-Regierungen Verträge mit kommunistischen Regierungen geschlossen und werden es auch in Zukunft tun, und zwar Verträge, die der Regelung konkret umschriebener Fragen dienen, Verträge, die selbstverständlich dem Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt auf der Basis der Gegenseitigkeit dienen.

Die vorliegenden Verträge festigen die Herrschaft der Sowjetunion über den militärischen Bereich hinaus. Sie festigen den Herrschaftsstand der Sowjetunion auch im politisch-psychologischen Bereich. Sie dienen darum dem Ausgleich mit den Machthabern, nicht der Versöhnung mit den Völkern.

Ich gehöre nicht ins Land „Utopia“ und huldige nicht etwa der Vorstellung, daß im Falle einer Friedenskonferenz, an der ein deutscher Staat, vertreten durch eine legitimierte deutsche Regierung, als gleichberechtigter Partner teilnehmen kann, die anderen uns fragen werden, wo wir die deutsche Ostgrenze haben wollen, um dann gefälligst unsere Wünsche in Erfüllung gehen zu lassen. Zu diesen Utopisten gehören wir nicht. Aber die Frage der Versöhnung mit den Polen, mit unseren polnischen Nachbarn, an der uns sehr liegt, reicht tiefer als die Frage der auf der Oberfläche liegenden Unterstützung ihrer gegenwärtigen Machthaber, die die Anerkennung und wirtschaftliche Unterstützung als Mittel zur Stärkung ihres Systems haben wollen. Darin liegt der Unterschied.

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Anerkennung des sowjetischen Besitzstandes über kurz oder lang zu mehr Freiheit für die Menschen und mehr Selbstbestimmungsrecht für die Nationen führen wird? Das ist doch die Frage, die als ein Motiv immer mit diesen Verträgen verbunden wird. Der Bundeskanzler mußte in seiner Rede — und es war klug von ihm, es zu sagen — verschämt zugeben: In Ost-Berlin hat man es für erforderlich gehalten, sich von uns in der Bundesrepublik politisch und ideologisch noch schärfer abzugrenzen. Man konnte ihn nur so verstehen: nach der Unterschrift unter die Verträge noch schärfer abzugrenzen. Er verbindet damit die durch nichts begründete Hoffnung, daß es die Machthaber der DDR in der weiteren Entwicklung, wie er sagt, doch für möglich halten, einem Abbau der physischen Schranken zwischen den Menschen weniger furchtsam zu begegnen. Ich finde das Motiv rührend, daß wir — Ulbricht ist gegangen — die Herren Honecker und Stoph, die offensichtlich etwas zerstört und verschreckt sind, nunmehr allmählich von ihren Furchtkomplexen befreien sollten.

Aber wie ist denn die Wirklichkeit? Nach der Unterschrift unter die Verträge ist die Wache an der Demarkationslinie verschärft worden. Es sind neue Minenfelder angelegt worden, es sind neuerdings sogar unübersteigbare Betonhindernisse angelegt worden.

Herr von Schnitzler ist sicherlich nicht der Gestalter der staatlichen Politik auf der anderen Seite, aber er ist ihr zuverlässiger Interpret. Und was er in der berüchtigten Fernsehsendung von sich gegeben hat, hat er mit größter Offenheit und mit allerhöchster Rückendeckung gesagt. Hier in diesem Hause war die Rede, mit vielen bewegten Worten ausgesprochen, von dem Fortschritt, der in der Liberalisierung im Reiseverkehr zwischen der DDR, Polen und der Tschechoslowakei eingetreten sei.

Vor einigen Tagen hat Herr Stefanowicz in Radio Warschau darauf hingewiesen, daß es 22 Jahre nach Abschluß des Görlitzer Abkommens gedauert habe, bis diese Erleichterungen im Reiseverkehr eingetreten seien. Die Annäherung der Menschen, sagte er, sei ein langwieriger Prozeß. Auch die Bundesrepublik müsse diesen Prozeß für eine Reihe von Jahren glaubhaft und erfolgreich durchführen, wenn sie in den Genuß des gleichen Vorteils kommen wolle. Aber — so hat Herr von Schnitzler allen, die es hören wollten, auch wenn sie es nicht gern hören wollten, unmißverständlich dargelegt — zwischen der Bundesrepublik und der DDR sei und bleibe eine Grenze besonderer Art, eine Grenze zwischen zwei ganz verschiedenen Welten, und an der Grenze sei der freie Reiseverkehr unmöglich. Darum sei die Liberalisierung an den Grenzen zwischen Angehörigen des sozialistischen Lagers und die Liberalisierung an der deutschen Demarkationslinie leider etwas Grundverschiedenes, total anderes.

Die Schlußfolgerung, die man daraus ziehen konnte, kann nur heißen: Erst wenn gesellschaftliche Umwandlung eintritt, besteht Aussicht, zu einer normalen Grenze zu kommen, besteht Aussicht, zu Reiseerleichterungen wie jetzt zwischen den drei Mitgliedstaaten des sozialistischen Lagers zu kommen.

Hand in Hand damit geht eine Verschärfung des Kurses jetzt in diesen Monaten und Wochen. Ich rede nicht von der Zeit Stalins, ich rede nicht von der Zeit vor den Verträgen, nein, jetzt in diesen Monaten und Wochen. Es ist eine Verschärfung des Kurses in allen Staaten des Warschauer Paktes gegenüber nicht-konformistischen Kräften. Diese Verschärfung ist in vollem Gange. Wir lesen von Berichten über eine Generaloffensive der Polizei und der Justiz in der Sowjetunion gegen die Liberalisierungstendenzen und ihre Träger. Siehe Schriftstellerprozesse und die Urteile dabei, die Verhaftungswelle in der Ukraine, ähnliche Aktionen in den baltischen Republiken, im Kaukasus und in Zentralasien, Aktionen ähnlicher Art in der Tschechoslowakei, in Polen, sogar in Rumänien.

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 4. Februar dieses Jahres liest man am Ende eines Berichts nach der Zwischenüberschrift „Enttäuschung über den Westen“:

Unter den Oppositionellen, die von diesen Repressalien betroffen werden, herrscht, wie man aus

einigen zuverlässigen Berichten vernimmt, große Enttäuschung über die Passivität des Westens, vor allem

— ich zitiere wörtlich —

der westlichen Kommunisten und Sozialdemokraten, von denen man im Sinne der sozialistischen Solidarität Hilfe erwartete. Aber auch von Linksintellektuellen und verschiedenen Institutionen, die sich zum Protest eignen würden, hat man mehr erwartet. In diesen osteuropäischen Kreisen wächst eine Verachtung gegenüber dem satten und selbstzufriedenen Westen.

Wird diese Verachtung durch diese Verträge abgebaut werden? Die Frage möge jeder selbst stellen und nach Maßgabe der Umstände für sich selbst beantworten.

Darf ich eine andere Frage stellen, nicht an die Regierung, eine Frage an uns alle: Warum lobt die Sowjetunion die Politik Brandts und denunziert die Politik Kiesingers als aggressiv, wenn die Politik Brandts die kontinuierliche Weiterentwicklung der Politik Kiesingers ist?

Warum war die eine aggressiv — Sie kennen sie so genau, daß wir sie hier nicht im einzelnen zu erörtern brauchen —, und warum wird die andere mit einem lobenden Prädikat bedacht? Hier liegt die Grenze, wo die Gemeinsamkeit von der heutigen Bundesregierung und den sie tragenden politischen Kräften leider verlassen worden ist.

Die Sowjetunion zieht aber auch insgesamt die Zügel innerhalb ihres Machtbereiches straffer. Kontakt und Zusammenarbeit nach außen als Gegenleistung für die Anerkennung des sowjetischen Besitzstandes werden verbunden mit verschärfter Unterdrückung im Innern. Das ist kein Widerspruch, wie manche glauben, sondern das ist in sich für die sowjetische Machtdoktrin logisch und konsequent. Den Einwohnern des Machtbereichs der Breschnew-Doktrin wird somit doppelt vor Augen geführt, daß die Außenwelt Selbstbestimmungsrecht und Freiheit für sie abgeschrieben hat und gleichzeitig der Druck der Herrschaft im Innern verschärft wird.

Gerade angesichts dieser Vorgeschichte muß jede deutsche Ostpolitik daraufhin geprüft werden, ob sie geeignet ist, das Unrecht wiedergutzumachen, das deutsche Politik am Selbstbestimmungsrecht der Völker und an der Freiheit der Menschen begangen hat. Politik der Verträge allein ist nicht Versöhnung mit den Völkern, sondern Befriedigung der Wünsche ihrer kommunistischen Regime nach ungestörter Herrschaftsausübung, ungestört auf Grund politischer Besitzstandsgarantie und erleichtert durch wirtschaftliche Ergänzung von seiten der kapitalistischen Außenwelt.

Es ist und bleibt ein Mysterium der Bundesregierung — nicht ein Ministerium, sondern ein Mysterium —, wie bei diesem unbestreitbaren Sachverhalt ihre Erwartungen, Vorstellungen und Hoffnungen, mit denen sie diese Verträge begründet, in Erfüllung gehen sollen.

Von Nutzen und Bedeutung ist es aber, zu wissen, was man bei unseren östlichen Nachbarn über diese Bundesregierung und ihre Ostpolitik im Volk denkt. Ein

knappes Jahr nach Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages, nämlich im Juni 1971, wurde von offizieller tschechoslowakischer Seite eine Umfrage durchgeführt. Ihr Ergebnis ist aus verständlichen Gründen nicht veröffentlicht worden.

Bei den Antworten auf die Frage „Welche Nationen sind Ihnen am unsympathischsten?“ rangierten die Sowjetunion mit 74 Prozent an erster, Polen an zweiter und Ost-Berlin an dritter Stelle. Bei den Antworten auf die Frage „Welche Nationen sind Ihnen am sympathischsten?“ dagegen lag die Bundesrepublik Deutschland mit 25 Prozent an erster Stelle vor den Vereinigten Staaten und Frankreich. Die Umfrage wurde bei 1 600 Personen durchgeführt.

Auf die Frage „Sind Sie mit der derzeitigen Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den sozialistischen Staaten einverstanden?“ antworteten lediglich 16 Prozent mit Ja, dagegen 31 Prozent mit einem glatten Nein, und 53 Prozent machten Vorbehalte, d. h. nur 16 Prozent der tschechoslowakischen Bevölkerung billigen die derzeitige Ostpolitik ohne Vorbehalte, während 84 Prozent ihr ablehnend oder mit Vorbehalten gegenüberstehen.

Hier wird erschreckend deutlich, daß diese Ostpolitik das Gegenteil von dem bewirkt, was sie vorgibt, sie bewirkt nämlich keine Versöhnung. Versöhnt werden nur die Machthaber im Kreml und ihre Satrapen. Die Völker unserer östlichen Nachbarn aber werden enttäuscht.

Diese Ostpolitik hat für die Menschen nichts erbracht, nichts für die Landsleute hinter Mauer und Stacheldraht, nichts als Enttäuschungen für die Völker Osteuropas, nicht die erhofften Erleichterungen für die aussiedlungswilligen Deutschen in Polen.

Und wie steht es mit den 40 000 Anträgen von Menschen in der Sowjetunion, die auf Übersiedlung nach Deutschland warten? Wie steht es mit den 250 Härtefällen, die Sie, Herr Bundesaußenminister, dem sowjetischen Außenminister Gromyko persönlich vorgebracht haben? Die Menschen müssen zählen bei der Ostpolitik, wenn sie so motiviert wird, wie es hier geschieht.

Aber wo bleiben die Menschen bei Verträgen, wenn der größere und stärkere Verhandlungspartner als Geschäftsgrundlage die Anerkennung der Breschnew-Doktrin durch den Kleineren und Schwächeren zur Voraussetzung macht?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch denjenigen, die gerne in emotionalen Kategorien denken — ich kann laut und temperamentvoll reden, aber ich denke sehr, sehr kühl —, die Bitte ans Herz legen, zu verstehen, daß man bei einer Würdigung des zeitlichen Ablaufs der deutschen Ostpolitik die Vergangenheit und die Gegenwart mit einbeziehen muß, ohne daß moralische Identifizierungen zwischen den Verhandlungspartnern auf deutscher Seite damals und auf deutscher Seite heute damit gemeint sind. Wenn wir das nicht mehr können, können wir nicht mehr historisch diskutieren und uns historisch auseinandersetzen.

Ich meine damit zwei Ereignisse in der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges. Churchill sagte am 28. Fe-

bruar 1938 im Unterhaus in einer Grundsatzdebatte auf die Frage, wie ein demokratischer Staat gegenüber einer totalitären Macht Politik machen soll:

Die Regierung hat eine neue Politik eingeleitet. Die alte Politik beruhte auf dem Bemühen, in Europa die Herrschaft des Rechtes aufzurichten, um so den Frieden zu begründen. Die neue Politik lebt aus der Hoffnung, durch weitgehende Zugeständnisse zur Entspannung und so zum Frieden zu gelangen.

Das war im Februar 1938, vor dem Münchener Abkommen.

Der Bundeskanzler hat mit Befriedigung darauf hingewiesen, daß der Abbau des Feindbildes gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erfolgt ist. Ich muß ihm leider entgegenhalten: das ist eine halbe Wahrheit. Gerade in den letzten Tagen sind wieder heftige Presseangriffe aus den Moskauer Lautsprechern gegen die Deutschen in der Bundesrepublik zu vernehmen, so in der „Komsomolskaja Prawda“ vom 20. Februar. Ohne Zweifel hat sich die Art der Angriffe geändert und ist im allgemeinen der Ton etwas gedämpfter. Die Bundesregierung, heißt es, sei zwar auf dem rechten Wege, schreite aber nicht schnell genug voran. — Früher war Rainer Barzel ein Offizier, der in der Nazi-Wehrmacht gedient hat. Heute heißt es erfreulicherweise von Walter Scheel, er sei Flieger in der Wehrmacht gewesen.

Das neue Deutschlandbild ist ohne Zweifel von dem Wunsch geprägt, die Bundesrepublik von einem früheren außenpolitischen Widerpart zu einem potentiellen Freund und Helfer umzufunktionieren. Gleichzeitig wird die Gesellschaft in ihrer Struktur angegriffen und in zwei Lager geteilt, in die guten und in die schlechten Deutschen. Die guten Deutschen sind die geschätzten Helfer ihrer politischen Strategie; andere sagten auch, die nützlichen Idioten. Die schlechten Deutschen sind die Gegner der Verträge, die angeblich nicht die Realitäten wahrnehmen und sie zur Leitlinie ihrer politischen Einstellung machen lassen wollen.

Es hat keinen Sinn, die Dinge in diesem Hause zu beschönigen. Darum muß ich folgendes sagen — ich würde gern das Gegenteil sagen, weil ich dem Gegenteil über 20 Jahre als Parlamentarier und Minister in diesem Hause gedient habe: leider hat die Bundesregierung durch den Bruch der Gemeinsamkeit den Politstrategen im Kremel geholfen, die Spaltung der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik einzuleiten.

Breschnew hat auf dem 24. Parteitag in Moskau als Folge dieser Verträge eine Polarisierung der politischen Kräfte in der Bundesrepublik angekündigt; Einheit und Macht im eigenen Bereich und Spaltung im Lager des Vertragspartners. Das ist eine in sich logische und geschlossene Politik: Unterdrückung zu Hause, Entspannung gegen Besitzstandsanererkennung, Spaltung der nicht kommunistischen Welt, besonders im eigenen Vorfeld. Ich behaupte nicht, daß die Bundesregierung das gewollt hat, wie ich ausdrücklich sage. Dafür halte ich sie für zu klug. Aber falsche Lagebeurteilung, Ungeduld, selbstgesetzter Erfolgswang, euphorische Chancenbeurteilung haben sie zu einem Gehilfen dieser Spaltungspolitik werden lassen.

Golo Mann meinte, Brandt betreibe eine realistische Politik wie Bismarck. Er hat dann das Kompliment, weil es ihm zu gefährlich und unheimlich erschien, wieder etwas abgeschwächt.

Aber ich glaube, in einem Punkt dürfen wir hier auch Bismarck wieder einmal strapazieren, mit einem berühmten gewordenen Wort:

Wir müssen uns in dem europäischen Kartenspiel die Hinterhand wahren und dürfen uns durch keine Ungeduld, keine Gefälligkeit auf Kosten des Landes, keine Eitelkeit oder befreundete Provokation vor der Zeit aus dem abwartenden Stadium in das handelnde drängen lassen.

Wenn doch Brandt insoweit wenigstens Bismarck geworden wäre!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)

Hegel behauptete in seinen Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, die geschichtliche Erfahrung lehre, daß Völker und Regierungen niemals aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus derselben zu ziehen wären, gehandelt hätten. Die Bundesregierung scheint sich sehr zu bemühen, Hegels abfällige, pessimistische Beurteilung zu rechtfertigen. Die vorliegenden Verträge sind nämlich nicht eine Bewältigung der Vergangenheit, sondern eher eine Flucht vor ihren Lehren. Eine noch so idealistische Begründung, mit Ermahnungen und Beschwörungen wiederholt, rechtfertigt bei denen, die politisch zu urteilen und zu handeln haben, nicht die aus den Verträgen hervorleuchtende Geschichtsfremdheit. Hier ist kein Kompromiß erreicht, aber der Versuch unternommen worden, sich das Wohlwollen der anderen Seite durch Konzessionen zu erkaufen in der Hoffnung, daß guter Wille mit gutem Willen belohnt werden würde.

Diese Verhandlungsmaxime war richtig gegenüber dem Westen, weil sich dort Partner mit gleichem moralischem Violschlüssel, obwohl ehemalige Kriegsgegner, gegenübermaßen. Diese Verhandlungsmaxime ist falsch gegenüber Diktaturen, vor allen Dingen Diktaturen mit expansiver Ideologie.

Die Architekten der Verträge sagen: diese Verträge werden den Frieden sicherer machen. Glaubhaft ist die Absicht der Befürworter. Auch hier bezweifle ich keine Sekunde ihre Absicht und habe das unzählige Male auch in der Öffentlichkeit gesagt. Glaubhaft ist sogar die Beteuerung der Vertragspartner auf der anderen Seite, daß sie den militärischen Frieden wollen.

George Ball hat vor einigen Tagen in Zürich eine bemerkenswerte Rede gehalten, die Winston-Churchill-Gedenkrede. Er hat Dinge gesagt, die von uns keiner sagen könnte, die auch in diesem Hause nicht gesagt werden könnten, ohne daß der eine oder andere sich beleidigt und entrüstet gegen diese Äußerungen zur Wehr setzen würde. Er sagte, die sowjetische Führung wolle nicht in brutaler militärischer Machtentfaltung nach Westeuropa losmarschieren, um nicht Amerika herauszufordern, langsame Infiltration und psychologische Umgarnung des Gegners heiße vielmehr im Moment ihre Devise.

Ist denn diese Behauptung nicht durch gewisse Vorgänge im Innern unseres Landes, die man nicht verharmlosen sollte, täglich gerechtfertigt?

Was ist Friedenspolitik in unserer Zeit? — Lassen Sie es mich in vier Punkten sagen:

1. Erhaltung und Stärkung des atlantischen Bündnisses,
2. politische und militärische Einheit der Westeuropäer auf der Grundlage freiwilligen Zusammenschlusses,
3. Gewaltverzicht gegenüber dem Osten, aber nicht politische Besitzstandsgarantie,
4. Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet.

Das ist Friedenspolitik in unserer Zeit, und alle vier Punkte gehören zusammen.

Die Probleme des Friedens sind heute nicht anders, als sie je in der Geschichte waren. Nur die Folgen eines Scheiterns der Friedenspolitik sind heute schrecklicher, als sie jemals in der Geschichte hätten sein können.

Zwei Beispiele aus der von uns erlebten Zeitgeschichte: Heute steht die Forderung nach Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens ex tunc auf der Liste der sowjetischen Bedingungen für dauerhafte Entspannung. Ältere Zeitgenossen können sich erinnern, jüngere können es nachlesen: Seinerzeit herrschte nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens große Freude und gewaltiger Jubel; denn nun ist der Friede für lange Zeit gesichert, in Deutschland, in Italien, bei den Diktatoren und bei den Völkern, aber auch in Frankreich und in England.

Daladier erwartete, bei Rückkehr in Paris ausgepiffen und niedergeschlagen zu werden. Er wurde von einer jubelnden Menge empfangen und sagte: „Ich komme aus Deutschland, wo die Verhandlungen selbstverständlich schwierig waren; ich kehre mit der tiefen Überzeugung heim, daß das unterzeichnete Abkommen unumgänglich nötig war, um den Frieden in Europa aufrechtzuerhalten.“

Léon Blum schrieb damals — Léon Blum —: „Man kann wieder an seine Arbeit gehen, man kann wieder ruhig schlafen, man kann die Schönheit der herbstlichen Sonne genießen.“

Chamberlain brachte das Münchner Abkommen vor das Unterhaus mit dem Antrag auf Billigung. Er stand noch unter dem Eindruck des riesigen Jubels einer unübersehbaren Masse auf dem Londoner Flughafen. Das Unterhaus billigte das Abkommen mit 369 gegen 150 Stimmen. Die Labour Party stimmte damals, im Herbst 1938, geschlossen gegen das Abkommen, obwohl ihr Vorsitzender, Lansbury, zwei Jahre vorher als überzeugter Pazifist nach Rückkehr von Hitler ihn als Mann der ehrlichen Friedensüberzeugung öffentlich herausgestellt hatte.

Erschütternd ist die Rede Churchills, heute noch nachzulesen, in deren Mittelpunkt eine Wertung stand: gewogen und zu leicht befunden. Das ist die Wertung, die ich diesen Verträgen und ihren Architekten als politische Aussage hier ebenfalls zuschreibe.

Die Frage ist: Hat München den Frieden gebracht, wie sich die begeisterten Zeitgenossen damals erhofften, oder hat München den Krieg näher gebracht? Die geschichtliche Wahrheit gilt auch für den Besiegten. Wir wissen, daß ein verschuldeter und verlorener Krieg bezahlt werden muß. Wir haben einen großen Teil bezahlt. Aber das Recht auf Selbstbestimmung der Nation und Freiheit der Menschen ist und darf nie ein Teil des Kaufpreises sein.

Ich muß hier noch eine andere Frage stellen, die gerade den vorher aufgezeigten Unterschied hinsichtlich der Wertung klarmachen soll. Bei uns hat die deutsche Politik im Jahre 1945 einen moralischen Neubau vollzogen, der sich, ohne von der Tradition der deutschen Geschichte, von der wir uns im Guten und im Schlechten nicht einfach davondrücken können, abzufallen, nach grundlegend neuen Zielpunkten orientiert hat: Schluß mit dem Denken in nationalistischen Hegemonievorstellungen, eine Absage an die Ersatzreligion des Nationalismus, die Anprangerung des Nationalismus als des Totengräbers der europäischen Freiheit und unseres Selbstbestimmungsrechtes, die Bereitschaft zum Souveränitätsverzicht und die Entschlossenheit zum Eintritt in eine europäische Staatengemeinschaft unter Überwindung des nationalstaatlichen Prinzips — damit sind wir hier in diesem Hause angetreten. Ich sehe hier meinen Freund Kurt Georg Kiesinger, ich sehe auch Sie, Herbert Wehner, und ich sehe noch manche aus der ersten Stunde, die noch hier sitzen. Das war der Neubau der deutschen Politik, gleichgültig in welchem Lager wir damals zu diesem Neubau angetreten sind.

Warum stelle ich diese Frage? Man wird sagen: Das bestreitet doch niemand. Man wird den Sinn der Frage erlauben, wenn ich eine zweite Frage stelle: Hat derselbe Neubau auch bei unserem Verhandlungspartner nach dem zweiten Weltkrieg stattgefunden? Wir haben unsere hegemonielle, imperialistische Tradition endgültig begraben. In der Sowjetunion sind ungebrochene Machtpolitik und ungeschmälerter Machttradition auch heute noch verbindliche Maximen ihrer Politik.

Ich habe vom zweiten Beispiel in unserer Zeit gesprochen, und mich hat das damals tief erschüttert. Der Hitler-Stalin-Pakt wurde mit der Formulierung eingeleitet:

Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR, beide geleitet von dem Wunsch, die Sache des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR zu festigen, und ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Neutralitätsvertrages, im April 1926 zwischen Deutschland und der Sowjetunion geschlossen wurde, sind zu nächster den Vereinbarungen gelangt ...

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war nicht allein die Torheit Hitlers oder die Schurkerei Stalins; es war ein geschichtlicher Ablauf mit verhängnisvoller Verkettung von Ursache und Wirkung, die wieder neue Ursachen und mit den neuen Ursachen wieder neue Wirkungen geschaffen haben.

Wir stehen heute in der zweiten und dritten Lesung der vorliegenden Verträge vor einer historischen Entscheidung. Wenn man sich die Konsequenz der

sammenhänge frei von Gefühlserregungen, frei von Hoffnungen, frei von optimistischen Überlegungen oder pessimistischem Zwangsdenken vor Augen hält, dann überkommen einem beklemmende Erinnerungen.

Heute heißt der Hitler-Stalin-Pakt der „Teufelspakt“. Damals sagte man „genialer Schachzug des Führers“ auf der einen Seite, „Meisterstück Stalins“ auf der anderen Seite. In Wirklichkeit handelte es sich nicht um einen Nichtangriffsvertrag, sondern um einen Vertrag zur Teilung Polens und zur Aufteilung des Gebietes zwischen Rußland und Deutschland in Interessensphären mit der beiderseits vorhandenen Absicht, dort das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und die Freiheit der Menschen zu unterdrücken.

Das ist in unserer Lebenszeit, in der noch frischen Vergangenheit abgeschlossen worden, und darum die Frage: Hat sich die sowjetrussische Politik heute so von Stalin abgewandt, wie sich die Politik der Bundesrepublik von Hitler abgewandt hat? Diese Frage muß man auch heute noch stellen dürfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist beklemmend, wenn man die Zeugnisse der damaligen Zeit noch einmal nachliest, wie ich es in Vorbereitung dieser Debatte tun mußte, wenn man liest, daß Stalin am 25. Oktober die Weigerung der Westmächte, Frieden zu schließen, scharf angegriffen hat, indem er sagte, sie seien die eigentlichen Aggressoren, und das nicht erst jetzt; schon der Kriegsausbruch gehe auf ihr Konto, denn Hitler habe ja den Frieden gewollt. Das Telegramm Stalins an Hitler lautete: „Unsere Freundschaft ist mit Blut besiegelt“. Der „Erfolgsbericht“ Molotows am 31. Oktober 1939 war gerechtfertigt: um 196 000 Quadratkilometer und 13 Millionen Menschen war die Sowjetunion gewachsen; 737 Tote und 1862 Verwundete wurden angegeben. Die Grenze zwischen Stalins und Hitlers Machtbereich in Polen entspricht auch noch dem heutigen Grenzverlauf.

Der Historiker Fabry hat in seinem Buch „Die Sowjetunion und das Dritte Reich“ Hitlers Rassenwahn und Amoralität angeprangert, und dann schreibt er etwas, was ich lieber wörtlich zitiere:

Über dem gerät allerdings in Vergessenheit, daß Stalin während des Zweiten Weltkrieges vor Hitlers Überfall eine Aggressionspolitik getrieben hat, die der Hitlers nicht nachstand. Die Neigung, darüber hinwegzusehen, wächst in dem gleichen Maße, in dem die Bundesregierung sich aufrichtig darum bemüht, mit der Sowjetunion und den anderen Völkern im Osten zu einem Ausgleich zu kommen, der die Gegensätze zugunsten einer Zusammenarbeit beseitigen soll. So verständlich es auch ist, daß man kein Interesse daran haben kann, die Außenpolitik der Sowjetunion allzu kritisch zu durchleuchten: nichts wäre für eine echte Aussöhnung zwischen den Völkern gefährlicher als eine Geschichtsbetrachtung, die aus Gründen der Opportunität den Schleier des Vergessens über eine ganze Ära bolschewistischer Expansionspolitik zu breiten wünscht oder, schlimmer noch, die Ereignisse selbst zu verfälschen sucht. Erst wenn die Wurzeln der Konflikte klargestellt sind, kann die politische Arbeit beginnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich brauche die lange Liste der brutalen Aktionen in der Fort-

setzung dieser Machttradition nach dem Zweiten Weltkrieg hier im einzelnen nicht vorzutragen. Aber sind diese Ereignisse schon so unbedeutend, schon so nebensächlich, schon so lächerlich geworden, daß sie mit der Gleichgültigkeit und Uninteressiertheit behandelt werden können, wie wir sie heute weitgehend auch in diesem Hohen Hause antreffen?

Wie ist die Rolle der Sowjetunion bei den jüngsten Vorgängen auf dem indischen Subkontinent gewesen, die Rolle im Nahostkonflikt? Und vielleicht kann sich der Herr Verteidigungsminister dazu äußern: Wie waren Anlage, Durchführung und Ergebnis der letzten Manöver in Jugoslawien? Welche Lage wurde hier zugrunde gelegt? Bestimmt nicht die Sicherung gegen eine Aggression oder Invasion von seiten der Bundeswehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Würdigung der vorliegenden Verträge ist besorgniserregend, aber sie ist nicht ausreichend, denn diese Verträge sind ein Baustein im Gebäude der sowjetischen Weststrategie, auch wenn das als neue deutsche Ostpolitik bei uns ausgelegt wird.

Die Unterschrift der Bundesrepublik Deutschland unter den Besitzstand ist nur Vorläufer. Das nächste Ziel ist die Europäische Sicherheitskonferenz, die von der Sowjetunion mit größtem Nachdruck betrieben, von ihrer staatlichen Propaganda wie von der gleichgeschalteten Propaganda der Verbündeten mit größter Lautstärke propagiert wird, eine Sicherheitskonferenz, für die auch unser Bundeskanzler Förderung und beschleunigte Durchführung sowohl in den Zusatzpapieren zum Vertrag wie beim Treffen in Oreanda zugesagt hat.

Die Europäische Sicherheitskonferenz ist der nächste Schritt auf diesem Wege der sowjetischen Weststrategie. Das Ergebnis soll eine europäische Friedensordnung werden, Anerkennung des sowjetischen Besitzstandes durch alle Konferenzpartner nach dem Muster des Moskauer Vertrages, militärische und politisch-psychologische Totalkontrolle über den eigenen Machtbereich, Nutzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten der einzelnen europäischen Partner, Verhinderung der westeuropäischen Einigung durch die trügerische Alternative: „Wollt ihr großeuropäische Zusammenarbeit oder westeuropäische Blockbildung?“, politisch-psychologische Hilfestellung für den Abzug der amerikanischen Truppen und Rückenfreiheit für eine Konzentration gegenüber China bei gleichzeitiger Ausdehnung des eigenen Einflusses in Richtung Westen.

Man sollte sich doch einmal die einzelnen Elemente und Ziele dieser Politik, die in sich logisch und geschlossen ist und in der die Ostverträge nur die Rolle eines Vorläufers oder Büchsenöffners für weitere Schritte spielen, in aller Offenheit bei uns klarmachen und erst danach das Urteil bilden, ob ein Ja oder Nein zu diesen Verträgen gerechtfertigt ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte aus Zeitmangel nicht auf das hier oft verwandte Argument zurückkommen, daß die Westmächte zustimmen. Erstens ist es zwischen verbündeten Regierungen nicht üblich, sich offen zu kritisieren, zweitens haben die Westmächte gar kein Interesse daran, sich zu beklagen, wenn ihnen die Deutschen Pflichten von den

Schultern nehmen, die sie sich ursprünglich von den Deutschen haben aufladen lassen, und drittens gibt es eine vordergründige Zustimmung und dahinter eine Schwelle, und hinter der Schwelle beginnt die Sorge und die Kritik, nämlich dort, wo die Furcht beginnt, daß diese Ostpolitik eigenständig werden könnte.

Die Bundesregierung hat nach ihren mißglückten Ansätzen – siehe die Brandt-Reise nach Oreanda – alles getan, um diese aufkeimende Furcht wieder zu zerstreuen. Daß sie aber angesichts der europäischen Vorgeschichte, auch angesichts der Vorgeschichte dieses Jahrhunderts im Keime, latent immer vorhanden ist, wird wohl niemand bestreiten.

So ist auch die Haltung unserer Bundesgenossen zur Sicherheitskonferenz sehr, sehr verschieden. Die Amerikaner: ja, wenn die Europäer sie unbedingt wollen; die Briten: erst nach gründlicher Vorbereitung und lieber nicht so früh; und die Franzosen verbinden mit ihr auch ihre eigenen Vorstellungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was uns in dieser Sicherheitskonferenz nicht unterlaufen darf – darum sagen wir es heute –, ist, daß die Europäer – diese Gefahr zieht sicher herauf – zum Zwecke der Spaltung vor dieselbe Alternative gestellt werden, wie wir hier mit diesen Verträgen vor eine Alternative gestellt werden, daß Anhänger der Verträge als Freunde der Friedenspolitik und Gegner der Verträge als Gegner der Friedenspolitik diffamiert werden.

Diese Europäische Sicherheitskonferenz darf nicht zu der Alternative führen, daß man uns großeuropäische Zusammenarbeit als Friedenspolitik anbietet und demgegenüber westeuropäische Integration als friedensstörende Blockbildung, die Kriegsrisiko und Spannung von neuem hervorrufe und die Rückkehr in den kalten Krieg bedeute.

Ich sage das hier und rechtzeitig, weil die Architektur dieser Sicherheitskonferenz und die Architektur der europäischen Friedensordnung darauf hinausläuft, die westeuropäischen Einigungsbestrebungen rechtzeitig zu unterlaufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ohne Zweifel können wir heute bereits aus einer Vielfalt politischer Äußerungen von maßgeblichen Staatsmännern, von offiziellen Propagandafunktionären und ihren Hilfsorganen diese Alternative vernehmen. Diese Alternative kommt auf uns zu. Gerade deshalb bedaure ich so sehr, daß der Herr Bundeskanzler auf die von seinem Vorgänger in diesem Hause hier mehrmals gestellte Frage nach der Priorität sich einer klaren Festlegung entzogen hat.

Ich frage das auch deshalb, Herr Bundeskanzler, weil aus Ihrem Munde Äußerungen gekommen sind, die zu dieser Frage nicht nur Anlaß geben, die geradezu zu dieser Frage zwingen. Was verstehen Sie unter „Friedenspakt“ oder „Friedensbund“ in diesem Zusammenhang, wenn Sie davon sprechen, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu keiner neuen Blockbildung führen darf, sondern daß sie ein Ordnungselement in einem größeren europäischen Friedensbund oder Friedenspakt darstellen soll?

Hier wollen wir wissen: Was ist mit diesem Friedensbund und mit diesem Friedenspakt gemeint? Denn die Politik der westeuropäischen

Einigung und die von der Sowjetunion angestrebte Politik der paneuropäischen Zusammenarbeit, d. h. Erhaltung der westeuropäischen Kleinstaaterei, sind auf die Dauer der Zeit miteinander unvereinbar.

Eines Tages kommt die Stunde der Wahrheit! Es kommt die Stunde der Wahrheit, wo man sich für das eine oder für das andere entscheiden muß.

In diesem Zusammenhang stellt sich die letzte Frage, die hier zunächst zu behandeln ist. Die Verträge entsprechen einer Politik, die von gestern stammt und aus der Lage und Sicht von vorgestern begründet wird; ich begründe auch, warum. Die Verträge entsprechen einer politischen Philosophie, die sich einerseits an das Machtzentrum Washington anlehnt, solange man glaubt, es nicht entbehren zu können, und andererseits auf das Machtzentrum Moskau starrt, dessen Besitzstand und dessen politische Zielsetzungen man als mehr oder minder legitim in das Kalkül einsetzt. Die Welt von heute ist nicht mehr bipolar. Sie ist bereits seit geraumer Zeit auf dem Wege zu einer multipolaren Konstellation, d. h. zu einem Machtfeld, das von mehreren Zentren bestimmt wird. Ich denke dabei nicht an die früheren Vorstellungen des einen oder anderen europäischen Landes, mit seiner mittelstaatlichen Dimension sich zwischen Washington und Moskau schieben zu können.

Nun höre ich schon das, was Herrn Barzel vor und während seiner Rede höhnisch, hämisch entgegengeklungen ist. Ich sage es noch in der harmlosesten Form: Warum denn in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah? Was hier als Erwiderung auf Herrn Barzels Vorschlag immer wieder gesagt worden ist, ist eine plumpe und naive Verzerrung unserer Vorstellungen auf diesem Gebiet.

Niemand glaubt oder denkt daran, Moskau und China gegeneinander von Deutschland her ausspielen zu können, mit dem chinesischen Prügel den russischen Bären kompromißbereit zu machen, und – jetzt kommt das erste harte Wort bei dieser Rede – ähnlicher Blödsinn; anders kann ich das nicht bezeichnen, was man uns hier unterstellt.

Aber es ist legitim, in den großen Epochen der geschichtlichen Abläufe und in den Weiten der großen geographischen Zusammenhänge zu denken. Keine Fernostpolitik als Ersatz für Ostpolitik oder als Ausrede für fehlende Ostpolitik, wohl aber Überlegungen, daß der große Nachbar an der anderen Grenze unseres großen Partners im Hinblick auf das gesamte Spiel der Kräfte auch in unserem Kalkül seinen Platz haben muß!

In das Kalkül dieser multipolaren Konstellation ist nicht nur das große Dreieck „Washington, Moskau und Peking“ einzusetzen. Auch der vierte Schwerpunkt ist einzusetzen, der als Folge der amerikanischen Annäherung an Peking auf den Plan gerufen worden ist: das ist Tokio und die große japanische Wirtschaftsmacht.

Als fünftes steht zur Diskussion: Japan wird kommen, und Europa muß kommen. Das ist der fünfte Schwerpunkt in einer multipolaren Konstellation. Darauf muß jede deutsche Ostpolitik in ihrem Kalkül auch heute schon abgestellt sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit schließt sich der Ring dieser Überlegungen. Es ergibt



sich mit einer geradezu plastischen Greifbarkeit, warum die Sowjetunion sich als nächstes Ziel in ihrer Westpolitik, in ihrer Weststrategie die Erhaltung der westeuropäischen Kleinstaaterei an ihrer Westgrenze unter dem Vorwand paneuropäischer Zusammenarbeit gesetzt hat. Ein großer Nachbar sind die USA, ein zweiter ist die Volksrepublik China. Tokio ordnet seine Politik neu. Aber an der Westflanke muß der bisherige Zustand der europäischen Kleinstaaterei bewahrt werden, damit bei gesicherter Rückendeckung die Konzentration der Aufmerksamkeit auf die Vorgänge an der Ostgrenze dieses Bereiches erfolgen kann.

Es war George Ball, der sagte — ich sage es in seinen Worten —, daß wir mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß diese Politik der Rückendeckung gegenüber dem Westen auch den Zweck verfolgt, die Voraussetzungen zu schaffen, um mit konventionellen Waffen die nuklearen Raketeneinrichtungen der Chinesen als potentielle Bedrohung auszuschalten. Hier stellt sich für uns — ich sage dies nicht in einer phantasievollen, weitschweifenden Betrachtungsweise — die Frage, ob diese Rückendeckung in Europa gewährt werden kann, damit anderswo eine aggressive Politik in den Bereich des Möglichen treten kann. Auch das ist in das Gesamtkalkül unserer Überlegungen einzubeziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme nun zum Schluß.

Erstens: Diese Verträge dienen nicht der Versöhnung mit den Völkern, sondern der Befriedigung der Wünsche ihrer Machthaber.

Zweitens: Sie bieten keine humanitären Erleichterungen, sondern bringen zunächst eine Verschärfung der Unterdrückung.

Drittens: Die Verträge dienen nicht der Entspannung, wenn man unter „Entspannung“ die Beseitigung der Spannungsursachen versteht.

Viertens: Die Verträge bedeuten eine Festigung des sowjetischen Besitzstandes.

Fünftens: Diese Verträge sind auch eine Ermutigung für die Linksradiكالen, die diese Politik seit 20 Jahren in unserem Lande gefordert haben.

Sechstens: Diese Verträge stehen nicht für sich allein da. Sie sind Bausteine einer sowjetischen Weststrategie.

Siebtens: Die europäische Friedensordnung sowjetischer Vorstellung steht in unaufhörlichem Gegensatz zur Bildung einer westeuropäischen politischen Gemeinschaft.

Achtens: Diese Verträge sollen nach der Vorstellung der Sowjets die Bundesrepublik Deutschland stärker in ihr Machtsystem und dessen Zielsetzungen einbinden.

Neuntens: Diese Verträge sollen verhindern, daß sich die Entwicklung vom Dreieck zum Fünfeck in der Weltpolitik weiter vollzieht. Diese Verträge machen nicht den Frieden sicherer, sondern sie sichern den Sowjets die Rückenfreiheit in der globalen Konstellation, von der ich in der Kürze der Zeit nur kurz sprechen konnte.

Nach diesen Kriterien ist das Ja oder Nein zu diesen Verträgen zu ermessen. Ich komme zu folgender Schlußfolgerung: Daß Ja ist ein Übel, und das Nein

bringt neue schwere Belastungen und Aufgaben mit sich. Wenn ich aber zwischen dem Ja und dem Nein zu wählen habe, entscheide ich mich für das Nein als das kleinere Übel. Die Bundesregierung hat uns und die deutsche Politik in diese Lage manövriert.

Ein Ja zu diesen Verträgen bedeutet einen Bruchpunkt auf der Straße ins Unheil. Außenpolitische Fehler werden in dem Zeitpunkt, in dem sie begangen werden, nie erkannt. Sie werden oft erst nach Ablauf einer Generation oder eines halben Jahrhunderts rückwirkend als Bruchpunkt auf der Straße zum Unheil erkannt. Meine politischen Freunde und ich sind der Überzeugung, daß diese Verträge in der vorliegenden Fassung, die über den militärischen Gewaltverzicht und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit hinausgeht, einen Bruchpunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte bedeuten auf einer Straße, an deren Ende nur Unheil stehen kann.

**Helmut Schmidt, Bundesminister der Verteidigung:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

*Der Hauch von Vilshofen, den wir eben erlebt haben —*

*(Heiterkeit und Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU/CSU: Das ist eine Unverschämtheit!)*

— Ich habe wirklich nicht die Absicht, zu polemisieren, und verstehe nicht, daß Sie bei dem Wort „Vilshofen“ in Feindschaft geraten können. Wie dem auch sei, meine Damen und Herren, mindestens die letzte Rede hat gezeigt, wie viele andere vorher auch, daß die Debatte hüben und drüben offensichtlich nicht so sehr den Zweck hat, das Haus zu überzeugen, sondern den Zweck, die eigenen Motive für die Öffentlichkeit klarzustellen. Fragen, die gestellt werden, werden von Fragenden gestellt, die im Grunde auf die Antworten nicht warten, um ihre eigene Meinungsbildung daran zu orientieren, sondern es sind rhetorische Fragen, wie wir sie eben vielfach erlebt haben.

Mir scheint, daß die Klarstellung der eigenen Motive der Öffentlichkeit gegenüber ein notwendiger Vorgang für alle Beteiligten ist, an dem ich mich beteiligen möchte hinsichtlich der Sicherheit Berlins, der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der Sicherheit Europas. Alle diese Sicherheiten werden nach meiner Überzeugung durch die zu ratifizierenden Verträge verbessert, wenn auch Herr Kollege Schröder sie in seiner gestrigen Rede angeblich beeinträchtigt sah.

Diese sorgfältig vorbereitete Rede des Kollegen Schröder war mir in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zunächst stellt sie, wofür man danken muß, ausdrücklich die Gemeinsamkeit der Ziele vorweg. Sodann wurde diese Rede den Forderungen nach nüchterner Sachlichkeit und nach Verzicht auf gegenseitige Verteufelung — Forderungen, die beide Dr. Schröder selbst aufgestellt hatte — voll gerecht. Zur Frage der beiden Verträge war sie gewiß eine Klasse besser als alle anderen Reden, die die Opposition bis zur gegenwärtigen Stunde in diesem Hause gehalten hat.

Trotzdem, meine Damen und Herren, trotzdem oder gerade deswegen bedarf diese Rede einer sehr sorgfältigen Kritik. Denn Herr Kollege Schröder hat sich in seiner Rede nach meinem Urteil dreier schwerwiegender Versäumnisse schuldig gemacht.

Das erste Versäumnis: Das entscheidende Problem Berlins und seine weitgehende qualitative Veränderung im Zuge des deutsch-sowjetischen Vertrages wurden in dieser Rede völlig verschwiegen.

Zweitens: Die eigene Lagebeurteilung, von der Herr Kollege Schröder in seinen Darlegungen mehrfach ausdrücklich ausging, wurde hier auch nicht andeutungsweise dargelegt.

Drittens: Von dem deutsch-polnischen Vertrag war überhaupt nicht die Rede. Nach meinem Urteil enthielt seine Rede auch ansonsten mehrere Irrtümer.

Infolge all dessen kam der Kollege Schröder zu einem Schlußurteil, das ich für fundamental falsch halte. Nun möge mir der Herr Kollege Strauß verzeihen, daß ich heute abend seine Darlegungen über die Moral des Neubaus in Europa nicht einbeziehen will. Ich möchte mich statt dessen im wesentlichen auf die Ausführungen des Kollegen Schröder beziehen und auf sie antworten. Ich tue das mit dem Gefühl des Respektes für einen bedeutenden Gegner jener Politik, die meine Kollegen und ich für richtig halten. Ich werde zugleich den großen sicherheitspolitischen Fortschritt darstellen, den das Vertragswerk für Berlin, für uns, für Europa und auch für die Amerikaner darstellt. Beide Zwecke verlangen, daß man den Zusammenhang herstellt.

In Ihrer Regierungserklärung vom Oktober 1969 hat die Bundesregierung den folgenden sicherheitspolitischen Maßstab formuliert:

Welche der beiden Seiten der Sicherheitspolitik wir auch betrachten, ob es sich um unseren ernstesten und nachhaltigsten Versuch zur gleichzeitigen und gleichwertigen Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle handelt oder um die Gewährleistung ausreichender Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland: unter beiden Aspekten begreift die Bundesregierung ihre Sicherheitspolitik des Gleichgewichts und der Friedenssicherung. Und ebenso versteht sie unter beiden Aspekten die äußere Sicherheit unseres Staates als eine Funktion des Bündnisses, dem wir angehören und als dessen Teil wir zum Gleichgewicht der Kräfte zwischen West und Ost beitragen.

Ich nehme an, daß dieser Maßstab zwischen der Opposition und den Koalitionsparteien nicht kontrovers ist. Er definiert Sicherheit so, wie es auch die Regierungserklärung der Großen Koalition am 13. Dezember 1966 tat. Es hieß dort:

Der Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker ist das erste Wort und das Grundlegende der Außenpolitik dieser Regierung.

Wie gesagt: das war Dezember 1966.

Nun, vor welchem weltpolitischen Hintergrund ist dieser Maßstab gesetzt worden?

Erstens: Die thermo-nuklearen Waffen, mit denen die Supermächte einander vernichten können, hatten diese Mächte bereits gezwungen, ihrer Gegnerschaft Schran-

ken zu setzen. Zwar bestehen fundamentale Gegensätze der Interessen und der Ideologien fort, doch war aus der unversöhnlichen Konfrontation doch schon eine Art von Konflikt unter Kontrolle geworden, der eine Zusammenarbeit der beiden Weltmächte auf Teilgebieten nicht mehr ausschloß. Beide Supermächte waren sich klargeworden, daß ihre Interessen sich dort treffen, wo es darum geht, Zwangsläufigkeiten von Zusammenprall, Zwangsläufigkeiten von Eskalation und gegenseitiger Vernichtung zu vermeiden. Konkret: Präsident Nixon hatte als wichtigstes Ziel bei seinem Regierungsantritt den Übergang von der Konfrontation zur Kooperation verkündet. Die Aufnahme der Verhandlungen über die Begrenzung nuklear-strategischer Waffen — in den Zeitungen meist „SALT“ genannt — erfolgte unmittelbar anschließend.

Zweitens: Zur selben Zeit, da die beiden Supermächte Konfrontation zu vermeiden wünschten und die Suche nach Feldern der Zusammenarbeit begann, wurde auch die Tendenz erkennbar, daß die bisherige Bipolarität, von der Herr Strauß soeben sprach, durch ein neues Gleichgewicht mit mehreren Pfeilern abgelöst werden konnte. In der kommunistischen Welt war die frühere Einheit im Glauben zerbrochen. Der Bruch zwischen Moskau und Peking hat die Vorstellung von der Einheit des Weltkommunismus, von der Einheitlichkeit seines Vorgehens ad absurdum geführt. Das Hegemoniebedürfnis der Sowjetunion hatte sich in einer brutalen Invasion in der Tschechoslowakei geäußert. Aber das westliche Verlangen nach einem Europa, das mehr ist als nur Westeuropa, konnte damit ebensowenig auf die Dauer erstickt werden wie das Verlangen in ganz Osteuropa, auch in der Sowjetunion, nach mehr Berührung mit dem Westen.

Wer Entspannung in Europa will, der muß Zusammenarbeit suchen, und zwar ohne neue Unsicherheiten ins Spiel zu bringen. Ich habe die Darlegungen von Herrn Strauß soeben vielleicht nicht ganz verstanden. Aber ich wiederhole für diejenigen, die meinen, der Basis der Ostpolitik müsse der Faktor China hinzugefügt werden: Wer Entspannung in Europa will, muß Zusammenarbeit suchen, ohne neue Unsicherheitsfaktoren ins Spiel zu bringen.

Der dritte Punkt des Hintergrunds: Mit der Verabschiedung des Harmel-Berichts hatte die atlantische Allianz ein Signal für einen neuen Abschnitt der Entwicklung des Bündnisses gesetzt. Dem Grundelement Verteidigung wurde das zweite Grundelement Entspannung hinzugefügt. Die durch gemeinsame Verteidigungsanstrengungen gewonnene Sicherheit sollte von nun an, mehr als 20 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg, die Grundlage für den Versuch der Verständigung mit Osteuropa werden; Entspannung und Ausgleich also auf der Basis des Gleichgewichts und ohne Sicherheitsrisiko für die Beteiligten. Dies war der Rahmen, den die gegenwärtige Bundesregierung vorfand, als sie 1969 die Verantwortung übernahm.

Den Rahmen zu erkennen, genügte aber nicht. Die Kenntnis der weltpolitischen Umweltbedingungen muß für unser Land nutzlos bleiben, wenn der Versuch unterbleibt, die spezifisch deutsche Situation in diesem Rahmen zu sehen, und zwar mit all ihren Faktoren, die häufig genug im Gegensatz und in Konkurrenz zueinander stehen.

Ich habe kurz nach Bildung der Großen Koalition — es war, glaube ich, im Februar 1967 — in einem Vortrag in Hamburg gesagt, eine der Hauptaufgaben der Großen Koalition liege in der Nutzung ihrer breiten innenpolitischen Basis für die Herstellung einer größeren Realitätsbereitschaft in der öffentlichen Meinung unseres Volkes hinsichtlich der Deutschland- und Außenpolitik, und ich habe hinzugefügt, „wenn es der Großen Koalition nicht gelingen sollte, unbrauchbar gewordene, ausgefahrene Gleise zu verlassen und neue Wege zu finden, so würde die Große Koalition ihre geschichtliche Legitimation verfehlen“. Tatsächlich hat die Große Koalition einige neue Wege beschritten, tatsächlich ist die Realitätsbereitschaft gestiegen. Aber, Herr Dr. Kiesinger, Ihre Realitätsbereitschaft und diejenige der CSU sind am Ende schließlich kleiner gewesen als am Anfang.

Herr Kiesinger schüttelt den Kopf. Ich darf ihn mit einem Seitenblick auf die Hallstein-Doktrin daran erinnern, daß er am Anfang bereit war, diplomatische Beziehungen zu Bukarest und zu Belgrad aufzunehmen, und daß er am Ende meinte, die Regierung solle lieber platzen, als die Beziehungen zu dem kleinen südostasiatischen Staat Kambodscha nicht abzubauen.

1967 hat der damalige Bundeskanzler Kiesinger das gestern schon von Herbert Wehner zitierte Wort von der „kritischen Größenordnung Deutschlands“ gesagt, das durchaus richtig ist. Die Passage endete damals mit dem Satz: „Man kann das Zusammenwachsen der getrennten Teile Deutschlands nur eingebettet sehen in den Prozeß der Überwindung des Ost-West-Konflikts in Europa“. Ich stimme dem zu; das war damals richtig, und es ist auch heute noch richtig. Die erste Konsequenz aus diesem Satz, Herr Dr. Kiesinger, ist die, daß wir diesen von Ihnen genannten Prozeß der Überwindung des Ost-West-Konflikts einmal realistisch betrachten. Es ist ja nicht nur ein Prozeß, der uns betrifft, sondern es ist ein Prozeß, der von vielen gemeinsam beeinflußt wird.

Nun einige Tatsachen zu dem sich tatsächlich abspielenden Prozeß.

Erstens: Für die Vereinigten Staaten wie für die Sowjetunion wie für unsere Nachbarn in Ost und West sind die aus der andauernden Teilung Deutschlands erwachsenden Probleme die hauptsächlichste Ursache für die Sorge um den Frieden in Europa. Diese Probleme sind einerseits Folgen des von Hitler total geführten und total verlorenen Krieges, sie sind andererseits Folgen der sich von 1945 an ergebenden Konfrontation der Siegermächte.

Zweitens: Gerade wir Deutschen müssen aber auch einer anderen Erkenntnis ins Auge sehen. Die Nachbarn Deutschlands in Ost und West sind weit eher geneigt, sich mit der Teilung Deutschlands abzufinden, als zuzulassen, daß derjenige Teil Deutschlands, mit dem sie durch ein Bündnis verknüpft sind, in den Bereich des anderen Bündnisses hinüberwechselt. Kollege von Weizsäcker hat von diesen Problemen gesprochen. Alle unsere Nachbarn halten zwar den jetzigen Zustand für nicht normal und womöglich für eine Bedrohung des Friedens und ihrer Sicherheit, aber ein vereinigtes Deutschland und vor allem der Prozeß bis hin zu einem vereinigten Deutschland er-

scheint den meisten unserer Nachbarn noch gefährlicher; weil er das Gleichgewicht der Macht in Europa und damit den Frieden gefährden könnte. Siehe Dr. Kiesingers Wort über das kritische Gewicht oder die kritische Größe.

Drittens: Gleichwohl fühlen viele unserer Nachbarn auch die historische Anomalie der Trennung Deutschlands und mehr noch die Teilung Europas insgesamt. Manche wären möglicherweise bereit, dann an einer Vereinigung Europas und damit Deutschlands mitzuwirken, wenn sie eine Art Garantie dafür hätten, daß der zu diesem Ziel hinführende Prozeß unter Kontrolle gehalten und daß seine Risiken eingegrenzt und kalkulierbar gemacht werden können.

Viertens: In der Bundesrepublik Deutschland hat es lange gedauert, ehe klar wurde, daß die beiden Teile der Nation nur dann wieder zusammen können, wenn auch Europa wieder zusammenwächst. Vielen in unserem Lande fällt es heute noch schwer, zu begreifen, daß dies keineswegs von den Deutschen allein bewirkt werden kann, sondern daß ein Zusammenwachsen in Europa nur möglich ist, wenn beide Weltmächte und die ost- und westeuropäischen Staaten und das deutsche Volk in seinen beiden Teilen dies wollen. Mit anderen Worten und verkürzt ausgedrückt: eine Wiederherstellung der Identität Europas ist nur möglich, wenn dies auch von Moskau, auch von Warschau, auch von Ost-Berlin gewollt wird.

Fünftens: Die Kontinuität des westlichen Verteidigungsbündnisses, die Solidarität der europäischen mit den nordamerikanischen Partnern waren und bleiben Grundlage unserer Politik innerhalb dieses Prozesses. Eine manchmal aufgetretene Überbetonung unserer Sicherheit hat allerdings in manchen Phasen der Nachkriegspolitik zur Unbeweglichkeit der Regierung hier in Bonn beigetragen. Heute wissen wir, daß NATO und EWG den westlichen Teil Europas von sowjetischer Dominanz in kritischen Zeiten haben freihalten können, daß sie aber mit ihrer bis spät in die 60er Jahre verfolgten starren politischen Strategie nicht der Vereinigung Europas und unseres Landes dienen können. Sie werden das auch in Zukunft kaum tun können, und erst recht nicht ohne unsere eigene Initiative etwas bewegt werden. Herr Dr. Schröder hat in einer Rede, auf die mein Freund Kurt Mattick heute morgen schon zurückkam, vor dem CDU-Parteitag schon 1965 in Düsseldorf — ich komme noch mal auf die Rede zurück — öffentlich daran gezweifelt, daß die Zeit für uns arbeite.

Sechstens: Je mehr aber wir in Bonn uns selbst in unserer Außenpolitik bewegen, desto mehr könnten unsere Nachbarn in Ost und West in Besorgnis geraten, nämlich dann, wenn wir versuchen wollten, uns allein zu bewegen. Deshalb unternehmen wir zu keinem Zeitpunkt dieses Prozesses einen isolierten Schritt, sondern diese Regierung achtet sehr sorgfältig darauf, daß ihre Bewegung eingebettet bleibt in das Gesamtvorhaben der Partner unseres Bündnisses. Die Beweise für diese Gemeinsamkeit, welche die Oppositionsredner nicht sehen wollen, liegen dokumentarisch in einer ganzen Kette von Ministerratsbeschlüssen der Allianz öffentlich vor. Diese Kommuniqués des Ministerrats der Allianz über zwei, drei Jahre beschreiben den wichtigsten Teil — ich benutze noch einmal

Dr. Kiesingers Worte — „des Prozesses der Überwindung des Ost-West-Konfliktes“. Unsere Politik verwirklicht sich im Rahmen der Möglichkeiten, die hier gegeben sind, im Rahmen der Wandlungen der internationalen Beziehungen überhaupt.

Präsident Nixons Schlagwort heute vor drei Jahren „from confrontation to negotiation“ bezeichnet eine Epoche, die die ganze Welt umfaßt, die zugleich auch unserem Land ermöglicht hat, unseren außenpolitischen Spielraum zu erweitern und voll auszunutzen.

Die Erkenntnis der Lage unseres Landes, wie sie wirklich ist, hat gewiß deutsche Außen- und Sicherheitspolitik nicht leichter gemacht. Kollege Schröder hat darauf 1965 in dieser Parteitagrede schon hingewiesen. Damals sagte er:

Im Zeichen des kalten Krieges war die Wiedervereinigungspolitik eingebettet in das umfassende Anliegen der freien Welt, die Einflußsphäre des Kommunismus in Europa zurückzudrängen. Heute hat sich in der Welt das beherrschende und allgemeine Interesse der Friedenserhaltung vor das Teilinteresse der Wiedervereinigung Deutschlands geschoben. Es besteht zwar noch eine Übereinstimmung im Ziel, aber es ist für die deutsche Außenpolitik schwieriger geworden.

Ich habe damals, 1965, diese Rede für bedeutsam gehalten. Sie war ein Schritt auf Ihrem Wege, meine Damen und Herren, zur sogenannten Friedensnote mit dem Gewaltverzichtsangebot im Frühjahr 1966. Die Rede enthielt übrigens auch die richtige Feststellung, es stellte sich immer wieder neu die schwierige Frage, wie wir unsere Deutschlandpolitik am besten in den ganzen Zusammenhang der allgemeinen Ost-West-Beziehungen einfügen können. Diese Frage stellt sich auch heute und morgen und übermorgen — da stimme ich Ihnen zu — immer wieder neu. Wenn sich insgesamt die Beziehungen zwischen Ost und West ändern, ändern sich damit auch Rahmen und Lage unserer Ostpolitik.

Übrigens haben Sie, Herr Kollege Schröder — auch das will ich nachtragen —, schon in jener Rede, wenn auch sehr verklausuliert, festgestellt, daß die Alleinvertretungsposition à la longue nicht haltbar sein würde. Ich sage das, weil Sie gestern die von Ihnen festgestellte Diskontinuität so hervorgehoben haben. Sie selber haben heute vor sieben Jahren Diskontinuitäten vorausgesehen —, wenn es wirklich kontinuierlichen Wandel der Position entsprechend der jeweils sich wandelnden Gesamtlage der Beziehungen zwischen Ost und West handeln würde!

Diese Bundesregierung hat 1969 aus der vorgefundenen, nicht von ihr geschaffenen, sondern historisch gewachsenen Situation die Konsequenzen gezogen, und zwar von der Lage aus, die sie 1969 antraf. Dabei war und bleibt das Gleichgewichtsprinzip der oberste Leitsatz unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Er prägt die Haltung der Bundesregierung zum nordatlantischen Bündnis, zu den großen Nuklearmächten, zu dem notwendigen Versuch, Sicherheit bei geringerer Rüstung zu erhalten. Er prägt aber auch unsere Haltung bei dem Versuch der Bundesregierung, Verständ-

nis und Ausgleich mit der Sowjetunion, mit den Völkern des europäischen Ostens zu erreichen.

Für diese Politik muß gelten: Wer seine eigene Politik unter den Schutz des Gleichgewichts stellt, darf nicht versuchen, andere aus diesem Gleichgewicht herauszubringen.

Das heißt für unsere Entspannungspolitik gegenüber dem Westen wie dem Osten ganz konkret:

1. Es kann im osteuropäischen Bereich nichts Wesentliches ohne die Mitwirkung Moskaus geschehen. So ist die Lage heute.
2. Die Regierungen in Warschau, Ost-Berlin, Prag und in anderen osteuropäischen Hauptstädten haben gleichwohl eigene Interessen, eigenen Willen, eigenes Gewicht.
3. Es wäre jedoch töricht und gefährlich, Keile zwischen die Staaten des Paktes treiben zu wollen, gefährlich nicht nur für uns, sondern für den Frieden überhaupt. Es wäre genauso töricht und für Entspannung und Zusammenarbeit gleichermaßen gefährlich, wenn jemand unseren Willen zum friedlichen Miteinander als ein bloßes taktisches Manöver interpretieren wollte, wie das einige — ich erinnere mich genau — vor zehn Jahren gegenüber dem Godesberger Programm der Sozialdemokratischen Partei gemacht haben.

Es ist eine sehr gefährliche Sache, wenn man den ernstesten Willen eines anderen in eine taktische Wendung umfälscht.

Deutschland und Frieden, meine Damen und Herren, werden heute wieder in einem Atemzug genannt. Die Geschichte erlaubt nicht, diesen Sachverhalt eine Selbstverständlichkeit zu nennen, genausowenig — auch das will ich deutlich sagen — wie es etwa erlaubt wäre, dies als Verdienst allein unserer Bundesregierung zu bezeichnen. Der Frieden nach Westen ohne den Frieden nach Osten bleibt ein unvollständiger Frieden, ein gefährdeter Frieden. Hier liegt die Aufgabe, deren Erfüllung wir allerdings nähergekommen sind als jede Regierung vorher.

Künftige Historiker mögen darüber befinden, warum die CDU/CSU so viel länger braucht, dies zu begreifen, als die Umwelt, in der wir leben. Mit „Umwelt“ meine ich nicht nur die Bürger dieses Landes, nicht nur unsere Nachbarn. Ich hatte im Herbst Gelegenheit, festzustellen, daß einem auch in Japan, Australien, Neuseeland eine ungewöhnlich herzliche Zustimmung zu dieser Versöhnungspolitik entgegengebracht wird.

Wie aber immer die Urteile anderer lauten mögen, unsere Pflicht ist es, heute unsere Ziele, unsere Motive, unsere Kalkulationen offenzulegen, um jedermann draußen ein fundiertes Urteil zu ermöglichen. Ein solches Urteil wird sich an der tatsächlichen Entwicklung orientieren müssen, die wir einerseits als Mitglied des atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaften mit bewirkt haben und die andererseits von diesen politischen Zusammenschlüssen aus auf uns zurückgewirkt hat.

Was also hat sich seit 1969 in Europa geändert? Wir haben uns daran gewöhnt, darauf zu verweisen, daß die atlantische Allianz in Verteidigung und Entspan-

nung die beiden Grundelemente ihrer politischen Strategie sehe. Mir scheint, der entscheidende Wandel des Atlantischen Bündnisses seit 1969 liegt darin, daß das Bündnis diesen Grundsatz, Verteidigung plus Entspannung, nicht nur verkündet, sondern ihn tatsächlich mit politischem Leben erfüllt und auf seiner Basis vielfältige politische Initiativen in Gang gesetzt hat. So haben sich zum einen die Partner in der „Studie über die Verteidigungsprobleme der Allianz in den 70er Jahren“ geeinigt, am militärstrategischen Konzept der flexiblen Reaktion und am Prinzip der Vorne-Verteidigung festzuhalten, also an zwei Grundprinzipien, die gerade für uns wichtig sind. Sie haben es übernommen, Schwächen des Verteidigungssystems zu beseitigen und dabei nicht nur die bisher gültigen Grundsätze fortzuschreiben, sondern auch ein neues Programm für die künftige Arbeit zu entwickeln, aber andererseits hat das Bündnis 1970 und 1971 den Zusammenhang zwischen Verteidigung und Entspannung tatsächlich praktiziert.

Die sehr konkreten Beschlüsse des NATO-Rats von Rom, Brüssel, Lissabon und nochmals Brüssel sind Beleg und Beweis: das ganze Bündnis mit all seinen Teilnehmerstaaten hat am Zustandekommen und am erfolgreichen Abschluß der Viermächteverhandlungen über Berlin mitgewirkt.

Da muß man die Kommunikés lesen, um das bestätigt zu finden. Das ganze Bündnis hat daran mitgewirkt, daß die Voraussetzung für ein solches Abkommen geschaffen werden konnte, nämlich der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Wer den Vorwurf erhebt, daß die Entspannungs- und Vertragspolitik der Bundesregierung den Zusammenhalt des Westens gefährde und die Funktionstüchtigkeit des Bündnisses beeinträchtige, der muß wissen, daß er sich selbst zu allen Regierungen in Gegensatz setzt — ich betone: allen — der im westlichen Bündnis verbündeten Staaten.

Herr Dr. Schröder, Sie sind ein bißchen außer Kontakt geraten mit der politischen Entwicklung in den uns verbündeten Ländern. Wenn Sie Ihre gestrige Rede statt hier in Bonn in der Ministerratstagung des Atlantischen Bündnisses gehalten hätten, wäre nicht nur augenblicks eine tiefe Konsternation eingetreten, sondern der Prozeß der Isolierung Deutschlands innerhalb dieses Bündnisses hätte am gleichen Abend seinen Anfang genommen.

Ich möchte Ihnen sagen, Herr Dr. Schröder, Sie durften sich — nach meinem Urteil — auch nicht in die Ausflucht retten, unsere Partner hätten diese Erklärung bloß abgegeben, weil sie — das hat Herr Strauß nacher wiederholt — eine lästige Verantwortung loswerden wollten, weil sie nicht deutscher als die Deutschen selbst sein wollten. Wer zu dieser Argumentation greift, impliziert ungewollt, daß unsere nationalen Interessen im bewußten Widerspruch zu den Interessen der Partner stünden.

Sie haben in dem Zusammenhang gestern eine Drei-Mächte-Erklärung von 1964 zitiert, aber Sie hatten 1965 in der schon zitierten Rede vor dem Parteitag der CDU öffentlich ausgesprochen, daß Sie sich immer

Mühe geben müßten, die drei Mächte zu solchen Erklärungen zu bringen. Sie wissen doch selbst auch aus der Erinnerung, Herr Schröder, daß damals diese Erklärung nicht dem innersten Willen und heiligsten Interesse der Beteiligten entsprach.

*(Abg. Dr. Schröder: Aber heute doch? — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Sie widersprechen sich ja!)*

Nein, ich glaube nicht, daß darin ein Widerspruch liegt. Die sind etwas losgeworden, was ihnen lästig war; das ist richtig. Aber, Herr Schröder, Sie haben nie im Grunde glauben können, daß die auf Grund ihrer Erklärung jemals eine deutsche Wiedervereinigungsinitiative ergreifen könnten. Das hat niemand geglaubt, weder in Bonn noch anderswo.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Barzel (CDU/CSU):

Herr Kollege Schmidt, würden Sie dem Hause sagen, was die Alliierten losgeworden sind, worüber sie, wie Sie soeben sagten, Freude empfinden?

Ich bin nicht ganz sicher, ob es meine Sache ist, zu interpretieren, was Herr Schröder gemeint hat. Ich denke, er hat gemeint, sie wären die Last losgeworden, alle zwei Jahre eine große Erklärung über die erstrebte Wiedervereinigung Deutschlands abzugeben. Daß sie vertraglich daran gebunden sind, ist eine ganz andere Sache. Sie waren es leid, dauernd Bekenntnisse abgeben zu müssen zu einer Sache, für die sie aktuell und für die jeweilige Gegenwart überhaupt keine Realisationschance sahen.

Das Atlantische Bündnis heute ist politisch als Bündnis, als Gesamtheit sehr tätig. Da sind die Bemühungen um Rüstungsbegrenzung, Rüstungsverminderung und -kontrolle, z. B. die Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten über die Begrenzung der strategischen Waffen — SALT —, da sind die Bemühungen des westlichen Bündnisses zu Verhandlungen mit der Sowjetunion und den übrigen Staaten des Warschauer Paktes über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen, in den Zeitungen meist mit den vier Buchstaben MBFR bezeichnet.

Natürlich ist SALT primär eine Sache der beiden Supermächte, aber der Verhandlungserfolg müßte ganz fraglich werden, käme es etwa inzwischen zu einer neuen tiefen Berlin-Krise.

Die Bemühungen um MBFR entsprechen dem gleichen Wandel. Durch rüstungsbegrenzende stabilisierende Vereinbarungen in Europa soll eine für alle Partner gleich verlässliche, weniger aufwendige Sicherheitsstruktur in Europa erreicht werden. MBFR wird zu einer Schlüsselfrage zukünftiger Entspannungspolitik werden. Man kann dabei nicht mit schnellen Ergebnissen rechnen — noch viel weniger schnell als bei SALT. Gleichwohl hat das MBFR-Projekt bereits heute einige Zwischenergebnisse gezeitigt. Auch das war nur möglich im Zusammenhang mit der deutschen Vertragspolitik. Die kontinuierliche Beharrlichkeit nämlich seit dem sogenannten Signal von Reykjavik 1968 hat

es schließlich vermocht, ein allmählich entstehendes Interesse der Sowjetunion und anderer interessierten Staaten herbeizuführen.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Kliesing (Honnef) (CDU/CSU):

Herr Schmidt, wenn Sie MBFR für eine Schlüsselfrage der künftigen Entspannung halten, wie werten Sie dann die Entspannungsbereitschaft der Sowjetunion angesichts der Tatsache, daß sie bisher noch nicht reagiert hat auf den Wunsch 14 europäischer und nordamerikanischer Staaten — darunter auch der Bundesrepublik —, zu vorbereitenden Gesprächen über MBFR den früheren Generalsekretär Brosio zu empfangen, sich im Gegenteil bisher hartnäckig geweigert hat, überhaupt in vorbereitende Gespräche darüber einzutreten?

Es gibt dazu nur Vermutungen. Ich würde zwei Vermutungen für zulässig halten.

Erstens könnte ich mir denken, daß sich die Sowjetunion zu dem Zeitpunkt noch nicht völlige Klarheit über die Details ihrer Interessen bei MBFR verschafft hatte. Das würde dann noch kommen. Es wäre also ein vorübergehender Zustand.

Zweitens würde mir die Vermutung zulässig erscheinen, daß die Sowjetunion, z. B. mit Rücksicht auf Frankreich, aber auch mit Rücksicht auf eigene Verbündete, Wert darauf legte, nicht den Eindruck von Verhandlungen zuzulassen, die zwischen Pakt und Pakt geführt würden.

Das sind beides denkbare Erklärungen. Im übrigen kann ich hier nicht Auskünfte für die sowjetische Regierung geben, Herr Kliesing. Im Zusammenhang mit MBFR würde ich ganz gerne die persönliche Bemerkung machen dürfen für diejenigen, die schon 1959 hier in diesem Bundestag saßen, daß ich ganz stolz bin auf die Fortschritte, die wir darin erreicht haben. In Verbindung damit muß man auf die Frage eingehen, ob Bemühungen um Rüstungsbegrenzung, ob unsere Vertragspolitik mit dem Osten einseitige, vorzeitige Truppenabzüge des Westens, vor allem der USA, verursacht bzw. ob sie politische Kräfte geweckt hätten, die sich vor allen Dingen im amerikanischen Senat für eine einseitige Verminderung des amerikanischen Engagements hier in Europa stark machen.

Ich denke, wir alle hier und innerhalb des Bündnisses stimmen darin überein, daß unsere Entspannungspolitik unsere Sicherheitspolitik ergänzen, nicht aber unseren Verteidigungsbeitrag ersetzen kann oder soll. Nur für den Herrn Ministerpräsidenten Filbinger, dessen Bundesratsrede ich gestern gelesen habe, weise ich darauf hin, daß es lange, bevor deutsch-sowjetische Verhandlungen in Betracht gezogen wurden, lange vorher jenen Trend gegeben hat, der seit der Mitte der fünfziger Jahre mit dem Namen des Senators Mansfield verbunden ist. Wir haben es immer wieder mit entsprechenden Resolutionen im amerikanischen Kongreß zu tun gehabt. Tatsache ist, daß keine amerikanische Regierung darauf eingegangen ist.

Herr Filbinger soll sich ein bißchen besser in der Außenpolitik umsehen, ehe er darüber spricht. Die jüngste außenpolitische Botschaft Präsident Nixons an den amerikanischen Kongreß hat dies abermals überzeugend bestätigt. Auch in der gemeinsamen deutsch-amerikanischen Erklärung nach der Be-

gegnung zwischen Präsident Nixon und Bundeskanzler Brandt in diesem Winter in Key Biscayne hieß es wörtlich — ich darf zitieren —:

Der Präsident wiederholte, daß die amerikanischen Verpflichtungen in Europa unverändert weiter gelten und daß insbesondere keine Verminderung der amerikanischen Truppenstärke in Europa erfolgen wird.

Wenn Präsident Nixon heute erneut zusichern kann, daß die amerikanischen Truppen in Europa nicht einseitig abgebaut werden, sondern nur im Rahmen beiderseitiger Verringerung, dann wird deutlich, daß unsere Bereitschaft zum Realismus, daß die Verträge von Warschau und Moskau und die Bemühung um beiderseitige, ausgewogene Truppenverringerung keineswegs einseitige amerikanische Verringerungen verursachen, wie Ministerpräsident Filbinger vor ein paar Tagen im Bundesrat und andeutungsweise auch Herr Kollege Schröder gestern Abend hier gemeint haben. Vielmehr hat diese unsere Politik die Entscheidung bewirkt, daß das schon mehr als 25 Jahre — das ist eine sehr lange Zeit — andauernde amerikanische Engagement erst dann verändert werden soll, wenn Gewißheit der Gegenseitigkeit besteht.

Natürlich wären meine Ausführungen über die Entwicklung und Wandlung im Bündnis unvollständig, wenn ich nicht auch auf sehr bedeutende qualitative Veränderungen hier in Westeuropa hinwiese. Ich kann aber auf den Ausbau und die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften nicht eingehen. Klar ist jedoch, daß die politische Konsolidierung Europas sicherheitspolitisch sehr bedeutsam werden kann. Das gilt um so mehr, als die Herausbildung einer westeuropäischen Verteidigungsidentität in der Eurogroup immer sichtbarer wird, in der sich die europäischen NATO-Mitglieder — freilich mit der Ausnahme Frankreichs — einstweilen ein Forum geschaffen haben, in dem sie ihre Verteidigungspolitik im Rahmen des Bündnisses miteinander abstimmen und koordinieren. So kam es zum Verstärkungsprogramm, und so kam es Ende dieses Jahres zu einem Euro-Weißbuch. Hier bleibt auch noch einiges zu tun, gewiß. Aber man kann nicht übersehen, daß es gelungen ist, im Rahmen von Verteidigung und Entspannung in Westeuropa etwas zu entwickeln, was seit dem Scheitern der EVG-Verträge niemand sonst fertiggebracht hat.

Ich habe so ausführlich über die Wandlung im Bündnis sprechen mögen, weil ich jetzt gern auf den entscheidenden sicherheitspolitischen Aspekt der beiden Verträge kommen will. Die Verträge haben dem zentralen Problem der europäischen Sicherheit, nämlich der deutschen Frage, eine neue Qualität gegeben. Sie haben es ermöglicht, eine die Abwesenheit von Drohung und Gewalt garantierende Regelung für den gefährlichsten Krisenherd der letzten 25 Jahre zu finden, für Berlin.

Mein Freund Kurt Mattick hat heute morgen sehr überzeugend dargetan, was das bedeutet. Ich will es hier nur von der sicherheitspolitischen Seite beleuchten. Die Blockade Berlins am Ende der vierziger Jahre, die Berlin-Krise von 1958 bis 1962 mit dem Bau der Mauer, mit der Ratlosigkeit der damaligen

Bonner Bundesregierung und ihrem Aufruf, Ruhe sei die richtige Antwort, mit dem Aufmarsch amerikanischer Streitkräfte über den Atlantik herüber nach Deutschland, die zahlreichen Zwischenfälle auf den Zugangswegen zu Lande und in der Luft, die Panzerkonfrontation an der Sektorengrenze im Oktober 1961, alles dies wird nicht wiederkommen, alles dies wird nicht wiederkehren.

Ich will mir nicht die Zeitbestimmung des französischen Botschafters in Bonn zu eigen machen, der gesagt hat: 20 Jahre lang wird davon nichts wiederkehren, vielleicht wird es länger sein. Jedenfalls: in der Zukunft, die wir überblicken können, können wir sicher sein, daß es nicht wiederkehrt, wenn dieses Haus den Vertrag ratifiziert, der der Sache zugrunde liegt.

Unter dem Aspekt der Sicherheit auf dem ganzen Erdball ist die Befriedung des Krisenherds zwischen den beiden Supermächten, die Befriedung Berlins durch das Viermächte-Abkommen das an erster Stelle zu nennende Ergebnis unserer Ostpolitik.

Wenn Sie, Herr Kollege Schröder, gestern gemeint haben, die CDU hätte dieses Verhandlungsergebnis schon längst haben können, so weiß jede Regierung innerhalb des nordatlantischen Bündnisses, daß dies — um es sehr milde auszudrücken — ein Irrtum ist. Herr Schröder kann nicht im Ernst leugnen wollen, daß er als Außenminister schon sehr stolz gewesen wäre, wenn er Bruchteile des jetzigen Berlin-Abkommens hätte erreichen können.

Ich erinnere mich sehr genau, was der Kanzler der Großen Koalition endgültig im Tauschwege dafür hinzugeben bereit war, daß ein einziges Mal Passierscheine sollten ausgegeben werden.

*(Abg. Dr. h. c. Kiesinger: Nicht endgültig!  
Niemals! Das ist ganz falsch!)*

Herr Kiesinger, ich bin gewiß niemand, der wesentlich die Unwahrheit sagt.

*(Zuruf von der Mitte: Aber leichtfertig! —  
Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Nicht endgültig,  
einmal! — Einmal!)*

Nein, nein, verehrter Herr Kollege Kiesinger, Sie haben damals gesagt, die Wahl des Bundespräsidenten könne reihum in sämtlichen deutschen Landeshauptstädten durchgeführt werden, und dann würde sie nach 50 Jahren wieder nach Berlin kommen. Ich kann mich genau erinnern.

Und das im Tausch für einmal Passierscheine! Ich kritisiere das ja nicht, ich hebe es nur hervor, um Ihnen zu zeigen, wie ungerecht Sie sind, wenn Sie das ganze Paket des jetzigen Berlin-Abkommens heute so kleinschreiben.

Ich möchte als zweites Ergebnis feststellen, daß das Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa heute, 1972, fester ist als zuvor und insbesondere sehr viel fester als im Frühjahr und im Sommer und im Herbst 1966, ehe wir anfangen, diese Politik mit zu beeinflussen.

Drittens: Es haben sich in Europa stabile Elemente der Integration herausgebildet.

Viertens: Die Bundesrepublik Deutschland hat den Handlungsspielraum gewonnen, der für unsere eigenen Interessen notwendig ist und dessen Ausnutzung dem ganzen Bündnis nützt. Die Gewinnung dieses Handlungsspielraums war nur möglich, weil die ganze internationale Politik — oder, wie Herr Kiesinger es nannte, der Prozeß der Entspannung zwischen Ost und West — in Bewegung geraten war und weil wir den uns angemessenen Platz darin eingenommen haben.

Fünftens: Das Engagement der Vereinigten Staaten in Europa bedeutet nicht mehr länger nur die Fortdauer und Erfüllung der durch Kriegseintritt und -ausgang übernommenen Pflichten, sondern dieses Engagement wird heute durch das Ziel der Herstellung einer stabilen europäischen Friedensordnung motiviert.

Sechstens: Das Gleichgewicht der in Europa wirkenden Kräfte ist durch die Verträge um das Element des vereinbarten Gewaltverzichts stabiler geworden, wobei für uns gewiß der Gewaltverzicht der Sowjetunion unendlich gewichtiger ist als der Gewaltverzicht, den wir ausgesprochen haben.

Siebtens: Die deutsche Frage ist in dem Maße einer Lösung nähergekommen, wie durch die geschlossenen und durch die noch zu schließenden Verträge Unsicherheit in Europa vermindert wird.

Herr Dr. Schröder hat gestern gesagt, eine Nichtratifizierung der Verträge sei keineswegs ein Desaster, sondern lediglich ein Desaster für die Bundesregierung.

Ich gehe davon aus, bin überzeugt, daß die Verträge mit der verfassungsrechtlich gebotenen Mehrheit dieses Hauses ratifiziert werden. Trotzdem bedarf Ihre Behauptung, Herr Kollege Schröder, des Gegenbeweises, damit sich niemand über das Risiko der von Ihnen verfolgten Politik des Liegenlassens täuschen kann.

Die Folgen würden sein: Einbuße des gewonnenen Handlungsspielraums der Bundesrepublik und Verlust der Chance für eine Vertragspolitik in Richtung Osten auf sehr lange Zeit, sodann eine Krise im Bündnis und in Westeuropa mit Auswirkung auf die politische Funktionstüchtigkeit des Bündnisses, Auswirkungen auf die Beziehungen besonders zu den Vereinigten Staaten von Amerika, für die unsere Verträge und für die insbesondere auch das Berlin-Abkommen wichtige Elemente ihrer eigenen außenpolitischen Strategie sind. Ich glaube, das hat Herr Dr. Barzel in Washington auch gespürt, denn als er zurückkam, sagte er nur, er hätte Gott sei Dank keine Pression empfunden, die Verträge ratifizieren zu sollen. Im übrigen hat er sehr gut verstanden, daß die Leute im Weißen Haus sehr wohl dafür sind, daß Deutschland die Verträge ratifiziert.

Man muß in solchem Falle eintretende Belastungen natürlich vor allem auch vor dem Hintergrund der Schutzmachtfunktionen der drei Westmächte für Berlin sehen, man muß die Einbuße sehen, die wir an Glaubwürdigkeit als Bündnispartner erleiden würden, möglicherweise mit Konsequenzen für die beginnende engere politische Zusammenarbeit in der EWG, und man muß sehen, daß es eine Torpedierung des gemeinsamen Grundsatzes der Allianz wäre, Verteidigung und Entspannung zugleich zu betreiben. Die Folge wäre auch eine tiefe Vertrauenskrise im Verhältnis zur Sowjetunion, die doch in diese Verträge sehr viel Prestige und auch sehr deutliche Positionsoffer hineingesteckt hat, und damit die Gefahr der Auslösung einer aktuellen Berlin-Krise. Ganz sicher träte auch die Konsequenz ein, daß die ausgehandelten Verbesserungen für die Menschen in Berlin in keiner Weise verwirklicht würden, ganz gewiß auch eine verminderte Bereitschaft der Westmächte, bei künftigen Arrangements mit der Sowjetunion auch eine Verbindung mit den Interessen der Bundesrepublik einzugehen.

Ich will nicht sprechen von der psychologischen Krise, die man in Berlin auslösen würde, aber ich will doch sagen, daß eine Verwerfung dieser Verträge in diesem Haus zu schwerwiegenden Auswirkungen im Verhältnis zu unseren Nachbarn, zu einer Einbuße des von uns mühsam angesammelten Vertrauenskapitals, zu einer Stärkung aller Vertragsgegner in der DDR und in der Sowjetunion, zu einem Ende der Verhandlungen mit der DDR und schließlich zu einer Entmutigung aller auf die Verständigung hinarbeitenden Kräfte in Europa führen müßte.

Dr. Schröder hat gesagt, deutsche Außen- und Sicherheitspolitik würde durch die Verträge schwieriger. Das möge seine Meinung bleiben. Ich denke aber, jeder Unbefangene kann einsehen, daß deutsche Außen- und Sicherheitspolitik durch die Ablehnung der Verträge, wie ich eben gezeigt habe, unendlich schwieriger würde.

Aber die Verträge werden ja nicht abgelehnt.

Ich bin ganz sicher, daß die Regierungskoalition allein für den deutsch-sowjetischen Vertrag ausreicht. Wir brauchen Ihre Mahnung nicht, daß wir uns unsere Mehrheit selbst suchen müssen.

Allerdings wäre ich betroffen — wenn ich das hinzufügen darf —, wenn die CDU/CSU verkennen sollte, daß der deutsch-polnische Vertrag, der kaum sicherheitspolitische, nicht nur außenpolitische Aspekte hat, vielmehr einer moralischen Notwendigkeit entspringt.

Herr Kollege Schröder und die Opposition insgesamt haben die Hoffnung ins Feld geführt: Wenn man länger gewartet hätte, wären bessere Verträge möglich geworden. Niemand hat dargetan, wie das hätte gehen sollen. Dr. Schröder hat das Stichwort China genannt, es ist auch bei Herrn Strauß wieder vorgekommen, aber ein richtiger Kommentar war nicht zu vernehmen. Wenn man das von der Opposition in Ausführlichkeit

hätte kommentieren sollen, Herr Dr. Barzel, dann hätte die in den letzten Tagen von der Opposition öffentlich ausgesprochene Hoffnung auf eine bedeutende Zunahme des sowjetisch-chinesischen Konflikts hier ausgesprochen werden müssen. Das haben Sie vorsichtigerweise vermieden. Herr Strauß hat sogar so getan, als ob das — —

*(Abg. Kiep: Wo ist denn das ausgesprochen worden?)*

Ja, ja, Sie haben es eben nicht ausgesprochen! Sie haben sehr versteckt und doch sehr deutlich argumentiert.

Ich möchte dazu drei Sätze sagen. Niemand kann von einem den Frieden bedrohenden Konflikt zwischen den beiden kommunistischen Weltmächten einen Vorteil erwarten. Im Gegenteil! Dieses Risiko für die ganze Welt wäre unabsehbar!

Zweiter Punkt: Wer der Sowjetunion sagt, er werde erst dann mit ihr verhandeln, wenn sie von dritter Seite unter stärkerem Druck stehe, verkennt die Wirkung solchen Verhaltens auf eine Weltmacht.

Dritter Punkt: Wer meint, man müsse mit der Normalisierung in Richtung Osten noch ein paar Jahre warten, noch ein bißchen warten, bis die Gelegenheit günstiger sei —, wer meint, man müsse noch ein paar Jahre warten —, dazu will ich nur sagen: Je länger man wartete, desto tiefer würde für manche — für manche sogar um so selbstverständlicher — die Tatsache der Spaltung.

Nun muß ich doch noch einmal eine Fußnote machen zu der Bundesratsrede von Herrn Ministerpräsident Filbinger. Herr Dr. Schröder hatte gerade rechtzeitig in seinem „Zeit“-Artikel vom 4. Februar den CDU-Ministerpräsidenten für die Bundesratsitzung am 9. Februar die vertretbaren Argumente der Opposition gegeben. Ministerpräsident Kohl ist bei der Wiedergabe ein bißchen weitergegangen als der Kollege Schröder. Aber Herr Ministerpräsident Filbinger hat Sie, Herr Kollege Schröder, offensichtlich nur teilweise verstanden.

Ich denke dabei gar nicht an Herrn Filbingers erstaunliche Formulierung, die Sowjetunion habe zu Lasten der NATO in letzter Zeit ihr Militärpotential erhöht, sondern ich denke an den in klarem Gegensatz zu Ihren Ausführungen von gestern abend, Herr Kollege Schröder — und im klaren Gegensatz auch, wie ich denke, zu Herrn Barzel — gesprochenen Satz — er steht im Protokoll des Bundesrats —: Die Alternative zur Ostpolitik der Bundesregierung bestehe nicht im Abwarten. Worin sie aber nun wirklich bestehen sollte, das hat naturgemäß der Ministerpräsident von Baden-Württemberg nicht zu sagen gewußt. Aber auch die Opposition insgesamt hat in diesen beiden Tagen eine Alternative zur Sache vollständig vermissen lassen. Herr Kollege Strauß kann ja wohl seinen einseitigen Vertragsentwurf nicht ernst gemeint haben als Alternative. Er müßte uns denn sagen, wann und mit wem er diesen Vertrag aushandeln wollte.

Natürlich, Herr Strauß, sind die Verträge und das Berlin-Abkommen keine idealen Dokumente. Sie sind ein Kompromiß. Man mag mit Recht an der einen oder anderen Stelle etwas mehr oder etwas anderes wünschen. Aber jedermann kann ganz sicher sein: In umgekehrter Weise empfindet Herr Honecker das mindestens ebenso.

Wir Deutsche müssen wissen: Wer den Frieden mit seinen Nachbarn will, der muß zum Kompromiß bereit sein.

Eine letzte Bemerkung zu Ihnen, verehrter Kollege Schröder. Ich denke, es ist dankenswert, daß Sie gestern die Bindung der Bundesregierung an die Verfassungsmäßigkeit der von ihr ausgehandelten Verträge ausdrücklich betont haben, nachdem aus anderer Himmelsrichtung auch schon ganz andere Töne hörbar geworden waren.

Zum Abschluß möchte ich ein paar Worte über die vor uns liegende Zeit sagen. Niemand kann heute sagen, wie sich die Entspannungspolitik in allen ihren Einzelheiten demnächst weiterentwickelt. Entscheidend ist, daß wir Deutsche uns an den Voraussetzungen für eine realistische und mit Gelassenheit verfolgte Entspannungspolitik orientieren. Die erste Voraussetzung ist, daß unsere innere demokratische Ordnung in der Bundesrepublik festgefügt bleibt, damit wir als außenpolitischer Partner Gewicht behalten.

Die zweite Voraussetzung ist, daß unsere Außenpolitik und unsere Sicherheitspolitik so wie bisher mit Washington, mit Paris, mit London, mit all unseren Verbündeten abgestimmt wird und abgestimmt bleibt.

Die dritte Voraussetzung ist, daß die Allianz weiterhin gemeinsam die Sicherheit Europas, die Sicherheit der Bundesrepublik, die Sicherheit West-Berlins gewährleistet und daß das Kräftegleichgewicht in Europa aufrechterhalten bleibt. Das gelingt nur, wenn wir auf unserer Seite dazu wie bisher den notwendigen Beitrag leisten. Entspannung macht Verteidigung und Soldaten nicht überflüssig, sondern sie setzt sie voraus.

In diesem Zusammenhang hat der Oppositionsführer bezweifelt, daß wir diese Notwendigkeit, von der ich eben sprach, überhaupt noch aussprechen. Herr Dr. Barzel, Sie haben unrecht. Ich brauche Sie z. B. nur auf das Weißbuch des Jahres 1971/72 „Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr“ hinzuweisen, in dem Sie — in zigtausendfacher Auflage — die folgenden Sätze finden:

Es wäre töricht, Entspannung zu wollen und zugleich den militärischen Schutz der eigenen Existenz zu vernachlässigen. Darum ist das Gleichgewichtsprinzip auch künftig oberster Leitsatz der Sicherheitspolitik. Es bestimmt unsere Anstrengungen und die unserer Verbündeten, eine ausreichende eigene Stärke aufrechtzuerhalten, zumal die Sowjetunion und deren Verbündete ihren Militärapparat weiter vergrößern.

Ich will Ihnen das restliche Zitat ersparen. Sie haben wirklich unrecht, wenn Sie den Eindruck verbreiten, diese Bundesregierung wisse nicht, daß ihre Ostpolitik das Fundament der gemeinsamen Sicherheit im Westen braucht.

Was die nähere Zukunft angeht, so erscheint mir wichtig, daß Zusammenarbeit, daß mehr Zusammenarbeit in Europa nur möglich ist, wenn der Zusammenhang zwischen der erwünschten Zusammenarbeit und der Sicherheit ebenso wie mit dem gegenseitigen Vertrauen klar gesehen wird. Das Projekt einer Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wird eine wichtige Rolle spielen. Eine Konferenz über die Sicherheit und die Zusammenarbeit ist sinnvoll, wenn auf ihr wirklich über das verhandelt wird, was der Name dieser Konferenz aussagt und anspricht. Das notwendige Vertrauen kann nur dann zustande kommen, wenn zwischen Ost und West eine einvernehmliche Verständigung über die Lage in Europa erreicht und gemeinsame Prinzipien verabredet und vereinbart werden, auf denen die europäische Sicherheit beruhen soll. Deshalb wird sich eine solche Konferenz, die durch das Inkrafttreten der Verträge und durch das Inkrafttreten des Viermächte-Abkommens möglich wird, auch mit den politischen Grundprinzipien von Truppenverminderungen beschäftigen müssen. Erst eine solche Verständigung wird es möglich machen, allgemeine politische Regeln für die Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Im Kern unserer Friedens- und damit unserer Sicherheitspolitik stehen das Streben nach Gleichgewicht und das Streben nach Beseitigung von Konflikt- und Krisenherden.

Ich sage Ihnen, der deutsch-sowjetische Vertrag und auch der deutsch-polnische Vertrag verändern in keiner Weise die politische, die rechtliche, die militärische oder gar die wirtschaftspolitische Grundlage unserer Sicherheit. Aber diese Verträge beseitigen Unsicherheit und Verdächtige, sie verringern die Gefahr von Krisen.

Das Viermächte-Abkommen über Berlin wird aus dem bisherigen Krisenherd Berlin einen sicheren Ort machen.

Ich bitte Sie, sich in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Washington davon zu überzeugen, was für eine Erleichterung das auch für unsere Bündnispartner ist.

Unsere Vertragspolitik ist organischer Bestandteil der sicherheitspolitischen Konzeption des gesamten westlichen Bündnisses. Die Verträge dienen unserer Sicherheit und der Sicherheit unserer Nachbarn; sie entspringen unserem festen Willen zu guter Nachbarschaft und zum Frieden. Ohne beide Verträge, ohne das Viermächte-Abkommen über Berlin, das als ihre erste und existentiell wichtige Frucht zur Debatte dazugehört, ohne dieses Vertragswerk werden die

Interessen der Deutschen schweren Schaden nehmen. Mit diesen Verträgen — dieser Überzeugung ist mit uns die große Mehrheit unseres Volkes — dienen wir dem Frieden.

**Karl Moersch**, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Der Kollege Strauß hat bei seiner langen Darlegung geschichtlicher und weltpolitischer Zusammenhänge einen Hinweis auf Bismarck gebracht, der der Ergänzung bedarf. Er hat erklärt: Man darf nicht vor der Zeit handeln. Herr Strauß, ich nehme an, daß Sie den ganzen Zusammenhang des Zitats gekannt haben. Ich möchte, bevor ich ihn hier vortrage, noch einmal klarlegen, daß es wohl nicht zulässig ist, und zwar in Ihrem eigenen Interesse, Herr Strauß, nicht zulässig sein kann, mit Zitaten über den Frieden aus einer Zeit zu arbeiten, in der ein Atomkrieg nicht einmal denkbar, viel weniger möglich gewesen wäre.

Was aber wirklich bei Bismarck steht — ich sage das ohne jede Wertung, weil man jeden Staatsmann aus seiner Zeit heraus zu verstehen und als geschichtliche Tatsache hinzunehmen hat —, das möchte ich Ihnen jetzt noch einmal im Original vortragen, damit man klar sieht, auf welchen Zitaten hier politische Positionen aufgebaut worden sind, Positionen, die im Grunde nicht mehr rational dargelegt werden und begründet werden können.

Unter dem Stichwort „Frieden“ steht dort tatsächlich — ich zitiere —:

Unser Interesse ist, den Frieden zu erhalten, während unsere kontinentalen Nachbarn ohne Ausnahme Wünsche haben, geheime oder amtlich bekannte, die nur durch Krieg zu erfüllen sind. Dementsprechend müssen wir unsere Politik einrichten, d. h. den Krieg nach Möglichkeit hindern oder einschränken, uns im europäischen Kartenspiel die Hinterhand wahren und uns durch keine Ungeduld, keine Gefälligkeit auf Kosten des Landes, keine Eitelkeit oder befreundete Provokation vor der Zeit aus dem abwartenden Stadium in das handelnde drängen lassen.

Das ist das Zitat. Nun geht es unter dem Stichwort „Erhaltung des Friedens“ weiter, Herr Strauß.

Ich werde diese Darlegung machen, weil ich es für notwendig halte, auch die Zuhörer von den Realitäten zu unterrichten, um die es sich heute hier handelt, und nicht von den Visionen.

Ich darf dem Historiker Strauß sagen, wie es bei Bismarck heißt:

Das Ziel dieser Gesamtpolitik ist vorläufig die Erhaltung des Friedens, wenigstens bis zu dem Seiner Majestät bekannten Zeitpunkte, wo wir unsere Vorbereitungen in Gewehr und Munition zum Abschluß gebracht haben werden, womöglich sogar bis zu dem Zeitpunkt, wo Englands jetzige relative Wehr-

losigkeit aufgehört haben und auf Englands Mitwirkung bei eintretenden Krisen mehr als bisher zu rechnen sein wird . . .

Meine Damen und Herren, das hat Bismarck in diesem Zusammenhang gesagt, und ich frage mich wirklich, wer eigentlich heute Politik von 1972 mit Zitaten von 1868 begründen will. Wir haben die Aufgabe, Bismarck gegen Franz Josef Strauß in Schutz zu nehmen.

Aber lassen Sie mich noch zu den Fragen, die hier gestellt worden sind, einige Anmerkungen machen. Die Debatte hat jedenfalls deutlich gemacht, daß es der Opposition möglich ist, eine Vielzahl von Argumenten gegen diese Verträge und gegen die Politik dieser Bundesregierung ins Feld zu führen. Aber die einzelnen Sprecher der Opposition heben sich mit ihren Argumenten gegenseitig in ihrer Wirkung auf.

Gerade nach der Rede von Herrn Strauß und übrigens auch nach der Rede von Herrn Stücklen und Herrn Marx muß man wohl ein ganz ernstes Wort über das Politikverständnis sagen, das hinter diesen Reden steht. Ich glaube, daß man das — gerade wegen der Lautstärke ist es sehr bemerkenswert gewesen — in der Feststellung zusammenfassen kann, daß eigentlich Politik für Deutsche eine höchst gefährliche Sache ist, und das bedeutet im Grunde das Angebot, künftig auf deutsche Politik überhaupt zu verzichten.

Hinter den aggressiven Wendungen, die hier gebraucht worden sind, hinter dieser Verwechslung von Demokratie und Antikommunismus, die sehr oft erfolgt ist und sich wie ein roter Faden durch diese Reden gezogen hat, hinter all dem steckt etwas ganz anderes, nämlich ein Stück abendländischer Fatalismus, und dieser abendländische Fatalismus soll durch aggressive Redewendungen überdeckt werden. Hier gilt der Satz, daß man darauf vertraut, daß sich die Ängstlichen um den Angstmacher scharen, daß aber die Angstmacher selber laut reden, weil sie eben ihrer Sache nicht sicher sind. Das ist wohl der Kern des Problems.

In solchen Reden ist nichts anderes entwickelt worden als das, was man aus der Vergangenheit kennt, nämlich ein für die Freiheit verhängnisvolles Maginot-Denken. Dieses Maginot-Denken hat sich in diesem Lande einmal in dem Spruch niedergeschlagen: „Keine Experimente!“ Meine Damen und Herren, es war das größte Experiment, das für das deutsche Volk je unternommen worden ist, diese Gesinnung zu produzieren.

Sicherheit gewinnt man nicht durch solche frommen Sprüche, sondern durch eine vernünftige Politik.

Daß sich gerade in dieser Zeit damals die Krisen verschärft haben, nicht zuletzt in und um Berlin, muß man, glaube ich, mit in Betracht ziehen, wenn man dem deutschen Volk heute empfehlen will, eine Politik des Abwartens zu machen oder auf Politik zu verzichten.

Von der Gesinnung, die aus diesen Reden gesprochen hat, unterscheidet sich in der Tat das, was Herr Dr. Schröder hier vorgetragen hat.

Herr Dr. Schröder hat im Gegensatz zu den Sprechern der CSU in seiner bemerkenswerten Rede ein erfolgreiches politisches Agieren durchaus für möglich gehalten. Das unterscheidet ihn wesentlich von seinen Kollegen. Ich werde nachher bei einem anderen Punkt dem noch etwas hinzufügen müssen, was der Kollege Schmidt soeben schon unter Hinweis auf die Rede von Herrn Dr. Schröder im Jahre 1965 zur DDR gesagt hat.

Aber ich glaube, es gibt einen weiteren Punkt, der die Szenerie erhellt und uns klargemacht hat, warum es so schwer ist, eine gemeinsame Sprache und eine gemeinsame Argumentation mit den leitenden Herren der Opposition zu finden. Dieser Punkt ist meiner Ansicht nach in einer Zwischenfrage von Herrn Kollegen Dr. Kiesinger gestern deutlich geworden. Der Kollege Kiesinger hat nämlich in einer Zwischenfrage an den Bundeskanzler ein Verständnis von Außenpolitik und Demokratie entwickelt, das im nachhinein manches Zaudern während der Zeit erklärt, in der er selbst Bundeskanzler war. Er hat dabei — deswegen muß ich das hier sagen — eine Ansicht über wichtige westliche Verbündete verbreitet, die den Tatsachen eindeutig widerspricht. Er hat gesagt, es sei im Westen doch wohl so, daß man einer bestimmten Politik von Regierungsseite heute zustimmen müsse oder auch zustimmen wolle und werde, weil gewisse Volksstimmungen das nun einmal erforderten. Das heißt doch mit anderen Worten, er bezichtigt die Regierungen unserer Verbündeten, sie handelten sozusagen wider die Interessen des gesamten Westens, weil sie bestimmten Leuten in ihren Parlamenten, die die Volksstimmung verkörpern, in unzulässiger Weise nachgaben. Das ist ein schwerer Vorwurf gegen unsere Verbündeten, der in dieser Darlegung des Kollegen Kiesingers steckt.

Er ist deswegen so schwerwiegend, weil er überhaupt nicht stimmt, denn das genaue Gegenteil ist richtig: Der amerikanische Präsident hat gegen eine weitverbreitete Volksstimmung die Präsenz der amerikanischen Truppen in Europa jahrelang bestätigt und gegen heftigste Attacken in seinem eigenen Kongreß durchgehalten. Dafür müssen wir ihm danken, und wir sollten ihn nicht unfair angreifen.

Zweiter Punkt. Premierminister Heath hat einer zweifellos weitverbreiteten Volksstimmung nicht nachgegeben, sondern er hat das getan, was den außenpolitischen Interessen Großbritanniens entsprach: er hat den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft gegen die anfängliche Volksstimmung durchgesetzt, und dafür sind wir ihm zu Dank verpflichtet.

Meine Damen und Herren, ich hatte 1966/67 die Hoffnung, daß es mit der Gründung der Großen Koalition möglich sein werde, etwas konsequent durchzuführen,

was sich außenpolitisch mit dem Jahre 1961 angebahnt hatte; denn 1961 hatte die Koalition von CDU und FDP bei der Regierungsbildung durch die Berufung von Dr. Schröder zum Außenminister den ersten Schritt zu einer aktiven Ostpolitik getan. Das ist ihr Verdienst, und das kann gar nicht geschmälert werden.

Ich komme gleich noch auf ein Thema, das Sie alle in diesem Zusammenhang heute sehr bewegt hat, auf China. Wir sind doch alle Irrtümern unterlegen gewesen, was unsere Möglichkeiten in der Ostpolitik betrifft. Ich erinnere mich sehr wohl — Herr Dr. Schröder, Sie werden sich vielleicht auch daran erinnern —, daß wir etwa vor neun Jahren in einer Sitzung der FDP-Fraktion ein Gespräch hatten, an dem sich auch mein Freund Schollwer und Thomas Dehler beteiligt haben und in dem Sie Ihre Politik zur Gründung der Handelsmission darlegten. Nach langen Diskussionen haben wir Ihnen entgegnet, wir fürchteten, daß diese Politik nicht konsequent genug betrieben sei oder betrieben werden könne, weil in Ihrem Konzept der Faktor DDR gefehlt hat. Ich bestreite nicht, daß es damals dafür Überlegungen gab, diesen Faktor DDR auszulassen.

Aber eines haben wir Ihnen damals schon gesagt: daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Interessen dieser Staaten, mit denen wir bessere Beziehungen haben wollten, es nicht zulassen würden, das Problem DDR einfach auszuklammern. Zwei Jahre später haben Sie in Ihrer Rede in Düsseldorf auch diesen Hinweis, meiner Ansicht nach in einer sehr realistischen Weise, allerdings in einer Formulierung, die nicht ohne weiteres für alle verständlich war — das sollte sie wohl damals auch nicht —, wiederaufgenommen. Diese Politik haben Sie aber nachher nicht mehr durchsetzen können. Ich wundere mich heute, daß Sie in Ihrer Rede von dieser Position, die sich schon 1965 angedeutet hatte, nämlich von einer realistischen Einstellung zur Tatsache des Bestehens der DDR, wieder abgegangen sind. Das scheint mir eine Art Rückmarsch und nicht eine Vorwärtsentwicklung zu sein.

Aber es ist noch ein anderer Punkt dabei — deswegen muß man das erwähnen —, der zu dieser veränderten Stellung der DDR gerade in diesen Jahren geführt hat, in denen Sie, Herr Dr. Schröder, Außenminister waren. Das ist der Punkt, der von Ihren Freunden nach Al-fresco-Art mit dem Stichwort „Fernostpolitik“ umschrieben wird. Was ist denn wirklich an Einflüssen aus diesem Bereich auf die deutsche Politik wirksam geworden? Doch feststellbar nur eines: In dem ideologischen Wettbewerb und Streit zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China um die Führungsposition in der kommunistischen Welt hat der Stellenwert der damals sehr umworbene DDR erheblich zugenommen, und die Chance, man könne sozusagen ohne die DDR in einem Gespräch und in Verhandlungen mit Moskau ganz bestimmte bilaterale Probleme und deutsche Probleme lösen oder ihre Lösung in die Wege leiten, ist gerade wegen des ideologischen

Konflikts oder des Wettbewerbs zwischen diesen beiden Führungsmächten dort immer geringer geworden.

Das ist die wirkliche Beziehung der Chinapolitik zur deutschen Politik, eine ganz andere Beziehung, als sie hier an Stammtischen meistens dargeboten wird.

Ich möchte hinzufügen, daß es gerade nach der tschechischen Krise in allen Lagern die Frage gegeben hat, ob man diese Politik der Öffnung nach Osten fortsetzen könne und weiter den Versuch machen könne, einen Ausgleich zu schaffen. Die Frage ist hier im Bundestag damals von den jetzigen Koalitionspartnern, wie Sie wissen, verschieden beantwortet worden. Aber im Gegensatz zur CDU haben die Sozialdemokraten daraus relativ rasch die Lehre gezogen, daß es sich bei der Beurteilung im Jahre 1968, was die künftige Ostpolitik und das Verhältnis zur DDR betrifft, um eine Fehlbeurteilung gehandelt hat. Deshalb hat diese Bundesregierung Brandt-Scheel in ihrer Regierungserklärung von den beiden Staaten in Deutschland gesprochen, um deutlich zu machen, daß diese Fehleinschätzung der Lage den deutschen Interessen auf die Dauer keineswegs dienen kann, sondern für die Menschen in Deutschland insgesamt nur Schaden anrichten kann.

Herr Dr. Schröder, wenn man von der Kontinuität der Deutschlandpolitik in der Bundesrepublik spricht, dann muß ich Sie als Sprecher der CDU in diesem Zusammenhang fragen, welche Kontinuität Sie selbst für die CDU dabei im Auge hatten. Hatten Sie die Kontinuität der Politik Konrad Adenauers Anfang der 50er Jahre oder die Kontinuität der Politik Jakob Kaisers im Auge? Das ist ja wohl ein bedeutender Unterschied gewesen. Oder ist etwa das gemeint gewesen — auch das muß an dieser Stelle gesagt werden — was Heinrich von Brentano, übrigens zusammen mit meinem Freund Thomas Dehler, im Jahre 1955 bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Moskau zum Ausdruck gebracht hat? Er war — und Professor Schmid mag es uns hier als Zeuge noch einmal deutlich machen — sehr skeptisch, ob die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und der Briefwechsel mit Bulganin darüber nicht am Ende die Zementierung eines Zustandes bedeuteten, den man ja gerade mit dieser Politik überwinden wollte. Er hat jedenfalls lange davor gewarnt, weil er sagte: Man sollte nicht ohne eine eindeutige Festlegung über die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für die Deutschen diese Beziehungen aufnehmen, sondern lieber das Risiko in Kauf nehmen, diese Kriegsgefangenen jetzt in Moskau nicht zu bekommen. So Heinrich von Brentano und so Thomas Dehler in Moskau in langen, schwierigen und schrecklichen Gesprächen für die Betroffenen; denn diese Alternative ist eine ungeheuerliche Alternative für alle Beteiligten gewesen.

Schließlich hat sich unter dem Eindruck dieser menschlichen Probleme das scharfe politische Kalkül eines Heinrich von Brentano nicht durchsetzen können. Er

selbst hat nachgegeben wie alle anderen. Dafür gibt es verständliche Gründe; das darf also kein Vorwurf sein. Aber es zeigt doch, daß die Mitglieder der CDU, die heute von der Kontinuität dieser Deutschlandpolitik sprechen, gebeten werden müssen, genau zu sagen, bei wem sie in dieser Kontinuität heute anknüpfen wollen, welches ihre Ausgangspositionen sind und ob es nicht redlich ist, zu sagen, daß im Jahre 1955 schon geschehen ist, was mit diesen Verträgen heute beschrieben wird, aber durch sie überhaupt nicht mehr hätte geändert werden können. Das ist doch die Realität, vor der wir stehen.

Ich will jetzt über die falschen Erwartungen für die deutsche Frage beim Abschluß der Westverträge nichts weiter sagen. Das würde die Zeit sicherlich zu sehr in Anspruch nehmen. Aber ich will doch noch einen Hinweis geben, der gerade für mich als Freien Demokraten von großer Bedeutung ist. Der Hinweis stellt eine Art Kontrast dar zu der Tonlage und dem Inhalt dessen, was der Vorsitzende der CSU gesagt hat. Karl Georg Pfeleiderer hat im Bundestag wiederholt, zuerst im Jahre 1952 davor gewarnt, die östlichen Staaten, auch die kommunistisch regierten Staaten, einfach zu ignorieren. Er hat vor dieser Fehleinschätzung der politischen Lage eines Landes mitten in Europa gewarnt.

Diese Überlegungen sind heute so neu und so gut und so beherzigenswert wie damals. Aber sie haben ja, wie gesagt, überhaupt keine Wirkung auf bestimmte Mitglieder der Opposition gehabt, wie wir in diesen beiden Tagen gehört haben.

Denn Pfeleiderer hat damals gesagt — ich muß es hier einmal zitieren —:

Wer im Prozeß der west-östlichen Auseinandersetzung jenseits des guten oder bösen Willens und jenseits der Beweggründe des politischen Tuns ein Sicherheitsbedürfnis nicht auch der Sowjetunion anerkennt, weicht der Wirklichkeit aus und wird zu keinem Erfolg gelangen. Für das sowjetische Sicherheitsbedürfnis ist die Haltung Deutschlands von ausschlaggebender Bedeutung. Das sowjetische Sicherheitsbedürfnis ist somit ein Aktivposten in der deutschen Politik.

Ich wünschte, Herr Strauß hätte das jemals in seinem Leben verstanden, was das hier heißt und was Pfeleiderer schon vor 20 Jahren gesagt hat.

Meine Damen und Herren, Dr. Schröder hat einen Satz gesagt, den ich hier zum Schluß noch einmal aufgreifen möchte. Er hat gesagt, man brauche Mut, Festigkeit und Entschlossenheit für eine solche Politik. Das ist eine sehr zutreffende Umschreibung auch für das, was uns jetzt in der politischen Entwicklung bevorsteht; denn diese Verträge sind ja noch nicht der Inhalt dieser Politik, sondern sie sollen einen Ausgangspunkt für eine vernünftige Politik, eine Politik der Entspannung und der Zusammenarbeit, darstellen.

Wenn hier von dem Sprecher der CSU die ungeheuerlichen Bedrohungen, die von einer Sicherheitskon-

ferenz in Europa ausgehen, an die Wand gemalt worden sind, dann ist das eigentlich nur durch zwei Dinge zu erklären, erstens durch eine allgemeine Nichtinformiertheit über die westliche Zusammenarbeit und ihr Funktionieren und die Vorstellung des Westens, und zweitens dadurch, daß sich offensichtlich Herr Strauß nicht denken kann, daß die Bundesregierung und ihre Verbündeten sehr wohl diese Sicherheitskonferenz sorgfältig vorbereiten.

Ich möchte hier ausdrücklich darauf hinweisen, daß der Ablauf einer Sicherheitskonferenz ja nicht darin bestehen wird und auch nicht bestehen kann, daß hier der Westen sich an einen Verhandlungstisch begibt und staunend zur Kenntnis nimmt, was die andere Seite sich ausgedacht hat, sondern daß selbstverständlich bei einer solchen Konferenz der gesamte Westen und alle unsere befreundeten Staaten sorgfältig ihre Vorstellungen von europäischer Zusammenarbeit und Sicherheit vorher miteinander besprochen haben und daß sie das zum Thema und zum Vorschlag dieser Konferenz machen werden. Dann gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder wird diese Konferenz ein Ergebnis haben, das wir als Kompromiß mit gutem Gewissen akzeptieren können, oder sie wird kein Ergebnis haben — das wäre dann das Ende dieser Konferenz. Aber daß man sich schon deswegen, weil man offensichtlich den politischen Kontrahenten für grundlegend überlegen hält — wie Herr Strauß es hier dargestellt hat —, überhaupt nicht an den Konferenztisch begibt, ist das — das sage ich noch einmal — Verzicht auf Politik, das ist abendländischer Fatalismus, auch wenn er sich in starken Worten verbirgt.

Ich möchte nicht versäumen, darauf hinzuweisen, was Helmut Schmidt hier noch einmal gesagt hat, daß es darum geht, die Demokratie bei uns zu stärken, um diesem Wettbewerb, der jetzt beginnt und beginnen wird, gewachsen zu sein. Das ist eine Frage des Selbstvertrauens und des Demokratieverständnisses in diesem Lande.

Wenn ich aber dagegen sehe, wie in einem dieser Bundesländer heute geglaubt wird, daß man die Kommandogewalt des Staates oder der dortigen Staats- und Regierungspartei durch eine Veränderung des Rundfunkgesetzes stärken muß, dann allerdings wird mir angst vor einem Wettbewerb, den wir in Freiheit bestehen wollen, den wir in Freiheit bestehen können und bestehen müssen.

Meine Damen und Herren, das, was sich jetzt an Politik für die 70er und 80er Jahre entwickelt, erfordert in diesem Lande keine Antikommunisten, sondern Demokraten, überzeugte, standhafte Demokraten.

Wir brauchen keine Politiker, die Schwierigkeiten dadurch ausweichen wollen, daß sie glauben, man könne neue Kommandozentralen bilden. Wer den Wettbewerb mit Staaten und Ordnungen aufnimmt, die obrigkeitlich konstruiert sind, der wird das mit obrigkeitlich-staatlichen Methoden auf die Dauer nicht erfolgreich tun können, der wird die Freiheit zur Richtschnur seines Handelns machen müssen.

**Dr. Rainer Barzel (CDU/CSU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Antwort auf verschiedene Dinge des Tages wird sicher morgen im Laufe des Tages noch einmal auch für die Opposition möglich sein. Ich möchte gerne jetzt nur das Wenige sagen, wofür ich zwischendurch ums Wort gebeten hatte.

Zunächst, meine Damen und Herren, trotz allem, was anschließend zu sagen sein wird, freut sich, glaube ich, das ganze Haus, daß der Kollege Helmut Schmidt wieder gesund ist und daß er eine solche Rede — —

*(Allgemeiner Beifall)*

Es war sicherlich eine Rede, wie wir sie von ihm kennen. Die letzte Rede gleicher temperamentvoller Engagements, an die ich mich erinnere, die er hier von dieser Stelle gehalten hat, ist einige Jahre her. Er hat damals mit demselben Engagement und mit derselben Gekontheit, die ihm hier in diesem Hause keiner nachmacht, folgendes gesagt.

Er hat damals in der gleichen Form, die ich soeben hier mit Ihrer Billigung gelobt habe, eine Rede gehalten mit dem gleichen Engagement, am 22. März 1958, eine Rede, die er selber auch vor kurzem noch für so wichtig und bedeutend hielt, daß er sie in seinem eigenen Buch auch herausgab. Damals hat er geredet anläßlich der Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Es ist 14 Jahre her. Er hat da gesagt — ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin —:

Wir sagen dem deutschen Volke in voller, ernster Überzeugung, daß der Entschluß, die beiden Teile unseres Vaterlandes mit atomaren Bomben gegeneinander zu bewaffnen, in der Geschichte einmal genauso schwerwiegend und verhängnisvoll angesehen werden wird, wie es damals das Ermächtigungsgesetz für Hitler war.

Meine Damen und Herren, worüber klatschen Sie denn jetzt? Haben Sie denn etwa seit dem Beschluß über die atomare Bewaffnung, gegen die Sie so zu Felde gezogen sind, das erlebt? War das ein „Ermächtigungsgesetz“? Hat das zu „Hitler“ geführt? Oder haben wir nicht 14 Jahre des Friedens und der Demokratie erlebt? Verwaltet nicht dieser Minister heute das, was er damals hier bekämpft hat?

Von demselben ernsthaften Gehalt in der Sache ist das, was der Kollege Schmidt hier soeben gesagt hat. Mit einer Ausnahme: Er hat eingeräumt — was der Bundeskanzler bestreitet —, daß die Westmächte sich gefreut haben, durch dieses Vertragswerk „etwas losgeworden“ zu sein. Also kann der Bundeskanzler nicht recht haben, wenn er sagt, dieses Vertragswerk gebe nichts weg.

Das ist hier bestätigt, und für dieses Wort, meine Damen und Herren, auf das wir morgen im einzelnen zurückkommen werden, danke ich.

Dritter Punkt: Herr Kollege Schmidt, Sie haben in dem Zusammenhang von den USA und von Berlin gesprochen. Meine Damen und Herren, Sie sollten hier doch einräumen — weil dies die Position in Washington ist —, daß das Abkommen über Berlin, wie wir gestern sagten, aus der Sicht der USA eine Sache der Vier Mächte ist und daß davon getrennt — separat — die Verträge zu sehen seien, über die hier abgestimmt wird. Das ist die Position in Washington und keine andere. Sie werden kein Dokument beibringen, das Ihnen das Gegenteil sagt. Das sollte auch der Herr Bundesminister der Verteidigung hier nicht anbringen.

Vierter Punkt: Herr Kollege Schmidt, ich hätte es begrüßt, wenn Sie bei dieser Debatte in einer solch langen Rede die „Lage der Nation“ auch unter dem verteidigungspolitischen Aspekt erörtert hätten. Ich hätte es begrüßt, wenn Sie — vielleicht werden Sie Gelegenheit haben, das morgen noch zu tun — doch etwas gesagt hätten zu einer Frage, die uns bewegt und die wir aufgeworfen haben, nämlich zu der Erklärung von Herrn Honecker, aus der ich — der Zeit wegen — nur einen Satz zitiere:

Der Frieden ist also sicherer geworden, weil der Sozialismus an Stärke gewonnen hat. Mit einem Wort: Das internationale Kräfteverhältnis hat sich weiter zu unseren Gunsten verändert.

So der Satz von Honecker.

Zu dieser Behauptung, Herr Kollege Schmidt, die doch hier eine Rolle spielt, hätten Sie das Wort nehmen sollen. Sie hätten dartun sollen, wie sich dieser Vertrag im militärischen Kräftegewicht auswirkt, welche Kraft dieses Vertragswerk im politischen Bereich für die Sowjetunion frei macht, weil Positionen, um die sie bisher gekämpft hat, nun mit deutscher Unterschrift bestätigt werden. Das ist die militärpolitische Frage, auf die wir hier von Ihnen eine Antwort erwartet hätten; — wir haben sie leider nicht bekommen.

**Helmut Schmidt, Bundesminister der Verteidigung:**

Frau Präsidentin!

Ich habe Ihnen versprochen, mit sehr wenigen Sätzen auszukommen. Meine Damen und Herren, daran muß ich mich also halten.

Wenn der Oppositionsführer Herrn Honecker zum Kronzeugen für die Lagebeurteilung macht, möchte ich ihn daran erinnern, daß Herr Honecker z. B. die CDU für eine kriegshetzerische Partei erklärt hat. Das würde ich genausowenig wichtig nehmen.

Herr Honecker ist sicherlich nicht in einer einfachen Lage.

Ich möchte mich bei Ihnen, Herr Dr. Barzel, für die lebenswürdigen Komplimente am Anfang bedanken. Außerdem habe ich natürlich Verständnis, daß Sie die Bilanz des heutigen Abends nach Herrn Strauß ein bißchen aufbessern wollten.

Was Sie aus jenem Buch zitieren oder aus jener Rede, die ich natürlich habe wieder abdrucken lassen, weil ich zu den Sachen stehe, die ich hier im Bundestag gesagt habe, ist aus meiner heutigen Sicht für die damalige Situation absolut angemessen und richtig gewesen. Vielleicht war das Wort vom Ermächtigungsgesetz ein bißchen scharf. Nur, Sie übersehen bei Ihrer Replik, Herr Barzel, daß wir nach dem Jahre 1958 tatsächlich nicht nuklear bewaffnet worden sind.

Ich habe nun jene Rede nicht vor mir liegen. Ich kann nicht aus dem Gedächtnis sagen, in welchem Zusammenhang das alles steht, was Herr Barzel zitiert hat. Aber ich erinnere mich eines gewiß. Der Schluß dieser Rede, Herr Barzel, lautete: Legen Sie endlich ihren deutschnationalen Größenwahn ab.

**Dr. Manfred Wörner (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mit aller wortreichen Erklärung, Herr Bundesverteidigungsminister, räumen Sie eine grundlegende Tatsache nicht aus: daß Sie die Position, die Sie jetzt selber zur Grundlage Ihrer Politik erklären, die Einbettung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnis und die militärischen Akte, die daraus folgten — und die standen 1958 zur Diskussion —, abgelehnt haben und damit in Gegensatz zu Ihrer jetzigen Erklärung stehen.

Das zweite — die Zeit verbietet mir, näher darauf einzugehen —: Sie haben sich über das Zitat Honeckers lustig gemacht. Nur, eines haben Sie dabei unterschlagen: daß eben jener Mann darüber befindet, was Entspannung in Deutschland wirklich sein kann und sein wird.

Wenn dieser Mann Ihnen sagt: Unser Feindbild stimmt, und wenn dieser Mann in der gleichen Rede jeden Versuch einer Annäherung scharf zurückweist, dann begründet das unsere Zweifel, die Sie heute wegzuwischen versuchten, ob Ihre Politik zu mehr Freiheit und mehr Menschlichkeit in Deutschland führt, weil es dieser Machthaber eben nicht will.

## 173. Sitzung am 25. Februar 1972

Der Deutsche Bundestag setzte in seiner 173. Sitzung am 25. Februar 1972 seine Aussprache über die Ostverträge und den Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation fort.

Erster Redner des dritten und letzten Tages der Debatte war der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages:

**Dr. Friedrich Zimmermann (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gestern abend hat der Herr Verteidigungsminister einen bedeutsamen Beitrag zu dieser Debatte geleistet. Nachdem seine Rede aus dem Jahre 1958 zitiert worden war, hat er gesagt:

Ich kann nicht aus dem Gedächtnis sehen, in welchem Zusammenhang das alles steht, was Herr Barzel zitiert hat. Aber ich weiß eines gewiß. Der Schluß dieser Rede, Herr Barzel, lautete: „Legen Sie endlich Ihren deutschnationalen Größenwahn ab!“

Das war in der Tat der Schluß seiner Rede aus dem Jahre 1958.

Ich habe mir die Mühe gemacht, diese Rede heute nacht nachzulesen. Wodurch wird diese Rede eigentlich qualifiziert? Nachdem sie gehalten war, sagte der Abgeordnete Kiesinger:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich schäme mich für das ganze Parlament, daß diese Rede hier gehalten worden ist.

Und er sagte nachher:

Die Rede, die wir soeben hören mußten, war ein einziger Schmutzkübel, der ausgegossen wurde über dieses Haus.

Sie sollten die Rede Ihres Verteidigungsministers aus dem Jahre 1958 selbst einmal nachlesen, meine Damen und Herren von der SPD, um zu sehen, ob das stimmt.

Herr Schmidt sagte damals wörtlich:

Hier will ich Herrn Strauß noch eine Antwort geben. Er beschwerte sich, wir hätten seine Frage nicht beantwortet, ...

Nun, meine Damen und Herren, das ist ohnehin unsere Beschwernis nach den letzten zwei Tagen der Debatte, daß Sie unsere Fragen nicht beantwortet haben. Sie sehen, das war damals schon so.

Ich fahre fort mit dem Zitat von Helmut Schmidt:

..., ob wir nicht wenigstens für die Luftabwehr Atomraketen zulassen wollten.

Helmut Schmidt:

Darauf können wir nur sagen: nein, kategorisch: nein, das wollen wir nicht.

Und heute steht dieser Verteidigungsminister mit seinem ganzen Schirm, mit seinem ganzen Potential einer sehr ausgewogenen Bewaffnung, wie ich hoffe, die Sie kennen, auf allen Sektoren, konventionell, nuklear, hier und ist für dieses System und sein Funktionieren verantwortlich. Und ich nehme an, er steht heute zu diesem System, das er damals so leidenschaftlich bekämpft hat.

Aber wie ein roter Faden zieht sich durch diese Rede von 1958, daß er uns verdächtigen wollte, nicht nur die Trägermittel im Zwei-Schlüssel-System mit den Vereinigten Staaten haben zu wollen, nein, er wollte uns verdächtigen, daß wir die Atomraketen und die Köpfe selbst haben wollten. Und das haben wir, wie Sie alle in diesem Hause wissen, niemals gewollt.

Ein weiteres Zitat, und dann will ich mit dem grausamen Spiel, diese Rede noch einmal lesen zu müssen, aufhören. Herr Schmidt sagte damals:

Wenn man den bedingungslosen Beifall, Herr Dr. Kliesing, Ihrer 250 Kämpfer für Abendland und NATO, zu allen den Ausführungen des Kanzlers, des Herrn Dr. Jaeger und des Herrn Dr. Strauß gehört hat

usw.; mit großer Ironie: „des Abendlandes und der NATO“. So ironisch hat der heutige Verteidigungsminister vor 14 Jahren über das Bündnis gesprochen, auf dem damals und heute unsere Sicherheit allein beruht.

Und jetzt zu seinem Schlußsatz, zum deutschnationalen Größenwahn, den er gestern glaubte noch einmal wiederholen zu sollen oder zu müssen.

Meine Fraktion bejaht auch heute das Wort „deutsch“ und das Wort „national“ in jenem recht verstandenen Sinn, in dem gleichen recht verstandenen Sinn, in dem jeder Brite und jeder Franzose diese beiden Begriffe in seinem eigenen Vaterland auch verstehen würde, ohne damit Zweifel zu erregen.

Aber wir sind es von Ihnen gewohnt, daß Sie uns, wenn wir Worte gebrauchen, die Sie bereits im Begriff sind juristisch und im amtlichen Sprachgebrauch anzuknabbern, wie „deutsch“ und „Deutschland“ und „Vaterland“, damit schon als deutschnational verdächtigen und hinstellen wollen.

Der letzte Satz der Schmidt-Rede, Herr Apel, läßt keinen anderen Schluß zu. Er sagte: „Legen Sie endlich Ihren deutschen“ und setzte hinzu: „Ihren deutschnationalen Größenwahn ab!“ Er wollte uns 1958 wie gestern damit auf eine Linie mit Deutschnationalen aus der Weimarer Zeit, mit Hugenberg und hinterher mit Hitler bringen oder uns jedenfalls in diese Nähe stellen, und das ist das Verwerfliche an diesen Attributen.

Der Herr Verteidigungsminister hat gestern über Sicherheitspolitik gesprochen, und er hat gesagt, er wolle den sicherheitspolitischen Fortschritt darstellen, der sich in den letzten Jahren ereignet habe. Nun,



er hat etwas ganz Wesentliches dabei vergessen, wenn ich das sagen darf, der ich seit 15 Jahren als ordentliches Mitglied dem Verteidigungsausschuß dieses Hauses angehöre. Er hat das gesamte Ost-West-Kräfteverhältnis in seiner nicht kurzen Rede mit keinem einzigen Satz gestreift. Er hat alles verschwiegen, was man dazu sagen muß, wenn man objektiv sein will.

Er hat unter Zitierung von NATO-Kommuniqués gesagt, das ganze Bündnis habe an der deutschen Vertragspolitik mitgewirkt. Er hat die Passagen der NATO-Kommuniqués, die sich mit der Forderung nach Freizügigkeit und Freiheit befassen, nicht vorgelesen.

Er hat nicht den letzten Generalsekretär der NATO, Manlio Brosio, zitiert, der im September 1971 auf der großen Konferenz in Ottawa objektiv und ausgewogen auch dazu Stellung genommen hat. Ich übersetze es aus dem Englischen. Er sagte damals auf Seite 18 seines Wortprotokolls:

Aber wir würden uns der Naivität und der Vergeßlichkeit schuldig machen, wenn wir ignorieren würden, daß wir bereits einen hohen Preis für diese neuen Entwicklungen und für diese Hoffnungen bezahlt haben. Der Status quo in Deutschland — das ist die Teilung Deutschlands für eine unbestimmbar lange Zeit — ist, wenn nicht de jure, so doch de facto anerkannt worden. Die hauptsächlich Basis unserer westlichen Politik, die in den vierziger und fünfziger Jahren begründet worden ist, ist, daß keine wirkliche Ost-West-Entspannung Platz greifen kann in Europa ohne einen gleichzeitigen Prozeß der Wiedervereinigung zwischen den beiden Teilen Deutschlands auf der Basis von Frieden, Freiheit und freien Wahlen auch für den Teil Deutschlands, der dieses Recht verloren hat.

Das hat Manlio Brosio vor wenigen Monaten gesagt.

Zwischenfrage: Abg. Corterier (SPD):

Herr Dr. Zimmermann, wären Sie bereit, dem Hause auch die unmittelbar vorangehende Passage der Rede von Herrn Brosio vorzulesen, in der ein ausdrückliches Bekenntnis zur Ostpolitik der Bundesregierung enthalten ist?

Das kann ich mir deshalb ersparen, verehrter Herr Kollege, weil die für Sie günstigen Teile von Ihnen allen schon vorgetragen worden sind, aber nicht die anderen, die dagegen sprechen.

Zwischenfrage: Abg. Jung (FDP):

Herr Kollege Dr. Zimmermann, ich möchte diese Passage nicht vorlesen — obwohl sie bisher noch nicht gebracht wurde —, aber ich möchte Sie fragen, ob Sie die Haltung des damaligen Leiters der deutschen Delegation für sehr überzeugend halten. Als der Kollege Damm nämlich darum gebeten hatte, diese Rede von Brosio doch irgendwie in deutscher Sprache bekanntzugeben, hat der Delegationsleiter dies abgelehnt, weil Brosio dort überzeugend die Ostpolitik der Bundesregierung vertreten hatte.

Verehrter Herr Kollege Jung, ich habe die ganz Brosio-Rede gelesen, und ich habe gesagt, daß es selbst-

verständlich auch andere Teile gibt; die sind schon wörtlich oder sinngemäß zitiert und vorgetragen worden. Nur sind die anderen Teile, aus denen große Sorge spricht, nicht vorgetragen worden. Und zur Ergänzung, zur Herstellung eines objektiven Bildes, wollte ich Ihnen das heute nicht vorenthalten.

Nichts anderes war meine Absicht.

Der Herr Verteidigungsminister hat gestern gesagt — und das war für mich vielleicht der wesentlichste Teil seiner Aussage —: Den Drei Mächten war es lästig, für die deutsche Wiedervereinigung zu sein; sie waren es leid.

Nun, meine Damen und Herren, ich habe auf der Internationalen Wehrkundetagung vor zwei Wochen auf Diskussionsbeiträge zweier sehr bedeutender französischer Kollegen geantwortet, ich hätte die französische Politik nie — nicht unter de Gaulle, nicht vorher und nicht nachher — im Verdacht gehabt, daß Frankreich ein begeisterter Anhänger einer nationalen deutschen Wiedervereinigung im Herzen Europas gewesen wäre, heute wäre oder später sein würde. Diesen Verdacht, sagte ich, hätte ich niemals gehabt; und mit vielen Schattierungen gilt das auch für weite Teile der amerikanischen und britischen Politik.

Aber um so größer ist die Leistung, um so höher ist sie zu bewerten, daß es der deutschen Politik 20 Jahre lang gelungen war, die Alliierten, unsere ehemaligen Gegner, auf das Ziel der deutschen Wiedervereinigung festzulegen, das sie vertraglich zugesichert haben und das sie in diesem Zeitraum, in den letzten 20 Jahren ununterbrochen bekräftigt haben.

Gerade weil das so war — Herr Dr. Gerhard Schröder, der hier sitzt, weiß, warum es so war und wie schwierig es vielleicht manchmal gewesen ist —, hätte man diese Vertragspartner nicht mit dieser Leichtfertigkeit aus ihren Verpflichtungen entlassen dürfen, wie das in den letzten Monaten jetzt geschehen ist.

Die Politik dieser Bundesregierung — wenn das richtig ist, was Helmut Schmidt gesagt hat: es war ihnen lästig, sie waren es leid — hat sie endgültig davon befreit, dafür besorgt sein zu müssen.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Apel (SPD):

Herr Kollege Zimmermann, Sie haben sicher auch dieses gestern schon sehr oft benutzte Büchlein. In diesem Büchlein werden Sie sicherlich auch den Schriftwechsel zwischen der Bundesregierung und ihren drei westlichen Alliierten und damit auch zur Kenntnis genommen haben, daß sich durch den deutsch-sowjetischen Vertrag nichts, aber auch überhaupt nichts in den Bindungen zwischen den Alliierten und der Bundesregierung geändert hat.

Lieber Herr Apel, Sie entschuldigen, wenn ich sage, diese Intervention verstehe ich nun wirklich nicht. Die verstehe ich überhaupt nicht, denn Sie wissen doch so gut wie ich, entweder kann man so argumentieren wie Helmut Schmidt, daß es also lästig ist, wir es leid sind und wir damit nichts mehr zu tun haben wollen,

oder man kann so argumentieren wie Sie, aber beides zusammen, das geht nun wirklich nicht!

Zwischenfrage: Abg. Dr. Apel (SPD):

Können Sie sich vorstellen, Herr Kollege Dr. Zimmermann, daß es einen sehr wesentlichen Unterschied zwischen Deutschland als Ganzem in den Grenzen von 1945 und der Festlegung auf Deutschland in den Grenzen von 1937 und der Haltung der westlichen Alliierten dazu gibt?

O ja, Sie dürfen mir glauben, daß mir die Grenzen von 1937 und die von 1945 außerordentlich bewußt sind; ich hoffe, auch der Regierungskoalition zu jeder Stunde und zu jeder Minute. Sie wissen, was ich damit meine.

Der Herr Verteidigungsminister hat gestern einen weiteren bemerkenswerten Satz gesagt: Das NATO-Bündnis sei heute, im Jahre 1972, sehr viel fester als 1966. Schön, aber er hat nicht gesagt, wie es eigentlich auf der anderen Seite des Bündnisses aussieht. Wenn Sie mir gestatten, möchte ich das jetzt gerne darlegen. Ich beginne mit einem Zitat des Herrn Bundeskanzlers, das aus dem Auswärtigen Ausschuß des Bundesrates stammt, wo der Herr Bundeskanzler gesagt hat, die Sowjetunion habe die antideutsche Karte als Kitt aus dem Gefüge des Warschauer Paktes zum großen Teil herausgenommen. Und dann fährt er wörtlich fort:

Das schafft für sie Probleme, auch solche der Umorientierung z. B. bei ihren Streitkräften, wie wir genau wissen. Aber das ist ein Unterthema.

Wir wären dankbar, wenn der Herr Bundeskanzler in dieser Debatte noch Gelegenheit nähme, um näher zu erläutern, woher er das so genau weiß und worauf sich dieses Wissen gründet. Woher er die Hoffnung einer Umorientierung bei den Streitkräften des Warschauer Paktes schöpft, ist uns nämlich ohne nähere Erläuterung unklar.

Wir haben eine solche Hoffnung in den letzten fünf Jahren, genau: im Zeitraum von 1966 bis heute, nicht gesehen, und wir sehen auch gegenwärtig leider keinen Anlaß für eine solche Hoffnung.

Wie ist denn vielmehr die wirkliche Lage in Mitteleuropa und in der Welt? In der Mitte unseres Kontinents stehen sich knapp 5 Divisionen der Vereinigten Staaten und 35 Divisionen der UdSSR gegenüber.

Die NATO hat ihre Möglichkeiten während der vergangenen Jahre planmäßig um etwa 12 Brigaden und 400 Flugzeuge — das ist ein Viertel des vorherigen Bestandes — vermindert. Im gleichen Zeitraum hat sich die Masse der sowjetischen Truppen, die westlich der Weichsel stationiert sind, vor allem im Zusammenhang mit der Besetzung der Tschechoslowakei, um über 160 000 Soldaten vermehrt.

Im Gegensatz zum Westen hat der Osten sein Potential im Laufe dieser letzten fünf Jahre nicht nur verbessert, sondern auch verstärkt, und das geschah nicht nur auf dem Felde der strategischen Kernwaffen, sondern auch die Absicht der Sowjets, eine Weltmacht zur See zu werden, ist realisiert worden, ebenso wie die Kapazitäten der Luftwaffe und insbesondere des

Heeres in einem bedeutenden Ausmaß gesteigert worden sind. In dem von mir genannten Zeitraum der letzten fünf Jahre haben die Heeresverbände der Sowjetunion um 250 000 Mann zugenommen, und die Zahl ihrer Kampfdivisionen hat sich von 137 auf 163 erhöht; das sind fast 20 Prozent.

Zwei Drittel dieser Einsatzverbände sind auf dem europäischen Gebiet stationiert. Die Sowjetunion hat es mühelos verkraftet, in fünf Jahren zusätzlich 26 Divisionen an der chinesischen Grenze neu aufzustellen, ohne in westlicher Richtung auch nur um eine Division reduzieren zu müssen. Genau in der Phase, in der die Bundesregierung von einer Epoche der Entspannung spricht, die schon begonnen habe, zeigt das wirkliche Bild der Lage, daß hier eine quantitative und qualitative Entwicklung erfolgt ist, die eine weitere Steigerung der Offensivkapazität der Sowjetunion und des Warschauer Paktes beinhaltet. Diese Zahlen passen natürlich nicht in das Bild einer Mächtegruppierung, die sich angeblich auf defensive Maßnahmen beschränkt.

Hier ist der Beweis geliefert worden, daß die Sowjetunion ihre Fähigkeit zur Expansion, Pressure und Intervention an beinahe jedem Punkt der Welt genau in dem Zeitraum erhöht hat, in dem sich die Vereinigten Staaten neben ihren Bundesgenossen mit ihr in vielen Positionen auf der Basis des Status quo zu einigen versucht haben. Der amerikanische Präsident Richard Nixon hat das ganz deutlich ausgesprochen. Am 9. Februar hat er in seiner außenpolitischen Botschaft folgendes erklärt — ich zitiere —:

Die Sowjetunion weitet ihre strategische Kapazität über das Niveau aus, das nach allen Maßstäben der Vernunft ausreichend erscheint.

Und Nixon warnt:

Während der letzten drei Jahre versuchten wir, konstruktive Entwicklungen in unserem Verhältnis zur Sowjetunion zu fördern. Es wäre eine Gefahr für den Weltfrieden, wenn unsere Spannungsbemühungen als eine Gelegenheit für die Expansion der Sowjetmacht von der Gegenseite mißverstanden würden.

Meine verehrten Damen und Herren, wenn in dieser Debatte in diesen zwei Tagen von der Seite der Regierung — hier hat ein halbes Dutzend Kabinettsmitglieder gesprochen — auch nur einmal ein Satz gefallen wäre, würde ich sagen: Sie haben wenigstens versucht, objektiv zu sein.

Der amerikanische Verteidigungsminister Laird hat in seinem Bericht in der vorigen Woche ebenfalls nicht verschwiegen, wie große Sorgen den Vereinigten Staaten dieser quantitative und qualitative Zuwachs an Kampfmitteln macht. Die Sowjetunion produziert weiter Interkontinentalraketen mit einer Sprengkraft, die denen der Vereinigten Staaten bereits überlegen sind. Auf dem wichtigen Sektor der atomgetriebenen Unterseeboote zieht die Sowjetunion in der Zahl der Boote bereits im nächsten Jahr mit den Vereinigten Staaten

von Amerika gleich, im übernächsten Jahr dann auch mit der Fähigkeit und Reichweite ihrer Bewaffnung.

Das Antiraketenabwehrsystem, das ABM-System der Sowjets um ihre strategischen Zentren in Moskau und Leningrad geht einem perfekten Zustand entgegen, während die Vereinigten Staaten sich mit ihrem Safeguard System noch ganz am Anfang der Entwicklung befinden.

Nicht anders als im nuklearen sieht es im konventionellen Bereich aus. Die Sowjetunion verfügt gegenwärtig über rund 55 000 Kampfpanzer — zwei Drittel davon sind modernster Bauart —, über die größte Zahl von Artilleriedivisionen, Fliegerabwehrraketensystemen und Mehrfachraketenwerfern in der Welt. Nach wie vor sind über 600 Mittelstreckenraketen in der Sowjetunion auf Ziele in Europa gerichtet. Nur 24 Divisionen zwischen den Alpen und Dänemark stehen der NATO in Mitteleuropa zur Verfügung. Ihnen stehen 57 Divisionen des Warschauer Paktes gegenüber, wobei das Verhältnis der Panzerdivisionen 8 auf der Seite des Westens zu 30 auf der Seite des Ostens beträgt. Die Sowjetunion und der Warschauer Pakt stellen 13 500 Kampfpanzer gegenüber 6 500 der NATO in Mitteleuropa. Zusätzlich verfügen die Sowjets in ihren militärischen Westbezirken über weitere 29 Divisionen mit 6 500 weiteren Panzern.

Nicht anders ist die Situation bei Jagdbombern, Erdkampfunterstützungsflugzeugen und Abfangjägern, wo rund 4 500 Flugzeuge des Ostblocks 2 800 Jagdbombern und Erdkampfunterstützungsmaschinen der NATO und 3 400 modernste Abfangjäger, MIG 21 folgende, rund 500 Abfangjäger der NATO in Mitteleuropa gegenüberstehen. — Das sind auch Realitäten, jawohl!

So hat es eine große Berechtigung, wenn der stellvertretende Oberkommandierende der strategischen Raketengruppen der Sowjetunion, Generaloberst Michael Grigorjew, sagen kann, die sowjetischen Streitkräfte verfügten, was Raketen anbetrifft, über die beste Bewaffnung in der Welt, und wenn am 54. Jahrestag der Sowjetarmee der sowjetische Verteidigungsminister, Marschall Gretschnko, in der „Prawda“ wieder gesagt hat: In der gegenwärtigen internationalen Situation dürfe die sowjetische Bevölkerung nicht für einen Augenblick die Notwendigkeit der Stärkung der Streitkräfte unter Beibehaltung ihrer hohen Kampfbereitschaft vergessen.

Die konventionellen Kräfte der NATO in Mitteleuropa haben im Vergleich zum Übergewicht des Warschauer Paktes das Wehrminimum erreicht, wie sowohl NATO-Befehlshaber General Goodpaster als auch der Vorsitzende des Militärkomitees der NATO, General Steinhoff, vor kurzer Zeit ähnlich deutlich festgestellt haben, wie der neue Generalsekretär des Nordatlantischen Bündnisses, der frühere holländische Außenminister Joseph Luns. Aber diese, wie ich meine, gezüchtete Euphorie über eine vermeintliche Entspannung, in

deren Prozeß wir uns angeblich schon befinden, ist auf dem Wege, in der Bundesrepublik Deutschland ein falsches Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu erzeugen, ein falsches Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung und bei den Streitkräften, was sich in einer weiteren Steigerung der Zahl der Wehrdienstverweigerer und in einer Schwächung der Disziplin in den Streitkräften schon ausgewirkt hat.

In Belgien und in Dänemark ist die Lust, Truppenkürzungen vorzunehmen, sich bei Manövern Beschränkungen aufzuerlegen und die Bedrohung weniger ernstzunehmen, wieder geweckt worden.

Wir sehen also, Herr Bundeskanzler, nicht einmal einen einzigen Ansatzpunkt zu Ihrer Behauptung, daß eine Umorientierung der Streitkräfte des Warschauer Paktes zur Problemstellung der anderen Seite gehört. Aber Sie haben behauptet, Sie wüßten ganz genau, daß das so sei. Für uns ist das kein Unterthema, sondern ein Thema von hoher Priorität, zu welchen Leistungen das Potential der neuen Vertragspartner der Bundesrepublik Deutschland fähig ist. Die Geschichte hat immer wieder bewiesen, daß sich die verantwortungsbewußte Politik eines Staates nicht auf die Absichten ihrer Kontrahenten, die wechseln können, einzustellen hat, sondern auf deren faktische Möglichkeiten. Wenn jemand in einer Phase der Entspannung, wie Sie es sagen, seine quantitativen und qualitativen Möglichkeiten in dem Ausmaß erhöht, wie das die Sowjetunion und der Warschauer Pakt getan haben, dann ist allerdings höchste Vorsicht am Platze.

Um das Gleichgewicht der Kräfte in Europa ist es schlecht bestellt. Wir sind am unteren Rande der Abschreckung angelangt. Gleichgewicht war einmal das Zauberwort Metternichs. Metternichs Sekretär Gentz hat den Begriff des Gleichgewichts so definiert, daß niemals eines der Mitglieder eines Staatenverbandes so mächtig sein dürfe, daß die Gesamtheit der übrigen es nicht zu bezwingen vermöchte. Dieses Prinzip enthält nicht das Gebot der Verteilung vorhandener Macht, sondern ein Verbot der Ansammlung von Übermacht auf der Seite der Partner, mit denen Sie diese historischen Verträge schließen möchten. Es gibt aber nur Gleichgewicht oder Hegemonie; etwas Drittes gibt es nicht.

Wir sehen leider nicht das leiseste Zeichen in Gegenwart und Zukunft, das uns glauben machen könnte, die Sowjetunion habe von ihrem Ziel, in Europa die militärische und politische Hegemonie zu erreichen, Abstand genommen. Der militärischen Hegemonie können wir nur durch ein Aufrechterhalten unseres Abschreckungswillens begegnen. Diese Abschreckung, ich sagte es, ist am Rande der von uns zu setzenden Schwelle angekommen. Der politischen Hegemonie, die für die Sowjetunion das Ergebnis ihres Strebens nach militärischer Hegemonie sein soll, leisten Sie, meine Herren von der Regierungskoalition, faktisch Vorschub mit den Verträgen, die heute dem Bundestag in erster Lesung vorliegen.

Wenn gestern der Herr Verteidigungsminister den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Herrn Filbinger, mit dem Satz zitiert hat, daß sich zu Lasten der NATO das Militärpotential der Sowjetunion erhöht habe, und er sich über Herrn Filbinger mokierte, dann kann ich nur sagen: ich glaube in der letzten halben Stunde bewiesen zu haben, daß Herr Filbinger eine voll und ganz richtige Auffassung von sich gegeben hat, als er das erklärt hat.

Der Herr Verteidigungsminister hat am Schluß seiner Rede dramatisch schwarz in schwarz gemalt. Er hat uns dargestellt, was das Ergebnis wäre, wenn diese Verträge nicht ratifiziert würden: eine Vertrauenskrise mit der Sowjetunion, die Positionsoffer hineingegeben habe. Ich habe gestern abend über diesen Satz den Kopf geschüttelt, und ich muß auch jetzt noch, nach zwölf Stunden, den Kopf schütteln. Eine Vertrauenskrise? Positionsoffer? Wo, bitte, ist ein Positionsoffer der Sowjetunion in diesen Verträgen enthalten?

Eine neue Berlin-Krise hat der Herr Verteidigungsminister heraufbeschworen, eine Belastung der Bündnispartner und als viertes ein Ende der Verhandlungen mit der DDR. — Ja, der Herr Staatssekretär Bahr, der zunächst einmal vom Generalvertrag, vom ganz großen Grundvertrag zwischen DDR und Bundesrepublik Deutschland sprach, verwendet dieses Wort nicht mehr. Es ist sehr fraglich geworden, zu welchen Verträgen sich die DDR vielleicht gnädig herbeiläßt, sehr fraglich geworden. Außer technischen Verhandlungen — mehr Geld von unserer Seite, 250 Millionen für Postabkommen usw. — ist wenig zu sehen vom Grundvertrag zwischen den beiden Teilen Deutschlands.

Herr Honecker ist zitiert worden, und alles, alles, was wir von drüben hören und sehen, deutet darauf hin, daß diese DDR nichts anderes beabsichtigt als das: sich aufwerten zu lassen in der ganzen Welt, anerkannt zu werden in der ganzen Welt, in die UNO einzutreten — sichtbar für die ganze Welt —, um dann die restlose Isolierung und Abkapselung von uns zu vollziehen.

Wie wird das Bild nach diesen Verträgen sein? In wenigen Jahren werden sie hundert Botschafter in Ost-Berlin sitzen haben aus der ganzen Welt und in West-Berlin ein sowjetisches Generalkonsulat! Das wird das Ergebnis sein.

Nein, meine Damen und Herren, wenn Sie heute von uns die Zustimmung zu diesen Verträgen verlangen, dann sage ich Ihnen: Sie haben uns in die Wüste geführt und lassen uns heute nur mehr die Alternative — nur mehr die Alternative zwischen dem Verdursten und einem Glas Wasser. Das ist Ihre Alternative, da haben Sie es hingebacht.

Niemand hat es mit besseren Worten gesagt als der frühere Außenminister Dr. Gerhard Schröder. Er sagte: Das haben Sie zu verantworten. Kein Weg führt darüber hinaus. Das ist Ihr Risiko. Das ist Ihre Politik, sonst nichts.

**Willy Brandt, Bundeskanzler:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Der Bundesaußenminister wird heute vormittag auf eine Reihe von Fragen eingehen, die hier im Laufe der Debatte aufgeworfen worden sind, obwohl es sich zum großen Teil um Fragen handelt, die schon im Bundesrat gestellt und im Anschluß daran von der Bundesregierung beantwortet worden sind.

Einige Fragen werden im Ausschuß behandelt werden. Davon ist auch Herr Dr. Barzel in seiner ersten Rede ausgegangen. Das, was Herr Zimmermann soeben gemacht hat, nämlich aus dem Zusammenhang gerissene Zitate aus vertraulichen Ausschußsitzungen des Bundesrates vorzubringen, ist eine Methode, auf die sich der Bundeskanzler nicht einlassen kann.

Ich möchte mich jetzt nur ganz kurz äußern, um der Opposition die Möglichkeit zu geben, durch die Klärstellung ihres Standpunktes dazu beizutragen, daß auf Grund dieser Debatte deutsche Interessen nicht Schaden leiden.

Erstens: Nachdem sich Vertreter der Opposition teils für das Berlin-Abkommen, teils gegen das Berlin-Abkommen ausgesprochen oder — wie Herr Kollege Schröder — nicht dazu geäußert haben, wäre es gut zu wissen: können wir unseren Verbündeten sagen, daß alle Parteien in diesem Hohen Hause für das krisenüberwindende Berlin-Abkommen sind und wünschen, daß es so bald wie möglich in Kraft gesetzt werden kann?

Die Antwort sollte nicht schwerfallen; sie dürfte und sollte nicht ausbleiben.

Zweitens: Herr Kollege Barzel sollte, so meine ich, bestätigen, daß er sich in bezug auf den Briefwechsel Adenauer-Bulganin vom September 1955 geirrt hat. Er hat gemeint, der Vertrag vom 12. August 1970 in Moskau beende die Wirkungen aus dem soeben genannten Briefwechsel. Die Regierung hat dargelegt, daß das Gegenteil richtig ist. Dies bedeutet natürlich nicht, Herr Kollege Barzel, daß Adenauer und Bulganin mit deutscher Einheit dasselbe gemeint haben. Davon sind sie damals nicht ausgegangen, davon gehen wir heute nicht aus.

Aber was damals festgehalten wurde, ist nicht untergegangen, und dies muß man bitte zur Kenntnis nehmen, wenn man die deutschen Interessen in diesem Zusammenhang nicht schwächen will.

Drittens: Herr Kollege Marx sollte bitte seinen Protest gegen eine Feststellung zurücknehmen, daß das in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegte Recht auf Selbstbestimmung im geschichtlichen Prozeß auch den Deutschen zustehen müsse, und das heißt doch für jeden, der nicht bösen Willens ist: verwirklicht werden muß.

Ich habe hier nur bestätigt, was mit genau denselben Worten im Bericht zur Lage der Nation vom Januar vorigen Jahres stand, und ich denke, man wird mir zugeben, daß leider schon 40 Jahre des geschicht-

lichen Prozesses hinter uns liegen. Warum 40 Jahre? Weil seit 1933 die Selbstbestimmung blockiert ist, erst durch uns selbst und dann durch andere.

**Viertens:** Da in den drei Punkten, die Herr Barzel zur Vorbedingung für eine positive Würdigung der Verträge genannt hat, von territorialen Fragen nicht die Rede war, wäre es gut, gemeinsam mit der Opposition feststellen zu können, daß die Bundesrepublik Deutschland keine territorialen Ansprüche zu stellen hat. Meine Damen und Herren, was immer dazu außerhalb dieses Hauses gesagt worden sein mag, es würde helfen, wenn die Opposition hierzu wenigstens das bestätigte, was die Regierung der Großen Koalition gemeinsam ausgesprochen hat: Diese Bundesrepublik Deutschland hat keine territorialen Ansprüche; sie geht von den Grenzen aus, mit denen wir es zu tun haben.

**Fünftens:** Da den Ausführungen des Herrn Bundesaußenministers insoweit nicht widersprochen worden ist, wäre ich froh feststellen zu können, daß nicht aufrechterhalten wird, was draußen über mit diesen Verträgen zusammenhängende Reparationslasten gesagt worden ist.

Diese Klarstellung wäre auch deshalb wichtig, damit niemand in der Welt glaubt, in bezug auf Reparationen die Opposition gegen die Bundesregierung in Anspruch nehmen zu können.

**Sechstens:** Herr Kollege Strauß sollte sich bitte überlegen, ob er den Angriff auf unsere Verbündeten aufrechterhalten will, der darin liegt, daß er über die von ihnen gebilligten Verträge sagt, sie festigen den sowjetischen Herrschaftsstand, und zwar über das Militärische hinaus. Wir sollten bei allem Für und Wider ein gemeinsames Interesse daran haben, den Westmächten nicht zu unterstellen, daß sie mutwillig oder unbedacht gegen ihre eigenen und unsere gemeinsamen Interessen verstoßen.

**Siebte:** Dies gilt auch für die Kennzeichnung der geplanten Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, unter Teilnahme der Vereinigten Staaten und Kanadas wohl gemerkt, der Kennzeichnung einer so geplanten Konferenz als — ich zitiere Herrn Strauß — eines Instruments der sowjetischen Weststrategie. Niemand wird überrascht sein — ich bin es jedenfalls nicht —, daß die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Pakts hierzu ihre Vorstellungen entwickeln. Das tun auch die Neutralen, das tun nicht zuletzt die Atlantische Allianz und die Westeuropäische Gemeinschaft. Die Frage ist nur: Will die Opposition mit ihren Einlassungen sagen, daß falsch ist und daß sie ablehnt, was in der NATO und in den außenpolitischen Konsultationen der westeuropäischen Staaten zum Thema einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa entwickelt wird?

Das ist die Frage. Es wäre nicht hilfreich, wenn die Opposition das sagen wollte. Uns würde es allerdings nicht davon abhalten, gerade in dieser Frage weiterhin zu dem zu stehen, was unsere Verbündeten und wir gemeinsam vertreten.

**Achtens:** Herr Strauß hat zu Unrecht einen Widerspruch gesehen zwischen westeuropäischer Einigung und den Möglichkeiten gesamteuropäischer Sicherheit und Zusammenarbeit. Zu Unrecht, sage ich; denn wir beweisen mit unseren Partnern im Westen, daß die Westeuropäische Gemeinschaft vorangebracht werden kann, und wir nehmen die Möglichkeit ernst, ohne sie zu überschätzen, die sich über die Blöcke hinweg und trotz weiterbestehender Differenzen im gesamteuropäischen Rahmen ergeben mögen. Wir haben hier eine gemeinsame Politik mit unseren atlantischen und westeuropäischen Partnern. Es wäre nicht zuviel verlangt, wenn die Opposition sich fragte: Kann das völlig falsch sein, was die Bundesregierung hier gemeinsam mit den atlantischen und westeuropäischen Partnern vertritt?

Herr Strauß hat Anstoß genommen an meinem Ausdruck, außerhalb dieses Hauses gefallen, „Friedensbund“. Was habe ich dazu wirklich am 11. Dezember vergangenen Jahres in Oslo gesagt? Ich muß es hier einmal wörtlich vorlesen:

Europa, das seine ungebrochene Lebenskraft nach dem letzten Krieg bewies, hat seine Zukunft nicht hinter sich. Es wird sich im Westen über die Wirtschaftsgemeinschaft hinaus — im Sinne Jean Monnets — in einer Union zusammenfinden, die auch ein Stück westpolitischer Verantwortung übernehmen kann, unabhängig von den USA, aber, wie ich sicher bin, fest mit ihnen verbunden. Gleichzeitig gibt es Chancen für gesamteuropäische Kooperation und Friedenssicherung, vielleicht so etwas wie eine europäische Partnerschaft für den Frieden. Wenn ich nicht wüßte, welche praktischen und ideellen Hindernisse noch zu überwinden sind, würde ich hier sogar von einem europäischen Friedensbund sprechen.

Das habe ich gesagt. Das heißt: Entwicklung Westeuropas zur Union im Sinne Jean Monnets und über das Europa hinaus das, was gesamteuropäisch möglich ist. Dann habe ich die Elemente entwickelt.

Ich füge in aller Offenheit hinzu: Das vorsichtige Anpeilen dieses Ausdrucks „Friedensbund“ hatte auch den Sinn, nicht allein auf die Formel „Friedensordnung“ angewiesen zu sein, die ich im übrigen auch verwende. Denn alle Fachleute — auch bei Ihnen jedenfalls einige der Fachleute — wissen, wievielen Mißdeutungen und aus der Vergangenheit herrührenden Vorurteilen der Terminus „Friedensordnung“ bei der Übersetzung in andere Sprachen begegnet.

Also: Warum Streit in dieser Sache? Warum sagen Sie nicht, warum sagen wir nicht — wiederum trotz des sonstigen Für und Wider — alle miteinander: Die Deutschen wären glücklich, wenn sie dazu beitragen könnten, daß aus zunächst noch so mühsamen und vorsichtig anzugehenden gesamteuropäischen Konferenzen eines Tages sogar ein Friedensbund wird. Denn wer für den Frieden ist, kann nicht aus Prinzip gegen einen Friedensbund sein, meine Damen und Herren.

Damit komme ich zu meiner neunten und letzten Bemerkung. Ich werfe eine praktische Frage auf. Vertreter der Opposition, auch Herr Dr. Barzel als ihr erster Mann, haben bemängelt, daß die Verträge noch keine konkreten, zum wirtschaftlichen Wirkungen gezeigt hätten. Das ist zwar in dieser Verallgemeinerung nicht richtig, aber richtig ist gewiß, daß die praktischen Fragen erst langsam angepackt werden können, daß die Wirkungen auf manchen Gebieten natürlich erst voll zum Tragen kommen können, wenn die Verträge in Kraft getreten sind. Jedenfalls handelt es sich um Fragen von großer Bedeutung. Die Regierung ist an der Arbeit, ohne übertriebene Erwartungen, aber in vollem Ernst.

Meine Frage ist die: Ist die Opposition unabhängig von dem Streit hier bereit, ihre Anregungen, von denen ich annehme, daß sie sie hat, zur Verfügung zu stellen und mit uns zu erörtern, damit nach Inkrafttreten der Verträge oder auch schon vorher gewürdigt werden kann, was sie für den Ausbau der wirtschaftlichen, der wissenschaftlichen und der kulturellen Zusammenarbeit berücksichtigt sehen möchte. Hier geht es nicht um politische Glaubensfragen, meine Damen und Herren, sondern um praktische Fragen, an deren Lösung viele interessiert sind. Deshalb werden viele mit mir wissen wollen, wie Sie, meine verehrten Kollegen von der Opposition, zu dieser Frage stehen. Ein Nein würde der Sache nicht gerecht. Ein Offenhalten im Sinne des Liegenlassens und des Abwartens käme leider einem verklausulierten Nein gleich.

**Dr. Rainer Barzel (CDU/CSU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Bundeskanzler hat einige direkte Fragen an mich gerichtet, einige präzise und in dem letzten Teil wohl etwas grundsätzlichere Fragen. Ich will sie beantworten.

Zunächst, Herr Bundeskanzler, Ihre Frage nach Berlin. Die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist Ihnen, dem Hause, den Mächten bekannt. Sie ist hier durch meinen Kollegen Stücklen in meiner Abwesenheit, ich glaube am 10. Dezember, vorgetragen worden und gestern, wie ich glaube, in einer sehr guten Weise von unserem Kollegen Amrehn wiederholt und akzentuiert worden. Außerdem liegt dieses Abkommen aus Gründen, die wir alle kennen und respektieren, dem Hause nicht zur Zustimmung vor. Diese Frage ist also beantwortet, sie ist ja auch wohl nur zu anderen Zwecken gestellt worden.

Es ist dann, Herr Bundeskanzler, von dem Briefwechsel, den auch der Kollege Ehmke gestern einen Vertrag genannt hat — das ist es ja auch —, zwischen Adenauer und Bulganin die Rede gewesen. Wir haben diese Debatte im vergangenen Jahr schon einmal gehabt. Die Bundesregierung hat damals meiner Auffassung nicht widersprochen. — Ich will mich jetzt gleichwohl erneut damit auseinandersetzen, und zwar an Hand der amtlichen Dokumente: Hier ist der

amtliche Band über den Briefwechsel damals. Der Vertrag Adenauer-Bulganin vom 13. September 1955 enthält drei Absätze. Der dritte Absatz ist der, um den es hier geht; ich verlese ihn:

Die Bundesregierung geht hierbei davon aus — entsprechend hat die Sowjetunion das ja bestätigt —

daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zur Lösung der ungeklärten Fragen, die das ganze Deutschland betreffen, beitragen wird und damit auch zur Lösung des gesamten nationalen Hauptproblems des deutschen Volkes, der Wiederherstellung der Einheit eines deutschen demokratischen Staates, verhelfen wird.

Diese Erklärung tritt in Kraft, sobald . . .

Das ist der Text. Es kann also niemand bestreiten, daß Gegenstand der deutsch-sowjetischen Beziehungen bei ihrer Aufnahme auch die Bezugnahme auf die Lösung der ungelösten deutschen Frage war — und das nicht irgendwie, sondern mit der präzisen Aussage der Wiederherstellung der Einheit eines deutschen Staates. Das, meine Damen und Herren, ist die Basis.

Wenn Sie sich jetzt mit Verantwortlichen der Sowjetunion unterhalten, werden sie Ihnen sagen, zu dieser Frage hätten sie keine Erklärung mehr abzugeben, weil der jetzt vorliegende Vertrag alles abschließend regelt. In diesem Vertrag steht in der Präambel — ich zitiere aus dem amtlichen Buch, das die Bundesregierung selbst dazu vorgelegt hat — im dritten Absatz:

In Würdigung der Tatsache, daß die früher von ihnen verwirklichten vereinbarten Maßnahmen, insbesondere der Abschluß des Abkommens vom 13. September 1955 über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, günstige Bedingungen für neue wichtige Schritte zur Weiterentwicklung und Festigung ihrer gegenseitigen Beziehungen geschaffen haben

Ich zitiere diese Präambel nicht nur, weil damit — im Vertragstext — noch einmal bewiesen wird, daß es auch früher Beziehungen und alle möglichen günstig beurteilten Dinge von der Sowjetunion gab, sondern auch deshalb, weil darin — das ist doch der Trick dieses Vertragswerks —, das Wort „verwirklicht“ eingefügt ist. Die deutsche Einheit hat nicht verwirklicht werden können — also hat doch die Bundesregierung hier das Fehlen dieser damaligen Geschäftsgrundlage der Aufnahme der Beziehungen jetzt Vertragskräftig verändert. Das ist doch die Lage. Dieses Fehlen — bezeichnen das doch deshalb sowjetrusische Gesprächspartner als die Geschäftsgrundlage dieses Vertrages —, das ist die Wirklichkeit, und daran kann keiner vorbei.

Herr Bundeskanzler, wenn Sie dieser völlig unwiderlegbaren Ansicht über das, was Sie verabredet haben, nicht zustimmen würden, hätten Sie selbst doch längst in den Debatten des vergangenen Jahres hierher kommen können, Sie hätten dafür sorgen können, daß die

Sowjetunion irgendeine Bestätigung für die schönen Worte gibt, die Sie hier im Hause finden, die nur nirgendwo in den Texten oder in den Communiqués niedergelegt sind.

Herr Bundeskanzler, Sie haben dann noch einmal das Problem der — wie Sie es nennen — „territorialen Forderungen“ aufgeworfen. Ich möchte Ihnen dazu folgendes sagen — auch als ein Stück der Antwort auf den Kollegen Ehmke, wobei ich nicht genau weiß, ob er gefragt hat, um Antworten zu bekommen, denn als mein Kollege Windelen sie ihm gab, war er ja nicht anwesend.

Meine Damen und Herren, ich antworte wie folgt:

Wir sehen die Realitäten in Deutschland, auch die, die uns nicht passen. Wir sehen auch, daß die DDR existiert. Aber für uns ist diese Realität so, wie sie ist, eben nicht annehmbar.

Nun, Herr Bundeskanzler, hoffe ich, wird dies verstanden werden: Die ausdrückliche Aufnahme des Selbstbestimmungsrechtes in den Vertragstext und nicht das Fehlen einer früher vorliegenden Vereinbarung über die Herstellung der deutschen Einheit hätte doch das ganze Vertragswerk nicht nur in anderem Lichte erscheinen lassen, es nicht nur anders interpretierbar gemacht, sondern das Vertragswerk hätte einen anderen Inhalt gehabt. Wenn in dem Vertrag an irgendeiner Stelle stünde: die deutsche Einheit ist noch durch Selbstbestimmung herzustellen, wäre doch ganz unmißverständlich und ohne jede Interpretationsnotwendigkeit klar, daß alle Grenzerklärungen Beschreibungen und nicht endgültige Festlegungen sind. Das ist doch der Punkt, Herr Bundeskanzler. Nun sagt die Regierung — und das ist noch eine wichtige Frage — hier im Hause, obwohl sie es draußen nicht sagt und nicht beweisen kann, das Ganze sei doch nur eine Beschreibung der Lage, wie sie jetzt sei, und das Ganze sei ein *modus vivendi*. Und so ist es dann auch gegenüber einigen Alliierten vorgetragen worden.

Wir müssen doch jetzt feststellen, daß beide Partner dieses Vertrages dem Vertragswerk einen ganz anderen Inhalt geben, als diese Regierung ihn hier darstellt.

Ist es denn vielleicht nicht die Pflicht der Opposition, wenn das Haus hier zustimmen soll, vorher zu prüfen, was hier wirklich zur Abstimmung steht? Das muß doch geprüft werden.

Denn wenn dies nicht klar ist, Herr Bundeskanzler, dann wird nicht das eine oder andere flüchtige Wort des einen oder anderen uns helfen, wenn neuer Konflikt entsteht wegen der Dissense, wegen der mangelnden Einigkeit in diesem Vertrag. Deshalb wird dies zu klären sein. Es wird hier zu klären sein, und es wird in den Ausschüssen zu klären sein. Der Kollege Scheel wird dort sicher Gelegenheit nehmen, die Antworten seiner sowjetrussischen Gesprächspartner auf die Passagen vorzutragen, die er hier im Hause über seine eigenen Ausführungen gemacht hat.

Wir wenigstens werden den Stand unserer Erkenntnisse aus solchen Gesprächen vortragen. Und dann wollen wir noch einmal sehen: Bekommen Sie von

Ihren Partnern in irgendeiner Weise eine Bestätigung für die Thesen, die Sie hier mündlich und zum Teil — in der Antwort auf die Große Anfrage — auch schriftlich von sich geben? Das ist doch die Frage. Sie reden darüber, aber Sie erhalten dies nicht als eine gemeinsame Auffassung bestätigt.

Damit erscheint der Gewaltverzicht doch in einer besonderen Situation. Ich möchte das jetzt gleich sagen. Die Bundesregierung führt aus — und das gehört unmittelbar hierher —, der Gewaltverzicht, den die Sowjetunion erklärt habe, sei so vollständig wie der, den der Westen erklärt habe; und er sei voll vergleichbar mit dem, den wir mit den Westmächten erreicht hätten. Meine Damen und Herren, auch diese Behauptung — ihr wird im Ausschuß im einzelnen nachzugehen sein — ist doch eine Behauptung, die bei genauerem Betrachten nicht stimmt.

Mit den Westmächten haben wir Verträge, in denen diese sich wie wir verpflichten, a) die Einheit Deutschlands durch freie Selbstbestimmung zu erreichen und b) eine gemeinsame Politik auf dieses Ziel hin ausschließlich ohne Gewalt, nur mit friedlichen Mitteln zu betreiben. Das ist die Gewaltverzichtslosung mit unseren westlichen Verbündeten.

Und wie sieht der Gewaltverzicht aus, der nun hier kommt? In diesem Vertrag dagegen fehlt jeder Bezug auf Selbstbestimmungsrecht und deutsche Einheit, und die bisher dazu bestehende Verabredung ist entfernt.

Sie hatten zuerst gesagt, der Gewaltvorbehalt der Sowjetunion sei „verschwunden“. Jetzt sagen Sie selber, der Gewaltvorbehalt, den wir nach wie vor für illegal halten, für eine Anmaßung —, dieser Interventionsvorbehalt der Sowjetunion sei trotz dieses Vertrages nur „überlagert“. Zu wessen Disposition steht, festzustellen, ob er wieder einmal gilt oder ob er überlagert ist? Wo steht das, meine Damen und meine Herren?

Deshalb ist es für den, der die Vertragsvorgeschichte kennt, doch naheliegend, die Frage aufzuwerfen, ob dieser Vorbehalt etwa wieder aufleben soll, wenn eine aktive, auf die Einheit Deutschland gerichtete friedliche Politik betrieben wird? Diese Frage wird im Ausschuß noch sorgfältiger als hier in der Öffentlichkeit zu behandeln sein.

Heute genügt, festzustellen: Es ist einfach nicht im Einklang mit den Tatsachen und deshalb nicht wahr, wenn man behauptet, der Gewaltverzicht nach Osten sei von gleicher substantieller, materieller Qualität wie der, den wir mit den Westmächten erreicht haben.

Herr Bundeskanzler, ich weiß nicht, ob Sie vielleicht auch noch eine Frage von uns aufzunehmen und zu beantworten bereit sind. Ich habe den Eindruck, daß dieser Teil der Debatte nun dazu führt, die Punkte herauszuarbeiten, um die es im Ausschuß gehen wird und um die es gehen wird, wenn wir hier in zweiter Lesung entscheiden.

Sie haben sich bei Ihrer zweiten Intervention vorgestern gegen eine Behauptung verwahrt, daß Sie mit Herrn Breschnew irgend etwas über Neutralisierung verabredet hätten. Aber Sie haben dann einen Satz

hinzugefügt. Ich räume ein, daß ich ihn etwas überhört hatte; aber aus dem Protokoll ergibt es sich. Sie haben dann gesagt:

Ein ungeteiltes und im Sinne des Grundgesetzes demokratisch regiertes Deutschland außerhalb der Militärblöcke hätte eine der wesentlichsten Spannungsursachen gar nicht erst entstehen lassen.

Über diesen Satz, Herr Bundeskanzler, könnte man, so wie er da steht, im luftleeren Raum, reden. Aber er ist doch irreführend; denn — Herr Bundeskanzler, wir sind uns doch sicherlich über den geschichtlichen Ablauf der Nachkriegszeit einig —: Militärblöcke und z. B. unsere Zugehörigkeit zu dem einen sind doch erst sehr viel später entstanden.

Die NATO gibt es seit 1949. Wir sind darin, glaube ich, seit 1955. Die NATO ist doch nicht, meine Damen und Herren, eine Ursache von Spannungen, sondern ist die Antwort auf den Machtwillen der Kommunisten!

Dieser Machtwille ist doch nicht eine Erfindung von irgendwem! Den haben wir doch gespürt in der Blockade Berlins, in dem Umsturz in der Tschechoslowakei, der doch das Signal für die Bildung der NATO war; und da ist ja inzwischen noch einmal etwas passiert.

Nein, meine Damen und Herren, wenn wir nicht ganz klar sehen, daß das Bündnis und die deutsche Spaltung nur Folgen, Konsequenzen, Antworten auf die kommunistische Herausforderung sind, wenn wir uns darüber nicht klar sind, werden wir weiterhin die falschen Dinge für Spannungsursachen halten, nämlich andere Dinge als die Forderungen der Kommunisten, und wir sitzen am Schluß auf der falschen und schiefen Bahn.

Herr Bundeskanzler, ich hätte erwartet, daß Sie noch ein Wort zu einem Punkt gesagt hätten, den der Kollege Mattick gestern hier in der Debatte eingeführt hat.

Herr Kollege Mattick sagte also zur Begründung der Politik, die diese Regierung treibt und die mindestens zur staatlichen Anerkennung der DDR schon geführt hat, Frankreich hätte sich doch sicher ohnehin bald in dieser Richtung bewegt.

Das, meine Damen und Herren, ist ein Vorwurf, der praktisch bedeutet, daß unser französischer Nachbar, mit uns durch einen besonderen Freundschaftsvertrag verbunden, möglicherweise bereit gewesen wäre, sein Wort zu brechen. Das ist doch der Vorwurf, der in dieser Sache steckt, Herr Mattick! Und ich glaube, dazu hätte eigentlich der Kanzler etwas sagen müssen.

Meine Damen und Herren, deshalb halte ich hier fest: Herr Bundeskanzler und Herr Bundesaußenminister, Sie haben mit Ihrer ersten Regierungserklärung die sowjetische Forderung erfüllt, die DDR zum zweiten deutschen Staat zu erklären. Dieser fundamentale Vorgang erfolgte ohne vorherige Konsultation der Alliierten, auch ohne vorherige Konsultation Frankreichs.

Hier hat die deutsche Politik z. B. Frankreich vor ein *Fait accompli* gestellt, und deshalb müssen Sie auch in dieser Sache wissen, wo Ursache und Wirkung zu Hause sind, meine Damen und Herren.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß unser französischer Nachbar, der sich in der Deutschlandfrage absolut vorbildlich verhalten hat, auf dieser Linie geblieben wäre, wenn nicht, meine Damen und Herren, diese Bundesregierung durch eine einseitige, unkonsultierte Vorleistung ein *Fait accompli* geschaffen hätte.

Auch ein anderes der Argumente der Regierung muß man sich wieder ansehen, weil ja hier überall ein anderer Eindruck erweckt wird, als ihn die Wirklichkeit beim genauen Betrachten hergibt. Die Grenzregelung, so sagt man, und die Verträge dazu seien nötig, um die Vereinigung des freien Europa besser betreiben zu können, da man sich in anderen Ländern des freien Europa zu weiteren Schritten auf die Einheit hin nicht bereitfinde, solange die deutsche Ostgrenze offen sei. So lautet diese These. Hierzu haben meine Kollegen Schröder und Marx gestern bereits mit Recht betont, daß sich die Bundesregierung hier in Widersprüche verwickelt, welche ihre Glaubwürdigkeit nicht erhöhen. Denn die Bundesregierung behauptet doch auf der anderen Seite, sie habe die Grenzen gar nicht endgültig anerkannt.

Aber lassen Sie mich zu dem Kern dieses Arguments vorstoßen, denn mit dieser Sache versuchen Sie ja draußen im Lande und auch bei Verbündeten Eindruck zu machen. Wann sind eigentlich die Durchbrüche in der Europapolitik, passiert, die zur westeuropäischen Einigung führen sollen? Die Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Wirtschaftsgemeinschaft, Atomgemeinschaft, Europarat, Westeuropäische Union und wie sie alle heißen, all diese Durchbrüche erfolgten zusammen mit unseren europäischen Partnern, ohne daß wir je unsere Ansprüche auf das Selbstbestimmungsrecht verschwiegen, zurückgenommen oder auch nur in Zweifel gezogen hätten. Das haben wir nicht nur nicht getan, sondern das hat auch keiner von uns verlangt.

Im Gegenteil, man gab uns nicht nur Worte für die Unterstützung unseres Wunsches, sondern auch Taten, meine Damen und Herren. Zum Beispiel dies:

Die Hohen Vertragsparteien —

— daß muß man doch einmal vorlesen, wenigstens ein Stückchen davon, damit man sieht, welchen Weg abwärts diese Politik eigentlich betreibt —

unter Berücksichtigung der zur Zeit infolge der Teilung Deutschlands gegebenen Verhältnisse sind über folgende Bestimmungen übereingekommen, die diesem Vertrag als Anhang beigefügt sind:

(1) Da der Handel zwischen den deutschen Gebieten innerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und den deutschen Gebieten außerhalb dieses Geltungsbereichs Bestandteil des innerdeutschen Handels ist, erfordert die Anwendung dieses Vertrags in Deutschland keinerlei Änderung des bestehenden Systems dieses Handels.

So geht es weiter, und es kommt dann dazu, daß praktisch das Gebiet, das man damals allgemein als das „sowjetisch besetzte Gebiet Deutschlands“ be-

zeichnete, Vorteil über den innerdeutschen Handel im gesamteuropäischen Zusammenhang hatte.

Dieses Abkommen vom 25. März 1957 trägt die Unterschriften Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und Hollands. Ich nenne sie in der Reihenfolge, wie sie hier stehen.

Meine Damen und Herren, es gibt also z. B. nach diesem Protokoll in einem sehr wichtigen Bereich eine europäische Regelung, die den gesamtdeutschen Zusammenhalt anerkennt, fördert und bestätigt. Diese Realität, die hoffentlich durch keine Politik irgendwie in Frage gestellt oder beendet wird, widerlegt die Behauptung, wir hätten uns im Interesse des europäischen Zusammenschlusses mit der Spaltung abzufinden. Nein, meine Damen und Herren, alle Europäer stehen als Demokraten auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts, und wer diese Position vertritt, ist nicht allein.

Wenn Sie NATO-Kommuniqués zitieren, zitieren Sie doch den Satz, daß das Maß der Entspannung die Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen ist.

Meine Damen und Herren, dieses Protokoll von eben beweist zugleich, daß es früheren Regierungen gelang, die deutschen und die europäischen Interessen ineinander zu verflechten und Unterstützung anderer für das Ganze zu bekommen. Mit anderen Worten, das Offensein der deutschen Frage hat unsere Partner nie gestört, im freien Europa mit uns weiterzumachen.

Meine Damen und Herren, auf die letzten Ausführungen des Bundeskanzlers, die grundsätzlicher Art waren, möchte ich in ähnlicher Weise versuchen, unsere Position zu beziehen. Wir sehen – und das bestreitet ja wohl auch niemand – in einem aufrichtigen und umfassenden Interessenausgleich, einem Ausgleich zwischen dem deutschen Volk und der Sowjetunion eine unerläßliche Voraussetzung für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa.

Eine solche Verständigung oder gar eine Aussöhnung setzen die tatsächliche gegenseitige Achtung der wesentlichen nationalen Interessen der Partner voraus. Alles andere wäre nur ein Schein. Es wäre alles andere als eine ehrenhafte oder gar dauernde Verständigung. Es wäre ein gefährlicher Selbstbetrug. Meine Damen und Herren, wir halten eine deutsch-sowjetische Verständigung, die den Namen „Normalisierung“ verdient, für durchaus möglich und wappnen uns mit der dafür erforderlichen Geduld. Allerdings schließt es sich eben aus, das Wort „normalisieren“ zu gebrauchen und dabei Tatbestände zu akzeptieren, die alles andere als normal sind.

Sie haben hier von Geschichte gesprochen. Man muß wissen, daß Rußland und Deutschland, wie ich meine, bei jeder Annäherung gleichzeitig in gebührender Weise den legitimen Interessen ihrer Nachbarvölker in Ost und West Rechnung tragen müssen. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen dürfen für die übrige Welt nie als Quelle des Mißtrauens und der Furcht werden. Sie müssen eine Garantie der Sicherheit aller sein. Für uns ist die Einsicht in die europäische Bedingtheit

jeder vernünftigen deutschen Politik nicht neu. Wir haben aus dieser europäischen Verantwortung heraus ja seit 1945 eine rein nationalstaatliche Deutschlandpolitik immer abgelehnt – auch dann, wenn sie neutralistisch oder pazifistisch war; auch dann, wenn wir uns dafür von Kollegen der anderen beiden Seiten dieses Hauses haben schelten lassen müssen.

Sie haben uns keine europäischen Friedenslektionen zu erteilen. Wir haben mit dem Vorrang der Europa-politik und der Einordnung unserer Interessen in eine größere Gemeinschaft allen heutigen Verleumdungen und damaligen Widerständen zum Trotz eine geschichtliche Wende in Deutschland vollzogen.

Unser Wille zur Überwindung des nationalen Egoismus war und bleibt ein wesentlicher Beitrag zu Vertrauen und Frieden in der Welt, auch wenn das vielleicht im Augenblick weniger laut bejubelt wird. Aber es ist bekannt – man weiß das –, daß es unser Wille bleibt, das europäische Einigungswerk des Friedens und des Fortschritts weiter voranzubringen.

Meine Damen und Herren, die deutsch-sowjetische Verständigung darf diesen Beitrag weder verlangsamten noch mindern. Herr Schukows Godesberger Rede vom September – ich nenne sie jetzt nur einmal als eine veröffentlichte Quelle – versuchte doch, in uns die nationalen Gefühle für die gesamteuropäischen Träume und gegen die Friedensordnung, die wir nach Westen schon geschaffen haben, zu mobilisieren. Trotz dieser und anderer – ich spreche das Wort aus – Einflußversuche bleiben wir überzeugt, daß nicht nur unser Wille für das vereinigte freie Europa stark sein muß, sondern auch, daß die Sowjetunion, wie ich glaube, ihre Position in dieser Frage überprüfen sollte. Sie sollte den entschlossenen Einigungswillen der Europäer außerhalb des russischen Machtbereiches auf die Dauer nicht nur hinnehmen, sondern seine friedenssichernde Rolle selbst zu schätzen wissen.

Meine Damen und Herren, für den gesamteuropäischen Zusammenhalt und die gesamteuropäische Zusammenarbeit ist und bleibt es unerläßlich, daß die Sowjetunion diese Europäische Gemeinschaft akzeptiert und mit ihr die Zusammenarbeit organisiert. Die Gemeinschaft selbst sollte diesen Ländern nicht nur einen multilateralen Zahlungsausgleich vorschlagen, sondern einen Kontaktausschuß mit Ländern auch Mittel- und Osteuropas bilden, um Zusammenarbeit und Austausch zu vermehren.

Meine Damen und Herren, wir müssen aber feststellen – das sage ich auf manchen Angriff hin, der hier auf unsere Kollegen, die sich zum Zeitpunkt dieser Politik geäußert haben, unternommen worden ist –, daß die Führung der Sowjetunion in der Deutschlandfrage die russischen Interessen bis jetzt noch in einer Weise sieht und erzwingt, die den elementaren Interessen des deutschen Volkes zuwiderläuft, nämlich seinem Recht auf Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit in einer europäischen Friedensordnung.

Ist denn eine Wende – das müßte dem doch entsprechen, wenn man so schwerwiegende Verträge hier vorlegt – in den Grundfragen des deutsch-sowjetischen Interessengegensatzes schon gekommen? Oder be-

wirken diese Verträge, wenn sie in Kraft treten sollten, wogegen wir kämpfen, etwa diese Wende? Selbst diese Frage ist doch nicht beantwortet! Weder die sowjetische Deutschlandpolitik noch die russischen Auffassungen über Berlin noch die Einstellung Moskaus zur westeuropäischen Einigung noch die menschenrechtswidrigen Zustände in unserem Land gestatten uns, von einer Wende dieser Politik der Sowjetunion zu sprechen.

Auf sowjetischer Seite ist außer Gesprächsbereitschaft, die zur Zeit der vorigen Regierung entstand, bisher eine Wende zum Kompromiß in der Sache nicht zu erkennen. Wir verstehen dabei durchaus, daß die Deutschlandpolitik Stalins auch seinen Nachfolgern außenpolitische Fesseln im Westen Rußlands angelegt hat. Wir wissen sehr wohl, daß auch der Bewegungsfreiheit einer Großmacht Grenzen gesetzt sind. Aber wir rechnen darauf, daß auch die sowjetischen Führer es einmal vorziehen werden, ihre Interessen in Europa mehr auf das Vertrauen als auf die Furcht ihrer Nachbarvölker zu gründen.

Wir kennen die Geschichte Rußlands und der Sowjetunion vor und nach 1945. Wir kennen die defensiven wie die offensiven Konsequenzen und nahmen diese außerordentlich ernst. Zu diesen Konsequenzen gehört der Wille, bis zur Elbe und zum Böhmerwald entschlossen Macht auszuüben, gehört der Wille, die Vereinigung des freien Europa nicht zustande kommen zu lassen. Vielleicht sehen wir das anders als andere. Aber wir glauben, daß hier nicht Augenblicksmeinungen oder Hoffnung, sondern objektive Faktoren zur Grundlage unseres verantwortlichen Handelns zu machen sind; denn nicht der Beifall heute, sondern die Geschichte morgen wird ausweisen, wer hier heute richtig Verantwortung wahrgenommen hat.

Wir haben aber nicht nur die beschriebene, von uns bewirkte Wende der deutschen Politik zum Vorrang Europa zu verzeichnen. Wir sagen nach Westen und nach Osten: Die ausschlaggebende Wiedergutmachung Deutschlands – ich sage dieses Wort – lag und liegt in der klaren Entschlossenheit, sich einer erneuten Außerkräftsetzung von Recht und Freiheit auf deutschem Boden zu widersetzen!

Dies gilt ebenso klar wie die Forderung, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf. Freiheit und Frieden sind für uns unlöslich miteinander verbunden, und deutsche Politik darf nie Freiheit gegen Frieden oder Frieden gegen Freiheit ausspielen.

Wir haben mit dieser Haltung wie mit der europäischen Wende – das sollte man auch im Osten in Rechnung stellen – einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Friedens geleistet. Die klaren Prinzipien unserer Außen- und Innenpolitik haben sich auch gegen die Verfassungsfeinde von rechts wie von links gewendet. Sie haben uns gleichzeitig zu einem angesehenen, nicht bequemen, aber klar kalkulierbaren Faktor der Weltpolitik gemacht. Wenn wir uns hierin treu bleiben und nicht glauben, durch faule Kompromisse bleibende Interessengegensätze überspielen zu

können, dann wird auch die Sowjetunion einer solchen Politik und einem solchen Partner ihren Respekt nicht versagen.

Wenn auch nach sowjetrussischer Auffassung der deutsch-sowjetische Vertrag den gesamtdeutschen Friedensvertrag nicht präjudiziert, wenn er die deutsche Frage in der Substanz offenhält, wenn er die Verantwortung der Vier Mächte für Berlin und Deutschland als Ganzes nicht berührt, so frage ich: warum steht das dann nicht im Vertragstext selbst?

Warum weigert man sich dann in Moskau, alles das auch nur zu bestätigen? Gerade weil wir die Bedeutung kennen, die man in Moskau einem feierlichen Vertrag beimißt, müssen wir aus internationaler Verantwortung einen Vertrag ablehnen, der von vornherein mit Dissensen belastet ist. Das führt nur zu neuem Zwist und zu neuem Konflikt, den wir nicht wollen; und bei den Interpretationen sind die anderen dann die Stärkeren.

Wir müssen festhalten, daß noch immer die Auffassungen beider Seiten über elementare Grundfragen unserer Beziehungen weit auseinander sind. Deshalb sage ich: besser kein Vertrag als ein mehrdeutiger Vertrag, der die bleibenden Sachgegensätze nur verschleiert und damit den Keim für neue Spannungen legt.

Wenn nicht das Gleichgewicht in Europa gefährdet werden soll, dann müssen angesichts der Tatsache, daß die kommunistischen Parteien, alle miteinander, ihr offensives Ziel in Europa weiter verfolgen, die Demokraten weiter von Selbstbestimmung und Freiheit reden und sie fordern. Gleichgewicht ist nicht nur eine Frage von Truppenzahlen und von Militär, es ist zuerst eine Frage der Entschlossenheit, des Willens. Wenn hier etwas aufgegeben werden sollte, dann wäre das Gleichgewicht gefährdet.

Wer – wie wir – einen tragfähigen, für beide Seiten fairen Kompromiß sucht, der sucht den Ausgleich durch wechselseitiges Entgegenkommen, der aber darf weder seinen Willen noch seine Überzeugung verstecken, solange der andere mit Entschlossenheit seine Position unverändert vertritt. Denn dann gibt es eben keine Verständigung in der Sache und keine Lösung auf der Mitte, sondern dann gibt es eine einseitige Lösung, wie immer auch die Vokabeln lauten mögen.

Wir sind – ich sage es noch einmal – nach wie vor für den gegenseitigen förmlichen Verzicht auf jede Androhung und Anwendung von Gewalt gerade deshalb, weil es noch so schwerwiegende strittige politische Fragen gibt. Wir sagen dies mit Freimut. Diese Position des Freimuts macht doch in Moskau Respekt. Glauben Sie denn, daß ein Russe anders sprechen würde als ein Deutscher, wenn er von der Not des Landes und der Teilung und der Unterdrückung spricht? Das kann doch gar nicht der Fall sein.

Die von uns angestrebte Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion kann nicht losgelöst werden von

den gegenwärtigen Zuständen im geteilten Deutschland. Die Sowjetunion ist eine der Vier für Deutschland und Berlin verantwortlichen Mächte. Sie ist mitverantwortlich für die Einführung des SED-Regimes in den Nachkriegsjahren. Sie ist, trotz der Verantwortlichkeiten der DDR, mitverantwortlich für das innerdeutsche Verhalten der Regierung in Ost-Berlin. Es scheint uns völlig aussichtslos, die Beziehungen zur Sowjetunion nachhaltig und in der Substanz entspannen, normalisieren und verbessern zu wollen, während von Ost-Berlin eine Politik der Abgrenzung, des Gegensatzes und der Feindschaft betrieben wird.

Wir sehen — auch da braucht uns keiner zu belehren — die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Kooperation zwischen der Sowjetunion und uns. Wir kennen die bekannten Lieferungs- und Finanzierungsschwierigkeiten. Darüber wird man eines Tages konstruktiv zu sprechen haben. Ich erinnere daran, daß dieser Austausch ohne solche spektakulären Verträge von 1959 auf 1969 verdoppelt wurde und jetzt stagniert.

Das breite Feld des kulturellen Austausches sollte sich zunächst und vor allem — das war immer unsere Politik — durch Sich-Vertragen und Sich-Kennenlernen öffnen; man sollte durch offene Grenzen zum Frieden kommen, indem man der Jugend beider Länder die Möglichkeit des Austausches gibt; denn „ohne Kenntnis kein Verständnis“ sagt der Volksmund. Dazu gehört auch der Austausch von Informationen, von Reisen und von Studienplätzen. Alles das ist richtig. Dazu gehört ferner der vermehrte Tourismus, der allerdings nicht nur eine deutsche Einbahnstraße nach Moskau und Leningrad sein darf.

Wir wollen möglichst vielen Bürgern der Sowjetunion zeigen, wie unsere Wirklichkeit ist; wir haben hier nichts zu verbergen.

Ich erwähne das weite Feld des technischen und wissenschaftlichen Austausches. Wir wissen, daß unsere beiden Länder einander vieles geben können und der eine auf diesem und der andere auf jenem Gebiet Vorbildliches geleistet hat. Ich erinnere daran, daß wir schon 1958 einen Handels- und Konsularvertrag abgeschlossen hatten, daß wir 1959 ein Kulturabkommen abgeschlossen hatten und daß sich das alles entwickelt hat. Es ist eben keineswegs so, daß es vor dieser Regierung eine deutsche Politik gegenüber der Sowjetunion nicht gegeben hat, und es ist auch nicht so, daß es hinterher keine geben wird.

In manchen Bereichen haben wir viel mehr als andere europäische Länder eine praktische Kooperation, wenn Sie so wollen: einen praktischen Modus vivendi ohne den Versuch gehabt, hier notwendige Lösungen durch Formeln zu ersetzen.

Deshalb bin ich überzeugt, daß man auch in der Sowjetunion ernsthaft prüft, warum wir die Verträge von Moskau und Warschau ablehnen, nämlich aus Verantwortung für einen dauerhaften Frieden, für die gesamt-

europäische Entwicklung und auch für das Wohl unseres Volkes. Sie wird erkennen und sie wird sich daran erinnern, daß an unserem Willen zu konstruktiver und aufrichtiger Zusammenarbeit wie auch zum Frieden kein Zweifel bestehen kann. Sie wird ebenso erkennen, daß wir uns weigern, Tatbestände wie dieses Vertragswerk zu schaffen, das Anlaß zu neuen Zwistigkeiten geben wird. Man wird dort wie anderswo wissen, daß uns niemand für die Folgen der Regierung Brandt-Scheel heranziehen kann; denn wir haben immer, hier im Parlament wie draußen, von Anfang an unmißverständlich klargemacht und begründet, daß dieser Politik der notwendige parlamentarische Rückhalt fehlt. Das muß hier noch einmal gesagt werden.

Nicht wir, Sie, Herr Bundeskanzler, stehen für das ein, was Sie gegen unseren Willen hier geschaffen haben.

Unsere Nachbarvölker im Westen und im Osten — ich denke vor allem an die Polen und die Russen — haben ein starkes, ein bewundernswertes Bewußtsein ihrer nationalen Identität und ihrer geschichtlichen Kontinuität. Ich kann mir nicht denken, daß verantwortliche Führer dort wirklich daran glauben, das Einheits- und Geschichtsbewußtsein ihres deutschen Partnervolkes sei durch Hitlers Krieg, durch die Willkür der Nachkriegszeit oder zu guter Letzt durch spießigen Wohlstand endgültig untergegangen.

Es wäre unaufrichtig, das entweder nicht zu sagen oder nicht mehr sehen zu wollen. Wer dies hier im Hause als verantwortlicher Politiker sagt, aber dann Texte vorlegt, in denen das nicht steht, muß sich fragen lassen: Was ist der wirkliche Inhalt dieser Texte? Hier wird mehr verschleiert als offengelegt.

Für uns, meine Damen und Herren, gibt es keine Chance, einer Sache zuzustimmen, deren Inhalt unklar ist, die nicht zur Aussöhnung, sondern zur Verhärtung führt.

**Dr. Erhard Eppler, Bundesminister**  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Bei der Rede von Herrn Kollegen Barzel ist mir das eingefallen, was Herbert Wehner zu Beginn dieser Debatte gesagt hat, nämlich, wie wir uns wohl alle gegen Ende dieser Debatte fühlen würden. Ich weiß nicht, was es für einen Sinn hat, wenn man hier dieselben Reden unentwegt noch einmal hält.

Die Fragen, die der Herr Bundeskanzler dem Führer der Opposition gestellt hat, sind, soweit ich das überblicken kann, nur in zwei Punkten klar beantwortet worden: in einem Punkt positiv, nämlich wo es um den wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Austausch ging, in einem anderen Punkt eindeutig negativ, nämlich dort, wo es um das Berlin-Abkommen geht.

Meine Damen und Herren, wie Sie das eines Tages vor unseren Verbündeten und vor den Berlinern verantworten wollen, ist ganz Ihre Sache.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Apel (SPD):

Herr Bundesminister, würden Sie vor allem den Herrn Kollegen Barzel darauf aufmerksam machen, daß in der Berlin-Frage eben keineswegs eine einheitliche Haltung der CDU/CSU-Fraktion vorliegt, denn wir alle haben ja noch die positive Bewertung von Herrn Kiesinger im Ohr.

Nur muß ich hier feststellen, Herr Kollege Apel, daß sich der Führer der Opposition eindeutig hinter das gestellt hat, was Herr Amrehn gestern sagte, und das war ein Nein ohne irgendwelche Zusätze. Dies ist von uns zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Kollege Barzel, sie haben noch einmal die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht gestellt, und ich kann Ihnen nur noch einmal, obwohl das uns allen langweilig wird, mit dem antworten, was schon Herr Kollege Ehmke gestern gesagt hat. Vom Selbstbestimmungsrecht ist in den Verträgen dreimal die Rede: erstens in der Präambel, zweitens in Art. 2, wo ausdrücklich auf Art. 2 der UNO-Satzung Bezug genommen wird — in diesem Art. 2 ist das Selbstbestimmungsrecht festgelegt —, und schließlich in Art. 4, der lautet:

Dieser Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken berührt nicht die von ihnen früher abgeschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Verträge und Vereinbarungen,

also auch jenes Abkommen vom 13. September 1955, von dem Sie hier geredet haben. Wir können Ihnen das, was Sie zum 16. Mal fragen, auch zum 17. Mal noch antworten. Die Frage ist nur, was dies eigentlich noch für einen Sinn haben soll.

Im übrigen, ich fühle mich in diesen zwei Tagen bedrückt darüber, wie hier im Hause über das Selbstbestimmungsrecht dieses Volkes geredet wird. In jedem anderen Land würde das lauten: Es gibt kein Volk ohne Selbstbestimmungsrecht, darüber gibt es überhaupt keine Debatte.

Dies haben wir im Vertrag festgelegt, dies haben wir der Sowjetunion noch einmal geschrieben, dies haben wir noch einmal klargestellt. Ich sehe überhaupt keinen Sinn darin, daß dieses Parlament nun noch einmal darüber debattiert, ob wir denn wohl nach diesen Verträgen noch ein Selbstbestimmungsrecht hätten oder nicht. Sind wir uns denn nicht alle einig, daß dies ein Recht ist, auf das überhaupt niemand verzichten kann, sogar wenn er wollte?

Obwohl wir glaubten, das sei nun erledigt, haben Sie, Herr Dr. Barzel, noch einmal von den Interventionsklauseln gesprochen. Sie haben noch einmal gefragt, was Überlagerung bedeutet. Ich bin kein Jurist, aber soviel habe ich doch begriffen: Überlagerung bedeutet, daß wir zwar nicht — weder Sie noch wir noch die Sowjetunion, wenn sie es wollte — die UNO-Satzung än-

dern können, weil sie nämlich nicht nur von zweien oder dreien gemacht worden ist, daß wir aber sagen können: In unseren bilateralen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und uns gilt der Art. 2 mit dem allgemeinen Gewaltverzicht und nicht die Interventionsklausel. Das ist mit der Überlagerung gemeint. Das ist Ihnen auch schon fünfzehnmal gesagt worden. Wir sind bereit, es auch zum 16. und zum 17. Mal wieder zu sagen.

Herr Kollege Zimmermann hat meinem Freund Helmut Schmidt vorgeworfen, er habe schwarz in schwarz gemalt. Mein Eindruck ist, das kann der Herr Zimmermann viel besser.

Er hat bei seiner Rede über die Truppenstärken nur eines völlig vergessen, wohl absichtlich vergessen: Durch diesen Vertrag wird im Westen keine einzige Kompanie weniger stehen, solange es nicht ein Abkommen über gleichwertige Rüstungsbegrenzung gibt. Meine Damen und Herren, gestern haben sowohl Herr Windelen als auch Herr Kollege Strauß uns klargestellt, daß die Union bereit wäre, bei der Versöhnung, bei der Ausgleichspolitik mit den Völkern Osteuropas mitzuspielen, daß sie aber eine gewaltige Differenz sehe zwischen den Regierungen, den Völkern, den Emigranten, den Kirchen und den verschiedenen Gruppen. Wenn ich es richtig verstanden habe, hat er auch gemeint, der Polen-Vertrag sei eine Konzession an die dortige Regierung, und die Emigranten aus Polen etwa dächten darüber ganz anders.

Deshalb möchte ich Ihnen jetzt einmal aus einem Brief zitieren, von dem wir bisher keinen Gebrauch gemacht haben, einem Brief einer polnischen Emigrantenorganisation, der Polnischen Christlichen Arbeiterpartei, geschrieben aus Rom am 30. November 1970, adressiert an die Herren Kiesinger, Heck und Barzel, Herrn Heck damals als Generalsekretär der CDU. In dem Brief dieser Emigrantenorganisation heißt es u. a. folgendermaßen:

Der Vertrag, der zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland am 18. November in Warschau paraphiert wurde, schafft eine Basis für eine Versöhnung zwischen der deutschen und der polnischen Nation.

Dann wird weiter von dem Bischofsbriefwechsel gesprochen, wobei eine gewisse Verbitterung über die deutsche Antwort herauszuspüren ist. Dann kommt der entscheidende Passus:

Für das polnische Volk, das in seiner großen Mehrheit seiner tausendjährigen christlichen Tradition treu geblieben ist, ist die Haltung der christlichen Bevölkerung in Deutschland in dem Augenblick, wo gute Beziehungen zum deutschen Volk herbeigeführt werden, von ganz besonderer Bedeutung. Von welchem Geist ist sie

— diese christliche Bevölkerung —

beseelt? Alle Polen glauben fest, daß in diesem historischen Moment die Treue zu den Prinzipien ihres

Glaubens es ihnen nicht erlauben wird, in den Irrtum des Nationalismus zurückzufallen, der so viel Unheil über alle Völker Europas wie auch über das deutsche Volk gebracht hat.

Weiter ist von der besonderen Verantwortung der CDU die Rede. Dann kommt folgender Passus:

Wir

— diese polnische Emigrantenorganisation, die polnische christliche Arbeiterpartei —

sind überzeugt, daß die Leitung der CDU ebenso wie wir auf unserer Seite das Problem der deutsch-polnischen Verständigung nicht durch das Prisma der gegenwärtigen Systeme oder Regierungen sieht, sondern im Licht der historischen Notwendigkeiten, Grundlagen für eine dauerhafte Freundschaft mit einer Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Völkern zu schaffen.

Meine Damen und Herren, das ist genau das Gegenteil von dem, was Herr Windelen gesagt hat.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Heck (CDU/CSU):

Herr Kollege Eppler, ist Ihnen bekannt, daß die von Ihnen zitierte Emigrantenorganisation ganze fünf Mitglieder besitzt?

Herr Kollege Heck, Sie wissen sehr genau, wahrscheinlich besser als ich, was heute in der polnischen katholischen Kirche über diese Verträge und darüber gedacht wird, was genau Sie, die Christlich-Demokratische Union, zu diesen Verträgen hier zu sagen haben. Meine Damen und Herren, Sie wissen auch, daß Ihnen die Frage, wie Sie sich in dem Moment verhalten, wo nach zweihundertjähriger Fehlentwicklung — 1772 war die erste polnische Teilung — die Aussöhnung zwischen diesen beiden Völkern auf eine neue Basis gebracht wird, nicht nur heute gestellt wird, sondern von den jungen Menschen dieser und der polnischen Nation noch viele, viele Jahre lang gestellt werden wird, auch wenn die meisten unter uns hier diesem Parlament nicht mehr angehören.

Zwischenfrage: Abg. Petersen (CDU/CSU):

Herr Kollege Eppler, glauben Sie, daß ein Vertrag wirklich zu einer Versöhnung mit dem polnischen Volk und der polnischen Jugend führen kann, der zwischen Bonn und Moskau ausgehandelt wurde, und sind Sie sich darüber klar, wie die Polen darauf reagieren, wenn sich die Deutschen mit den Russen über Polen einigen, was sie in den letzten 200 Jahren ja öfter getan haben?

Herr Kollege Petersen, ich gebe Ihnen ja zu, daß Sie das ernst meinen. Nur, eine Politik mit osteuropäischen Ländern an der Sowjetunion vorbei ist schon einmal gescheitert. Und wissen Sie eigentlich wirklich, was uns die Polen in bezug auf die Reihenfolge geraten haben? Könnte es nicht sein, daß sie uns genau das Gegenteil dessen geraten haben, was Sie uns hier jetzt vorschlagen?

Meine Damen und Herren, gestern hat Herr Kollege Weizsäcker einiges über unsere Nation gesagt, über das Jahr 1871 und wie wir heute dazu stehen. Ich zitiere Herrn von Weizsäcker:

Leider aber haben wir im Jubiläumsjahr der Reichsgründung, also im letzten Jahr, statt dessen

— also statt einer Würdigung —

von hoher und besonders hoher Stelle andere, zu meist kritische Äußerungen zu dieser Nation gehört. Es war vorwiegend die Rede vom Widerstand weiter Teile der Gesellschaft gegen diese Nation, vom Riß zwischen Demokratie und Nation, von der Nation als dem Feld zur Erreichung gesellschaftspolitischer Ziele.

Abgesehen davon, meine Damen und Herren, daß ich es nicht für besonders guten Stil halte, hier das Staats- oberhaupt anzugreifen, das sich hier nicht verteidigen kann, möchte ich Herrn von Weizsäcker daran erinnern, daß die Weichen für die Feiern für 1971 in der Regierung der Großen Koalition in langen Debatten gestellt worden sind. Könnte es im übrigen nicht sein, daß Sie hier Staat und Nation verwechseln? Diese Gruppen, die damals im Deutschen Reich diskriminiert wurden, wie z. B. der katholische Bevölkerungs- teil, waren doch nicht gegen diese Nation, sondern sie sind in diesem Staat diskriminiert worden; darum ging es.

Lassen Sie mich hier einmal aus einem Text zitieren, dessen Autoren in diesem Lande niemand besser kennt als Herr von Weizsäcker und ich, nämlich jene Schrift über die Friedensaufgaben der Deutschen vom 1. März 1968, herausgegeben von der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKID. Da heißt es folgendermaßen:

Im deutschen Nationalbewußtsein fehlte zur Willensgemeinschaft der Staatsbürger freilich die ausreichende Demokratisierung. Arbeiterbewegung, linke Liberale und auch der katholische Volksteil gerieten in Widerspruch zur inneren Ordnung des damaligen Reiches. Die Spaltung zwischen Nationalbewußtsein und Demokratie hat später auch mit dazu beigetragen, den Weg für den Nationalsozialismus zu ebnen und zur Überwindung und zur Trennung Deutschlands nach 1945 zusätzlich zu erschweren.

Meine Damen und Herren, stimmt das eigentlich noch oder stimmt das nicht mehr, was wir noch vor vier Jahren gemeinsam haben sagen können, oder ist da jetzt ein neuer Begriff bei Ihnen im Schwange?

Wenn uns Herr von Weizsäcker im übrigen erklärt, daß die Nation über den Wettkampf der Parteien und gesellschaftlichen Gruppen stehen müsse: wer hat das jemals in diesem Hause bestritten? Oder wenn er sagt: „Wenn wir erst damit anfangen, die Nation selbst danach zu definieren, ob wir in ihr unsere gesellschaftspolitischen Ziele haben verwirklichen können . . .!“ Ja,

wer hat denn das jemals getan? Gegen welche Windmühlenflügel wird hier eigentlich gekämpft?

Ich hätte darüber nichts gesagt, wenn daraus nicht von Herrn von Weizsäcker eine Folgerung auf die jetzige Situation gezogen worden wäre. Er sieht nämlich Gefahren darin, wenn eine Regierung beginnt, Deutschlandpolitik im Alleingang zu betreiben, und zwar Gefahren für den Zusammenhalt der Nation. Ich will gar nicht darüber sprechen, ob Konrad Adenauer damals wohl alle Gruppen beieinander gehabt hat, als er seine Politik gemacht hat. Nur, was hat das alles mit der Einheit der Nation zu tun? Solange wir uns hier streiten, wie wir die Interessen dieser Nation vertreten, gibt es keinen Riß in dieser Nation. Der beginnt erst, wenn Sie hier fragen, ob die Interessen dieser Nation hier vertreten werden. Da beginnt der Riß in der Nation.

Es gibt hier auch keinen Riß, solange wir hier darüber ringen, was für die Deutschen besser ist. Der Riß kommt erst dann, wenn Sie fragen, wer denn die besseren Deutschen seien.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Gradl (CDU/CSU):

Herr Kollege Eppler, ist Ihnen denn gestern bei der Rede des Kollegen von Weizsäcker wirklich entgangen, daß er sich in seiner Auseinandersetzung um den Begriffsinhalt Nation in dem Punkt, den Sie jetzt angesprochen haben, mit der Tatsache auseinandergesetzt hat, daß im anderen Teil Deutschlands, den wir doch auch zu dieser deutschen Nation rechnen, der Begriff Nation eben genau so definiert wird, wie wir ihn nicht verstanden haben wollen, nämlich daß ihm ein klassenbezogener Inhalt gegeben wird?

Herr Gradl, wenn das so gewesen wäre, wie Sie und ich es meinen, was bedeutet dann die Zitierung des Godesberger Programms in diesem Zusammenhang? Das ist nämlich nicht in der DDR entstanden, sondern das hat hier eine demokratische Partei formuliert. Aber ich habe nichts dagegen, wenn Sie das jetzt klarstellen. Das ist ja nur gut für uns.

Manches von dem, was in diesen Tagen hier geschieht, erinnert mich an das, was vor genau 17 Jahren am 24. Februar 1955 in diesem selben Hause geschehen ist. Natürlich hat es heute keinen Sinn mehr, darüber zu rechten, wer damals recht gehabt hat. Ich werde mich auch hüten, das zu tun, was etwa gestern Herr Marx getan hat: irgendwelche Zitate herauszuziehen und dann irgend jemanden an irgendeinem Zitat aufzuhängen. Das ist nicht meine Absicht.

Damals, meine Damen und Herren, ging es doch um eine jener schwierigen Prioritätsentscheidungen, vor die wir alle als Politiker immer wieder gestellt werden. Damals war es ja nicht so, daß die SPD gegen die europäische Einigung oder die CDU gegen die deutsche Einheit gewesen wäre, sondern es ging darum, daß in einer bestimmten Situation etwas getan werden mußte und dann die Priorität, die zeitliche Priorität beim einen und beim anderen entschieden hat. Deshalb darf ich Ihnen — nicht, um irgend jemanden zu kritisieren — doch drei kurze Zitate von damals bringen, um die Situation zu beleuchten.

Damals hat Herr Kollege Wehner — ich will ihn nicht daran aufhängen, glauben Sie das? —, als er die Vertagung beantragte, folgendes gesagt:

Dürfen wir diesen Akt mit seinen automatischen Folgewirkungen auf der anderen Seite unseres Landes vollziehen, ohne vorher alle Möglichkeiten einer Viermächte-Regelung zur friedlichen Wiedervereinigung unseres Landes angestrebt und versucht zu haben?

Und dann hat Herr Strauß darauf geantwortet — ein Zitat, das wirklich heute noch sehr aktuell ist —:

Mit dem häufigen Gebrauch des Wortes „Wiedervereinigung“ ist nicht viel mehr erreicht als ein ständiges Memento. Einen realen Schritt vorwärts zu diesem Ziel tut nur derjenige, der dem politisch handlungsfähigen Teil des deutschen Volkes wieder politischen Einfluß und politisches Gewicht verschafft.

Dazu hat nun wiederum Herbert Wehner gesagt:

Aber diese Erklärung, daß nach der Ratifikation Viermächte-Verhandlungen über die Wiedervereinigung für jene Macht

— nämlich die Sowjetunion —

gegenstandslos sein würden, liegt uns nicht vor. Wir dürften sie nicht einfach in den Wind schlagen.

Das heißt: Sie von der Union haben damals nicht nur etwas Legales, sondern Sie haben etwas politisch Legitimes getan. Sie haben nämlich gesagt: Laßt uns jetzt das tun, was in diesem Augenblick sicher getan werden kann. Und die andere Seite des Hauses hat gesagt: Das mag ja sein, aber wird dann das andere, was wir wollen, dadurch nicht noch schrecklich viel schwieriger als bisher? Dies war doch der Ausgangspunkt.

Damit Sie nicht meinen, dies sei meine Wertung, lassen Sie mich hier einmal die Wertung vortragen, die der Präsident dieses Hauses ohne jeden Widerspruch vorher oder nachher in seiner Eigenschaft als Präsident dieses Hauses bei der Begrüßung des Präsidenten Kennedy im Jahre 1963 in der Paulskirche gegeben hat. Da spricht Eugen Gerstenmaier von der grundlegenden Neuorientierung der deutschen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg und fährt fort:

Ihre Ursache

— nämlich dieser neuen Politik —

ist die innere Wandlung der Deutschen, unsere Einsicht in tragische geschichtliche Zusammenhänge und unsere darauf bestehende Absage an die Ideale und Methoden des alten souveränen Nationalstaats.

Und jetzt passen Sie genau auf:

Wir haben bewußt auf seine Wiederherstellung als einer unabhängigen Größe zwischen Ost und West verzichtet zugunsten einer neuen, dauernden Gemeinschaft der Staaten Europas und der atlantischen Welt.

Dann sagt er, das alles sei in diesem Hause bitter umkämpft gewesen, und fügt hinzu:

Der Grund

— für diese Kämpfe —

war nicht reaktionäre Widerständigkeit . . . nein, die Hemmung und der Widerstand gegen diese Neuorientierung der deutschen Politik nährten sich aus der Sorge um 17 Millionen Deutsche hinter dem Eisernen Vorhang.

Meine Damen und Herren, ich will jetzt nicht auf irgendwelchen Worten herumreiten, etwa auf dem Wort Verzicht. Das hat gar keinen Sinn. Nur will ich klarmachen: Die Sorge um diese 17 Millionen ist nicht gerade von heute, und die Sorge hat doch wohl mit der Entscheidung zu tun, die damals von Ihnen hier getroffen worden ist. Das ist kein Vorwurf. Diese Prioritätsentscheidung, die Sie getroffen haben, hat ihre Vorteile gehabt, nur einen nicht, nämlich daß wir der Einheit dieser Nation dadurch nähergekommen wären.

Auch das wäre heute nicht mehr so wichtig, wenn Sie in dieser Diskussion nicht so täten, als würde die politische Entscheidung über die praktischen Möglichkeiten der Wiedervereinigung heute und nicht vor 17 Jahren getroffen.

Sie sprechen alle davon, man müsse die deutsche Frage offenhalten. Was heute nicht mehr offen ist an dieser Frage, nämlich, daß es nicht so schnell eine Viermächte-Vereinbarung über die deutsche Einheit geben wird, das war auch schon vor 17 Jahren nicht mehr offen, und was vor 17 Jahren noch offen war, nämlich unser Wille, diese Einheit irgendwann doch zu erreichen, ist auch nach Ratifizierung dieser Verträge noch offen.

Was wir jetzt tun, meine Damen und Herren, ist doch gar nichts anderes als das, was früher oder später nach dieser Entscheidung von damals unvermeidlich werden muß, nämlich daß wir als Teil Europas und des Bündnisses, im Interesse Europas und des Bündnisses, mit Unterstützung Europas und des Bündnisses, den Ausgleich suchen, den dieses Volk und Europa brauchen. Das ist alles.

Das liegt in der Logik dessen, was Sie seinerzeit entschieden haben. Sie haben damals entschieden, daß wir ein normales westeuropäisches Land werden sollen, das sich in diese Gemeinschaft einfügt; gut. Aber daraus sind nun heute die Konsequenzen zu ziehen. Meine Frage nach der Alternative würde ich so abwandeln: Wie wollen Sie eigentlich dieser Konsequenz entgehen?

Wie wollen Sie dieser Konsequenz ausweichen? Wie lange wollen Sie ihr ausweichen? Wohin wollen Sie ihr ausweichen? Darüber hat hier noch niemand etwas gesagt. Ich wollte einen anderen Versuch machen, den Versuch, von dem Herbert Wehner hier in diesem Hause gesprochen hat. Sie wollen etwas anderes.

Meine Damen und Herren, daß man nicht nachweisen kann, was aus diesem Versuch geworden wäre, das ist selbstverständlich. Das werden Sie dann begreifen,

wenn Sie auch nicht mehr nachweisen können, was geworden wäre, wenn Sie diese Abstimmung gewonnen hätten. Sie werden sie nämlich verlieren. Das ist so, daß jeder, der Politik macht in diesem Land, diese Politik auf Grund von Entscheidungen machen muß, die getroffen worden sind, sogar dann, wenn sie gegen seinen Willen getroffen worden sind. Das ist uns so gegangen, und das wird Ihnen um kein Haar anders gehen.

Lassen Sie mich noch ein Wort über das sagen, was diese Verträge in jenem großen Teil der Welt bedeuten, den man die Dritte Welt nennt. Ist Ihnen eigentlich schon aufgefallen, daß es kein Land der Dritten Welt gibt, bei dem diese Verträge auf irgendwelche Ablehnung stoßen? Das gilt, ob das nun Brasilien oder Peru ist, ob das Algerien oder die Elfenbeinküste ist, ob das Äthiopien oder Tansania ist; und ich nehme die verschiedensten gesellschaftlichen Strukturen als Beispiele. Die Frage ist doch: Warum ist das so?

Es ist so, weil die betreffenden Staatsmänner — und das sagen sie einem auch — die Hoffnung haben, daß eine Befriedung und Entspannung in Europa Energien freimachen könnte, die auch ihnen eine Chance geben. Deshalb sind sie dieser Meinung.

Meine Damen und Herren, irren Sie sich nicht, indem Sie glauben, Sie könnten auf die alten Positionen zurückfallen. Wenn im letzten Jahr die Position der DDR etwa in Afrika nicht stärker, sondern schwächer geworden ist, dann nicht, weil die dort glauben, die DDR sei kein Staat, sondern deshalb, weil sie die Politik dieses Bundeskanzlers nicht stören wollen. Das ist der Grund.

Vielleicht noch eine Bemerkung zu Ihrem EWG-Argument, Herr Barzel: Ist Ihnen eigentlich klar, wie unpopulär die EWG etwa in Lateinamerika oder etwa in Asien ist, was man dort für böartige Bemerkungen über die EWG hört? Diese Länder mögen die EWG auch nicht, aber sie finden sich mit dem Faktum „EWG“ ab, wie andere auch. Und das hindert uns nicht, mit ihnen nicht nur Verträge zu schließen, sondern ihnen sogar mit Ihrer Zustimmung Hilfe zu geben, obwohl sie ganz andere Vorstellungen von der EWG haben als wir. —

Zwischenfrage: Abg. Frau Klee (CDU/CSU):

Herr Bundesminister, ist Ihnen nicht bekannt, daß die lateinamerikanischen Länder die Declaracion de Buenos Aires bereits vor zwei Jahren verabschiedet haben, in der sie um eine enge Kooperation mit der EWG bitten?

Ja, aber Sie wissen ganz genau, was in dieser Deklaration auch an wenig Schmeichelhaftem über die EWG steht. Gehen Sie doch einmal dort hinüber! Ich nehme das diesen Ländern ja gar nicht übel; die haben andere Interessen, als sie die EWG hat. Und ich sage hier nur: Wenn Sie ausschließlich mit solchen Ländern kooperieren wollen, die ein besonders gutes Verhältnis zur EWG oder eine besonders gute Vorstellung von der EWG haben, dann könnten Sie sehr wenig Politik machen. Schließlich, meine Damen und

Herren, hat der Herr Außenminister zu Beginn seiner Rede klargemacht, in welchem Panorama — so hat er das genannt — wir uns heute befinden. Er hat von den Gefahren gesprochen, die dieser Welt drohen, von den Gefahren, die auch aus der Kluft zwischen den armen und den reichen Ländern kommen. Meine Damen und Herren, da haben wir gar nicht mehr so viel Zeit, daß wir hier alles liegenlassen, daß wir uns hier einigeln und daß wir nur warten könnten. Wir haben sehr viel weniger Zeit, als wir glauben, und das spüren die Menschen in der Dritten Welt, wie es auch die jungen Menschen bei uns spüren.

Die junge Generation in diesem Lande wird uns eines Tages nicht daran messen, wieviel juristischen Scharfsinn wir zur Rechtfertigung der Grenzen von 1937 aufgebracht haben, sondern sie wird uns daran messen, wieviel Energie, wieviel schöpferische Phantasie und wieviel Zähigkeit wir aufgebracht haben, um für sie einen Platz zu schaffen in einer friedlichen Welt, in der sie arbeiten und leben kann.

Dr. Herbert Czaja (CDU/CSU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im zweiten Bericht zur Lage der Nation hat der Herr Bundeskanzler den heimatvertriebenen Deutschen sein Mitgefühl ausgesprochen, und Herr Genscher hat dies gestern wiederholt. Aber die unmittelbar betroffenen heimatvertriebenen Deutschen wollen auch einen ganz nüchternen Nachweis, ob und wie zu ihrem Schutz politisch gehandelt worden ist.

Dabei geht es um die Tragweite der in beiden Sprachen für beide Partner verbindlichen Texte des Warschauer Vertrages und um jene Dokumente im Vertragswerk, die völkerrechtlichen Wert besitzen. Es geht nicht nur um hierzulande gegebene Interpretationen. Der parlamentarischen Kontrolle unterliegen nicht Hoffnungen, sondern der Inhalt des Vertragswerks selbst und seine Folgen.

Drei Fragenbereiche zum Warschauer Vertrag möchte ich ansprechen, nachdem Herr Bundesminister Ehmke gestern den Versuch machte, nicht diese Fragen, die bereits anklangen, zu beantworten, sondern neue Fragen für die Zeit nach einem möglichen Inkrafttreten des Vertrages zu stellen. Die erste Frage lautet: Wie wurden denn — gestatten Sie mir diese Frage, nachdem so oft polnische Interessen, die wir auch zu sehen haben, angesprochen wurden — die berechtigten Interessen der Ostpreußen, der Westpreußen, der Brandenburger, der Pommern, der Schlesier und der Oberschlesier in diesem Vertragswerk vertreten? Darauf muß doch eine deutsche Regierung auch antworten.

Steht im Vertrag die Beschreibung eines Zustandes oder eine endgültige Verpflichtung zu Lasten Deutschlands? Unzählige offizielle polnische Aussagen berufen sich auf die Endgültigkeit. Die Bundesregierung gibt zu, der Warschauer Vertrag ist mehr als nur ein Ver-

zicht auf militärische Gewalt oder auf die Drohung mit Gewalt. Die Bundesrepublik, so heißt es, solle sich endgültig verpflichten, auch für den Fall, daß sie an friedensvertraglichen Regelungen mitwirken kann. Das hat nicht zuletzt der Herr Bundesaußenminister wiederholt sehr klar ausgeführt.

Das bisher auch in zahllosen deutschen Gesetzen, auch noch vor ein, zwei Jahren, als deutsches Inland behandelte Gebiet soll nach einer eventuellen Ratifikation Ausland sein. Minister Posser aus Nordrhein-Westfalen sagte im Bundesrat ausdrücklich, die Bundesrepublik gebe ihren bisherigen Standpunkt auf. Wie kann man dann behaupten, daß nichts Substantielles bezüglich dieser Teile ganz Deutschlands und bezüglich unserer Heimat geschehen sei? Wie kann man dann behaupten, daß über unsere Heimat nicht mitverfügt worden sei?

Kann sich denn die Bundesregierung einerseits in Übereinstimmung mit den Verbündeten und mit vielen internationalen Verträgen dazu bekennen, in die Rechte und Pflichten des Deutschen Reiches als dessen frei organisierter Teil eingetreten zu sein, aber gleichzeitig in entscheidenden Fragen Deutschlands, wenn es um Staatsgebiet und Grenzen geht, erklären, man handle da eben nicht für Deutschland? Darf man einer erträglichen Heilung einer völkerrechtswidrigen Annexion durch einen tragbaren Ausgleich zu Lasten Deutschlands vorgreifen, indem man alle diese Gebiete heute und für künftig als deutsches Ausland fest-schreibt?

Alle früheren Bundesregierungen und alle führenden Sprecher der großen demokratischen Parteien — Adenauer, Schumacher, Brentano, Erler, Ollenhauer, Brandt und Wehner — haben offiziell bis 1968, ja, bis 1969 erklärt, die Bundesrepublik Deutschland solle und dürfe vor einem Friedensvertrag kein politisches Mandat für eine solche Festschreibung beanspruchen. Herr Bundesaußenminister, waren das, was gerade auch die Führung der SPD bis 1968 verkündete, nur erstarrte Denkkategorien und Illusionen? War das nicht vielmehr Ausdruck jener gemeinsamen politischen Klugheit der großen demokratischen Parteien, die eben alle deutschen Fragen für eine umfassende Regelung auf dem Verhandlungstisch halten wollten und halten zu müssen meinten?

Zwischenfrage: Dr. Becher (Pullach) (CDU/CSU):

Herr Kollege Czaja, sind Sie nicht der Meinung, daß es eine Mißachtung der Interessen der deutschen Heimatvertriebenen ist, wenn ausgerechnet bei Ihrer Rede der Herr Bundeskanzler nicht anwesend ist?

Ich vermag nicht zu beurteilen, warum er nicht anwesend ist. Ich wünschte, er wäre anwesend. Ich habe nachher nämlich noch einige Fragen an ihn zu stellen. Ich möchte die Antwort gerade auf die Frage, warum man damals alle deutschen Fragen auf dem Tisch halten wollte, ausdrücklich einer Schrift entnehmen, die nicht unter der Zucht der Kabinetts herausgegeben



wurde, sondern die der Herr Kollege Wehner nach Gesprächen mit Günther Gaus vor dem Eintritt der SPD in die Regierungsverantwortung unter der sehr interessanten Überschrift „Hat die SPD kapituliert?“ im Jahre 1966 herausgebracht hat. In dieser Schrift, Herr Kollege Wehner, unterstreichen Sie gerade, daß es unmöglich sei, daß es, wie Sie sagen, eine Leichtfertigkeit und eine Illusion sei, vor endgültigen friedensvertraglichen Regelungen das Recht zu haben, über die Oder-Neiße-Linie Gespräche zu führen.

Herr Ehmke, Sie haben vorhin Fragen gestellt. Die Antworten auf die Fragen können Sie auf den Seiten 74 bis 78 dieser Schrift lesen. Ich nehme sie sachlich. Die plastisch-drastischen Ausdrücke, die Sie, Herr Wehner, manchmal gebrauchen und die dann Rechtsradikale aufgreifen, klammere ich bewußt aus. Herr Wehner hat dort sehr genaue und sachliche Antworten gegeben:

Wer das Bestreben, soviel wie möglich für Deutschland zu retten, eine Illusion nennt, der möge das tun. Ich

— so sagen Sie, Herr Wehner —

sage illusionslos zu einer solchen Mißachtung deutscher Interessen nein.

Herr Wehner schreibt wörtlich:

Leichtfertig ist es, sich selbst dem Gefühl hinzugeben, durch eine Vorwegnahme der dem Friedensvertrag vorbehaltenen Entscheidung über die Grenzen etwas an der tatsächlichen Lage Deutschlands ändern zu können.

Ich glaube, dieser Satz von Herrn Wehner von 1966 gilt auch noch heute.

Man muß doch, Herr Kollege Wehner, sagen, daß entgegen Ihren damaligen Ausführungen mit — ich benutze nicht das Wort „Leichtfertigkeit“, das Sie benutzt haben, aber ich muß sagen: — sträflicher Leichtigkeit fast alle friedensvertraglichen Regelungen vorbehalten, die deutschen, aber auch andere Völker angehende Fragen im Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht negativ entschieden werden sollen, zumindest seitens der Bundesrepublik Deutschland. Wäre es, wenn man so etwas will, nicht klarer vor dem eigenen Volk, aber auch vor Ost und West, selbst wenn es ein ungünstiger Zeitpunkt ist, zähe Friedensverhandlungen anzustreben, statt in kompliziert verdeckten Ersatzfriedensverträgen seitens des mindestens mitwirkungsberechtigten freien Teiles Deutschlands alles nacheinander einzeln aufzugeben?

Herr Minister Ehmke, Herr Bundeskanzler, Sie haben uns gefragt, was wir zur Offenhaltung der deutschen Frage meinen. Ich darf diese Frage zunächst zurückstellen und fragen, was Sie damit gemeint haben, als Sie uns gefragt haben. Ich darf mich dabei auf das Schreiben der drei Westmächte an die Bundesregierung zum Moskauer Vertrag beziehen. In diesem Schreiben wird ausdrücklich betont, daß das soge-

nannte Londoner Übereinkommen vom 12. November 1944 und die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 unberührt blieben und unberührt bleiben müßten. In dem Protokoll vom 12. November 1944 zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion — ich habe den Auszug hier vor mir liegen; es ist eine Urkunde in bezug auf die bevorstehende bedingungslose Kapitulation Deutschlands — über die Besetzungszonen in Deutschland steht unter Ziffer 11 in Satz 1:

Deutschland, innerhalb der Grenzen, wie sie am 31. 12. 1937 bestanden haben, wird zum Zweck der Besetzung in drei Zonen geteilt.

Dann kommt die Ostzone, die genau beschrieben ist, einschließlich der von Polen verwalteten Gebiete. Herr Bundeskanzler, die Westmächte haben Ihnen im August 1970 ausdrücklich mitgeteilt, daß das nicht berührt werden dürfe. Sie haben heute, uns fragend, von anderen Grenzen gesprochen.

Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler: Stehen Sie noch zu diesem Londoner Protokoll und zu dem, was unberührt bleiben muß?

Ich frage Sie weiter: Haben Sie zur Kenntnis genommen, daß bei der Übernahme der Besetzungsgewalt am 5. Juni 1945 die Regierungen der Besatzungsmächte ausdrücklich erklärt haben — auch darauf haben sich die USA, Frankreich und Großbritannien im August 1970 berufen —: Die Übernahme der Regierungsgewalt und der Besetzungsgewalt in diesen Zonen zu den genannten Zwecken bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands und keines Teiles Deutschlands? Stehen wir heute noch zu dieser Auffassung, zu der sich die vereinigten Verbündeten 1970 bekannt haben?

Das Urteil über den Inhalt des Warschauer Vertrages sprechen die Vertreter der SPD selbst. Ich lasse da die emotionalen Äußerungen fort. Nach Kurt Schumacher kann keine deutsche Partei oder Regierung bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennt. In der „Stuttgarter Zeitung“ vom 1. März 1963 — vielleicht wird es der Herr Bundeskanzler nachlesen, wenn er nicht anwesend ist — führt der Herr Bundeskanzler ausdrücklich aus, daß es unsinnig sei — unsinnig, sagt er; er spricht auch von „gezinkten Karten“, aber das Wort will ich hier nicht benutzen —, daß es unsinnig sei, wenn man auf der Grundlage von zwei Staaten in Deutschland stehe, ausdrücklich von dem westlichen Teil Deutschlands die Anerkennung der Grenze zu verlangen, die den östlichen Teil Deutschlands von Polen trenne. Er fährt dann weiter fort und weist darauf hin, daß diese Grenzen — hören Sie genau zu! — weder vom polnischen noch vom deutschen Volk bestimmt worden seien, sondern daß sie von einer dritten Macht auferlegt worden seien. Er fährt wörtlich fort: wer es mit dem deutsch-polnischen Verhältnis gut meine, der dürfe das nicht. Sie selbst, Herr Wehner, haben ja 1966 hinzugefügt: wer dies wolle, der ver-

sündige sich am Nächsten und füge dem eigenen Volk Schaden zu. Warum? Weil Sie gesehen haben, daß es dem polnischen Volk gar nichts nützt, wenn wir eine von anderen diktierte Grenze, statt einen vernünftigen Ausgleich zu fordern, anerkennen, wenn wir dies tun und damit die Hegemonie dritter Völker gegenüber den Polen nur noch vertiefen und uns in eigene Gefahren begeben.

Sie haben damals vom Versündigen am Nächsten und vom Schaden am eigenen Volk gesprochen. Sie haben, Herr Wehner, noch am 30. Mai 1969 — damit Sie nicht sagen, ich komme nur mit alten Zitaten — als Fraktionsvorsitzender oder als Minister — Entschuldigung! — in „Publik“ geschrieben: „Einen zweiten Görlicher Vertrag zu machen, halte ich nicht für einen Gewinn.“

Jetzt will ich Ihnen etwas sehr Ernstes sagen: Sie haben bisher immer wieder — und dies habe ich begrüßt — einem Ausgleich zwischen Polen und Deutschen das Wort geredet. Der Herr Bundeskanzler hat noch im November des vergangenen Jahres in einem Interview in „Publik“ geschrieben, daß er selbst, der Bundeskanzler, noch vor einigen Jahren an Verhandlungen über Änderungen der jetzigen Oder-Neiße-Linie zugunsten der Deutschen — wohl im Sinne eines nationalstaatlichen Mittelweges; das steht nicht darin, so verstehe ich es aber — teilgenommen habe. Experten und zahlreiche ausländische Politiker wissen genau, daß noch viel später, nach diesem vom Bundeskanzler erwähnten Gesprächszeitpunkt, Herr Chruschtschow Gomulka lange Zeit unter Druck setzte, damit er große Teile der Oder-Neiße-Gebiete an Ulbricht zu dessen Aufwertung abtrete und neutralisiere. Dies wollen wir nicht.

Aber — und das kann nicht geleugnet werden — noch 1967 hat der Herr Bundeskanzler als damaliger Bundesaußenminister im BULLETIN unter der bezeichnenden Überschrift „Grundlagen einer europäischen Friedensordnung“ auch andersgeartete, Herr Ehmke, nicht nationalstaatliche Maßstäbe des Ausgleichs für Ost-Deutschland in einer freien föderalen Ordnung der europäischen Staaten genannt. Damals schrieb er, es könne nicht so bleiben, wie es derzeit in den Oder-Neiße-Gebieten sei, und es könne nicht so bleiben, wie es dort der Zweite Weltkrieg hinterlassen habe. Gerade in der ostdeutschen Frage seien nationalstaatliche Grenzen zu beseitigen. Nur ein wirksames, europäisch konstruiertes Volksgruppenrecht in umstrittenen Gebieten und praktizierte Menschenrechte seien eine wirkliche Grundlage eines Ausgleichs. Ein Jahr später, also 1968, haben Sie, Herr Bundeskanzler, als Außenminister der Großen Koalition vor der Fraktion der CDU/CSU das, was ich soeben zitiert habe, als Ziel Ihrer Politik auf weite Sicht bezeichnet. Nun die Frage: darf man den Weg zu einem föderalen Ausgleich in umstrittenen Gebieten so rasch aufgeben? Kann man die Grundlagen einer Friedensordnung so rasch abschreiben? Dies ist die Frage, auf die Sie antworten sollten. Ich stelle die Frage, weil sie unser Problem aufs tiefste berührt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, ich war zeitlebens ein Mann, der überzeugt war, daß man in der Politik von christlichen Grundsätzen ausgehen solle. Aber ich habe mit großem Ernst den tragischen Weg der SPD — tragisch, weil ihr oft Unrecht geschehen ist — in der deutschen Geschichte beobachtet, und ich war glücklich, als ich hörte und spürte, daß Sie, nachdem Sie 30 Jahre nicht in der Regierungsverantwortung waren, in die Regierungsverantwortung eintreten wollten — das war ihr gutes Recht — zu einem Zeitpunkt, wo um einen tragbaren Kompromiß und Ausgleich zu ringen sei, der unseren Nachbarvölkern wie auch den Deutschen gerecht werde. Ich habe angenommen, daß Sie nach diesen Ansatzpunkten, die Sie hier genannt haben, diesen Ausgleich wollen.

Ich empfinde es als tragisch für die Vertretung der berechtigten deutschen Sache, daß in einem solchen Zeitpunkt wieder ein kurzsichtiger theoretischer Perfektionismus in der SPD über diese weitblickenden Gedanken gesiegt zu haben scheint.

In der Denkschrift zum Vertrag sagt die Bundesregierung, sie habe bekräftigt, daß ein wiedervereinigtes Deutschland durch den Vertrag nicht gebunden werde. Der Bundesaußenminister sprach in diesem Zusammenhang jüngst von einem frei gewählten deutschen Souverän. Abgesehen davon, daß man durch solche Verträge Polen nicht zusätzlich noch zu einem entschiedenen Gegner gegen das Zustandekommen eines solchen deutschen Souveräns machen sollte, fragen wir: Hat die Bundesregierung auch bekräftigt, daß man in der Bundesrepublik Deutschland in Freiheit und aktiv vertragliche Änderungen der ungerechten und unausgewogenen Vertragsgrundlagen zugunsten ganz Deutschlands gewaltlos und mit friedlichen Mitteln vertreten könne? Offenlassen kann doch für Deutschland nur heißen: so oder besser bei Verhandlungen und Abkommen. Wenn aber Änderungen zulässig sind, muß man in Frieden und Freiheit dafür wirken können. Die grundsätzlich garantierte Meinungsfreiheit darf dieses Streben, ja dieses Verfassungsgebot nicht ausschließen; denn der Parlamentarische Rat hat im Grundgesetz vorgesehen, daß der Beitritt anderer Teile Deutschlands in den Grenzen von 1937 nach Möglichkeit gefördert und alles unterlassen werden muß, was dies evident erschwert oder verhindert. Das ist ein Ausgangspunkt. Das muß nicht der Zielpunkt sein. Aber den Mittelweg muß man offenlassen.

Herr Bundeskanzler, Sie können nicht hinter das, was im Londoner Abkommen vom 12. November 1944 steht, auf das sich die Westmächte in dem Schreiben an Sie berufen haben, zurückgehen. Sie müssen auch — und dies ist entscheidend — nachweisen können, daß Sie die soeben angesprochene grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit den Verhandlungspartnern im Vertragswerk selbst deutlich gemacht haben, da man sich im Völkervertragsrecht nicht einfach auf innerdeutsches Verfassungsrecht berufen kann.

Ist aber in dem in gleicher Weise geltenden und in gleicher Weise verbindlichen polnischen Text nicht etwas Gegenteiliges enthalten, nämlich die Zusage der bedingungslosen, ohne Rücksicht auf irgend jemanden verbindlichen Hochachtung — so heißt es dort — vor dem polnischen Territorium? Was ist die Tragweite eines solchen Vertragssatzes angesichts der ständigen Rechtsauffassung der Sowjetunion und des Ostblocks, daß das Streben nach friedlicher Verbesserung bereits als „politische Aggression“ und als eine mit allen Mitteln zu verhindernde „Friedensstörung“ zu bezeichnen ist? Die sowjetische Völkerrechtslehre bezeichnet die Verhinderung von politischer Aggression als etwas völlig anderes als einen Streitfall, der ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu regeln ist. Was bedeutet angesichts des russischen Textes des Moskauer Vertrages, der selbst das — ich zitiere wörtlich — Infragestellen aller gegenwärtigen Grenzen als Friedensstörung bezeichnen möchte, dieser Satz im Warschauer Vertrag? Meine sehr verehrten Damen und Herren, ohne daß es im deutschen Vertragstext steht, sprachen vorgestern Herr Scheel und auch Herr Wehner plötzlich ebenfalls vom „Nichtinfragestellen“ aller Grenzen. Was wird uns noch alles stufenweise und unauffällig in gefährlichen Dosen an bisher verdeckt gehaltenem genannt werden?

Im Vertrag wird das Wort „Übereinstimmung“ benutzt. Aber was ist nun in Art. 1 übereinstimmend festgestellt? Die zeitlichen Fragen sind doch nicht in Übereinstimmung; das haben Sie, Herr Bundesaußenminister, mit großer Deutlichkeit gesagt. Die Volksrepublik Polen steht auf dem Standpunkt, daß die Grenze völkerrechtlich nach dem Potsdamer Protokoll festgelegt ist und nur der Bestätigung durch die Deutschen bedarf. Sie schreiben: vom Inkrafttreten an. Hier besteht doch nicht, wie es in Satz 1 des Vertrags heißt, eine Übereinstimmung, sondern hier besteht ein offener Dissens. Gerade wegen der individuellen Rechte der Betroffenen müssen wir aber doch fragen: Wie weit reicht denn überhaupt die Übereinstimmung in den entscheidenden Bestimmungen der Verträge? Anerkennung eines Gebietsübergangs zu Lasten Deutschlands oder nicht? Ab wann? Streben nach friedlicher Änderung möglich oder nicht? Oder, so muß ich fragen, gibt es in den entscheidenden Punkten überhaupt keinen gemeinsamen Willen der Vertragspartner? Sind es nur geschliffene Formeln, die den grundsätzlichen Dissens verschleiern, oder gibt es eine Übereinstimmung in einer Weise, die uns vorerst vorenthalten wird?

Wir stellen diese Fragen zweitens auch wegen der tiefen Auswirkungen auf die Menschenrechte und die individuellen Rechte von Millionen Deutschen. Wenn man solche großen Gebiete als Ausland festschreibt, kann man nicht mit einem Schulterzucken sagen, Herr Bundesaußenminister, es seien keine bestehenden personalen Rechte verlorengegangen.

Sie müssen uns hier sagen, was zur zumutbaren Wiederherstellung, zur Heilung verletzter Rechte von

Ihnen getan worden ist. Wenn das beiderseits nicht möglich war, Herr Bundesaußenminister, wenn die Verletzung personaler Rechte blieb, wie sie war, ja, wenn sie durch den Wandel der Inlandsqualität vergrößert und vertieft wurde — denn das deutsche öffentliche und private Recht soll ja für diese Menschen, auch wenn sie hier sind und dingliche Werte drüben haben, nicht mehr zur Anwendung kommen —, dann durfte man einen solchen Vertrag nicht jetzt und so nicht abschließen. Dann wurde nicht einmal im menschlichen Bereich eine echte Friedenstat gesetzt.

Ich gebe zu: wenn Sie auch nicht die früheren Vertreibungstatbestände als legitim anerkannten — das rechne ich Ihnen an, aber wir mußten viele Stunden und Sitzungen mit Ihnen darum ringen —, so haben Sie doch die Folgen dieser Vertreibung insbesondere für die Zukunft ohne Rechtsverwahrung hingenommen und damit für die Zukunft die Folgen legalisiert. Die Aufarbeitung des Unrechts der Massenvertreibung und der Ansatz zur zumutbaren Wiederherstellung der Menschenrechte in Freiheit fehlen jedenfalls!

Meine Damen und Herren, das ist ein einmaliger Vertrag in der deutschen Vertragsgeschichte, weil mehr als 100 000 qkm als Ausland festgestellt wurden und für die betroffenen Menschen im Vertrag nichts vereinbart worden ist, weder für diejenigen, die nach der Vertreibung hier leben, noch für diejenigen, die sich als Deutsche dort befinden. Wird nicht durch den Wandel der Inlandsqualität das bisher nur durch Gewalt der Besatzungsmacht behinderte Menschenrecht der Freizügigkeit im deutschen Inland, wie es bisher war, für hiesige Heimatvertriebene, wie es in der Europäischen Menschenrechtskonvention und im Zusammenhang damit auch in Art. 1 unseres Grundgesetzes garantiert wird, abgeschrieben, da ein Menschenrecht auf Freizügigkeit im Ausland bisher trotz der Menschenrechtskonvention nicht kodifiziert ist? Soll für einen hier lebenden Deutschen, der seine in den Oder-Neiße-Gebieten lebenden deutschen Verwandten nach 1972 beerbt, nur das polnische konfiskatorische Erbrecht gelten, oder ist dieses polnische Erbrecht schon seit 1945 bindend? Gab es die klare, das Faustrecht — das Wort stammt von Ihnen, Herr Wehner — nicht hinnehmende Rechtsverwahrung gegen die Massenvertreibung als Verwahrung gegen eine schwere Verletzung des Besatzungsrechts und des Völker-gewohnheitsrechts oder als eine Rechtsverwahrung nur gegen eine innerstaatliche Ausweisung aus Polen? Warum sollen die hiesigen Gerichte nur nach polnischem öffentlichem und privatem Recht gegenüber hier befindlichen Deutschen, die Anliegen drüben zu vertreten haben, urteilen?

Meine Damen und Herren, vorrangig verlangen die betroffenen Menschen die schrittweise und zumutbare Wiederherstellung aller verletzten personalen Rechte. Viele fragen aber auch, was die Regierung bei der jetzt geforderten Ratifizierung oder bei weiteren lan-

gen Verhandlungen mit der Entschädigung der Vermögensverluste der Ostdeutschen vorhaben. In der Präambel des Lastenausgleichsgesetzes sind der Übergangscharakter und der Vorbehalt der Rückgabe der Entschädigung des verlorenen Vermögens verankert. Solange die Bundesrepublik sich nicht selbst ihrer politischen und Rechtspositionen in bezug auf unsere Heimat begibt, mag dies gelten. Wenn sie dies aber tut und nicht gleichzeitig ihre Schutzpflichten für das in der Heimat entzogene Eigentum erfüllt, muß sie für die unterlassene Schutzpflicht entschädigen, und zwar vor allen anderen bestehenden wesentlichen Leistungen an das Ausland.

Wie steht es um die mehr als eine Million Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten? Hat man die Durchsetzung der Schutzpflicht nunmehr, da man einen Vertragszustand will, erreicht? Nein, man hat sie nicht erreichen können. Die Antwort auf die Anfrage der CDU/CSU über die Folgen der Ostverträge gibt zu, daß für die Zeit nach einer eventuellen Ratifizierung überhaupt keine vertraglichen Schutzmöglichkeiten für deutsche Staatsangehörige in diesen Gebieten bestehen. Wenn das so ist, dann hätte man so weder politisch noch sittlich, noch verfassungsmäßig die Berechtigung gehabt, Inland zu Ausland zu machen. Es gibt auch eine Treupflicht des Staates, seinen Bürgern bei so fundamentalen Verträgen diplomatischen Schutz zu sichern.

Ohne die Festschreibung dieser Gebiete als Ausland gab es fast besser funktionierende Handelsabkommen als jetzt. Für die Lieferung von Getreide durften 1957 über 100 000 Deutsche aussiedeln. Damals hat man auf Oberregierungsrats- und Ministerialratsebene verhandelt. Das war das Vierfache von 1971. 1958 waren es 120 000 Deutsche, also das Fünffache der jetzigen Zahl. Auch danach waren die Zahlen noch beachtlich. Sie gingen 1969/70 im Vorfeld dieser Verhandlungen zurück, damit dann für 1971 — nicht von unserer, sondern von anderer Seite — etwas vorgezeigt werden konnte.

Seit Oktober 1971 gehen die Zahlen wieder rasch zurück. Die Familienzusammenführung erfuhr keine Verankerung im Vertragswerk. Man beschränkte sich, wie es in der Denkschrift wörtlich heißt, auf eine einseitige Information. Dabei ist die Wiederherstellung grundlegender Menschenrechte keinerlei Vorleistung. Keine Option, kein Recht auf freie Entfaltung der kulturellen Interessen des deutschen Lebens, der einzelnen und der Volksgruppe! Kein Recht auf freien Gebrauch der Muttersprache in der Erziehung, in der Öffentlichkeit, im religiösen Bereich! Kein freier Zusammenschluß in den Vereinen, kein Recht auf freie Berufswahl, kein Recht auf Freizügigkeit und freies Zusammenleben der Familien, keinerlei Wahrung deutscher Grundrechte!

Meine Damen und Herren, was antworten wir auf die Tausende von Briefen derer, die zum 10. oder 15. Mal Antrag auf Aussiedlung gestellt haben, denen das aber

abgelehnt wurde, die arbeitslos gemacht wurden, die keine Arbeitsabgabebescheinigung bekommen, die in der Öffentlichkeit und im Gottesdienst nicht deutsch reden dürfen, die aber Spießbruten laufen müssen, um sich zu rechtfertigen, daß sie sich als Deutsche zur Aussiedlung bekannt haben?

Wie wollen Sie nach der Ratifikation jenen dort lebenden Deutschen, die, wie unser Innenminister angibt, unter Zwang die polnische Staatsangehörigkeit beantragen müssen, den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit wie bisher sichern? Ist es nicht die vorrangige sittliche und politische Pflicht, bei Abschluß internationaler Verträge die am meisten bedrängten Staatsangehörigen zu schützen? Können wir zu einem neuen übersteigerten Nationalismus deshalb schweigen, weil der Nationalsozialismus noch viel Furchtbareres und viel Brutaleres begangen hat, zu dem ich nie geschwiegen habe, gegen das ich mich damals, als es einzutreten galt, gestellt habe? Ich habe dann auch das Recht, nicht zu schweigen, wenn deutsche Rechte und Menschenrechte gebrochen werden.

Das Stiften von Frieden kann man nicht von der Verwirklichung der Menschenrechte trennen. Zum Friedenstiften trägt jener bei, der auch zur Verwirklichung der Menschenrechte beiträgt. Wäre es für den humanitären Bereich nicht sinnvoll gewesen, mit Polen den Wortlaut der UNO-Konvention über die bürgerlichen und politischen Menschenrechte als vorerst zweiseitig geltenden Vertrag schon jetzt zu vereinbaren?

Ich wollte noch auf das Verhältnis zwischen unseren Bündnisverträgen und den jetzt zur Debatte stehenden Verträgen eingehen. Dazu fehlt die Zeit. Ich möchte nur die Frage aufwerfen: Müßten wir nicht täglich, wie es Adenauer noch tat, unsere Verbündeten daran erinnern, daß auch in Zukunft ohne Einfügung berechtigter deutscher Interessen und einen für die Deutschen tragbaren Ausgleich in das Werk europäischer Einigung eine echte, auf Dauer bestehende europäische Befriedung nicht aussichtsreich erscheint?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich so gegen die politischen und die rechtlichen Tendenzen dieses Vertrages gesprochen habe, so lehnen wir keineswegs den glaubwürdigen, dauerhaften, tragbaren und gerechten Ausgleich mit dem polnischen Volk ab.

Ein Vertrag, der dem einen alles gibt und dem anderen alles nimmt, ist ein reiner Siegfrieden und auch für das polnische Volk nicht glaubwürdig.

Nirgends in Polen herrschte Begeisterung über die Unterschrift. Acht Tage danach kam es zu Unruhen wegen der wirtschaftlichen Existenznot. Diese Existenznot wurde also nicht überschattet durch die Begeisterung über einen nationalen Erfolg. Viele Polen wollen auch nicht ihren Staat wie eine Schachfigur von Ost nach West verschoben sehen. Viele in Polen fürchten, daß sich ihre großen Nachbarn wieder über die Köpfe des polnischen Volkes hinweg diesmal unter russischer Führung geeinigt haben. Alle an dem Vertrag mit-

wirkenden Politiker in Polen sind inzwischen in der Versenkung verschwunden. Es ist kein gutes Omen für diesen Vertrag. Dem polnischen Volk ist mehr mit der Überzeugung geholfen, daß viele Deutsche eingesehen haben, daß sie ebenso um ihre eigenen Rechte ringen müssen, wie sie gleichzeitig — das tue ich, und dazu bekenne ich mich ja wiederholt öffentlich — des Nachbarvolkes Würde, Lebens- und Entfaltungsrechte und sein Sicherheitsbedürfnis zu achten haben.

Vielleicht ist für beide nicht eine nationalstaatliche Restauration in alten Formen möglich. Viele Ostdeutsche wissen, daß einmal eine in Freiheit denkbare Zusammenarbeit der Deutschen in ihren Heimatgebieten nur möglich ist in Formen der gemeinsamen Wiederaufbauarbeit und schrittweisen Ausschaltung früherer Irrtümer und Gegensätze. Im Augenblick ist aber für Polen eine eindeutige, von breitesten Schichten der Bevölkerung getragene Garantie gegen jede Gewalt — auch da möchte ich mich offen zu einer Frage von Herrn Ehmke bekennen — verbunden mit einer rascheren wirtschaftlichen und technologischen Hilfe — ich sage das sehr bewußt, und ich sage das nur auf meine Verantwortung —, auch unter finanziellen Opfern, aber nicht nur zu Lasten der Ostdeutschen, glaubwürdiger als dieser Vertrag. Die Heimatvertriebenen, die besonders unter dem Grauen des Krieges gelitten haben, wollen einen wirklichen Frieden. Wir wissen auch um die Großmachtstellung Rußlands; wir achten seine Interessen, jedenfalls solche, die die Selbstbestimmung und die Freiheit anderer und unseres eigenen Volkes nicht bedrohen.

Meine Damen und Herren, wenn eine wirkliche Befriedung und nicht nur eine Hegemonie unter dem Zwang der weltpolitischen Ereignisse an dieser europäischen Flanke Rußlands einmal im ureigensten Interesse dieser Großmacht liegen würde — ich glaube, das ist möglich —, könnte Mitteleuropa und Ostdeutschland ein Raum gesicherten und in Freiheit sicheren Zusammentreffens und Wettbewerbs vieler Interessen werden.

Durch diese Verträge wird das Buch der Geschichte für eine wirkliche Aufarbeitung jahrhundertalter Gegensätze, für eine enge Zusammenarbeit in einer wirklich freiheitlichen europäischen Friedensordnung zwischen Deutschen und Polen nicht geschlossen. Wir werden uns, solange uns die Freiheit gegeben ist, um die Ablehnung ungerechter Verträge, aber auch um Recht und Gerechtigkeit für die anderen und für die Deutschen bemühen. Wir werden — komme es bei der Ratifizierung wie immer — im legalen Ringen um eine friedliche Wendung zu einem wirklichen, zu einem tragbaren, zu einem gerechten und ehrlichen Ausgleich verharren; denn, meine Damen und Herren — das sage ich in Realismus: nichts ist endgültig geregelt, es sei denn für die beteiligten Völker einigermaßen gerecht geregelt!

**Wolfram Dorn** (FDP), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Herr Präsident,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich zu Beginn meiner Ausführungen sehr deutlich einen Satz zurückweisen, der vorhin hier ausgesprochen worden ist, nämlich den Satz, daß nunmehr zum zweiten Male Russen und Deutsche über das Schicksal Polens entschieden. Meine Damen und Herren, wer die Entscheidung dieser Bundesregierung, Verträge mit der Sowjetunion und mit Polen abzuschließen, vergleicht — wie das gestern schon einmal getan wurde — mit dem Abkommen, daß damals zwischen Herrn Ribbentrop und seinen Gesprächspartnern geschlossen wurde, hat den Sinn dieses Abkommens in seinem materiellen und seinem moralischen Inhalt überhaupt nicht verstanden.

Herr Kollege Czaja hat gesagt, die Grundlagen der Friedensordnung von 1944 seien hier so schnell abgeschrieben worden und über die Grenzen von 1937, so hat er gesagt, würde hier nicht diskutiert. Herr Kollege Czaja, Herr Strauß hat gestern den Satz gesagt:

Diese Verträge sind der Bruchpunkt auf der Straße des Unheils.

Wenn man Ihre Ausführungen unter demselben Aspekt sähe, käme man sehr wahrscheinlich zu dem gleichen Ergebnis. Nur wäre es, glaube ich, sinnvoll, daß Herr Strauß und Sie sich dann auch an das erinnern, was der Kollege Strauß am 5. Juli 1970 in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ zu dieser Frage geäußert hat. Der Journalist fragte ihn:

Herr Abgeordneter Strauß, und wie ist es mit der Oder-Neiße-Linie? Glauben Sie, daß sich daran noch etwas ändern läßt?

Herr Strauß antwortete folgendermaßen:

Eine neue Vertreibung von Menschen kommt für mich nicht in Frage. Außerdem ist diese Frage gegenstandslos. Wenn heute Gomulka und Husak den vertriebenen Deutschen die Rückkehr in die Heimat anbieten würden, ohne daß sich an den dortigen Verhältnissen etwas ändert, dann käme doch keiner außer einer Handvoll Desperados oder Schwärmer.

Herr Kollege Stücklen, richtig! Ohne daß sich daran etwas ändert! Nun frage ich Sie ernsthaft: Können wir daran etwas ändern? Glauben Sie, daß die Bundesrepublik an den innenpolitischen Verhältnissen Polens etwas ändern könnte? Oder wollen Sie es? Wenn Sie es wollen, dann sagen Sie es! Ich meine also, daß das, was hier in den letzten zwei Tagen mehrfach geschehen ist und was auch heute morgen bei der Rede des Kollegen Barzel wieder anklang, doch mehr als problematisch ist.

Der Kollege Eppler hat gefragt: Was soll eigentlich die Methode der dauernden Unterstellung von Behauptungen und Argumenten gegenüber dem, was

die Bundesregierung hier ausgesagt hat? Ich meine, hierin liegt ein eindeutiges System. Die Opposition will, daß die Bevölkerung in diesem Staate überhaupt nicht konkret erfährt, was in diesen Verträgen steht. Denn sonst würde sie, wie der Kollege Achenbach das gestern deutlich gemacht hat, sehr schnell zu der Überzeugung kommen, daß von all den Unterstellungen der Oppositionsfraktion zu diesem Abkommen nichts mehr übrig bleibt. Und die Opposition weiß das auch; denn sie kann ja auch lesen. Sie kann also auch nicht über das hinweglesen, was in diesen Verträgen steht. Ich meine also, die Koalitionsfraktionen und diese Bundesregierung werden im Laufe der Beratungen im Ausschuß und auch bei der zweiten und dritten Lesung keinen anderen Weg beschreiten können, als sie ihn in den letzten zwei Tagen und heute beschritten haben, nämlich deutlich zu machen, daß gegenüber der Initiative dieser Friedens- und Entspannungspolitik eine Alternative nicht vorhanden und auch nicht sichtbar geworden ist.

Nun meine Damen und Herren, könnte man natürlich, wenn man sich die Argumente der Kollegen Amrehn und von Weizsäcker noch einmal vergegenwärtigt, vielleicht auf die Idee kommen — auch wenn man an die Rede des Kollegen Stücklen denkt —, es gäbe so etwas wie einen Ansatz von politischer Alternative zu diesen Verträgen. Ihr Kollege Strauß hat einige Ideen dazu geäußert. Aber zu einem Antrag der Fraktion der CDU/CSU ist es ja wohl nicht gekommen, vielleicht auch deswegen, weil man sehr schnell erkannt hat, wie wenig realistisch das ist, was Sie selber ausgearbeitet und dann der staunenden Öffentlichkeit verkündet haben.

Herr Kollege Stücklen, Sie können doch auf Dauer einfach nicht mit diesen Unterstellungen arbeiten wollen, weil jedem sichtbar wird, daß all das, was angeblich nach Ihren dauernden Zwischenrufen in diesem Vertrag nicht drinsteht, eindeutig im Vertragstext und in den Anlagen des Vertrages enthalten ist. Sie arbeiten doch ständig mit Unterstellungen, die an der Sache völlig vorbeigehen.

Das ist keine Polemik, sondern das ist eine Feststellung, die ich auch noch einmal durch ein Zitat des sowjetischen Außenministers Gromyko — damit es nicht nur die einseitige Feststellung der Bundesregierung bleibt, sondern auch die Bestätigung durch die Sowjetunion noch einmal deutlich wird — vortragen will. Gromyko hat zur Frage des Interventionsanspruches gesagt:

Die zweite ... Frage, in der wir Ihnen entgegengeworfen sind, ist der Gewaltverzicht unter Berücksichtigung der UNO-Satzung. Wir verstehen Ihr Interesse an dieser Frage. Die Geschichte kann man nicht widerrufen. Aus ihr folgte eine Bestimmung der UNO-Satzung. Wir haben uns trotzdem entschlossen, mit Ihnen einen Gewaltverzicht abzuschließen, d. h. die Verpflichtung zu übernehmen und sie zu ratifizieren. In dem von uns angenommenen Text steht das Wort „ausschließlich“ (mit friedlichen Mitteln). Wir haben keinerlei Ausnahmen vorgesehen. Das ist unsere Antwort auf Ihre innen-

politische Diskussion. Ich betone erneut das Wort „ausschließlich“. Glauben Sie, daß das für uns nur ein Fetzen Papier ist? Das ist es nicht.

Das, was die Bundesregierung durch den Kanzler und den Außenminister hier vorgetragen hat, ist also auch von dem Vertragsschließenden auf der anderen Seite noch einmal deutlich bestätigt worden.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben einige Ihrer Sprecher ihr ganzes Engagement spürbar gemacht, indem sie hier immer vorgetragen haben — sowohl der Kollege Marx wie der Kollege Amrehn —, daß der Einfluß der Sowjetunion auf die Bundesrepublik Deutschland, auch in der Frage des Generalkonsulats in West-Berlin, aber auch der Einfluß der Kommunisten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland durch diese Vertragsabschlüsse gestärkt worden sei. Nun, meine Damen und Herren, ich kann nur noch einmal feststellen, daß das weder für Berlin noch für die Bundesrepublik Deutschland stimmt. Hier spreche ich den Kollegen Barzel an, der sich entschuldigt hat, daß er im Moment nicht hier sein kann; trotzdem möchte ich es noch einmal vortragen. Ich habe schon einmal von dieser Stelle hier mit ihm darüber diskutiert.

Wer von dieser Stelle aus nach Abschluß dieser Verträge erklärt, daß der Einfluß der Sowjetunion durch die Errichtung eines Generalkonsulats in West-Berlin enorm gestärkt worden sei, muß sich die Frage gefallen lassen, ob nicht seine eigenen politischen Vorstellungen, die er am 17. Juni 1966 in Washington und New York vortragen wollte, dies noch vielmehr in die Diskussion werfen könne, als es mit dem Generalkonsulat geschehen sein kann. Der Kollege Barzel wollte damals in Amerika — in seinem Redeentwurf steht es — sagen:

Auf dem Boden eines wiedervereinigten Deutschlands könnte im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems Platz auch für die Truppen der Sowjetunion bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer eine solche Erklärung abgibt, wer eine solche Konzeption hat, der muß sich doch einfach die Frage gefallen lassen, ob die Unterstellung mit dem politischen Einfluß des Generalkonsulats in West-Berlin nicht nur noch eine Begründung sein kann, um das eigene schlechte Gewissen in dieser Frage zu übertönen.

Ich möchte noch mit einem weiteren — so hoffe ich — Mißverständnis, wenn nicht mit einem gefährlichen Beispiel einer Verfälschungsmethode aufräumen. Der Kollege Marx hat gestern ein typisches Beispiel dafür geliefert, mit welcher Methode die Opposition hier vorgeht. Er hat gesagt:

In unserer Großen Anfrage ... haben wir auf die sehr ernste Situation aufmerksam gemacht, die sich aus dem ganz unterschiedlichen Verständnis der Verträge in Moskau und in Bonn ergibt.

Und dann hat er gesagt: entweder sei das „kein DisSENS“ — dann sei es „objektiv falsch“ —, oder es sei

eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit. Und er sagte weiter, es sei eine Zweideutigkeit des Bundesaußenministers.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das Methode wird, dann darf ich Ihnen an dieser Stelle für uns Liberale sagen, daß zusammen mit der jetzigen Opposition auch die Fraktionen der Koalition — und dabei waren die Sozialdemokraten noch viel aktiver als manche anderen, die heute lauthals in dieser Richtung tönen —, dafür gesorgt haben, daß der rote Marxismus aus der DDR nicht in die Bundesrepublik übertragen werden konnte. Aber ich sage Ihnen: Wir werden uns genauso dagegen wehren, daß der schwarze Marxismus aus Kaiserslautern hier politische Grundfesten beziehen kann. Denn, Herr Kollege Marx, was Sie hier mit bewußter Irreführung, mit Unterstellung, mit Zweideutigkeit in Ihrer Rede angesprochen haben, — ist Heuchelei — da haben Sie völlig recht, Herr Kollege Jahn —, ist eine vollkommene Heuchelei. Denn das, was Sie hier angesprochen haben, hat ja die Oppositionsfraktion in ihrer Großen Anfrage gefragt. Sie hat dort im zweiten Absatz der ersten Frage geschrieben:

Wird die Bundesregierung in Verhandlungen mit der sowjetischen und polnischen Regierung diesen Dissens über den wesentlichen Inhalt der Verträge vor der Einleitung des Ratifikationsverfahrens ausräumen?

Die Antwort der Bundesregierung war Ihnen ja früh genug bekannt, so daß Sie hier diese Unterstellung eigentlich gar nicht mehr hätten vornehmen können. Die Bundesregierung hat nämlich geantwortet:

Über die Auslegung der Verträge von Moskau vom 12. August 1970 und von Warschau vom 7. Dezember 1970 besteht zwischen den Vertragspartnern kein Dissens, der die Bundesregierung veranlassen könnte, in erneute Verhandlungen mit der sowjetischen und der polnischen Regierung einzutreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da kommt der zweite Gesichtspunkt, der immer wieder anklingt, indem Sie sagen, was zwischen der Bundesregierung und den westlichen Verbündeten an Vereinbarungen bestehe, sei gar nicht so. Es wird dann immer in Zweifel gezogen. Wenn ich die Erwiderung des Kollegen Barzel auf das, was der Bundeskanzler vorgebracht hat, noch recht in Erinnerung habe, hat er die Dinge auch dabei wieder zweimal in Zweifel gezogen. Ich möchte daher an dieser Stelle noch einmal ein Wort sehr neuen Datums aufgreifen, damit diese Dinge endgültig ausgeräumt werden. Pompidou hat in seiner Abschlußrede beim deutsch-französischen Konsultationstreffen am 11. Februar 1972 in Paris, also vor nicht allzu langer Zeit, folgendes erklärt:

In der Frage der Beziehungen zum Osten haben wir festgestellt, daß es zwischen der Politik der Bundesregierung und der französischen Politik in diesem Bereich einen vollkommenen Gleichklang gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird weder Ihnen hier in diesem Hause noch außerhalb

dieses Hauses möglich sein, uns und unsere Bündnispartner des Westens durch Ihre Argumentation auseinanderzudividieren.

Ich möchte, nachdem ich die Debatte zwei Tage lang aufmerksam verfolgt habe, zu dem, was zum Schluß für mich als Erkenntnis übrigbleibt, sehr deutlich etwas sagen: Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben versucht, die Argumente, die seit vielen Monaten in der Öffentlichkeit bekannt sind, noch einmal zu wiederholen — es ist Ihr gutes Recht, das zu tun —, aber die Argumente sind auch durch ständiges Wiederholen nicht überzeugender und glaubwürdiger geworden.

Wir, Herr Kollege, haben uns bemüht, nicht nur auf Ihre Große Anfrage eine Antwort zu geben, sondern wir haben darüber hinaus die Argumentationen, die für die Begründung der Verträge notwendig sind, noch einmal wie auch in den vergangenen Monaten, und wie es auch im Bundesrat der Fall gewesen ist — da bin ich mit Ihnen einig —, in aller Deutlichkeit vorgebracht. Übrig bleibt eigentlich eines: für uns alle gemeinsam, meine sehr verehrten Damen und Herren, bleibt übrig, uns an die Drucksache zu erinnern, die Grundlage der Beratung dieser letzten Tage gewesen ist. In dieser Drucksache steht auf dem Vorblatt:

#### A. Zielsetzung

Der Vertrag ist ratifizierungsbedürftig . . .

#### B. Lösung

Der Entwurf trägt diesem Erfordernis Rechnung. Er enthält das Vertragsgesetz mit Begründung, den Text des Vertrages in deutscher und russischer Sprache sowie die Texte der dazugehörigen Urkunden (Brief zur deutschen Einheit, Notenwechsel mit den drei Westmächten) und die Denkschrift zum Vertrag nebst Anlagen.

Und jetzt kommen zwei vielleicht auch für die Opposition noch interessante Bemerkungen auf diesem Vorblatt.

#### C. Alternativen

Keine

Das ist in den letzten zwei Tagen noch einmal sehr deutlich geworden.

#### „D. Kosten“

Herr Kollege von Wrangel — auch das ist vom Bundeskanzler und vom Außenminister noch einmal deutlich gemacht worden —: entgegen den ständig erhobenen Unterstellungen innerhalb und außerhalb dieses Hauses:

„Keine“.

All das, was an Unterstellungen in diesem Bereich auch in Zukunft von Ihnen erhoben wird — etwas anderes erwarten wir von Ihnen gar nicht —, wird dadurch nicht glaubwürdiger. Was hier vereinbart worden ist, ist klar und deutlich. Es ist für unser Volk vertretbar, weil es die einzige Chance bietet, Frieden und Zukunftserhaltung für dieses Volk und für diese Nation zu garantieren.

#### Hans Katzer (CDU/CSU):

Herr Präsident,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte noch einige Bemerkungen zu dem machen, was der Herr Kollege Eppler vorhin gesagt hat. Er meinte, es wäre für ihn bedrückend, wenn er die Diskussion über das Selbstbestimmungsrecht verfolge. Er fügte hinzu: Es gibt kein Volk ohne Selbstbestimmungsrecht. Herr Kollege Eppler, ich bin erschrocken über die mögliche Wirkung Ihrer Aussage, denn ich kenne ein Volk ohne praktisches Selbstbestimmungsrecht, nämlich das in Mitteldeutschland. Über diese Position möchte ich Klarheit.

Herr Kollege Eppler, Sie haben als zweites gesagt, durch diesen Vertrag würde keine Kompanie weniger in Deutschland stehen. Allerdings weiß ich nicht, ob Sie das sehr freut, denn wenn ich Ihre bisherige Politik verfolge, so komme ich zu der Meinung, daß Sie sich darüber gefreut hätten, wenn es eine weniger gäbe. So war doch Ihre bisherige Politik im Hinblick auf diese Fragen.

Als drittes, Herr Kollege Eppler, haben Sie gesagt: Stimmt denn eigentlich das noch, was vor vier Jahren in der Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland gesagt worden ist? Stimmt denn das noch, was vor vier Jahren war? Herr Kollege Eppler, ich muß Ihnen leider sagen: Nein, es stimmt nicht mehr mit der Politik der Bundesregierung überein; denn die Bundesregierung, die sich — mit den Stimmen der SPD — noch am 30. Mai 1969 klar und eindeutig für das Selbstbestimmungsrecht ausgesprochen hat, geht heute von dieser Linie ab. Das ist das Ergebnis der Diskussion.

#### Zwischenfrage: Abg. Dr. Eppler (SPD):

Herr Kollege Katzer, wollen Sie in allem Ernst sagen, daß die Deutschen in der DDR kein Selbstbestimmungsrecht hätten, oder sind Sie nicht vielmehr mit mir der Meinung, daß sie dieses Selbstbestimmungsrecht genauso haben wie wir, daß es ihnen nur im Augenblick verwehrt ist?

Aber Herr Kollege Eppler, sie haben praktisch dieses Selbstbestimmungsrecht nicht. Das ist doch der entscheidende Punkt in dieser Diskussion, um den es geht.

Herr Bundeskanzler, Sie haben in Ihrer Zwischenbilanz eine Offerte an die Opposition gerichtet. Herr Außenminister, vielleicht können Sie in Vertretung des Bundeskanzlers diese Fragen aufnehmen. Die Art, wie der Bundeskanzler die Dinge dargestellt hat, war zwar an sich ganz sympathisch, aber die Ermahnungen, die an die Adresse der Opposition gerichtet wurden, waren für mein Empfinden etwas einseitig. Ich meine, wenn der Bundeskanzler diesen oder jenen Kollegen von der Opposition bittet, dieses oder jenes gesprochene Wort zu überdenken, sollte er auch den Mut haben, seine eigenen Fraktionskollegen zu ermahnen, wenn sie hier unsere Fraktion diffamieren, indem sie sie in die Nähe von Deutschnationalen bringen, von denen wir wissen, was für eine unheilvolle Rolle sie gespielt haben.

Ich hätte sehr gewünscht, daß der Herr Bundeskanzler dazu ein klares Wort gefunden hätte — und ebenso zu

dem Zwischenruf, den Sie, Herr Kollege Wehner, sich gestern erlaubt haben und der meines Erachtens über das hinausgeht, was im Parlament statthaft ist.

Ich hätte es sehr gern gesehen, wenn dieser Zwischenruf vom Sportpalast nicht gekommen wäre, der die schmerzliche Erinnerung wachruft für uns alle, für Sie noch mehr als für uns, die wir damals jünger waren; nur darin liegt der Unterschied. Da er gefallen ist, hätte ich es gern gesehen, wenn man ihn hätte korrigieren können.

Der Bundeskanzler hat zu Beginn seiner Ausführungen dann davon gesprochen, man solle in dieser Debatte keine Vermischung von Innen- und Außenpolitik vornehmen. Ganz abgesehen davon, daß das im Gegensatz zu dem steht, was der Herr Außenminister in seiner Rede dargetan hat, der ausdrücklich auf eine Rückwirkung von Innen- und Außenpolitik hingewiesen hat, hat der Herr Bundeskanzler offenbar auch übersehen, daß in dieser Sitzung auch das Thema „Bericht zur Lage der Nation“ ansteht, und dazu gehört selbstverständlich auch die Situation in unserem Deutschland. Herr Kollege Schmidt hat in seiner bemerkenswerten Rede von gestern einen Satz gesagt, der eigentlich zu meiner großen Unbefriedigung von Seiten der Regierungskoalition nicht richtig gewertet wurde, nämlich den Satz, daß er diese Politik zwar aus voller Überzeugung unterstütze, daß dies alles aber eine sehr wesentliche Voraussetzung habe: daß die freiheitlich-demokratische Grundordnung in unserem Lande gefestigt werde.

Das scheint mir in der Tat ein wesentlicher Aspekt zu sein, der in der bisherigen Diskussion noch zu kurz gekommen ist.

Wenn ich das Fazit der bisherigen Diskussion ziehe, dann werden politische Ziele durch die Hoffnung auf einen sich gleichsam automatisch abspielenden zukünftigen Prozeß ersetzt. Die Theorie vom Wandel durch Annäherung, die sogenannte Konvergenztheorie, glaubt, daß sich durch eine Verstärkung der Beziehungen mit den kommunistischen Ländern auch eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ergeben könne, die auf lange Sicht auch zu einer Annäherung der Staaten führe. Ich möchte — ich habe das früher schon getan und möchte das heute nachdrücklich wiederholen — vor dieser These warnen. Gesellschaftsordnungen sind bei aller Anerkennung des Einflusses von Faktoren, die wenig steuerbar sind, wie etwa der technologische Fortschritt, doch im wesentlichen durch bewußte und gewollte Entscheidungen geprägt.

Ludwig Erhard ist das lebendige Symbol für eine so gewollte und bewußte Entscheidung. Das gilt für unsere Ordnung, die ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit, Gerechtigkeit und Gemeinschaftlichkeit erstrebt. Und auch für die Gesellschaftsordnung im anderen Teil unseres Deutschlands gilt, daß sie das Ergebnis einer bewußten und gewollten Entscheidung ist, freilich nur von wenigen. Ich wehre mich also gegen die etwas naive Vermutung, zwei Gesellschaftssysteme würden sich mehr oder weniger von selbst auf einer

dritten Ebene treffen, so wie eine rote und eine blaue Flüssigkeit violett ergeben, wenn man sie nur richtig miteinander mischt.

Wenn wir eine gesellschaftliche Ordnung wollen, so meinen wir mehr Freiheit, mehr Chancengleichheit, mehr Gerechtigkeit für den einzelnen Bürger unseres Landes.

Wir meinen nicht die Gleichheit auf Kosten der Freiheit; darin liegt der Qualitätsunterschied zum System im anderen Teil unseres Vaterlandes.

Diese Besinnung auf die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung in einem objektiven, d. h. wirklichkeitsbezogenen Vergleich der Systeme scheint mir in dieser Stunde not zu tun, denn die Politik der Bundesregierung, die von der These „Wandel durch Annäherung“ ausgeht, trifft zeitlich zusammen mit ersten beachtlichen Erfolgen neomarxistischer Gruppen, die den langen Marsch durch die Institutionen angetreten haben.

Ich möchte hier nicht die Frage eines Ursachen- und Wirkungszusammenhangs untersuchen. Es gibt ja auch andere Länder mit ähnlichen Erscheinungen, die nicht die nationalen Probleme unseres Landes haben. Aber wahr bleibt: unsere gesellschaftliche Ordnung wird nur dann bestehen, wenn alle demokratischen Kräfte die Grundpositionen der freiheitlichen Demokratie anerkennen, ausbauen und stärken. Das scheint mir das, was in dieser Stunde not tut.

Herr Kollege Scheel, wenn ich den Schluß Ihrer Eingangsrede, die ich sehr gut verfolgt habe, lese und wenn ich mir dann Ihre Feststellung vor Augen halte: „Wenn ich heute schon wieder Flugblätter in die Hand gedrückt bekomme, in denen ein größerer Lebensraum für Rumpfdeutschland, wie es heißt, gegen Polen verlangt wird, schaudert mich“ — Herr Bundesaußenminister, verehrter Herr Kollege Scheel, mich schaudert auch, wenn ich das sehe —, dann, entschuldigen Sie bitte höflich, muß ich Ihnen sagen: mir graut noch mehr vor der Einseitigkeit der Betrachtung des Außenministers, der diese Flugblätter von doch lächerlichen Gruppen unseres Volkes als ernst erwähnt und die Realitäten in unseren Betrieben und Hochschulen einfach unausgesprochen läßt. Das scheint mir eine Disparität zu sein.

Wer den offenen Brief von Karl Steinbuch — — Es ist ja hier immer wieder gesagt worden: Gott, die Christlichen Demokraten zitieren mit Vorliebe verstorbene Sozialdemokraten und FDP-Leute. Umgekehrt geschieht es ja auch; ich habe Worte Konrad Adenauers noch nie so oft auf den Lippen der SPD-Kollegen gehört wie in dieser Debatte. Das braucht ja gar nicht schlimm zu sein, das finde ich sehr gut, das finde ich gar nicht schlecht. Aber jetzt zu den Lebenden. Wer den offenen Brief von Karl Steinbuch an den Bundeskanzler gelesen hat — ich bin sehr traurig, daß die Zeit nicht mehr reicht, diesen Aspekt noch zu vertiefen —, der kann doch einfach diese Sorge nicht aus dem

Auge lassen. — — Da wird natürlich sofort von Ihnen, Herr Außenminister, gefragt: Was hat das mit den Verträgen zu tun? Ist das ein ursächlicher Zusammenhang? Ich habe vorhin ausdrücklich betont, daß man den nicht so unbedingt herstellen kann, daß wir aber die zeitliche Gleichmäßigkeit dieser Erscheinungen als Realität — um Ihren Sprachgebrauch aufzunehmen — sehen müssen und daß wir uns darauf einzustellen haben.

Wer diesen Brief gelesen hat und die Entwicklung verfolgt, der kann doch nicht sagen, das seien Erfindungen reaktionärer Kräfte oder was weiß ich. Denn soweit ich weiß, ist Herr Professor Steinbuch einer derjenigen gewesen, der die Wählerinitiative der SPD für diese Bundesregierung mit unterschrieben hat.

Ich würde Herrn Ehmke also empfehlen, wenn er unseren verehrten Herrn Kollegen Simpfendorfer hier zitiert — was mich sehr freut, denn er ist ein alter Freund von mir, und wir sind in unserer Union freiheitlich genug, um jedem seine Meinung gerne zu lassen —, daß er dann bitte auch Herrn Professor Steinbuch mit auf Ihre Linie nimmt und das, was da gesagt ist, sehr ernst in Ihre Diskussion einbezieht.

Ich will die Dinge nicht dramatisieren, aber ich glaube, es ist kein Zweifel daran erlaubt, daß es in der Bundesrepublik in diesem Augenblick, wo wir hier diskutieren, eine zunehmende Zahl von Menschen gibt, die ihre Vorstellungen von der Ordnung unserer Gesellschaft nicht mehr mit den von unserer Verfassung vorgesehenen Mitteln durchsetzen wollen, sondern mit Gewalt und Druck. Wer die Betriebsratswahlen, die Vorbereitungen und das, was sich in den Betrieben alles tut, in diesem Zusammenhang sieht, wer die zunehmende Aktivität kommunistischer Betriebsgruppen verfolgt, der könnte sich eigentlich nur wünschen — das sage ich sehr deutlich an die Adresse der sozialdemokratischen Fraktion —, daß wir bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen, die in den Grundsatzen hier heute dargestellt sind, in dieser Frage zusammenstehen; ich meine das Zusammenstehen der demokratischen Kräfte, wenn es darum geht, die Radikalens von rechts und von links zu bekämpfen und dies als eine gemeinsame Aufgabe ansehen. Wenn es Gewalt statt demokratischer Verfahren heißt, sind alle Demokraten zu einem gemeinsamen klaren Nein aufgerufen. Aber mehr noch als die Methoden dieser Radikalen beunruhigt im Zeitpunkt dieser ostdeutschen Debatte das Ziel dieser radikalen Aktivität, gleicht doch die von diesen Gruppen erstrebte gesellschaftliche Ordnung der kommunistischen Ordnung oft wie ein Ei dem anderen, und hier liegt nach meinem Empfinden die Gefahr der Parallelität dieser innenpolitischen Entwicklung mit der außenpolitischen Öffnung nach dem Osten. Diese Gefahr müssen wir rechtzeitig sehen; ihr müssen, wenn es auf uns ankommt, alle Demokraten gemeinsam rechtzeitig zu begegnen wissen.

**Dr. Carlo Schmid (Frankfurt) (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist kein Vergnügen, am Ende einer Debatte, in der so viele bedeutende Redner gesprochen haben und von beiden Seiten Beachtenswertes gesagt worden ist und ein erstaunliches Ausmaß von Detailkenntnissen entfaltet wurde, noch zu sprechen. Ich komme mir vor wie jemand, der das Schlachtfeld aufzuräumen hat. Auch das hat seine Ehre; nur ist sie ein bißchen melancholischer als anders zu erwerbende.

Nun, ich will nicht — ich kann es auch gar nicht — den bisher vorgebrachten Argumenten neue hinzufügen. Alles Für und Wider ist wohl gesagt worden. Aber vielleicht empfiehlt es sich doch, an einiges zu erinnern, was dazu geführt hat, daß wir heute zu dieser Debatte gezwungen sind. Ich will dabei nicht Kreml-Astrologie entwickeln. Ich will auch keine neuen Zitate bringen. Apropos Zitate: Sie können von jedem von uns, von mir auf jeden Fall, eine Menge Zitate bringen, die anders lauten als das, was ich Ihnen heute zu sagen habe. Denn das Leben ist kein Gang durch freies Feld, die Politik noch weniger. Man kann sein Ziel frei aufstecken und alles tun, um auf das Ziel zuzugehen; aber auf diesem langen Marsch schwemmt einem die Geschichte Treibsand, Gestein und Geröll vor die Füße, das uns zwingt, den geraden Weg zum Ziel nicht für den kürzesten und besten mehr zu halten, sondern für einen Weg, der ins Nichts führen könnte; das veranlaßt uns, mich jedenfalls hat es veranlaßt, gelegentlich um diese Steine herumzugehen, die den Weg zum Ziel versperren, um einen besseren Ansatz zu finden, um das Ziel nun doch nicht zu verfehlen.

In dieser Debatte sind viele Cassandra-Rufe laut geworden. Manche haben wie ein neuer Laokoon die Verträge als das „hölzerne Pferd“ bezeichnet, das die Mauern Trojas aufbrechen sollte. Ich hoffe, es wird sich keine Schlange finden, die diese Laokoone erwürgen wird.

Beim Herrn Kollegen Zimmermann hatte ich den Eindruck, daß er gerade erst vorgestern noch einmal die Schrift des alten Schlieffen über Cannae gelesen hat. Ich bin kein Stratege und kenne mich nicht so gut aus wie er. Aber mir erschien es manchmal doch so, als wäre das eher ein Schlieffen aus einer Offenbachschen Operette, dessen Weisheit er glaubte vortragen zu sollen.

Sehr beeindruckt haben mich die Worte unseres Kollegen Katzer, weil ich weiß, daß seine Worte immer aus einem Fundus kommen, einem moralischen, einem politischen Fundus, daß er ein vaterländischer Mensch ist in allem, was er tut und sagt, mit all dem Willen, zu verantworten, was er sagt und was er will. Herr Kollege Katzer, ich habe Ihre Sorgen auch. Ich sehe mit Schrecken, daß man in Deutschland mancherorts meint, Demokratie sei so etwas wie Libertinage. Eine schlimmere Verkennung der Demokratie gibt es wohl kaum. Demokratie ist eine strenge Angelegenheit. Lesen Sie doch einmal nach, was die Väter des demo-

kratischen Gedankens in dieser Welt über Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk gesagt haben!

Der oberste Grundsatz, den es da gibt, die Freiheit, setzt das Ernstnehmen des Gesetzes, des demokratisch zustande gekommenen Gesetzes, voraus. Es ist die Quintessenz des demokratischen Gedankens, daß dieses Gesetz für alle und gegen alle verwirklicht werden muß. Freilich setzt das voraus, daß man bereit sein muß, eine Reihe von Dingen zu beseitigen, die manchen Katilinariern oder ernst bewegten jungen Leuten als Anlaß und als Vorwand dienen, zu sagen: Mit dieser Demokratie ist nicht zu machen, was gemacht werden muß, damit Menschen wirklich menschenwürdig und in wahrer Freiheit leben können.

Der Mut zu tiefgreifenden Reformen und nicht bloß zu Arabesken und Verzierungen ist die Voraussetzung dafür, daß dieser Anspruch der Demokratie, daß das Gesetz für alle und gegen alle gilt, durchgesetzt werden kann, ohne daß nur Polizeiaktionen daraus werden. Das wollte ich hier noch sagen, und ich glaube, Herr Katzer, Sie geben mir recht in dem, was ich gesagt habe. Bei uns gibt es wohl noch einiges zu tun, um solche Vorwände — nicht nur Vorwände, sondern auch Anlässe — zu beseitigen, sie zumindest gegenstandslos zu machen.

Meine Damen und Herren, ich will zu den Dingen, von denen wir heute handeln, als ein Zeuge sprechen. Ich glaube, daß ich in diesem Hohen Hause der Älteste bin, der sie miterlebt hat und an ihnen unmittelbar beteiligt gewesen ist. Ich kann vielleicht einiges ins Gedächtnis zurückrufen, das weithin vergessen worden ist. Die Menschen sind vergänglich. Das ist ganz gut für den einzelnen; aber die Völker sollten nicht so vergänglich sein wie die einzelnen Menschen.

Zunächst eine Feststellung. Was in Deutschland, auf dem Gebiet Deutschland, an politischen, an staatsbildenden Dingen geschehen ist, ist nicht geschehen, weil es die Deutschen so wollten, weder hier noch auf der anderen Seite, sondern dieses Deutschland war nach dem Kriege zunächst nichts anderes als ein Objekt der Siegerdiplomatie, der Siegerpolitik, auf beiden Seiten. Ich komme gleich noch darauf, daß die verschiedenen Sieger dies auf verschiedene Weise gehandelt haben. Aber im Grundansatz waren wir Objekt der Machtpolitik der Sieger. Das hatte bestimmte Ursachen. Es gab gute Gründe dafür — um es gleich zu sagen. Sie hatten ja von einem Groß-Deutschland einiges Bittere erlebt. Wenn es auch ein pervertiertes Deutschland gewesen ist, so konnten sie doch immerhin argumentieren: Diese Deutschen haben sich diese Perversion ihres Wesens gefallen lassen.

Halten Sie mich nicht für einen Pharisäer. Ich bin kein Widerstandskämpfer in dem Sinne gewesen, in dem das Wort allein einen Sinn hat. Ich bin nicht eingekerkert worden. Ich habe den Galgen nur sehr am Rande riskiert.

Man hatte kein Vertrauen mehr in die Friedensliebe des deutschen Volkes und glaubte, man müsse es nach dem Krieg in einen Zustand versetzen, der es ihm

unmöglich mache, der Welt wieder Schaden zuzufügen wie bisher. Das war der Ausgangspunkt für alle Sieger, im Osten wie im Westen.

So hat man sich überlegt, wie man das machen sollte: zunächst einmal sollte Deutschland militärisch nicht-existent werden; dann sollte es politisch so eingerichtet werden, daß es nicht mehr einen einheitlichen Willen fassen kann, der imstande sein könnte, Unheil über die Welt zu bringen, und schließlich sollte ihm ökonomisch, d. h. industriell, die Möglichkeit genommen werden, wieder die schrecklichen Waffen herzustellen, die die Welt beunruhigt haben.

Das Politische, das man uns antun wollte, war ganz radikal gedacht. In Teheran, Yalta usw. meinte man — man sollte diese Papiere manchmal nachlesen —, daß das, was von diesem Deutschland blieb, auf 50 Jahre außerstande bleiben sollte, eigene Politik zu machen. Es sollte — 50 Jahre lang — unter der Vormundschaft eines Kontrollrates stehen, in dem die Siegermächte säßen. Dann könne man vielleicht sehen, was man mit ihm anfangen werde. In der Zwischenzeit sollte es eine deutsche Verwaltung geben, an deren Spitze Staatssekretäre unter der Botmäßigkeit des Kontrollrates stehen sollten. Das waren die Absichten.

Was ist daraus geworden? Was konnte daraus werden? Der Rechtsgrund, auf den sich die Sieger beriefen, um so zu handeln, ist ein uraltes Institut des Völkerrechts. Sie können das bei Hugo Grotius nachlesen. Es steht auch in den Völkerrechtslehrbüchern der neuen Zeit. Es ist das Institut der *Debellatio*, nach dem nach einem Kriege, bei dem der Feind den Widerstand aufgegeben hat, weil er außerstande ist, sich zu wehren, oder nicht mehr willens ist, sich bis zum letzten zu wehren, der Sieger mit dem Land verfahren kann, wie es seinem Interesse entspricht. Das ist bitter und grausam und übersieht völlig, was man die Menschenrechte nennt und was Selbstbestimmung ist. Aber das Völkerrecht ist ja keine weiche Angelegenheit, sondern trägt den Realitäten Rechnung, auch der Realität des Krieges, der *Ultima ratio regum*, wie man den Krieg nannte.

So hat man zunächst einmal dieses Deutschland in eine Reihe von Staaten zerreißen wollen. Das hat man aufgegeben. Weitgehend war es Stalin, der sich dagegen gestellt hat mit dem bekannten Wort, das deutsche Volk werde weiter bestehen. Er hat das nicht um unserer blauen Augen willen gesagt, sondern weil er geglaubt hat, daß die sowjetische Idee, wenn sie sich einmal in einem Teil Deutschlands festgesetzt habe und dieser Teil Deutschlands ein Teil des größeren einheitlichen Deutschlands geworden sei, sich mit den dahinterstehenden Machtansprüchen in dem ganzen Deutschland durchsetzen werde. Das war ohne Frage sein Wille. Aber er kam nur zum Teil durch.

Mit der Zentralverwaltung Deutschlands und deutschen Staatssekretariaten unter Kontrollratsaufsicht wurde es nichts, weil sich die Franzosen dagegen gewehrt

haben, auch nicht um unserer blauen Augen willen, sondern weil sie der Meinung waren, ein Deutschland in der Form des deutschen Bundes von 1815 sei für sie, sei für Europa und sei für die Welt besser als ein Deutschland im Stil des 19. Jahrhunderts oder des beginnenden 20. Jahrhunderts. So ist das gewesen, und das sollten wir nicht vergessen.

Die Alliierten gingen aber weiter. Sie haben auch den geographischen Raum bestimmt, innerhalb dessen sich die Dinge, die auf Deutschland Bezug haben, vollziehen können. Nach den Potsdamer Beschlüssen ging Ostpreußen an Rußland, das Land östlich von Oder und Neiße wurde, wie es hieß, unter polnische Verwaltung gestellt. Diese Teile Deutschlands wurden nicht dem Kontrollrat unterstellt, sondern nur das Deutschland abzüglich dieser Teile. Es war von vornherein klar, daß „Deutschland“ im Zukunftssinne nur sein sollte, was sich innerhalb der Grenzen, die durch das Potsdamer Abkommen festgelegt wurden, befand.

Nun können Sie sagen: Das ist ein Vertrag unter Dritten, *res inter alios acta*. Das ist richtig. Aber leider Gottes gilt der Vertragscharakter nur für das Verhältnis zwischen den Siegern, die dieses Abkommen geschlossen und angenommen haben. Uns gegenüber ist es ein Akt hoher Hand, ein Akt der Sieger auf der Grundlage des Instituts der *Debellatio*. Das ist eine bittere Sache. Aber wir sollten den Versuch machen, die Dinge zu sehen, wie sie sind.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Gradl (CDU/CSU):

Herr Kollege Professor Schmid, bei Ihren geschichtlichen Betrachtungen möchte ich Sie fragen, ob Sie in Ihre Bewertung der Nachkriegssituation und des Potsdamer Abkommens in bezug auf die Beschreibung des deutschen Gebiets, mit dem man vielleicht in Zukunft zu rechnen haben würde, nicht einbeziehen wollen, daß 1. die endgültige Grenzregelung tatsächlich einem Friedensvertrag überlassen worden ist und daß 2. die westlichen Alliierten — was mir in diesem Zusammenhang wesentlich erscheint — einen sehr exakten Unterschied gemacht haben in ihrem Verhalten zu dem Teil Ostdeutschlands, der der Sowjetunion zugewiesen worden ist, nämlich dem nördlichen Ostpreußen, und den anderen Teilen Ostdeutschlands. Erinnern Sie sich, daß die westlichen Alliierten in dem Potsdamer Abkommen ausdrücklich gesagt haben, daß sie bei einem Friedensvertrag die Überweisung des nördlichen Ostpreußens an die Sowjetunion unterstützen würden, daß sie es aber abgelehnt haben, dies auch für das ganze übrige Ostdeutschland zu sagen?

Herr Kollege Gradl, was Sie sagen, ist eine halbe Wahrheit und nicht die ganze Wahrheit. Es ist völlig richtig, daß man einen Unterschied zwischen Ostpreußen, das an Rußland kam, und den Polen zugedachten Gebieten gemacht hat. Wenn Sie aber die Papiere und die Memoiren der Beteiligten lesen, werden Sie feststellen, daß die Regelung durch den Friedensvertrag nur den Sinn haben sollte, die Adjudikation vorzunehmen, d. h. gewissermaßen die grundbuchmäßige Eintragung. Keiner war der Meinung, daß dieses Gebiet irgendwann einmal an Deutschland zurückgegeben werden könnte. Sogar der Gutwilligste dieser Leute, Präsident Truman, schreibt dies in seinen

Memoiren. Ich glaube, es besteht kaum ein Grund, daran zu zweifeln, daß es so gemeint gewesen ist.

Zwischenfrage: Abg. Czaja (CDU/CSU):

Könnten Sie in diesem Zusammenhang, Herr Professor Schmid, aber bestätigen, daß der amerikanische Außenminister Byrnes in seinem Buch „Offen gesagt“ über diese Konferenz wörtlich schreibt:

Während der Diskussion über die polnischen Ansprüche und die Frage der Anerkennung der polnischen Verwaltung dieses Gebiets während der Besetzung wiederholte der amerikanische Präsident immer wieder, daß keine territorialen Veränderungen vor der Friedenskonferenz vorgenommen werden sollen und dürfen.

Und können Sie unterstützen, was er weiter sagt:

Angesichts dieser Vorgänge ist es schwer, jemandem guten Willen zuzugestehen, der behauptet, die polnische Westgrenze sei auf der Konferenz festgelegt, oder ein Versprechen über die Art der künftigen Grenzziehung sei gegeben worden.

Ich würde mich freuen, Herr Czaja, wenn die Mächte sich so verhalten hätten. Sie haben sich aber nicht so verhalten, sondern sie haben die Grenzziehung des Potsdamer Abkommens ihrer praktischen Politik unterlegt, bis zum heutigen Tage. Das bedauere ich sehr — glauben Sie mir das. Mir ist es eine schmerzliche Sache, mir vorzustellen, daß Immanuel Kant aus Kaliningrad sein soll und Jakob Böhme kein Deutscher, und Eichendorff aus Wrocław sein soll; das ist mir sehr schmerzlich, glauben Sie mir das. Aber einige Lebenserfahrung und einiges Studium der Geschichte haben mich gelehrt, daß die Geschichte gelegentlich mit einer schweren Axt in die Wunschbilder der Menschen und in die Rechte der Menschen hineinhaut und dem einen zuteilt, was den anderen Leiden schafft. Das gehört mit in das Tragische der Geschichte. Es ist eines ihrer essentiellen Merkmale, daß die Dinge in ihrem Bereich nicht im Sinne der Vernunft zugehen, auch nicht im Sinne der Hegelschen Vernunft mit der berühmten List der Idee.

Die vier Besatzungszonen — ich sagte es schon — wurden der Obergewalt des Kontrollrats unterstellt; Ostpreußen, Oder-Neiße-Linie nicht. Alles, was Deutschland staatlich betreffen sollte, wurde in diesen Rahmen eingezwängt.

Die Geschichte ging weiter. Die Frage war, was nun geschehen sollte. Im Osten hat die Besatzungsmacht sich sofort daran gemacht, ihr Gebiet nicht nur zu besetzen, sondern in Besitz zu nehmen und daraus etwas zu machen, was eine Verlängerung ihrer eigenen politischen Welt werden sollte. Kein Zweifel, daß das nicht die Absicht der Sieger insgesamt gewesen ist; daran haben sie nicht gedacht; sie hielten die Sowjetunion für saturiert. Ich werde den amerikanischen General nicht vergessen, der mir damals, im Jahre 1946, sagte: „Wenn sie so weitermachen, werden sie von uns etwas erleben! Die Russen sind ja schließlich unsere Verbündeten und sind Demokraten.“ So hat man damals gedacht — vergessen wir das nicht. Damit mußten wir leben. Manche haben sich darum ins Abseits begeben, in ihren Garten oder ihre Trümmerstadt. Andere haben das Geschirr in die Hand genommen und haben

sich, obwohl sie wußten, wie die Sieger dachten, darum bemüht, aus ihnen und mit ihnen noch das Beste, jedenfalls ein Besseres für unser Volk zu machen.

Dann kam der erste Einbruch in diese Welt, der Marshallplan, ohne den wir ohne jeden Zweifel verhungert wären. Aber seien wir uns klar darüber — das ist kein Vorwurf, denn Geschichte und Politik bestehen nun einmal darin, daß man nach seinen Interessen handelt —, daß die Amerikaner das in ihrem Interesse gemacht haben, weil sie wußten, daß, wenn in diesem Lande das Chaos ausbricht, sie letztlich als Feuerwehr würden gerufen werden müssen und daß sie dann auf einen Brandstifter stoßen würden, was sie nicht wollten. Ich werde nicht vergessen, wie mir ein amerikanischer Beamter damals sagte: „Unsere Lebensmittellieferungen für die Deutschen werden bei uns nach dem Etattitel abgerechnet: Ausgaben, um zu verhindern, daß die Besatzungsarmee von ansteckenden Krankheiten befallen wird.“ Das ist das berühmte Disease-Kapitel.

In der Ostzone hat sich der Sieger nicht so menschlich verhalten. Ich brauche das nicht näher auszuführen. Doch durch den für uns so wohlthätigen Marshallplan, der von der östlichen Seite abgelehnt wurde, ist eine Dualisierung Europas und damit auch Deutschlands erfolgt.

Wie verhielt man sich nun gegenüber dem, was weiter kommen sollte? Die Alliierten, die westlichen Alliierten, die westlichen Sieger bewiesen schließlich — auch hier erzähle ich aus meinem eigenen Leben —, daß es schon sehr, sehr schwierig ist, sein eigenes Land zu regieren und praktisch unmöglich, daneben noch ein fremdes Land zu regieren und die Verantwortung dafür zu tragen. Und so meinten sie, es sei gut, die drei Westzonen, die zu ihrer Verfügung standen, dazu zu bringen, einen eigenen Staat zu bilden, einen westdeutschen Staat mit allem, was zu den Staatsattributen gehört.

Nun, wie verhielten wir Deutsche uns dazu? Es ist vielleicht der Mühe wert, noch einmal durchgegangen zu werden. Die einen Deutschen sagten: Gott sei Dank! Bilden wir doch ein Staatsgefüge, so fest wie möglich, so staatlich wie möglich! — Das waren nicht nur CDU-Leute. Ernst Reuter in Berlin dachte genauso, und mein Freund Wilhelm Kaisen dachte auch so. Andere dachten anders. Man dachte — ich spreche jetzt von den Leuten mit dem „festen Staatsgefüge“ —, das würde eine magnetische Wirkung auf den übrigen Teil Deutschlands ausüben und letztlich einen Zustand bei der Bevölkering in der Zone schaffen, dem gegenüber die Russen nicht imstande sein würden, sich durchzusetzen.

Andere — dazu habe ich gehört — waren der Meinung, das sei nicht der beste Weg. Ich war der Meinung — und andere meiner Freunde waren es auch —: Je mehr Festes wir hier im Westen schaffen, desto mehr Festes wird drüben geschaffen werden, und je mehr man auf beiden Seiten feste Dinge schafft, desto

tiefer und desto breiter wird der Graben, desto schwerer wird es werden, zusammenzukommen. Ich war so vermessen, damals in einer Rede zu sagen: Unsere Chance ist das Ungeklärte der Dinge in Deutschland; das gibt die Möglichkeit, das Eis am Treiben zu halten — ohne daß wir wissen könnten, wozu das führen wird; aber es ist die einzige Chance, auf diese Weise die deutsche Frage als eine innerdeutsche Frage unter Deutschen regeln zu können. Deswegen haben wir uns dagegen gewandt, daß man aus diesem Drei-Zonen-Land einen richtigen Staat macht, waren wir für das Provisorium, für ein Gebilde des Übergangs. Schade, daß Herr Kiesinger nicht da ist: auch ich habe dieses Wort „Gebilde“ gebraucht, allerdings für unseren westlichen Teil Deutschlands, ein Gebilde des Übergangs, in dem viele Dinge, entscheidende Dinge offenbleiben. Wir wußten genau, daß wir damit manches für die deutsche Bevölkerung erschwerten. Aber wir haben damals gedacht: Vielleicht lohnt es sich, ist es erlaubt und notwendig, gegen das Linsengericht eines Besser-Leben-Könnens das Erstgeburtsrecht der Einheit zu wahren, indem man die Chancen, es erreichen zu können, nicht mindert oder preisgibt.

Die Präambel des Grundgesetzes trägt diesen Dingen Rechnung; sie spricht davon, die Einheit herzustellen, den nationalen Bestand zu erhalten, die Wiedervereinigung zu betreiben, sei uns aufgegeben.

Was dachten wir damals? Es ist ganz gut, wenn man sich das überlegt. Ich war mit allen meinen Kollegen — ohne Unterschied der Partei — der Meinung: in einigen Jahren werden wir es geschafft haben, daß wir uns durchsetzen gegenüber dem, was im Osten herrscht; daß es sich der Osten nicht mehr leisten können, die Politik zu betreiben, die er jetzt betreibt, denn die Deutschen drüben werden es ihm nicht erlauben, sie werden sich dagegenstellen, aktiv dagegenstellen. Ich war der Meinung: zur Wiedervereinigung kommen wir in einigen Jahren dadurch, daß die Russen einsehen, daß es keinen Sinn mehr habe, sich so zu verhalten, wie sie es tun; die Übermacht des Westens, auch die militärische, das Monopol der Atombombe der Amerikaner werde sie schließlich weicklopfen. Dann würden sie einsehen, daß es auch für sie vorteilhafter sei, es den Deutschen allein zu überlassen, zu bestimmen, wie sie politisch leben wollen. Das war ein Irrtum. Der Sputnik und auch noch einiges andere, das sich ereignete, hat diese Illusion beseitigt.

Es kam dann über roll-back und containment dazu, daß der Bundesrepublik angeboten wurde, sich in den werdenden atlantisch-europäischen Block einzementieren zu lassen. Damals habe ich mich dagegen gewehrt. In meiner ersten Rede in Straßburg im Jahre 1950, die ich nach Churchill gehalten habe, habe ich gesagt, warum: wenn wir das halbe Deutschland in einen Militärblock einzementieren, den die Sowjetunion als feindlich gegen sich gerichtet betrachtet, dann werden wir niemals von den Sowjets das Einverständnis bekommen, daß es in Deutschland zu gesamtdeutschen freien Wahlen kommt.

Das waren die Gedanken, aus denen heraus sich meine Freunde gegen gewisse europäische Vorhaben

gewandt haben — nicht weil sie nicht europäisch sind; ich glaube, keiner von uns wird sich vorhalten lassen müssen, daß er gegen Europa sei.

Deswegen haben wir der Montanunion widersprochen. Deswegen haben wir auch den Remilitarisierungsplänen widersprochen, nicht weil wir gegen die Landesverteidigung gewesen wären, sondern weil wir der Meinung waren: je mehr wir uns als halbes Deutschland „atlantisch“ verfestigen, desto weniger werden wir das ganze Deutschland bekommen. Ich vergesse nicht den Zuruf, den mir in Straßburg ein von mir hochgeschätzter dänischer sozialdemokratischer Abgeordneter gemacht hat: Lieber Herr Schmid, wir haben lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb! So dachten die Menschen, so dachten sie noch weithin, und ich habe mir diese Dinge gemerkt und habe mich danach verhalten.

Eine Zeitlang waren wir noch der Meinung, es sei vielleicht doch noch möglich, mit dem Gedanken „Die Deutschen machen es allein“ voranzukommen. Es gab Versuche unsererseits. Ich habe hier von diesem Platz aus den Deutschland-Plan der SPD vertreten, von dem Gedanken ausgehend, von unten her den Versuch zu machen, gemeinsame Institutionen zu schaffen, um dann schließlich am Ende weiterzukommen. Auch das hat sich als unmöglich erwiesen. Es kam zu einer Reihe von Verfestigungen, und schließlich wurde der Weg dadurch blockiert, daß die damalige Bundesregierung erklärte: Wir verlangen auf jeden Fall, daß auch ein wiedervereinigtes Deutschland die freie Wahl seiner Bündnisse habe, es also wählen könne zwischen der NATO, Europa usw.

Da war es mir klar: Wenn das der Standpunkt der Regierung ist und sich dieser Gedanke durchsetzt, ist es aus mit der Hoffnung, daß die Russen je einmal bereit sein könnten, zuzustimmen, daß sich die Deutschen im Wege einer Volksabstimmung zu einem Staate zusammenschließen, der eine eigene Politik mit dieser Eventualität macht.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Gradl (CDU/CSU):

Herr Kollege Professor Schmid, darf ich aber auch daran erinnern, daß die Bundesregierungen, die diesen Standpunkt eingenommen haben, zugleich stets deutlich gemacht haben, daß ein wiedervereinigtes Deutschland fest eingefügt sein soll in ein europäisches — nicht westeuropäisches, sondern europäisches — Sicherheitssystem auf der Basis einer europäischen Friedensordnung? Stimmen Sie mir auch zu, daß damit immer gemeint war, auch von den vier Siegermächten z. B. bei Ihrer letzten Gipfelkonferenz 1955, daß dies selbstverständlich in sich schloß, daß dieses geeinte, für sich verfügbare Deutschland in militärischer Hinsicht natürlich Beschränkungen erfahren würde?

Das ist richtig. Nur waren eben diese Zusicherungen den Sowjets — oder sagen wir lieber auf gut deutsch: den Russen — nicht genug. Sie fanden, daß reale Pfänder für sie nützlicher wären als verbale Pfänder. Das war ihr Standpunkt. Ich billige ihn nicht, aber das war ihr Standpunkt, und damit mußte man rechnen, und somit mußte man seine Politik so einrichten, daß man diese Hürde hätte überspringen können — was schwer genug sein würde; das wußte jeder von uns.

Nun, es kam dann zu den Westverträgen, die, von heute aus gesehen, ohne jede Frage die Grundlage jeder möglichen deutschen Politik sind. Das bedeutet nicht, daß ich der Meinung wäre, unsere Art zu denken sei damals verkehrt gewesen. Sie entsprach damals den Verhältnissen und den Aussichten, die zu haben man auch von der politischen Vernunft her ein Recht hatte anzunehmen.

Es kam zur Reise nach Moskau und zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Sowjets. — Gestatten Sie mir, dazu etwas vorzulesen. Herr Präsident, ich bitte, zitieren zu dürfen. Ich habe damals sehr sorgfältig mitstenographiert, was dort gesprochen wurde —, und ich habe aus dem, was in meinem Block steht, auch einiges drucken lassen, so z. B. in der Zeitung „Die Zeit“, aus der ich mit Erlaubnis des Präsidenten vorlesen will:

Zwar haben die sowjetischen Unterhändler die Verpflichtung der Vier Mächte anerkannt, das Ihre für die Wiedervereinigung Deutschlands zu tun. Sie haben auch erklärt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands ihnen nach wie vor als eine weltpolitische Notwendigkeit erscheint. Aber ehe die Vier Mächte etwas tun könnten, müsse eine gesamtdeutsche Vorstellung von den Methoden und Inhalten einer Wiedervereinigungspolitik geschaffen werden, was offenbar nur im Wege einer Vereinbarung zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR geschehen könne.

Und weiter:

Von besonderer Wichtigkeit war die wiederholte Erklärung der Sowjetdelegierten, daß zur Zeit die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands für die Sowjetunion nicht aktuell sei. Durch die Pariser Verträge solle ein wiedervereinigtes Deutschland ja Bestandteil des atlantischen Blockes werden. Diesen Block betrachtet die Sowjetregierung als gegen sie gerichtet. Die Wiedervereinigung Deutschlands zu fördern würde darauf hinauslaufen, eine der Sowjetunion gegenüber feindlich eingestellte Mächtegruppe zu stärken. Das könne die Sowjetregierung mit den Pflichten nicht vereinbaren, die sie ihren Völkern gegenüber habe. Zwar fordere man von der Bundesregierung nicht, daß sie aus den Verträgen aussteige. Das würde einem Ultimatum gleichkommen, und die Sowjetregierung stelle keine Ultimaten. Aber die Deutschen sollten sich nicht wundern, daß die Sowjetregierung die durch die Pariser Verträge geschaffene Lage in ihre politische Rechnung einstelle.

So hieß es klipp und klar auf dieser Konferenz, und der Briefwechsel Bulganin/Adenauer ist vor diesem Hintergrund zu beurteilen.

Und im übrigen: man hat viel von „Dissens“ gesprochen. Wenn es einen Dissens gibt, so den zwischen den Empfängern und den Schreibern dieses Briefes. Beide sprachen von Wiedervereinigung, aber jeder stellte sich darunter das Gegenteil dessen vor, was der andere meinte. Es war ein versteckter Dissens, und der ist schlimmer als ein offener Dissens, wo man weiß, daß der andere anderes meint als man selber.

Damit, in diesem Stadium, war ein Einschnitt erreicht, ein doppelter Einschnitt. Einmal gab es Beziehungen diplomatischer Art zur Sowjetunion, zum andern wurde es einer Reihe von Leuten klar — auch mir wurde es klar —, daß damit die Phase einer Politik des „Deutsche an einen Tisch“ — nicht im Sinne Ulbrichts, sondern in einem elementaren menschlichen Sinne — vorbei ist, daß damit das Problem Wiedervereinigung zu einem Problem einer mit diplomatischen Methoden geführten Politik von Staat zu Staat geworden ist. Mit dieser Erkenntnis mußte man den Westen so stark wie möglich machen, weil nur damit eine Verhandlungsbasis mit Aussicht auf Erfolg möglich war. Auf dem Wege einer normalen Außenpolitik von Macht zu Macht mußte versucht werden, eine Ordnung zu schaffen, vor allem in Europa, die dem Frieden Chancen gab und über bloß militärische Sicherheit die Möglichkeit von Kooperation zwischen den Beteiligten schuf. Seitdem konnte nur eine Politik enger Bündnisse mit dem Westen deutsche Politik sein; denn die eine Chance, die es einmal gegeben haben mag, bestand nicht mehr. Da mußte man — „αναβασις εις αλλον γενοσ“ — zu einer anderen Art, zu einem anderen Denkansatz übergehen. Anders ging es nicht mehr.

Das kam zum Ausdruck in der großen Rede, die ich mich nicht scheue, eine historische Rede zu nennen, die Herbert Wehner 1960 hier gehalten hat. Man sollte das nicht, wie es manchmal geschieht, in hämischem Triumphgeschrei als ein Unterkriechen Herbert Wehners, der Sozialdemokraten unter die Glocke Adenauerscher Politik bezeichnen. Nein, das war ein Akt staatsmännischen Sichbesinnens: eine Möglichkeit bestand nicht mehr, nun, dann muß man eben aus dem, was noch an Möglichkeiten verbleibt, versuchen, das Beste zu machen.

Dann änderte sich auch die politische Weltlage. Neben das Wort von der Abschreckung — das geblieben ist und bleiben muß — trat nunmehr das Wort von der Entspannung in den Vordergrund, ein Wort, mit dem man noch lange wird umgehen müssen. Beides steht jetzt pari passu auf dem Kalendarium einer jeglichen Politik europäischer Mächte. Das bedeutete, daß man dem kalten Krieg eine Absage erteilte, daß man sich nicht mehr ausschließlich in Kategorien militärischer Art bewegen wollte. Das bedeutete aber auch die Absage an die Illusion, das Rechte würde sich von selbst einstellen. Diese Illusion gab es ja auch und gibt es gelegentlich noch.

Der Westen mußte gestärkt werden, und die Politik der Bundesregierung, ihre „Ostpolitik“ verfolgt nicht zum mindestens auch den Zweck, die Position des Westens zu stärken, sie von gewissen Hypothesen zu befreien, unter denen seine politische Freizügigkeit bisher gelitten hat, Schranken aufzureißen, die immer wieder den Blick fixierten und es fast unmöglich machten, an anderes zu denken als an Abschreckung. Dieser Abbau der Sperrn gegenüber dem Osten, die Aufnahme eines „commercium“ mit dem Osten — ich meine das nicht kommerziell — ist etwas, das nicht den Westen schwächt, sondern die politischen Möglichkeiten des Westens stärkt und mehrt. Das sind keine Wunschbilder, sondern das ist Realpolitik.

Wenn hier nun gesagt wird, Sie meinten das auch, aber Sie seien für das Liegenlassen, seien für das Warten: Es gibt einen berühmten Fall in der preußischen Geschichte, wo das Warten, das Liegenlassen wirklich zu etwas Gutem geführt hat. Das war, als Friedrich der Große im Siebenjährigen Krieg mal hart geschlagen worden war. Da zog er seine Armee in das Lager von Bunzelwitz zurück und wartete. Da geschah es, daß die Kaiserin Elisabeth von Rußland, seine Hauptfeindin, starb. Zar wurde ein junger Mann, der viel Freude am Soldatenspiel mit preußischen Zinnsoldaten hatte. Rußland schwenkte um.

Ich glaube aber, das Lager von Bunzelwitz gehört zu den Dingen in der Geschichte, die sich nicht wiederholen, auch nicht auf dem Felde der Diplomatie. Ich halte nichts von dieser These des Zuwartens um jeden Preis. Natürlich kann es richtig sein, zu warten. Wenn ich meine Reden aus den Jahren 1952, 1953 und 1954 durchlese, finde ich dort viele Bemerkungen, in denen ich die damalige Bundesregierung aufforderte, mit ihren Vorhaben doch noch zuzuwarten, bis wir mit der Wiedervereinigung weiter seien, bis wir Europa das ganze Deutschland zuführen könnten. Das waren ähnliche Argumente wie die, die Sie jetzt gebrauchen. Ich habe, als ich diese Reden aus der damaligen Zeit las, überhaupt festgestellt, daß ein merkwürdiges Phänomen besteht: Oppositionen operieren immer mit ähnlichen Kriterien, Denkkategorien und Topoi, ob sie nun da sitzen oder dort. Das scheint zum Menschen zu gehören, und vielleicht hängt es auch mit der politischen Dialektik zusammen.

Aber eine alte Geschichte möchte ich hier nun doch ins Gedächtnis zurückrufen. Es ist die Geschichte von den Sibyllinischen Büchern. Sie kennen sie sicher noch aus Ihrer Schulzeit. Man sagt: So nicht – ich bekomme es billiger – wenn ich warte. Man wartet, die Lage bleibt. Dann ruft die Sibylle wieder – aber dann kosten ihre Bücher schon das Doppelte. Man sagte wieder nein – da kosteten die Bücher schon das Zehnfache ... Dies ist es, was ich fürchte: Wenn man bestimmte Augenblicke verpaßt – der Zipfel des Mantels ist oft zitiert worden – dann kann es einem passieren, dann wird es sogar wahrscheinlich – je nachdem, wie die Machtverhältnisse liegen –, passieren, daß das, was man gestern zum harten Preis von 100 haben konnte, übermorgen 10 000 kosten wird.

Was auf die veränderte Haltung der Mächte gewirkt hat, ist eine Reihe von politischen Ereignissen in der Welt: der Konflikt im Vorderen Orient, das Wiederaufleben der chinesischen Weltmacht und anderes noch, aber auch gewisse Ermüdungsprozesse in den Reihen der Völker selbst. Wir dürfen doch nicht übersehen, daß Völker müde werden können, eine politische Spannung auszuhalten, die oft auf Leben und Tod, auf Biegen und Brechen geht. Ich meine damit die Völker unserer Verbündeten. Es sind tapfere Völker – sie haben es bewiesen –, aber auch sie können müde werden. Manchmal hört man drüben in Frankreich das Wort von den querelles allemandes, von den Streitereien der Deutschen, um derentwillen man doch nicht in Kriege verstrickt werden wolle. So verkehrt es ist, so zu denken, so natürlich ist es, daß in den Völ-

kern gelegentlich so gedacht wird. Jedenfalls ist diese Ermüdung in der öffentlichen Weltmeinung im Hinblick auf die – wie man sagt – Spannungsherde in Deutschland eine Tatsache, die man nicht übersehen kann.

Wie müde die Völker sind, kann man doch daran sehen, daß kein Volk einen Finger gerührt hat, als im Jahre 1956 das Verbrechen Ungarn gegenüber geschehen ist. Ich muß gestehen, daß mich das auf das tiefste enttäuscht und ernüchtert hat. Man hat sich, statt Ungarn beizustehen, um die Öffnung des Suezkanals gestritten und dort einen Krieg riskiert!

Schließlich muß man auch dies erkennen: Je stärker der Westen wird, desto eher wird es uns möglich, uns um die Öffnung der Schlagbäume im Osten zu bemühen – und je mehr wir die Schlagbäume im Osten gegenstandslos machen, um so stärker wird die Handlungsfreiheit des Westens werden.

Letztlich hat auch der Bundeskanzler Adenauer am 15. Dezember 1954 gesagt – er war gar nicht so starrköpfig, wie man oft glaubt –: Nur im Wege einer allgemeinen Entspannung zwischen Ost und West sei die Wiedervereinigung möglich. Das setzte voraus, daß man etwas für diese Entspannung tat. Unser Kollege Kiesinger hat als Bundeskanzler im Jahre 1968 davon gesprochen, man müsse eine Politik betreiben, die zur Aufhellung der Lage führe. Aufhellen kann man eine Feindlage nur, wenn man Erkundungen vornimmt. Freilich darf es nicht beim Erkunden bleiben. Man muß dann mehr tun als nur erkunden. Man muß dann Situationen zu bereinigen versuchen. Sonst war alles in Wasser geschrieben.

Man muß Hürden abbauen wollen, Hürden, die Realitäten mit einem mächtigen emotionalen Fundament sind. Auch Emotionen können Realitäten sein, insbesondere, wenn sie an geschichtliche Fakten anknüpfen können. Vergessen wir nicht: Polen ist ja schon mehrmals geteilt worden. Das hat sich den Menschen eingepreßt. Sie wollen dem nicht wieder zum Opfer fallen.

Ich glaube, daß es eine gute Sache war, daß die Bundesregierung aus eigenem Entschluß in Abstimmung mit ihren Verbündeten diesen Gang nach Osten getan hat, nicht, um Deutschland preiszugeben, um etwas aufzugeben, was wir hatten, sondern um nach dem Gebot zu handeln, das die Stunde der Wahrheit uns gestellt hat.

Wenn geklagt wurde, wir hätten uns durch Anerkennung zweier deutscher Staaten Wege verbaut, – meine Damen und Herren, mit der Anerkennung von Staaten ist es so, daß, wer ein „politisches Gebilde“ als Staat anerkennt, damit nicht anerkennt, daß Recht ist, was darin geschieht. Es wird damit nur gesagt: Wir sind bereit, mit dir in Rechtsbeziehungen zu treten und mit dir politisch zu verhandeln.

Das bedeutet die Anerkennung eines Staates und die Anerkennung einer Regierung.

Nun ist es doch so – Sie können es in jedem Staatsrechtslehrbuch nachlesen –, daß ein Staat dort vorliegt, wo eine Zentralgewalt besteht, wo ein Staatsvolk besteht, das dieser Zentralgewalt gehorcht, und Grenzen da sind, die diese Zentralgewalt zu beherrschen

vermag. Das sind die Voraussetzungen für das Bestehen eines Staates. Wenn wir dem Rechnung tragen und erklären: Wir wollen mit dir ein Verhältnis haben, das uns erlaubt, direkt zu verhandeln und mit dir Verträge zu schließen, das es dir ermöglicht, Adressat von Völkerrechtsnormen zu sein – so heißt der technische Ausdruck in den Lehrbüchern –, dann tun wir doch eigentlich nur das, was uns nützen kann. Damit verschwören wir doch nichts, damit verschweigen wir doch nichts, damit geben wir doch nichts auf, was wir haben.

Freilich kann man sich natürlich auch in der Politik verhalten wollen wie jener edle Ritter von La Mancha, Don Quichotte genannt, der meinte, gegen Windmühlen anreiten zu müssen, weil er sie für Riesen hielt. Sicherlich ist es nicht gesagt, daß es einem edlen Ritter nicht erlaubt ist, gegen Mühlen anzureiten, die er für Riesen hält. Die Windmühlenflügel können einen ja auch zu den Sternen werfen und nicht nur in den Staub. Aber ich fürchte, daß ein weiteres Anreiten gegen solche Riesen bei Staaten dahin führen könnte, daß uns die Mühlenflügel in einen Sumpf werfen, aus dem wir nicht mehr herausfinden könnten. Es kam darauf an, bei dieser Situation eine eigene deutsche Politik zu machen, eine Politik zu machen, von der die Regierung annehmen konnte, daß sie der deutschen Sache zum Nutzen gereichen könnte. Ich sehe schon einen Nutzen darin, daß man mit den Verträgen das Eis wieder ans Treiben bringen kann. Es ist nicht gesagt, wohin es treiben wird. Aber es ist damit die Möglichkeit gegeben, mit beweglicheren Faktoren Politik zu machen, als man sie bisher zur Verfügung hatte.

Es war eine gute Sache, unseren Nachbarn einen Gewaltverzichtsvertrag anzubieten, der Sowjetunion und Polen. Ich meine: in erster Linie Polen; denn – Sie mögen das halten wie Sie wollen – ich empfinde diesem Staat, diesem Volk gegenüber eine tiefe deutsche Schuld. Jeder von Ihnen wird das tun. Aber wenn wir das tun, müssen wir bereit sein, der Tiefe des polnischen Traumas Rechnung zu tragen. Dieses Trauma, mag es uns passen oder nicht, besteht, die Furcht, es könnte wieder einmal zu einer Teilung kommen, zu einer vierten oder fünften oder sechsten Teilung, man könne, wenn von uns aus nichts geschehe, nicht sicher leben.

Natürlich ist es moralisch nicht zu verantworten, die Bevölkerung ganzer Gebiete auszutreiben. Darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Aber um ein altes Wort zu variieren: Die Geschichte und die Natur lieben nicht zärtlich, sondern sie gehen oft sehr hart mit uns um. Ich sprach von den Axthieben, die die Geschichte gelegentlich in das hineinschlägt, was uns lieb und wert ist. Wenn wir das nicht verändern können, verändern können mit Mitteln der Gewalt – und die haben wir nicht und die wollen wir nicht – oder ändern können dadurch, daß unsere Bundesgenossen mit uns einen Druck auf andere ausüben, dann bliebe

nur übrig, im Schmollwinkel zu bleiben oder weiter in der Mentalität des kalten Krieges zu verharren und schließlich zu verholzen und zu versteinern. Das wäre das schlimmste, was uns passieren könnte.

Es wird gesagt, wir hätten damit deutsches Gebiet weggegeben. Gewiß, dieses Gebiet war ein Gebiet, das Deutsche besiedelt und bevölkert haben. Ich halte nichts davon, daß man zurückgeht in die Vorgeschichte und die Töpfe befragt, die man in den Gräbern der Vorzeit findet und verraten, ob hier Schnurkeramiker oder die Glockenbecherleute gesiedelt haben; das nehmen die Polen für sich in Anspruch. Ich bin der Meinung, daß man zu den Zeiten zurückgehen muß, die man übersehen kann, die sichtbar weiterwirken. Ohne jede Frage ist dies deutsches Land gewesen. Aber es ist eben abgehackt worden mit dieser schlimmen Axt, von der ich sprach. Das Recht darauf, das wir haben, das moralisch-historische Recht ist eben, wie die Juristen des Römischen Rechts sagten, ein Jus nudum geworden, ein Recht, das noch der Idee nach besteht, aber dem kein Substrat mehr zugrunde liegt. Auf ein Jus nudum zu verzichten ist kein Verzicht.

Nun die Frage: Was ist denn daraus an Nutzen für uns entstanden? Es ist schwer, darauf eine Antwort zu geben; denn das meiste dieser Frage kann nur die Zukunft beantworten. Es ist bei solchen Entschlüssen so, daß sie nie ohne Risiko gefaßt werden können. Ich halte nichts davon, daß man der Hoffnung die Kraft zutraut, allein durch sich selbst die Dinge so einzurichten, wie wir es gern haben möchten, ganz und gar nicht. Aber ich gehöre auch nicht zu denjenigen, die der Meinung sind, man müsse eine gewisse Hoffnung haben, um ans Werk zu gehen, und Erfolg, um am Werk zu bleiben. Ich halte es da mit dem Wort des Taciturnus, des Oraniers: „Es ist nicht nötig, wo man ans Werk gehen muß, eine Hoffnung zu haben, um ans Werk zu gehen, noch Erfolg, um am Werk zu bleiben.“

So ist diese Regierung ans Werk gegangen, und man wird nun sehen müssen, was sie mit den neuen Verhältnissen anfangen wird und was dann geschehen wird.

Zunächst einmal kam es zum Berlin-Abkommen. Davon wurde gelegentlich recht geringschätzig gesprochen. Ich halte das für eine kapitale Angelegenheit ersten Ranges, nicht nur wegen der Erleichterungen für die Bevölkerung, so wichtig sie auch sind, sondern deswegen, weil durch dieses Abkommen Berlin endlich aus der Geiselhaft erlöst worden ist, in die es die Nachkriegsverhältnisse geworfen haben.

Das ist doch das Entscheidende. Wir sollten doch nicht vergessen, daß für Berlin jetzt endlich eine Garantie besteht, daß es zu diesem Teil Deutschlands gehört – wenn auch nur mit Hypotheken, mit Servituten –, in dem wir Deutsche frei bestimmen können, und daß die Chruschtschowsche These zu Ende ist, daß Berlin ein Stück Territorium der DDR sei, das man nur aus Respekt vor den Kontrollratsmächten in eine Vier-Sektoren-Stadt verwandelt habe.



Nun die Wiedervereinigung, die ein Gebot des Grundgesetzes ist. Die Bemühungen darum würde ich auch dann für eine Pflicht halten, wenn davon nichts im Grundgesetz stünde.

Auch wenn das Grundgesetz in seiner Präambel nichts davon erwähnte, wäre es unsere Verpflichtung, alles zu tun, um sie herbeizuführen. Wenn man es mit der Demokratie ernst meint, gehört dazu die Vorstellung, daß es das gesamte Volk, die Nation als Ganzes ist, die ihre Ordnung zu bestimmen hat. Wenn man das nicht will und nur einen Teil da bestimmen lassen will, separiert man sie. Einer der Gründe, weswegen ich mich seinerzeit im Parlamentarischen Rat so leidenschaftlich dagegen gewehrt habe, daß wir nach dem Willen der Alliierten einen Weststaat mit einer durch Volksabstimmung sanktionierten Verfassung machen, war: Eine Verfassung kann nur das Gesamtvolk beschließen; ein Teil kann ein Organisationsstatut schaffen, sich eine rechtliche Grundordnung geben, ein Grundgesetz für die Art und Weise, wie es in den Zeiten der Diaspora, hüben und drüben, einigermaßen menschenwürdig leben kann.

Doch die Wiedervereinigung ist heute aus dem Bereich der Möglichkeiten, die wir einmal für möglich halten durften, nicht mehr zu schaffen. Die Möglichkeit, daß sie durch die Deutschen allein gemacht wird — durch eine Volksabstimmung etwa —, gibt es so nicht mehr. Eine Volksabstimmung kann stattfinden, wenn die Mächte, die die Hand auf Deutschland liegen haben, es den Deutschen gestatten, abzustimmen, wohin sie gehören wollen. Das ist die Lage, die aus dem Krieg hervorgegangen ist. Zu diesen Mächten gehört auch die Sowjetunion.

Die Gestalt Deutschlands, das, was aus Deutschland einst werden wird, kann letzten Endes nur auf Grund eines Akkords der Mächte geschaffen werden, die an diesem Deutschland so oder so interessiert sind. Mit anderen Worten: es ist eine ganz ähnliche Lage — Herr Kiesinger, Sie werden mir zustimmen — wie 1814 auf dem Wiener Kongreß, wo sich die Mächte gefragt haben, ob es möglich sei, es den Deutschen zu überlassen, ein einheitliches Deutschland zu schaffen. Sie meinten, dies könne, wenn man es den Deutschen allein überließe, das Gleichgewicht in Europa entscheidend stören.

So ist es auch heute: Die Mächte — die des Westens gehören mit dazu — werden es uns Deutschen nicht allein überlassen, die politische Gestalt unseres Landes zu bestimmen — sie werden an ihre Interessen denken.

Wir müssen also eine Politik betreiben — die Bundesregierung, jede Bundesregierung wird sie betreiben müssen, alle Deutschen müssen eine solche Politik betreiben —, die die Voraussetzungen dafür verbessert, daß die Staaten es auch als in ihrem Interesse liegend betrachten können, daß im Herzen Europas Gesamtdeutschland wiederersteht: daß die Deutschen unter einem Dach zusammenleben und einen gemeinsamen deutschen politischen Willen bilden können. Dieser

Gedanke mag nicht allen Völkern sympathisch sein — aber wir werden darauf bestehen müssen, daß man uns den Weg dahin öffnet.

Gegen ein russisches Veto wird sich das nie machen lassen. Wenn Sie glauben, Sie könnten mit einer betont schneidigen Haltung dem Osten gegenüber dieses Veto unwahrscheinlicher machen, täuschen Sie sich gründlich, meine Damen und Herren. Nur wenn es uns gelingt, auch die Russen davon zu überzeugen, daß sie von einem wiedervereinigten Deutschland nichts zu befürchten haben, werden diese vielleicht bereit sein, ihr Veto gegen eine Volksabstimmung aller Deutschen zurückzuziehen. Das ist die Situation, und an dieser Erkenntnis geht nichts vorbei.

Die Frage lautet also: Verbietet der Moskauer oder der Warschauer Vertrag einer deutschen Regierung, eine Politik des Inhalts zu betreiben, andere Mächte davon zu überzeugen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland auch in ihrem Interesse liegen könnte? Die Frage stellen, heißt ihre Absurdität feststellen.

Das zweite ist: Was kann getan werden, um die anderen Staaten, alle Staaten, die es angeht, davon zu überzeugen, daß sie gut beraten wären, wenn sie ihre bisherige Haltung aufgäben? Ich meine damit nicht Zyniker wie Mauriac, der gesagt hat: Ich liebe Deutschland so, daß ich gar nicht genug Deutschlands haben könnte. Solche meine ich nicht, sondern ich meine die ernsthaften, die seriösen Leute, die Befürchtungen haben, und die gibt es überall. Es ist hier sehr viel von Gleichgewicht gesprochen worden. Ein wiedervereinigtes Deutschland verändert in der Tat die Gleichgewichtsfaktoren beträchtlich. Die politische Aufgabe ist nun nicht, darauf zu verzichten, es anzustreben, sondern, sich so zu verhalten, daß man auf den anderen Seiten begreift, daß die Veränderung dieser Gleichgewichtssituation ihnen nicht zum Schaden gereichen wird.

Das andere, was im Grundgesetz vorgesehen ist, ist die Wahrung der Einheit der Nation. Ich möchte dazu einige Worte sagen; denn ich glaube, daß für uns Deutsche gerade heute wenige Dinge wichtiger sind als das eine, sich darauf zu besinnen, was es eigentlich heißt, eine Nation zu sein. Viele meinen, daß man einige Schlachten gewonnen hat, mache eine Nation. Andere meinen, die gemeinsame deutsche Sprache mache für sich allein die Nation, oder daß eine Krone im tiefen Rhein liegt, mache die Nation. Das alles ist schön, ist gut und gehört mit dazu, aber das Entscheidende ist es nicht.

Der bedeutendste augenblickliche Historiker Frankreichs, Gaxotte, läßt sein lesenswertes Buch „Geschichte der Deutschen“ mit dem Satz beginnen: „Die Deutschen sind eine unglückliche Nation. Kaum je in ihrer Geschichte haben sie in einem Staate vereinigt leben können. Aber aus welchen Gründen?“ Wir sind in der Tat eine unglückliche Nation. Daß man überhaupt die Frage stellen konnte: Was ist des Deutschen Vaterland?, daß man die Frage stellen kann: Wie steht es denn eigentlich mit der Nation, mit der Möglichkeit einer deutschen Nation?, zeigt, wie anders wir dran sind als andere.

Wir haben uns schließlich darauf zurückgezogen, zu sagen: Na gut, wir sind keine politische Nation, aber eine Kulturnation. Meine Damen und Herren, das reicht nicht aus. Auf die Dauer bläht so etwas ab und läßt allen möglichen Dingen freien Raum, die nicht gut wären für unser Land und unser Volk und auch nicht für dieses Europa. Man muß schon mehr sein wollen als eine bloße Kulturnation, wobei der Gegensatz nicht eine Militärnation wäre, sondern etwas ganz anderes, von dem ich jetzt reden will.

Mein Großvater, der 1866 bei Tauberbischofsheim gegen die Preußen gekämpft hat, hatte in seinem Arm noch eine Bleikugel, die aus einem preußischen Zündnadelgewehr stammte. Das hat ihn nicht daran gehindert, ein deutscher Patriot zu sein und sich zur deutschen Nation zu rechnen, wie die Preußen auch, die auf ihn geschossen haben. Spaltung durch Grenzen braucht für sich allein die Nation noch nicht in Frage zu stellen. Es sind andere Dinge, die das tun können. Wenn die Menschen anfangen, den Sinn des Lebens verschieden zu beurteilen, gegensätzlich zu beurteilen, dann bilden sich Abspaltungen im Denken, die schließlich auch zu Abspaltungen im Wesen führen können.

Niemand zweifelt daran, daß es eine Nation der Briten gibt trotz der schweren Kämpfe, die die Briten innerhalb ihres Landes gegeneinander geführt haben, die Walliser und die Schotten, die Angelsachsen und die Normannen. Niemand bezweifelt, daß es eine französische Nation gibt, obwohl es Basken gibt und Bretonen gibt und obwohl dort, wo ich geboren bin, Katalanisch und nicht Französisch im Volk gesprochen wurde. Niemand bezweifelt, daß die United States eine Nation sind, obwohl sie großenteils aus Immigranten und zu der Zeit, in der sie sich gebildet haben, fast nur aus Immigranten bestanden.

Das kommt daher, daß in diesen Ländern etwas wie ein Contrat social stattgefunden hat, eine Einigung innerhalb der Völker, sich vergemeinschaftet fühlen zu wollen, weil man bestimmte hohe Menschheitswerte für sich verbindlich anerkennt und auf dem zugeordneten Gebiet verwirklichen will.

Das ist die Definition dessen, was eine Nation ist. Damit Sie nicht glauben, daß ich mir das aus dem Ärmel schüttele, sage ich: Ich plagiiere hier nur einen großen Mann, den heiligen Augustinus, den Bischof von Hippo, der in seinem Buch vom „Gottesstaat“ schreibt, nur der Staat sei ein richtiger Staat und keine Räuberhöhle, in dem sich ein Volk darstelle. Und was sei ein Volk?

(Abg. Dr. Barzel: Und wie geht das dann weiter?! Was sei ein Staat ohne Gerechtigkeit!)

Genau, selbstverständlich!

(Abg. Dr. Barzel: Ja, das ist das Thema, das wir hier behandeln!)

Ich kenne sein Buch. Ein Staat ohne pax et justitia ist ihm nicht besser als eine Räuberhöhle. Seine

Definition der Nation lautet: „Populus coetus rationalis hominum communi amore rerum, quas diligunt, consociatus“, d. h. ein der Vernunft zugänglicher Verband von Menschen, die sich vergemeinschaftet haben, weil sie identische Werte lieben.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Jenninger (CDU/CSU):

Herr Kollege Professor Schmid, ich habe mir unlängst einmal die Mühe gemacht, nachzulesen, was Sie alles damals im Parlamentarischen Rat gesagt haben. Da fand ich die sehr interessanten Ausführungen — das interessiert mich — zu dem Gedanken des „contrat social“. Damals haben Sie gesagt: Der Geltungsbereich des Grundgesetzes geht weit über das Gebiet der Bundesrepublik hinaus, und zwar von Königsberg bis Lörrach. Ich wäre interessiert, zu erfahren, ob Sie diese Meinung auch heute in diesem Zusammenhang noch vertreten.

Mein verehrter Herr Kollege! In der Zwischenzeit sind einige Dinge geschehen, die mich als einen absurden Tölpel hinstellen würden, wenn ich noch so dächte.

Aber die Vorstellung, die ich hatte, als wir das Grundgesetz machten, hat sich geändert, daß es nämlich für einen kurz währenden Interimszustand da sei und nicht etwas Endgültiges zu normieren habe. Die Absicht war, bei uns eine deutsche Lebensform in rechtliche Formen zu bringen, die auch drüben möglich sein könnte und sollte.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Czaja (CDU/CSU):

Herr Professor Schmid, haben Sie aber nicht gerade auf Grund dieser Ausführungen den Text, der auch heute noch in Art. 23 des Grundgesetzes steht, beantragt, und ist er nicht so verabschiedet worden? Deshalb die Frage: Was hat sich im Grundgesetz seither geändert?

Stellen Sie doch keine solchen Fragen! Gut, es hat sich nicht geändert. Es ist so, wie es ist, geblieben. Aber die Verhältnisse haben sich geändert.

Nun, welches sind die Grundwerte, die dieses deutsche Volk haben zur Nation werden lassen? Eine Nation ist nämlich etwas anderes als eine bloße Bevölkerung und sogar etwas anderes als das, was man zu Recht unter „Volk“ versteht. Nation ist kein Wachstumsprodukt, sondern ein Produkt des Willens, Nation zu sein. Das Volk ist geschichtsträchtig, die Nation ist geschichtsmächtig. Aber um das sein zu können, muß man den Willen haben, es zu sein.

Was die Deutschen veranlaßt, mehr als eine Bevölkerung, als ein Volk zu sein, nämlich Nation, ist der gemeinsame Wille aller, die Freiheit zum Grundgesetz der Existenz des Ganzen und des einzelnen zu machen, die Mitmenschlichkeit, Brüderlichkeit genannt, als die Grundlage der Moral zu betrachten, nach der wir uns in unserem Volke verhalten und anderen gegenüber verhalten wollen. Dazu kommt die Erinnerung an einige der Dinge, die dieses deutsche Volk auch in der Achtung der Menschen in der Welt groß gemacht haben. Da gibt es eine Menge aufzuzählen, die noch im Be-

wußtsein der Deutschen lebt. Damit meine ich so weit zurückliegende Dinge wie die große, in der Volkssage noch unvergessene, Zeit des hohen Mittelalters.

Dazu gehört das „hier stehe ich, ich kann nicht anders“ Martin Luthers — das gilt über die Konfessionen hinaus —, das für einen Glauben stehen. Dazu gehört gleichzeitig die *Coincidentia oppositorum* des Nikolaus von Cues, das Wissen darum, daß auch das Entgegengesetzte unter einem gemeinsamen Gesetze stehen kann.

Dazu gehört auch die Erinnerung an einen gewissen Friedrich II. von Preußen, der Große genannt, in erster Linie an jenen Friedrich, der die Folter abgeschafft hat und der Aufklärung den Weg nach Deutschland hinein bahnte.

Dazu gehört die Erinnerung an die große Zeit der deutschen Klassik, Goethe und Schiller bis hinein in den heiligen Wahnsinn Hölderlins, dazu gehört das hohe Pathos, das die Menschen der Paulskirche be-seelte, die versuchte Nationwerdung der Deutschen, die durch Kleingläubigkeit gescheitert ist und aus Gründen dynastischen Machtwillens. Dazu gehört auch die Erinnerung an eine andere deutsche Revolution, die scheiterte und die man fast vergessen hat, die des Bauernkriegs zu Beginn des 16. Jahrhunderts, wo es nicht nur um Butterpreise ging, sondern wo es darum ging, daß die Menschen frei leben wollten und nicht mehr als Knechte, und diese Bauern wollten, daß das Reichsregiment endlich, endlich Wirklichkeit werden sollte und nicht mehr nur als bloße Idee und Rechtsanspruch in alten Pergamenten.

Dazu gehört noch etwas anderes, das mit der Reformation zusammenhängt: der Drang der Deutschen nach Reformen, verstanden als Verpflichtung, wertvolles Bestehendes dadurch lebenswert zu erhalten, daß man es an die gewandelten Bedürfnisse der Zeit anpaßt. Auch das ist eine deutsche Vorstellung; Sie brauchen nur Fichte zu lesen.

Schließlich meine ich, daß wir bei den Dingen, die uns Deutschen hüben und drüben gemeinsam sein könnten und in denen wir uns alle integriert fühlen können, nicht übersehen sollten den Mut und die Kraft, mit der die Ausgeschlossenen so vieler Jahrhunderte, die durch die industrielle Revolution lange Ausgeschlossenen, ihr Schicksal in die Hand genommen haben, um als Deutsche ihr Vaterland finden zu können. Sie haben es gefunden und bewiesen, daß sie bereit sind, dafür zu stehen.

Nun will ich etwas sagen, das manche von Ihnen erschrecken wird: auch Karl Marx ist ein Stück Deutschland! Ich glaube, daß diese Dinge Bestand haben, und lebendig sind. Eine Nation kann man nicht durch Vertragsartikel dekretieren und auch nicht durch Vertragsartikel wegdekretieren. Das Entscheidende ist, nicht Verträge von Staat zu Staat schaffen die Nation, sie

wird zu sich selber dadurch, daß die Menschen eines Landes als Nation leben wollen, daß sie entschlossen sind, als Gemeinschaft zu handeln und zu leiden, weil sie gemeinsam ihre Seele in bestimmten Menschheitswerten entdecken und diese auf ihrem Gebiet verwirklichen wollen. Das macht die Nation aus; sie ist ein Plebiszit, das sich jeden Tag wiederholt.

Diese Frage ist uns allen gestellt, uns hier und an die Deutschen drüben. Und ich will Ihnen sagen, daß ich oftmals entsetzt war, daß, wenn ich in meinem Kolleg von Nation und von Vaterland gesprochen habe, die Studenten zum Teil grinsten, als spräche ich von irgendwelchen Ammenmärchen oder als sei ich ein verkappter Nazi.

*(Abg. Stücklen: Schmidt würde sagen — der andere Schmidt —: Sie sind ein Deutschnationaler! — „Deutschnational“, das ist es, was uns beleidigt!)*

Ich bin nicht deutschnational, nein, nein, ich bin ein deutscher Patriot.

*(Abg. Stücklen: Ja, ja, das verwechselt man sehr leicht!)*

Ich bin ein deutscher Patriot, ein Mann, der einmal die Möglichkeit hatte, zwischen zwei Nationen zu wählen, und der seine Wahl getroffen hat.

Meine Damen und Herren, es ist eine schwere Aufgabe für unser Volk wieder zu entdecken, was eine Nation ausmacht, daß sie mehr ist als das Ergebnis der Schlacht bei Sedan und die Kaiserproklamation in Versailles.

Nun, meine Damen und Herren, man sprach davon, wir müßten endlich die Idee des Nationalstaates überwinden. Natürlich müssen wir dies; natürlich müssen wir zu Europa kommen. Aber wenn dieses Europa wirklich Europa sein soll, wird es eines schönen Tages eine Nation Europa geben müssen. Bis dahin wird es nur ein Zusammenschluß, ein Verband von Staaten sein können, um eine wirklich geschichtsmächtige politische Kraft werden zu können, wird es die „Nation Europa“ brauchen.

Wir müssen dahin kommen. Aber man glaube nicht, daß man dorthin kommen kann, indem man sich an der Nation vorbeischiebt. Ich bin der Meinung — und ich meine, wir können es alle sein —, daß es sich nicht nur für uns, sondern daß es sich für die Welt lohnen könnte, daß es Deutschland und die deutsche Nation gibt, freilich eine deutsche Nation, die nicht untergehen wird, wenn sie in eine höhere Form von Gemeinschaft über- und eingeht. Dazu müssen wir die Nation auf unsere Schulter nehmen mit allem, was zu ihr gehört, in dieses Europa, das die Mitte unserer Vaterländer ist, einbringen.

**Dr. Klaus-Peter Schulz (Berlin) (CDU/CSU):**

Herr Präsident,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nach diesem eindrucksvollen Ausflug in die Höhen und Tiefen von Geschichte und Philosophie, der für uns alle etwas genußreicher ausgefallen wäre, wenn er weniger lang gewesen wäre, muß ich schleunigst in die Niederungen des politischen Alltags zurückkehren. Aber bevor ich den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Umdruck 260 zur Deutschland- und Außenpolitik begründe, gestatten Sie mir einige Bemerkungen über den Ablauf dieser großen Debatte.

Ich halte die Erarbeitung eines Standpunktes des Deutschen Bundestages zu den Ostverträgen für die weitaus wichtigste politische Entscheidung, die der Deutsche Bundestag in seinem Bestehen seit über 22 Jahren gefällt hat.

Ich muß darum dem Vergleich widerstreben, den der Herr Bundesaußenminister vorgestern im Plenum und noch ausführlicher am 9. Februar im Bundesrat angestellt hat, in dem er auf eine Parallelität des jetzigen Entscheidungsprozesses mit den Entscheidungsprozessen der fünfziger Jahre hingewiesen hat.

Die Entscheidungsprozesse der fünfziger Jahre im Zusammenhang mit dem Deutschland-Vertrag, der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO vollzogen sich in einem Lager, in dem die demokratischen Spielregeln unbestritten waren, vollzogen sich in einem Lager, in dem der alte völkerrechtliche Grundsatz „*pacta sunt servanda*“ von keinem Partner, weder formal noch inhaltlich, bestritten worden ist und wo es bei der Auslegung dieser Pakte keine Dissense und keine Hintergedanken gab. Mit den Ostverträgen betreten wir alle jene Sphäre, in der wir, was auch die Bundesregierung zugeben muß, Elemente des Ungewissen und des Unberechenbaren antreffen, eine Sphäre, in der demokratische Spielregeln schon deswegen nicht funktionieren können, weil es dort keine Demokratie gibt und nach dem Willen der jetzigen Machthaber auch niemals eine geben soll.

In diesen Sphären herrscht das Prinzip der Dialektik, das zwar den meisten im westlichen Lager theoretisch bekannt ist, aber dessen nahtloses, permanentes Funktionieren viele im Westen aus den Augen verloren haben oder aus den Augen verlieren wollten.

In diesem Licht oder, besser gesagt: in diesem Zwielicht harter Tatsachen, meine sehr verehrten Damen und Herren, scheint mir der Herr Bundesaußenminister vorgestern ein allzu großes Wort allzu gelassen ausgesprochen zu haben, als er sagte: Regieren heißt vorausschauen. Ich wünsche Ihnen aufrichtig, Herr Außenminister, daß es Ihnen das Schicksal ersparen möge, vor der Geschichte einmal dafür Zeugnis ablegen zu müssen, ob Ihre heutige Sicht der Dinge die richtige Voraussicht gewesen ist.

Wenn mich etwas an dieser Debatte tief beeindruckt hat — leider in einem negativen Sinn —, wenn ich etwas

nicht vergessen werde von dieser ersten Beratung, dann ist es der — entschuldigen Sie, ich finde kein gelinderes Wort — geradezu schreckliche Optimismus, der fast alle Reden der Sprecher der Koalitionsparteien durchzogen hat.

Ich kann hier leider den Herrn Bundesaußenminister nicht ausnehmen, auch den Herrn Bundeskanzler nicht und vor allem zu meinem Bedauern nicht den Herrn Verteidigungsminister, von dem man doch aus seiner Sicht der Dinge etwas mehr Nüchternheit, etwas mehr Skepsis, etwas mehr Zweifel an zukünftigen Entwicklungen und ihren immanenten Gefahren erwartet hätte.

Aber die Herren sind ja von der Richtigkeit ihrer Sache so durchdrungen, von der Vortrefflichkeit, ja, von der Unfehlbarkeit nicht etwa der Motive — das wäre ja legitim, das wäre ein psychologisch empfindbarer Vorgang —, sondern von der Unfehlbarkeit ihres Tuns so überzeugt, daß auch mir ein Dichterzitat eingefallen ist. Gestern hat sich der Herr Kollege Ehmke auf Emanuel Geibel aus Lübeck berufen. Ich möchte einen bedeutenderen Dichter Schweizer Ursprungs zitieren, Gottfried Keller, der ein großartiges Sonett typischerweise überschrieben hat: „Den Zweifellosen“ und dessen letzten Vers ich der Bundesregierung und den Koalitionsparteien ins Stammbuch schreiben möchte:

Und dennoch kränzt Ihr schon mit Stroh das Haar,  
Als Eintagsgötter stolz Euch zu begrüßen.  
Der Zweifel fehlt, der alte Wanderstab.

Wenn Sie in den letzten Tagen die Opposition immer wieder bedrängt haben mit der Frage: wo ist denn eure Alternative?, dann haben Sie scheinbar nicht hingehört, wenn viele Sprecher der Opposition anschaulich, konkret und verantwortungsvoll ihre Alternativen begründet haben. Sie haben vielleicht deswegen nicht hingehört, weil Sie ja den Standpunkt vertreten, für Ihre Politik gebe es keine Alternative.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine solche Politik muß — ganz gleich, wie ihre Konstellationen und ihre Inhalte sind — eine schlechte Politik sein, weil sie alternativlos angelegt ist, weil sie sich selber nicht in Zweifel zieht, weil sie die Möglichkeit eines Mißerfolgs, eines Scheiterns nicht einkalkuliert.

Ich möchte bei der Begründung des Umdrucks 260 ganz kurz das erwähnen, was der Bundeskanzler, der leider nicht im Raum ist, heute früh gesagt hat. Er hat die Opposition gefragt, ob denn die Verabredung der Westpolitik, wie sie die Bundesrepublik mit ihren westlichen Partner getroffen hat, völlig falsch sein könne. Unsere Antwort lautet selbstverständlich: Nein, sie ist nicht völlig falsch. Aber auch etwas Richtiges kann u. U. den Bedürfnissen der Aktualität nicht genügen und nicht entsprechen, kann nicht der Beweis sein für die von der Bundesregierung immer wieder behauptete „*contre-balance*“ der Westpolitik gegenüber einer doch immerhin abenteuerlichen und waghalsigen Ostpolitik.

Der Herr Bundeskanzler hat — ich glaube, vorgestern — in diesem Zusammenhang verärgert darauf hinge-

wiesen, man möge doch respektieren, daß sich in den letzten Jahren eine Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Gemeinschaften vollzogen habe. Was die Erweiterung anbetrifft, bestreite ich das gar nicht. Ich habe nichts von dem zurückzunehmen, was ich über dieses Thema und über das Verhalten des Herrn Bundeskanzlers auf der Gipfelkonferenz in Den Haag im Dezember 1969 hier an dieser Stelle am 18. Juni 1970 gesagt habe. Dazu stehe ich — bei allem, was mich inzwischen politisch und persönlich von dem Herrn Bundeskanzler trennt.

Aber eine Erweiterung der Gemeinschaften ist doch noch keine Vertiefung, wie es der Herr Bundeskanzler in Anspruch genommen hat. Zu der Vertiefung gehört doch der entschlossene und radikale Abbau des westeuropäischen Provinzialismus, gehört der Durchbruch zur Supranationalität, gehört die demokratische Kontrolle der europäischen Institutionen, gehören vor allen Dingen gesetzgeberische Befugnisse für die in den Römischen Verträgen vorgesehene Versammlung. Diese gesetzgeberischen Befugnisse sind notwendig, weil sie den nationalen Parlamenten im weiteren Konsolidierungsprozeß der europäischen Gemeinschaften Stück für Stück entzogen werden.

Solange diese Elemente nicht sichtbar werden — und im Umdruck 261 der Koalitionsfraktionen zu dem gleichen Thema werden sie kaum angedeutet —, besteht nicht nur der Verdacht, sondern ist der Sachverhalt gegeben, daß eine Ostpolitik weiterhin mit großen Schritten gemacht wird — eine Politik, für die man sich sogar Siebenmeilenstiefel angezogen zu haben scheint —, daß es aber in der Westpolitik bei jenen kleinen Schritten bleiben soll, die ja als Begriff in die öffentliche Diskussion der Herr Bundeskanzler, glaube ich, vor einigen Jahren eingeführt hat. Wenn die Koalition diesen Eindruck zerstreuen will, sollte sie den unzulänglichen Antrag auf Umdruck 261 gar nicht erst begründen, meine Damen und Herren. Ich weiß gar nicht, ob die Zeit, die Sie dafür in Anspruch nehmen können, noch ausreicht, aber wie auch immer: prüfen Sie doch einmal unbefangen den Text der Umdrucke 260 und 261 und vergleichen Sie.

Versuchen Sie doch — und das ist ein sehr ernsthafter Appell, ein sehr ernsthaftes Angebot, meine Damen und Herren von der Koalition —, das in der Ostfrage zerstrittene Hohe Haus in der Westpolitik zu einem einmütigen europäischen Bekenntnis zusammenzubringen, indem Sie den Umdruck 260 der Fraktion der CDU/CSU annehmen, in dem all die politischen Elemente enthalten sind, die ich hier kurz charakterisiert habe und die im Umdruck 261 vollkommen fehlen.

Ich möchte diese Unzulänglichkeit nur an zwei Beispielen deutlich machen. Das politische Element ist sehr klar in Forderungen auf dem Umdruck 260 der CDU/CSU angesprochen, wo die Schaffung einer politischen Union gleichzeitig mit der Wirtschafts- und Währungsunion nach einem klar festzulegenden Zeitplan gefordert wird. In dem Koalitionspapier heißt es: Konkrete Zielpunkte werden unter anderem — als letztes — für die Verstärkung der politischen Zu-

sammenarbeit benötigt. Und wenn es dann abschließend in dem Papier der Koalitionsparteien, im Umdruck 261, heißt, daß im Hinblick auf die Direktwahl des Europäischen Parlaments dieser Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich im Ministerrat der Gemeinschaften dafür einzusetzen, daß unverzüglich Vorschläge für diese Wahl entwickelt werden, die dem jetzigen Stand der Integration Rechnung tragen, und daß hierbei der Wahlentwurf des Europäischen Parlaments aus dem Jahre 1960 als Grundlage dienen soll, dann — entschuldigen Sie, meine Herren — muß der Kenner der Materie diese Zumutung wie einen politischen Witz empfinden.

Wir alle wissen doch, daß das seit zwölf Jahren ausgebliebene politische Wohlverhalten des Ministerrats in der entscheidend wichtigen Frage der Direktwahl auch heute nicht zu gewinnen sein wird durch noch so beschwörende Appelle eines nationalen Parlaments, sondern daß die einzige Souveränität, die einzige Vollmacht, die ein nationales Parlament nach den Römischen Verträgen ausüben kann, die Direktwahl der eigenen Abgeordneten ist.

Mit diesem Gesetzentwurf werden wir uns ja heute in einer Woche in erster Lesung befassen.

Ich hätte gerne noch einige andere Bemerkungen gemacht; die Zeit gestattet es nicht. Ich möchte aber abschließend einen letzten Appell an meine ehemaligen politischen Freunde richten.

Ich habe über 40 Jahre der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehört. Ein Moment, der für Sie gestern mittag sehr unangenehm war, meine Damen und Herren von der SPD, als der Herr Kollege Marx zitiert hat, war für mich ein bewegender Moment, weil ich noch einmal meine politische Vergangenheit vor meinem Auge habe vorüberrollen sehen. Ich bekenne auch und heute aus diesem Anlaß, daß ich stolz darauf war, der Partei Ernst Reuters, Kurt Schumachers und Fritz Erlers angehört zu haben. Ich habe nur mit Ernst Reuter niemals persönliche Kontroversen gehabt, wohl mit Kurt Schumacher, wohl mit Fritz Erler in der 50er Jahren; nur habe ich damals in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands immer den Archimedischen Punkt des Vertrauens gefunden: „Gebt mir einen Punkt, wo ich fest stehe, und ich werde die Welt aus den Angeln heben“ — *Δος μοι πον στω και την γην κινησω* —, und dieser Archimedische Punkt ist durch die Tatsache verlorengegangen, daß man neuerdings nicht mehr weiß, ob das, was diese Partei gestern feierlich als ihren Standpunkt proklamiert hat, heute noch gilt, oder ob es nicht abgelegt wird wie ein getragenes Hemd, das in die große Wäsche geht. Das ist das Bestürzende an der Entwicklung.

(Zurufe)

Ich bin immer der Auffassung gewesen, daß ein demokratischer Politiker nicht allzuviel Prinzipien haben soll, aber einige, die für ihn nicht kompromißfähig sind. Für mich sind dies das Recht, die Selbstbestimmung, die Freiheit und noch einmal die Freiheit.

Weil ich meine Gesinnung in dieser Beziehung nicht gewechselt habe, habe ich die Partei und meinen Platz in diesem Hause gewechselt.

Wollen Sie, meine Damen und Herren von der Koalition und insbesondere von der SPD, bedenken, daß für uns alle der unauflösliche Zusammenhang zwischen Frieden und Freiheit auch gegeben sein müßte, wenn wir in einigen Monaten unsere Entscheidung über diese Verträge fällen. Die Segnungen der Freiheit kann derjenige nicht genießen, der den Frieden entbehren muß.

Aber eine Friedensordnung, die auch nur mit einer geringen Relativierung von Freiheitsrechten erkaufte wird, bringt einen Frieden der Angst. Mögen die Befürworter dieser Verträge nicht aus den Augen verlieren, ob bei ihrem Ja nicht auch ganz wesentliche Elemente dieser Freiheit für unser Volk und für Europa zur Disposition gestellt werden.

Walter Behrendt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich zu den Ausführungen des Kollegen Schulz nur eines sagen. Wer als einer der ersten die Oder-Neiße-Grenze anerkennen wollte und aus diesen Gründen als Berliner hier hergeschickt wurde, der hat kein Recht, der Sozialdemokratie zu unterstellen, man wisse nicht, ob das, was heute für sie gelte, auch morgen noch gelte. Damit ist das erledigt.

Bevor ich auf die Umdrucke 260 und 261 zu sprechen komme — das wird sehr interessant sein —, möchte ich einige Bemerkungen unter dem Gesichtspunkt des Zusammenhangs zwischen der Westintegration und den hier behandelten Verträgen machen.

Herr Dr. Barzel, unter den drei Bedingungen, die Sie nannten und bei deren Erfüllung das Vertragswerk für Sie zustimmungsfähig — so drückten Sie sich aus — werden könnte, stand ein Punkt obenan, der sich unmittelbar auf die Europäische Gemeinschaft bezog. Herr Ehmke hat gestern etwas dazu gesagt. Ich will auch noch einige Dinge dazu sagen. Sie haben gesagt, daß diese erste Bedingung für Sie erst dann erfüllt sei — ich zitiere wörtlich —, wenn eine positive Einstellung der Sowjetunion zur Europäischen Gemeinschaft erreicht sei; nicht weniger als dies sei Voraussetzung für Ihre Zustimmung zum Moskauer Vertrag. Andere Kollegen der Opposition haben von der Forderung nach Anerkennung der Gemeinschaft durch die Sowjetunion gesprochen. Lassen Sie mich dazu kurz etwas sagen.

Die Juristen mögen darüber streiten — ich gehöre nicht zu ihnen —, durch welche Rechtsakte eine völkerrechtliche Anerkennung bewirkt wird. Fest steht jedenfalls, daß man Völkerrechtssubjekt nicht durch einen eigenen Willensakt wird, sondern dadurch, daß andere Staaten oder internationale Organisationen in einer Weise tätig werden, die als Anerkennung zu verstehen ist. Bei der Gemeinschaft finden wir zwei Möglich-

keiten für eine solche Anerkennung. Man kann die Gemeinschaft erstens dadurch anerkennen, daß man einen Botschafter bei der Gemeinschaft akkreditiert. Viele Staaten haben diesen Weg gewählt, wahrscheinlich weniger bestimmter diplomatischer Gepflogenheiten wegen, die im Verkehr zwischen Staaten üblich sind, sondern um ganz konkrete Handelsvorteile zu erreichen. Eine zweite Möglichkeit, die Gemeinschaft anzuerkennen, besteht darin, daß man Verträge mit ihr abschließt, wobei natürlich in erster Linie an Handelsverträge zu denken ist.

Wie ist nun die Lage der Sowjetunion in diesem Zusammenhang? Es wird Ihnen nicht entgangen sein, verehrter Kollege Barzel, daß die Sowjetunion handelspolitisch nicht mit unseren westlichen Handelspartnern zu vergleichen ist, sondern daß sie einer besonderen Kategorie zuzurechnen ist, nämlich der Kategorie der Staatshandelsländer. Der Handel mit diesen Ländern unterliegt besonderen Bedingungen, da Zölle im Osthandel eine untergeordnete Rolle spielen. Der harte Kern des Osthandels selbst ist noch nicht von der Gemeinschaft geregelt. Wir sind hier in einer Übergangsphase, die noch von dem Vorherrschen bilateraler Handelsverträge gekennzeichnet ist. Wir haben aber noch nicht — dies ist der springende Punkt — multilaterale Handelsverträge.

Andererseits werden Sie nicht bestreiten, daß das Geschäft mit dem Osten weitgehend ein Geschäft der Lieferungs- und Kreditbedingungen geworden ist. Die Staatshandelsländer sind damit in der vorteilhaften Lage, sich im Westen von Land zu Land die besten Bedingungen aussuchen zu können. Dies kann man bedauern, aber man kann diesen Tatbestand nicht dieser Bundesregierung zum Vorwurf machen. Nur als Nebenbemerkung: Aus der Wirtschaft kommt eher der entgegengesetzte Vorwurf, die Bundesregierung beteilige sich nicht ausreichend an diesem Kreditwettlauf.

Nun kommt meine konkrete Frage an Sie, Herr Dr. Barzel: Wenn die Sowjetunion sich noch handelspolitisch in der geschilderten Lage befindet, wie ich sie eben darstellte, und, grob gesagt, noch den einen gegen den anderen ausspielen kann — was wir sicherlich alle gemeinsam überwinden wollen —, warum sollte dann die Sowjetunion ohne Not diese Gemeinschaft anerkennen? Warum sollte sie von sich aus auf Vorteile verzichten, die ihr der wirtschaftliche Egoismus der westlichen Industriestaaten verschafft? Wie stellen Sie sich vor, daß die Bundesregierung in einer Lage, die noch durch diese bedauerlichen Egoismen gekennzeichnet ist, ohne Mandat ihrer Partner dieses Problem der Harmonisierung — ich betone ausdrücklich: das ist ein Problem der Harmonisierung der westlichen Partner! — anläßlich der Aushandlung eines bilateralen politischen Vertrages zu lösen versuchen soll?

Wenn Sie mich fragen, wie da die Lösung aussehen soll, dann gibt es darauf eben nur eine Antwort: Wir müssen in Zukunft kräftig schrittweise die Einführung der gemeinsamen Handelspolitik gegenüber den

Staatshandelsländern durchzusetzen versuchen, möglichst schon ab 1973, und zwar durch multilaterale Verträge. Die Sowjetunion, die sich sehr realitätsbezogen und auf ihren Vorteil bedacht verhält, wie ich eben darstellte, wird dann mit der neuen Realität konfrontiert werden.

Dies gilt auch für die Vorbereitung der Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Diese Konferenz – und ich schließe ihre äußerst wichtige Vorbereitungsphase mit ein – muß für uns ein Anlaß sein, die Gemeinschaft beschleunigt zusammenzuschließen und auf wichtigen Gebieten zu festigen. Wie Sie wissen – das ist doch hier auch ein springender Punkt –, fanden schon erste Kontakte unter den Sechs im Rahmen der politischen Zusammenarbeit statt, übrigens auch unter Teilnahme der Europäischen Kommission.

Aber, Herr Kollege Barzel, was war hierbei wichtig? Nicht alle EWG-Staaten wollten die unmittelbare Vertretung der Gemeinschaft auf dieser Konferenz befürworten. Einer der sechs Staaten soll sogar die Auffassung vertreten haben – nicht diese Bundesregierung –, eine sehr lockere vorherige Abstimmung würde durchaus genügen.

Ich nenne das aus zwei Gründen. Erstens: Zunächst möchte ich Ihre Auffassung unterstreichen, daß die Gemeinschaft auf der genannten Konferenz mit einer gemeinsamen Haltung vertreten sein sollte. Über die Form müßte man noch reden. Ich glaube, darüber könnte man in diesem Hause Einigkeit erzielen.

Der zweite Grund ist folgender: Die Ausführungen der Opposition erwecken bei mir den Eindruck, als schlage vor allem die Bundesregierung die Werbetrommel für die Sicherheitskonferenz, und zwar, so könnte man leicht folgern, als eine Art Gegenleistung gegenüber der Sowjetunion. Aber wie verträgt sich das dann mit Ihrer Argumentation, wenn Sie – Sie als Opposition – selber sagen, die Regierung habe schon einseitig alles in den Verträgen selbst verschenkt. Dann wäre doch nicht einzusehen, wieso sie sich dann noch zusätzlich verpflichten sollte, etwas zu propagieren, wovon sie keinen Nutzen hat.

Vielleicht wird umgekehrt ein Schuh daraus: ist es nicht so, daß eine Reihe anderer Staaten – ich denke da vor allen Dingen an Frankreich – die Abhaltung einer derartigen Konferenz schon vor der Bundesregierung begrüßt haben, und ist es nicht so, daß dann die Fragestellung lautet, ob die Bundesrepublik es sich leisten kann, im Schmollwinkel zu stehen und keinen Einfluß auf den Themenkatalog, den Zeitpunkt der Abhaltung und die Art der Vorbereitung zu nehmen? Sollen etwa die deutschen Interessen durch Abseitsstehen vertreten werden? Wir meinen das nicht.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch kurz auf ein weiteres Argument der Opposition eingehen. Es wird gesagt, die Ostverträge beeinträchtigten die westpolitische Handlungsfreiheit der Bundesrepublik. Hier

muß ich hart und klar sagen: die deutsche Politik wird hier in der Bundesrepublik gemacht und nirgendwo anders. Niemand in dieser Koalition denkt daran, sich irgendwelchen Spekulationen darüber hinzugeben, welche Reaktion etwa die Sowjetunion auf irgendeine Initiative im Bereich der westlichen Integration haben könnte. Ich meine, es ist unwürdig, irgendeiner deutschen Regierung unterstellen zu wollen, sie würde künftige Entscheidungen in der Gemeinschaftspolitik von irgendwelchen Gesten Moskaus abhängig machen. Es ist ein merkwürdiges Verständnis deutscher Außenpolitik, das aus diesen Unterstellungen der Opposition herausklingt. Für uns sind die Ostverträge eine Frage der Normalisierung, und Normalisierung bedeutet für uns nicht, daß wir uns in die Rolle eines Hundes begeben, der angestrengt in das Grammophon nach der Stimme seines Herrn hineinlauscht. Nein, das ist es also nicht.

Zu den Einwendungen zu diesem Punkt von Herrn Barzel lassen Sie mich also kurz zusammenfassen. Erstens: Die Frage der Anerkennung der EWG durch die Sowjetunion, die Herr Barzel so hochgespielt hat, ist völlig falsch gestellt. Sie ist eine Frage aller Mitglieder der EWG und ihrer gemeinsamen Politik. Zweitens: Ebenso ist die Frage der Teilnahme der Gemeinschaft an der KSZE eine Frage der gemeinsamen Vorbereitung. Auch hier kann die Bundesregierung nicht ohne Auftrag für die Sechs handeln. Drittens: Die außenpolitischen Bedenken des Dr. Barzel haben mit den vorliegenden Verträgen nicht das geringste zu tun. Sie gehören in den Zusammenhang der Weiterentwicklung der Politik der Gemeinschaft. Hierzu liegt ein Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen dem Hohen Hause vor.

Gestatten Sie hierzu nun noch einige wenige Bemerkungen. Dieser Antrag ist auf Umdruck 261 verteilt worden. Unser Text, der jetzt vorliegt, begrüßt in einer ersten Ziffer den erfolgreichen Abschluß der Beitrittsverhandlungen der Gemeinschaft. Er fordert in einer zweiten Ziffer von der vorgesehenen Gipfelkonferenz weitere Impulse für die Entwicklung der Gemeinschaft. Er präzisiert anschließend die Forderungen u. a. auch im Hinblick auf die Institutionen in der Gemeinschaft einschließlich der Direktwahl für das Europäische Parlament. Ich bin sicher, daß dieser Antrag in den Ausschußberatungen allgemeine Zustimmung finden wird. Dies gilt vor allem für die Opposition, die ihre Zustimmung vorab schon auf eine allerdings etwas eigenartige Weise bekundet hat. Wenn Sie nämlich die Texte des Entschließungsantrages der Koalitionsfraktionen und des Entschließungsantrages der Opposition miteinander vergleichen, gewinnen Sie den Eindruck, hier müssen magische Kräfte wirksam gewesen sein. Die beiden Entschließungsanträge gleichen sich nicht nur in ihrem Aufbau, sondern sie stimmen in weiten Passagen sogar im Wortlaut fast überein.

*(Abg. Dr. Barzel: Aber wo sie nicht übereinstimmen, da wird es interessant!)*

Ich möchte so sagen, Herr Dr. Barzel: die politische Werkschönheit der Opposition hat wieder einmal ausgezeichnet geklappt.

Aber leider ist Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, dabei ein kleiner Fehler unterlaufen. Wir haben es uns mit diesem Antrag nicht leichtgemacht. Wir haben ihn sehr gründlich beraten. Wir haben immer wieder überlegt, ob der Antrag nicht noch verbessert werden könnte, ob er nicht geändert, noch präziser gefaßt werden sollte. Was Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, von uns in die Hände fiel, das war leider die vorletzte Fassung unseres Entwurfs. Wir haben unseren Entwurf noch an verschiedenen Stellen verbessert. Aber das konnten Sie nicht abwarten; Sie hatten es ein wenig zu eilig.

Über eines muß ich mich allerdings wundern. Der Kollege Barzel hat in der Vergangenheit sehr häufig und sehr engagiert über Europa gesprochen. Die europäische Entwicklung mußte sogar herhalten, einen, wenn auch ziemlich fadenscheinigen Vorwand für Ihr Nein zu den Verträgen zu liefern. Da hätte ich doch von Ihnen erwartet, daß Sie selbständig eine Entschließung zustande bekommen hätten und nicht darauf angewiesen gewesen wären, unseren noch nicht ganz fertigen Entwurf nur etwas variiert einzureichen.

Zwischenfrage: Abg. Dr. Wagner (Trier) (CDU/CSU):

Herr Kollege Behrendt, sind Sie nicht der Auffassung, daß Nichtübereinstimmung in wichtigen Fragen gerade dadurch deutlich gemacht werden kann, daß Übereinstimmung in anderen Passagen auch wörtlich zum Ausdruck kommt, und sollte es Ihnen bei Ihrer Sachkenntnis der europäischen Probleme in der Tat entgangen sein, daß in allen wichtigen Punkten, die die innere und äußere weitere Entwicklung dieser Gemeinschaften betreffen, schwerwiegende Unterschiede zwischen den beiden Entschließungsanträgen bestehen und daß der Antrag der SPD und der FDP sich durch besondere Allgemeinheit und geringe Aussagekraft in diesen entscheidenden Punkten auszeichnet, während der Antrag der CDU/CSU sehr konkret in allen Punkten sagt, worauf es ankommt?

Herr Kollege Wagner, dieser Auffassung kann ich nicht zustimmen. Es gibt zwei Punkte, die Sie tatsächlich anders formuliert haben. Das ist einmal Ihre Lieblingsidee. Sie schreiben: „parallel dazu die Schaffung der Politischen Union der westeuropäischen Staaten nach einem klar festzulegenden Zeitplan“. Dazu muß ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren von der Opposition: Sie haben doch Erfahrung mit der europäischen politischen Gemeinschaft gehabt; Sie kennen doch den Fouchet-Plan I und II. Wenn man das in einen Zeitplan hineinpackt, muß man doch Schiffbruch erleiden. Das ist durch die Geschichte der letzten zehn Jahre bewiesen worden.

Über diese Fragen „Direktwahl“ und „nationale oder Gemeinschaftslösung“ wird es möglicherweise nächsten Freitag eine Diskussion geben. Dazu will ich heute hier nicht Stellung nehmen.

Ich möchte nur noch sagen: wenn Sie auf Papiere unsererseits angewiesen sind, kann ich für meine Fraktion und sicherlich auch für die FDP-Fraktion erklären, daß wir Sie dann sehr gern in unseren internen Ver-

teilerkreis mit aufnehmen, damit Sie auch immer die letzte und nicht nur die vorletzte Fassung bekommen.

Bis jetzt haben wir in der Diskussion über die Ostverträge keine Alternative zur Ostpolitik von Ihnen gehört. Nunmehr ist auch klar, daß Sie keine Alternative zu unserer Westpolitik haben. Das haben Sie bewiesen, indem Sie sich mit Ihrem Entschließungsantrag dem unseren im Aufbau und in der Diktion praktisch angeschlossen haben. Aber ich halte das keineswegs für eine schlechte Sache, denn es zeigt, daß die Opposition wenigstens in der westeuropäischen Politik, der Integrationspolitik, mit dieser Bundesregierung und den Koalitionsparteien übereinstimmt. Wenigstens darüber sollten wir uns alle gemeinsam freuen.

Dr. Erich Mende (CDU/CSU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Ausführungen eines der Senioren unseres Parlaments, des verehrten Kollegen Carlo Schmid, veranlassen mich zu einem kurzen Beitrag und zu einer doppelten Fragestellung an die Bundesregierung. Professor Carlo Schmid ist einer der Mitverfasser des Bonner Grundgesetzes. Mir ist bei seinen Darlegungen aufgefallen, daß er auf die zentrale, die fundamentale Frage unseres Grundgesetzes nicht eingegangen ist, nämlich auf die Menschenrechte, die damals aus gutem Grund an die Spitze unserer Verfassung gestellt wurden:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Das deutsche Volk

– so heißt es dann weiter –

bekannt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Meine Damen und Herren, 20 Jahre lang waren diese fundamentalen Aussagen die Orientierung, die Maxime der deutschen Politik für alle demokratischen Fraktionen dieses Hauses, ob in der Regierung oder in der Opposition. Heute stellt sich die Frage: Gilt diese Maxime, gelten die Menschenrechte noch als der Orientierungspunkt der deutschen Innen- und Außenpolitik, oder sind sie auf den schiefen Weg geraten, der Anerkennung der Macht und der Kapitulation vor der Gewalt mehr einzuräumen als den Menschenrechten?

Ich hatte in meiner Eigenschaft als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen im September 1966 den ehrenvollen Auftrag, in New York am Beginn der Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Dokumentation in englischer, französischer, spanischer und portugiesischer Sprache vielen Abgeordneten und vielen Bot-

schaffern insbesondere der Dritten Welt zu überreichen, eine Dokumentation, die den Titel trägt: „Aufzeichnung über die Verletzung der Menschenrechte in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“. Damals lag den Vereinten Nationen ein Antrag auf Aufnahme des anderen Teils Deutschlands in die Vereinten Nationen vor.

Unter selbstverständlicher Mitbeteiligung der sozialdemokratischen Opposition, mit einstimmiger Zustimmung des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen und nach einstimmiger Verabschiedung im Bundeskabinett ist in dieser Dokumentation aufgezählt worden, warum eine Aufnahme des anderen Teils Deutschlands in die Vereinten Nationen nicht erfolgen könne. Für diejenigen, die nicht die Zeit hatten, diese Dokumentation zu lesen, waren die erschütternden Bilder von dem an der Mauer verblutenden Peter Fechter, von der vermauerten Versöhnungskirche in der Berliner Bernauer Straße Beweise dafür, daß es einfach unmöglich ist, einen Staat in die Vereinten Nationen aufzunehmen, der sichtbar für alle Welt die Menschenrechte so mißachtet und mit Füßen tritt.

Unter einstimmiger Billigung der zuständigen Ausschüsse und unter Zustimmung auch der publizistischen Öffentlichkeit hier in Bonn, der nach dem Besuch in New York diese Dokumentation auf einer Pressekonferenz übergeben wurde, stellte diese Dokumentation fest — ich zitiere, Herr Präsident —:

Dieser Schritt

— d. h. der Versuch Ulbrichts, in die Vereinten Nationen aufgenommen zu werden —

stellt einen Versuch dar, durch den Eintritt in die Vereinten Nationen mitten in Deutschland und gegen den Willen des deutschen Volkes gewaltsam errichtete Machtverhältnisse durch eine Organisation legalisieren zu lassen, zu deren weltweit erklärten Zielen die Verhältnisse in Mitteldeutschland und die Maßnahmen sowie Absichten der Regierung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im offenen Widerspruch stehen.

Ich frage die Bundesregierung und ich frage die die Bundesregierung tragenden Koalitionsparteien: Was hat sich bezüglich der Verletzung der Menschenrechte im anderen Teil Deutschlands geändert, daß man heute bereit ist, die DDR in die Vereinten Nationen aufzunehmen?

Gilt also nicht mehr die Maxime der Orientierung unserer Politik an den Menschenrechten, sondern hat man sich der Macht und der Gewalt bereits soweit mit großen Schritten genähert?

Meine Damen und Herren, eine zweite Frage betrifft die Menschenrechte in den Gebieten ostwärts der Oder-Neiße-Linie. In dem deutsch-polnischen Vertrag und in den Verhandlungsunterlagen, die auch hier in unseren Papieren liegen, hat man seinerzeit von einigen Zehntausend gesprochen, die eine Umsiedlung

beantragen würden. Inzwischen liegen fast 300 000 Registrierungen vor. Deutsche und internationale Beobachter schätzen diejenigen, die sich in Schlesien, Ostpreußen, Pommern, Westpreußen zum Deutschtum noch bekennen, auf etwa eineinhalb Millionen Menschen.

Am Vorabend dieser Debatte haben wir in einer Rede Eduard Giereks, des Chefs der Kommunistischen Partei Polens, am 21. Februar 1972 in Kattowitz folgendes vernommen. Diese Rede fand unmittelbar nach Ihrem Zusammentreffen, Herr Kollege Wehner, in Warschau mit Eduard Gierek statt.

Sie werden sicher Gelegenheit haben, das Zitat, das ich jetzt bringe, aus Ihren Gesprächen mit Gierek zu widerlegen oder zu bestätigen. Denn nur eines kann gelten, entweder ist noch alles offengehalten, oder es ist es nicht. Herr Gierek sagt:

Zu den entscheidenden Fragen, die wir gemeinsam mit den anderen Ländern unserer Gemeinschaft ständig vorgetragen haben, gehört auch die Forderung nach der Anerkennung der Nachkriegsgrenzen in Europa, insbesondere der Oder-Neiße-Grenze. Der letzte, in der Tat einzige Staat, der diese Grenze in Frage stellte, nämlich die Bundesrepublik Deutschland, hat diese nun in den Verträgen von Moskau und Warschau anerkannt.

Das, meine Damen und Herren, ist die polnische und sicher auch die sowjetische Auslegung dieser Verträge von Moskau und Warschau.

Es erhebt sich hier die Frage: Wie will die Bundesregierung ihrer Fürsorge- und Obhutspflicht gegenüber den Menschen gerecht werden, die drüben in den ostdeutschen Gebieten nicht die Erlaubnis zu einer Umsiedlung erhalten werden, die dort also verbleiben müssen? Analog zu den Menschenrechten, für Minderheiten, die in allen kommunistischen Staaten des Ostens außer in Polen eingeräumt werden, muß doch das Mindeste sein, daß das Menschenrecht, die deutsche Sprache zu gebrauchen, deutsche Schulen zu besuchen, deutsche Gottesdienste zu veranstalten, deutsche kulturelle Institute zu gründen, jetzt nachträglich durch Verhandlungen den in den Ostgebieten verbleibenden heimatstreuen Schlesiern und Ostpreußen zuteil wird, damit wenigstens auf diesem Gebiet das menschlich Erträgliche für die dort Verbleibenden erreicht werden kann.

Denn, meine Damen und Herren, wie sehr die Deutschen, die herauswollen, bereits Schikanen, Nötigungen, Erpressungen und Diffamierungen unterworfen werden, wissen Sie alle. Dieses Thema hier zu erörtern würde der Sache nicht dienlich sein.

Wir hoffen noch auf die bessere Einsicht der polnischen Behörden. Es ist besser, Einsicht zu zeigen und sich an den Menschenrechten der Charta der Vereinten Nationen auch gegenüber den dort verbleibenden polnischen Staatsbürgern deutschen Volkstums zu orientieren, als es erst so weit kommen zu lassen, wie

es leider in Danzig und Stettin durch Versäumnisse und mangelnde Einsicht des Gomulka-Regimes gekommen ist.

Ein letztes! Dieser Debatte, Herr Wehner, hören auch meine Landsleute in Schlesien zu. Ich bekenne mich zu meiner Heimat Schlesien. Ich bekenne mich zur Geschichte Schlesiens! Ich bin im Schatten des heiligen Berges, des Annabergs in Groß-Strehlitz, aufgewachsen, und in meine Kindheitserinnerungen fallen, im Jahre 1921, die großartige Abstimmung für Deutschland und der Terror der polnischen Aufständischen.

Ich sage hier, von diesem Platz, meinen Landsleuten, die uns hören und die über unsere Verhältnisse besser Bescheid wissen, als mancher hier glauben mag, ich sage den Landsleuten, die uns über den Rundfunk hören: Die größte Partei der Bundesrepublik Deutschland, die hier mit fast der Hälfte der Abgeordneten des Deutschen Bundestages vertreten ist, wird ihre Fürsorge- und Obhutspflicht für die Landsleute in Schlesien, für unsere Deutschen in Schlesien, Ostpreußen, Pommern niemals preisgeben, weil wir den Menschenrechten mehr verpflichtet sind als der Macht und dem Opportunismus.

**Walter Scheel**, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Präsident,  
meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen!

Ich möchte zunächst einmal den Herrn Bundeskanzler entschuldigen, der, wie Sie gesehen haben, vorhin aufbrechen mußte. Aber das hing damit zusammen, daß er eine unaufschiebbare Verpflichtung eingegangen war.

Nun lassen Sie mich versuchen, Herr Präsident, ein Fazit dieser Debatte am Schluß der dreitägigen Diskussion zu ziehen. Ich meine, es war eine Debatte — wenn wir von der hier und da eingetretenen Erregung etwas absehen —, die von allen Seiten dieses Hauses mit Verantwortungsbewußtsein und auch mit dem Bemühen um Sachlichkeit und Fairneß geführt worden ist. Ausrutscher in einer solchen Debatte sollten wir weiß Gott nicht auf die Goldwaage legen; denn es geht ja hier — das fühlt doch jeder von uns — um Dinge, die uns nach allen schmerzlichen Erfahrungen und angesichts der großen Opfer unseres Volkes für eine verbrecherische Politik, die wir jetzt erst erkennen, tief berühren und aufwühlen, und zwar jeden von uns, meine Damen und Herren.

Trotz der großen Differenzen zwischen Regierung und Opposition haben wir einige wesentliche Gemeinsamkeiten festhalten können. Dafür danke ich u. a. auch Herrn Kollegen Dr. Schröder, wenn er — ich formuliere es etwas frei — in seiner Rede gesagt hat, daß die Bundesregierung den Willen hat, wie er ihr zugesteht, eine konstruktive Politik zu treiben, daß sie bei der Aushandlung der Verträge im Rahmen des Grundgesetzes gehandelt hat und daß sie die Kontinuität

der Ziele und der Grundelemente der deutschen Außenpolitik gewahrt hat. Ich meine, mit dieser Aussage ist auch ein Anknüpfungspunkt für weitere Gemeinsamkeiten gegeben, die wir im Interesse unseres Volkes, im Interesse des Friedens aufbauen sollten, die wir nicht ungenutzt liegen lassen sollten. Ich meine, daß die Diskussionen im Auswärtigen Ausschuß noch Gelegenheit bieten, hier anzusetzen, wenn wir den Willen dazu aufbringen können.

Wir sind uns natürlich andererseits bewußt, daß sich die Konzeption der Bundesregierung und auch ihrer Verbündeten in entscheidenden Punkten von dem unterscheidet, was die Opposition hier als ein — ich darf wohl mit Ihrer Erlaubnis sagen — recht schillerndes Bild ihrer Vorstellungswelt dargeboten hat. Ich will jetzt nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich möchte nur noch einmal betonen, daß keine Frage der Opposition unbeantwortet bleiben soll. So, wie wir im Bundesrat alle Fragen, die dort gestellt worden sind, mit großer Sorgfalt beantwortet haben, werden wir es auch im Bundestag tun, und zwar hier und natürlich in den Ausschüssen, in denen wir uns in den nächsten Monaten über diese schwierigen Probleme beraten wollen.

Wenn es der Auswärtige Ausschuß des Bundestages wünschen sollte — ich habe dem Herrn Vorsitzenden entsprechende Anregungen gegeben —, so wird die Bundesregierung auch bereit sein, ebenso wie im Fall des Bundesrates an bestimmte Vertreter der Fraktionen zusätzliche vertrauliche Informationen im Auswärtigen Amt über die Niederschriften der Verhandlungen und der Vorgespräche, die zu diesen Verhandlungen geführt haben, zu geben.

Meine Damen und Herren, was bleibt am Schluß der Debatte? Zunächst ist einmal festzustellen, daß die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag mit den beiden Verträgen gleichzeitig ein geschlossenes Konzept, ein Gesamtkonzept ihrer West-Ost-Politik dargelegt hat.

Die beiden Verträge sind keine Überraschungsprodukte, sie sind aus einer langen Meinungsbildung in der Bundesrepublik und einer langen Meinungsbildung auch in der Allianz hervorgegangene erste Verhandlungsergebnisse, und zwar in einem andauernden Ausgleichsprozeß zwischen West und Ost in Europa. Das Berlin-Abkommen hat hierbei eine zentrale Funktion, weil es das erste Nachkriegsabkommen der vier Großmächte über einen der kritischsten Konfrontationspunkte in Mitteleuropa darstellt.

Die Opposition hat diesem Gesamtkonzept, so meine ich, auch in dieser Debatte nichts Überzeugendes entgegenstellen können. In dieser Debatte hat sie nicht einmal den Eindruck einer gemeinsamen Überzeugung in den eigenen Reihen gemacht. Sie hat keine glaubwürdige Alternative zur Konzeption der Bundesregierung vorgelegt.

Ich werde gleich erklären, warum. Auf der einen Seite haben wir — wenn ich ein paar Namen nennen darf — Herrn Strauß, auch den Kollegen Stücklen und Herrn Windelen, die wohl niemanden unter uns und in der Welt davon überzeugen konnten, daß sie überhaupt wirklich verhandeln wollen.

*(Abg. Windelen: Dabei habe ich das Gegenteil gesagt, Herr Außenminister!)*

Aber doch nicht mit den Grundlagen, die Sie hier vorgetragen haben. Ihre Darlegungen waren doch eine Anhäufung von Scheinargumenten, die zu der Schlußfolgerung führen müssen, daß Verhandlungen — und das bedeutet doch notwendigerweise Kompromisse — mit kommunistischen Ländern — so haben diese Herren doch gesagt — in fatalistischer Weise den Weg — ich wiederhole jetzt wörtlich, was hier gesagt worden ist — zum Unheil bedeuten.

*(Abg. Windelen: Wer hat das gesagt?)*

— Ich habe nicht von Ihnen gesprochen. Aber hier ist es wörtlich gesagt worden als letzter Satz einer Darlegung.

Für diese Vertreter der Opposition ist die Verhandlung mit kommunistischen Regierungen gleichbedeutend mit einem Verrat an den Völkern dieser Staaten: Verträge mit ihnen müssen angesichts des Übergewichts der Sowjetunion und der weltrevolutionären und expansiven Pläne der Kommunisten einer Einwilligung zum Selbstmord gleichkommen — nach der Meinung dieser Kollegen.

Herr Barzel hingegen hat uns gesagt, für den Fall des Scheiterns der Verträge hat er eine Lösung in Aussicht, nämlich Frieden und Zusammenarbeit. Und Herr Barzel will auch mit der DDR verhandeln, denn er leugnet nicht mehr, daß die DDR auf ihrem Gebiet Staatsgewalt ausübt. Er will die DDR sogar dazu bringen, mit ihm einen Stufenplan über Freizügigkeit in Deutschland auszuhandeln. Da muß ich doch fragen: Woher nimmt man denn eigentlich den Optimismus, daß eine Opposition, wie sie sich durch die soeben genannten Beiträge und auch noch andere — ich konnte nicht alle erwähnen — manifestiert hat, eine Aussicht auf Verhandlungen haben könnte, auf Verhandlungen mit der DDR? Sie berauben sich doch selbst dieser Möglichkeit, wenn Sie hier proklamieren — und Sie haben es proklamiert —, wenn man mit den Regimen verhandle, falle man dem Volk in den Rücken. Ja, mit wem wollen Sie denn verhandeln, meine Damen und Herren?

Bei Herrn Schröder weiß man nicht genau, ob er verhandeln oder nur formale Rechtspositionen aufrechterhalten will. Er hat zwar die Politik der Bundesregierung kritisiert, aber er hat auch keine Möglichkeiten für Verhandlungen in seinem Beitrag aufgezeigt. Seine ganze Sorge gilt der Gefahr, daß man

bei Verhandlungen — gleich welchen — Rechtspositionen zur Disposition oder zur Diskussion stellen könnte, von denen doch manche, wie wir wissen, schon lange auf Sand gebaut sind.

Ich frage die Opposition, wie sie bei diesem etwas schillernden Bild ihrer eigenen Vorstellungen überhaupt in der Lage sein kann, einmal — denn da muß es ja sein — harte Entscheidungen zu treffen. Denn wenn man Verhandlungen führen will, dann bedarf es vorher natürlich harter Entscheidungen; denn Verhandlungen sind nur auf der Basis der Kompromißbereitschaft zu führen. Dann muß ich vorher genau wissen, was ich will.

Die einzige Geschlossenheit, meine verehrten Kollegen, von der die Opposition in dieser Debatte einen Eindruck vermittelt hat, ist die Geschlossenheit zum Nein zu diesen Verträgen, d. h. die Geschlossenheit auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners.

Ich darf mich nun mit drei Aspekten, vornehmlich der Ausführungen von Herrn Dr. Barzel und Herrn Dr. Schröder, etwas ausführlicher befassen. Es handelt sich erstens um die Einschätzung unserer Position im Bündnis, zweitens um die Einschätzung der Realitäten in der Deutschlandfrage und drittens um die Beurteilung unseres Verhältnisses zum Osten.

Zunächst zur Einordnung unserer Politik in dieses Bündnis. Wir wissen, daß die letzten Deutschland- und Berlin-Verhandlungen der Vier Mächte 1959 stattgefunden haben, und sie offenbarten einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen West und Ost in der Deutschlandfrage. Die Dinge in Deutschland haben sich danach noch verhärtet. Die Mauer wurde gebaut, die Resignation nahm zu.

Im August 1962 hat dann die Bundesregierung unter starkem persönlichen Anteil des damaligen Bundesaußenministers Dr. Schröder den drei Westmächten den Vorschlag gemacht, eine neue Deutschlandinitiative vorzubereiten und auch in Gespräche darüber mit der Sowjetunion einzutreten. Es setzte damals — die Kollegen, die das miterlebt haben, werden sich erinnern — ein mühsames und wenig erfreuliches Tauziehen um diese Deutschlandinitiative zwischen den westlichen Regierungen, insbesondere aber auch zwischen den drei Westmächten und der Bundesregierung ein. Der deutsche Plan wurde immer wieder zu erneuter Prüfung hin- und verwiesen, und er erhielt am Ende in der gemeinsamen Deutschland-Erklärung der drei Westmächte vom 12. Mai 1965 ein — nun lassen Sie mich das ruhig einmal etwas hart sagen — peinliches Begräbnis, noch nicht einmal erster Klasse. In dieser Deutschland-Erklärung nämlich hieß es, die drei Westmächte hätten mit der Bundesregierung das deutsche

Problem und die Aussichten für eine Wiederaufnahme von Erörterungen dieser Frage mit der sowjetischen Regierung erneut geprüft. Dann folgt der Satz, der wichtig ist:

Die Möglichkeiten,

— so sagen die drei Westmächte —

in dieser Frage an die sowjetische Regierung heranzutreten, werden unter Berücksichtigung der Aussichten, dabei zu nützlichen Ergebnissen zu gelangen, weiterhin geprüft.

Auf deutsch hieß das doch, meine verehrten Damen und Herren: Die Vorstellungen der Bundesregierung in ihrer Deutschlandinitiative wurden von den drei Westmächten als unrealistisch angesehen. Die Bundesregierung hat damals sehr viel Energie darauf verwandt, die Drei Mächte zu einer Unterstützung ihrer Politik zu bewegen, und es kam sogar zu Spannungen und auch offenen Friktionen. Ich will das hier nicht im einzelnen erwähnen. Damals gelang es nicht, eine Ostpolitik in Gang zu setzen, die im Westen abgestützt war. Heute ist das gelungen, meine Damen und Herren.

Erlauben Sie mir die ganz zurückhaltende Frage: Wessen Weg war mit Illusionen gepflastert, der Weg, der zu dieser Deutschland-Erklärung damals geführt hat, oder der Weg, der zur Berlin-Regelung und zu den ersten Vereinbarungen mit der DDR über Erleichterungen für die Menschen geführt hat?

Dann will ich nur noch einen letzten Punkt aus der Rede des Kollegen Schröder hier nennen. Herr Kollege Schröder, das Wort von der unsoliden Außenpolitik, so meine ich, hätten Sie besser nicht gebraucht. Ich hätte das, offen gestanden, aus Ihrem Mund am wenigsten erwartet. Wir haben ja zusammen in einem Kabinett gesessen, in dem Sie Außenminister waren; und vorgestern hat der Kollege Wehner ja auf die Bedeutung der Kabinettsdisziplin hingewiesen. Ich werde mich auch deswegen bei meiner Erwidern sehr kollegial verhalten. Darüber hinaus sollte ja auch eine Krähe der anderen nicht die Augen aushacken; das ist ein sehr bewährtes Sprichwort.

Aber wenn Sie schon von solider Außenpolitik sprechen, so darf ich doch nur einmal sehr behutsam an drei Komplexe erinnern. Da waren die bereits erwähnten Verhandlungen mit China im Jahre 1964; und wir kennen die Gründe, warum sie scheiterten. Da war unsere damalige Nahostpolitik, die zum Abbruch der Beziehungen zu den meisten arabischen Ländern geführt hat; jedermann weiß, wie diese Regierung jetzt darum bemüht ist, diese Scharte wieder auszuwetzen. Und da war schließlich diese atombewaffnete Flotte, die Gespensterflotte, die man MLF nannte, an der der damalige Außenminister noch erbittert weiterbastelte, als die Amerikaner schon längst

nichts mehr davon wissen wollten; von den anderen Verbündeten will ich in diesem Zusammenhang gar nicht reden.

Ich weiß nicht, Herr Kollege, ob Sie von mir jemals pauschale Urteile, pauschale Beurteilungen wie „solide“ oder „unsolide“ gehört haben, und ich will solche Urteile auch jetzt nicht abgeben.

Meine Damen und Herren, die bisherige Debatte hat eine wichtige Gemeinsamkeit unterstrichen. Wir müssen mit unserer Politik fest im Bündnis verankert bleiben, nicht nur, weil wir die Sicherheit des Bündnisses benötigen, sondern auch, weil wir das Gewicht des Bündnisses für die Verhandlungen mit dem Osten brauchen. Deutsche Alleingänge sind zum Scheitern verurteilt. Wer aber gemeinsame Politik im Bündnis betreiben muß und betreiben will, der muß natürlich auch Rücksichten nehmen, der kann die Bündnispartner nicht außer acht lassen.

Hier muß ich auf eine bedeutsame Fehlbeurteilung unserer Vertragspolitik durch die Opposition aufmerksam machen. Die Kritik der CDU/CSU sieht die Dinge zu eng, sieht sie zu sehr allein aus unserer besonderen Lage. Die Verträge und die dazu gehörende Berlin-Regelung sind aber die ersten Ergebnisse eines umfassenden Verhandlungsprozesses, der zwischen West und Ost auf der Ebene der beiden Supermächte, in der neuen Dreierkonstellation USA—Sowjetunion—China, zwischen den vier Deutschland- und Berlin-Mächten, auf der zwischeneuropäischen und auch auf der zwischendeutschen Ebene im Gange ist. Weitere Ergebnisse dieses großen, vielschichtigen Verhandlungsprozesses werden folgen.

Die Verträge und die Berlin-Regelung sind von allen Teilnehmern — von allen Teilnehmern! — dieses Prozesses bereits als wichtige Zwischenergebnisse und Orientierungspunkte akzeptiert. Jeder hat sie in seine eigenen Kalkulationen mit eingestellt. Hier geht es insgesamt um die allmähliche Herausbildung normalerer, natürlicherer Verhältnisse zwischen Staaten und Völkern in Europa.

Zunächst mußte es um die Ausräumung akuter Krisenherde — wie Berlin und die Frage der Grenzen in Europa — gehen. Es geht um die Ermöglichung eines längerfristigen evolutionären Prozesses, der sich kontrolliert und auf der Basis vereinbarter Grundregeln vollzieht. Die Verträge sind deshalb nicht der Schlußpunkt einer Entwicklung; sie sind der Ausgangspunkt einer Entwicklung.

Meine Damen und Herren, die Verhandlungen, die zu solchen Verträgen führen, und die Verhandlungen, die wir noch führen müssen, müssen von der wirklichen Lage ausgehen — wovon denn sonst?

Diese unsere Politik — und das kann nicht einmal die Opposition bestreiten — ist nicht nur in dem bis jetzt Erreichten, den beiden Verträgen und der Berlin-Regelung, sondern auch in ihrer langfristigen Anlage im Bündnis des Westens verankert. Das konnte

man eben leider von den Versuchen aus den Jahren 1962 bis 1965, als die Drei Mächte für Verhandlungen in der Deutschlandfrage bemüht worden sind, nicht sagen. Darin besteht der entscheidende Unterschied. Damals waren diese Verhandlungen auf der Basis der Vorstellungen der damaligen Regierung nicht im westlichen Bündnis abzusichern.

Meine Damen und Herren, der zweite Aspekt, wo ich wesentliche Differenzen zwischen Opposition und Bundesregierung sehe, sind die Realitäten in Deutschland. Die DDR ist nun einmal da, ob wir es mögen oder nicht mögen. Eine Politik, die sie ignoriert oder ausklammert, ist eine Politik, die auf einem mit Illusionen gepflasterten Weg geht.

Bis zur Großen Koalition, meine Damen und Herren, wurde die DDR juristisch als ein „nullum“ angesehen. In der Großen Koalition mußte die CDU/CSU allerdings zugeben, daß man keine Gespräche und keine Verhandlungen mit einem „nullum“ führen kann. Das ist schlechthin undenkbar. Aus dem „nullum“ wurde dann ein „Phänomen“ oder auch ein „Gebilde“.

Aber auch mit einem Partner, der nur als Phänomen akzeptiert wird, meine Damen und Herren, kann man keine Verträge schließen, denn wer schlosse schon Verträge, wenn sie nicht verbindlich sind. Die Deutschlandpolitik der Großen Koalition mußte sich an dieser Zwielfichtigkeit ihrer Haltung gegenüber der DDR festfahren; daran ging kein Weg vorbei. Die CDU/CSU hat damals durch ihre Haltung etwas verhindert, was in der Regierungserklärung und in der Regierungsabmachung 1966 offenbar vereinbarte Politik gewesen war. Sie hat es durch ihre Weigerung verhindert, die DDR in diesen Prozeß mit einzubeziehen, und zwar in der Form, in der man das nur konnte.

Herr Schröder meinte vorgestern abend — Herr Barzel hat es heute wiederholt —, in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 hätte die Bundesregierung mit der Formulierung von den zwei Staaten in Deutschland die bis dahin gemeinsam verfolgte Linie der Ost- und Deutschlandpolitik ohne Fühlungnahme und ohne Übereinstimmung mit der Opposition verlassen. Das stimmt, meine Damen und Herren! Aber das war ja nötig, daß wir das taten, denn sonst hätten wir gar nichts in der Osteuropapolitik machen können. Wir haben doch aber auch gleichzeitig die Grenzen klargemacht, deutlich gezogen, in denen wir die DDR als Verhandlungs- und Vertragspartner akzeptieren können. Die Grenzen liegen nämlich dort, wo unser Verhältnis zueinander zu einem Verhältnis ausländischer Staaten zueinander würde. Die Politik, nach der man mit der DDR verhandeln wollte, ohne ihr einen Status einzuräumen, war von Illusionen gekennzeichnet. Unsere Politik ist realistisch und wahrt gerade wegen ihres Realismus den Auftrag, den uns das Grundgesetz gegeben hat.

Herr Schröder hat die Frage nach der internationalen Anerkennung der DDR aufgeworfen und sie mit unse-

rer Politik verknüpft. Diese Frage, Herr Dr. Schröder, war in der Zeit, als wir die DDR als „nullum“ bezeichneten, kritischer als heute. 1967, 1968 und 1969 war die grobe Nichtanerkennungspolitik oder gar die Politik des Alleinvertretungsanspruches in weiten Kreisen der Staatenwelt einschließlich des Bündnisses am Ende ihrer Glaubwürdigkeit angelangt. Es war die Politik dieser Regierung, die die Staatengemeinschaft veranlaßte, weiterhin Zurückhaltung zu üben und uns die Chance einzuräumen, die Probleme in Deutschland unter den Beteiligten, d. h. den beiden deutschen Seiten und den Vier Mächten, unmittelbar zu regeln.

Erst nach einer Regelung des Modus vivendi wird für unsere Freunde draußen in der Welt der Weg frei sein, ihre eigenen Beziehungen zur DDR zu regeln. Das haben wir schon in unserer Regierungserklärung gesagt. Wir haben dann eine Ordnung der Dinge, die durch Verhandlungen erzielt wurde. Ohne diese Politik hätte der Gang der internationalen Etablierung der DDR für die Bundesrepublik eine Kette diplomatischer Niederlagen gebracht. Meine Damen und Herren, anders wäre es nicht verlaufen.

Das Machtgefälle zwischen uns und der Sowjetunion, von dem hier immer wieder geredet wurde, wird durch eine starre Haltung der Abwehr, durch einen Antikommunismus steriler Art nicht abgeschwächt. Es wird durch die Stärkung des Bündnisses und durch die Sicherung eines machtpolitischen Gleichgewichts aufgehoben. Es wird durch die Schaffung eines politischen Klimas entschärft, in dem der Osten ein aufrichtiges Interesse an der Zusammenarbeit mit Westeuropa gewinnt. Die Opposition verkennt nicht die Realitäten unserer Ausgangslage, sie verkennt, daß eine neue und bessere Ordnung in Europa nicht mit bloßen Forderungen erreicht werden kann. Meine verehrten Damen und Herren, Ihr Verhandlungsprogramm schreckt schon vor der ersten Schwelle zurück, nämlich vor der Wirklichkeit, daß ein zweiter Staat in Deutschland besteht und daß man mit diesem Staat reden muß, wenn man Zugang zu seinen Menschen haben will.

Meine Damen und Herren, man kann nicht die Konfrontationspolitik der 50er Jahre fortsetzen. Um auf dem Weg der Verhandlungen voranzukommen, muß ein Mindestmaß an Vertrauen aufgebaut werden; es muß eine Grundlage an gegenseitiger Achtung geben, und zwar trotz aller Vorbehalte moralischer und ideologischer Art.

Sehen Sie doch auf das Beispiel, das unser großer Verbündeter in diesen Tagen setzt. Präsident Nixon stößt mit vollem persönlichen Einsatz aus jahrzehntelang gehaltenen Positionen vor und macht den Übergang von der Konfrontation zur Tat.

Herr Kollege Strauß, Sie haben uns vorgeworfen, wir würden unseren Frieden mit den kommunistischen

Gewaltherrn anstatt mit dem Volk machen. Natürlich verhandelt der amerikanische Präsident in Peking nicht mit dem Volk, sondern mit den dort nun einmal herrschenden Führern dieses Volkes. Herr Dr. Barzel, Sie haben sich in Moskau, wie Sie uns hier gesagt haben, doch auch darüber geeinigt, daß Frieden und Zusammenarbeit zwischen uns und dem Osten wünschenswert seien. Das haben Sie in Moskau doch natürlich mit den sowjetischen Führern abgesprochen. Mit wem hätten Sie es denn sonst tun sollen?

Der Herr Kollege Strauß wirft uns vor, die Gewaltverzichtverträge seien von gestern und vorgestern; wir befänden uns aber jetzt in der Welt in einer neuen Konstellation. Hoffentlich meint er damit nicht eine neue Konfrontation mit einer Rückkehr zu Druck und Gegendruck.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen.

**Erstens:** Zwischen Opposition und Regierung bestehen Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Zielsetzung der Ostpolitik. Auch die Opposition wünscht Entspannung, Frieden und Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten. Lediglich einzelne ihrer Vertreter sehen in einer solchen Zusammenarbeit eine Stärkung der dortigen Regierungen zu Lasten ihrer Völker.

**Zweitens:** In den Methoden, um zu diesem Ziel zu gelangen, besteht zwischen Opposition und Regierung eine grundlegende Meinungsverschiedenheit. Die Opposition will die Verträge liegenlassen oder überhaupt den Sinn solcher Verträge leugnen.

**Drittens:** Die Motive der Opposition für das Warten, für das Liegenlassen, sind verschieden. Einige wollen auf die innerdeutsche Vereinbarung warten, andere auf eine Änderung der westlichen Politik, andere wieder auf eine veränderte Weltlage im Gefolge des chinesisch-sowjetrussischen Konflikts.

Das ist nicht die Auffassung der Bundesregierung. Sie ist der Meinung, daß die gegenwärtige internationale Konstellation die Verträge jetzt erforderlich macht. Die Erfahrungen der deutschen Nachkriegsentwicklung stützen sie in dieser Auffassung.

**Viertens:** Manche Äußerungen in der Debatte, manche Zwischenrufe in der Debatte, die interessanter waren als manche Äußerungen, die man als Freudsche Fehlleistungen bezeichnen könnte, bestätigen die Bundesregierung in der Überzeugung, daß es nicht zu früh, sondern allerhöchste Zeit ist, einen Teil unseres Volkes mit den realpolitischen Verhältnissen unserer Welt vertraut zu machen.

**Fünftens:** Die Debatte hat auch gezeigt, wie schwer es für manche Vertreter der Opposition ist, Anschluß zu finden an den Gang und die Veränderungen unserer Welt.

Vieles, was wir hier gehört haben, und alle Zwischenrufe, die ich in den letzten zehn Minuten gehört habe, bestätigen das voll. Vieles hat uns zurückversetzt in die frühen 50er Jahre. Nur aus der Sicht der damaligen Zeit werden solche Ausführungen verständlich. Faustregeln des kalten Krieges tun es einfach heute nicht mehr; ich habe es zu Beginn gesagt. — Sie mögen da so viel schreien, wie Sie wollen, meine Damen und Herren! Diese Faustregeln tun es nicht mehr in einer Welt, in der es zwei große Mächte ganz allein in der Hand haben, ob sie mit ihren Mitteln — jeder für sich — diese Welt zerstören wollen oder nicht.

Ich wiederhole noch einmal: Eine dieser Mächte ist ein kommunistisches Land; Sie werden daran nicht vorbeikommen, daß sich diese beiden Großen miteinander einigen müssen, um den Weltfrieden gemeinsam zu erhalten. Das ist die Grundlage unserer Politik, meine Damen und Herren!

Wer daran vorbeigeht, ist nicht nur ein Illusionist, sondern er nimmt nicht die Verantwortung wahr, die er unserem Volke gegenüber wahrnehmen mußte.

Die Staatsmänner der westlichen Welt, bei den Vereinigten Staaten angefangen, und die Westeuropas haben das erkannt, nur in diesem Hause noch nicht alle Mitglieder.

**Sechstens:** Wir müssen uns gegen das Übernehmen eines gewissen provinziellen Denkens in unserem Lande wehren. Da ist uns mit Monumentalgemälden der internationalen Lage, wie sie Kollege Strauß uns hier vorgeführt hat, nicht geholfen.

Wir müssen die Daten der weltpolitischen Lage objektiv und präzise analysieren, ja, aber wir müssen sie in unserer Politik berücksichtigen, meine Damen und Herren!

**Siebte:** Die Opposition wird es in der nächsten Zeit nicht leicht haben, sie wird erst einmal ihre internen Widersprüche auflösen müssen, wenn sie nach innen und nach außen ihren Wert als Gesprächspartner behalten will.

Nun, ich bin nicht so pessimistisch, was die Opposition angeht, weil die sich doch in gewisser Weise auf die Elastizität ihres Parteivorsitzenden verlassen kann. Es wird, so meine ich, Ihnen manchmal Schwierigkeiten machen, seine Züge alle nachzuvollziehen.

*(Abg. Rawe: Aber er hält das, was er verspricht, anders als Sie vor und nach der Wahl!)*

Ja, das kann er leicht halten. Wir werden es gleich sehen. Er wird jedoch von seinem Vielleicht vor der Berlin-Regelung über sein Nein nach der Berlin-Regelung und dem „So nicht“ vor dieser Debatte über ein mögliches „Hier auch“ nach der Ratifizierung weiter bis hin zu einem Ja gehen können.

Wir unsererseits werden hingegen hier und jetzt in Verantwortung ja sagen.

*(Beifall bei den Regierungsparteien. —  
Abg. Rawe: Sie ärgern sich doch nur,  
weil wir hier so geschlossen stehen!)*

Es ist nicht unser Problem, selbstverständlich. Aber die Opposition wird sich die Frage stellen müssen, wie sie diese Schwierigkeiten überwindet.

Demgegenüber hat die Konzeption der Bundesregierung sich auch in dieser Debatte behaupten können, ja sie ist gefestigt aus der Debatte herausgegangen.

Diese Konzeption beruht auf folgendem.

1. Die Verwirklichung des Gewaltverzichts auf der Grundlage des territorialen Status quo entspricht dem Wunsch unseres Volkes, das nicht nur den Frieden, sondern auch Klarheit über die Ausgangsgrundlage seiner Politik wünscht.
2. Die Unverletzlichkeit der Grenzen gewinnt im Zeitalter der nuklearen Konfrontation grundlegende Bedeutung für die Erhaltung des Friedens.
3. Praktische Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eröffnet für die Beziehungen der Staaten und Völker eine neue Dimension. Sie schafft Vertrauen, wo vorher Mißtrauen herrschte. Sie schafft gegenseitiges Interesse, wo vorher nur Rivalität herrschte. Sie hebt den Lebensstandard der Völker und hilft damit den Menschen.
4. Das Problem der Teilung Deutschlands ist eingebettet in diese Zusammenhänge. Es ist der Kern unserer Ost-West-Politik in Europa. Ziel bleibt das Recht auf Selbstbestimmung aller Deutschen. Der praktische Weg dahin ist Entkrampfung, menschliche Erleichterung und Zusammenarbeit, ausgehend vom Status quo. Wenn die Teilung Europas gemildert wird, dann kann die Teilung Deutschlands nicht vertieft werden.
5. Die Bundesrepublik Deutschland bezieht die Stärke für eine solche Politik aus ihrer freiheitlichen demokratischen Ordnung. Diese wird sie mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln nicht nur verteidigen — hier stimme ich ganz dem Kollegen Katzer zu —, sondern in der friedlichen Konkurrenz mit anderen zu höchsten Leistungen entwickeln.
6. Die zügige Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften und ihre Erweiterung sind eine Voraussetzung für den Erfolg dieser Politik. Die Bundesregierung wird wie bisher die Politik der europäischen Einigung aktiv vorwärtstreiben.
7. Die Ost-West-Politik der Bundesregierung bleibt eingebettet in die Verteidigungskraft der Atlantischen Allianz und die gemeinsame Politik der Allianzpartner.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung geht mit dieser politischen Konzeption vertrauensvoll in die weiteren Beratungen in den Ausschüssen hinein. Sie ist überzeugt, daß diese Politik schließlich nicht nur im Volke, sondern auch im Parlament die notwendige Mehrheit findet. Dem Frieden der Welt zu dienen — auch dies ist eine Verpflichtung der Präambel des Grundgesetzes —, ist das Gebot der Stunde. Man erfüllt dieses Gebot, indem man etwas dafür tut, und mit der Annahme der vorliegenden Verträge ist uns Gelegenheit gegeben, dafür etwas zu tun.

**Dr. Gerhard Schröder (Düsseldorf) (CDU/CSU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir zunächst eine Bemerkung, die unsere Rechtssituation angeht. Nach dem Grundgesetz hat die Bundesregierung das Recht, hier in diesem Hohen Hause, einmal sooft sie will, aber auch zu der Zeit, zu der sie es möchte, das Wort zu ergreifen. Ich habe das als Minister immer als eines der allerstärksten Rechte der Bundesregierung angesehen. Sie hat davon in dieser Debatte mit verschiedenen Ministern reichlich Gebrauch gemacht. Es tut mir leid, daß wir jetzt ein bißchen in zeitliche Bedrängnis geraten.

Es ist sehr schwer — das habe ich aus dem gemerkt, was Herr Kollege Scheel vorgetragen hat —, selbst in einer zweieinhalbtägigen Debatte wörtlich ganz genau klarzumachen, was wir nun eigentlich wollen, wo sich unsere Auffassungen unterscheiden, und das vor einer großen Öffentlichkeit genügend plastisch zu machen. Ich habe dabei einen Trost. Dies ist ein Gefecht oder eine Schlacht, aber dies ist noch nicht der Feldzug. Der Feldzug dauert länger, und wir werden uns ja hier in einiger Zeit wiedersehen und dann versuchen, all das noch klarzumachen, was jetzt, jedenfalls in der Darstellung vom Herrn Kollegen Scheel, unklar geblieben ist.

Ich möchte auf eines zurückkommen, was ich neulich gesagt habe. Ich habe gesagt: Diese Situation, in der sich unser Land befindet, verlangt von uns eine sachliche Härte, nicht eine persönliche Härte. Herr Kollege Scheel, es täte mir sehr leid, wenn trotz allem der Eindruck persönlicher Härte aufgekommen sein sollte. Ich werde nicht vergessen, daß wir fünf Jahre zusammen in demselben Kabinett gesessen haben und daß Sie der Vertreter des Außenministers waren. Jeden persönlichen Respekt und jede persönliche Hochachtung möchte ich hier sehr gern bekunden.

Sie haben etwas gesagt, was ich nun nicht ganz so schön finde. Das war die Sache mit der Krähe. Da gibt es wohl ein Sprichwort. Ich hoffe, Sie werden sich nicht mit der Krähe vergleichen wollen: ich habe wirklich nicht die Absicht, das zu tun. Ich werde keinen Augenblick vergessen, daß das Porzellan, das wir hier in der Hand haben, Qualität besitzt und eine sehr

vorsichtig zu behandelnde Ware ist. Es ist das Porzellan des ganzen deutschen Volkes.

Sie irren sich aber, wenn Sie glauben, daß wir im Augenblick hier wären, um nun eine komplette Alternative, wie es so schön heißt, vorzutragen. Es handelt sich darum, daß Sie die Verträge abgeschlossen haben, und diese Verträge untersuchen wir in der härtesten, klarsten und kritischsten Weise. Das ist der Punkt.

Wenn Sie wollen, daß ich meine Befürchtungen, die die Befürchtungen von sehr, sehr vielen hier im Hause, auch — das wage ich zu sagen — von vielen innerhalb der Regierungskoalition sind, kurz resümiere, so würde ich sagen — wohlgemerkt: ich spreche von unseren Befürchtungen —: Wir haben die Befürchtung, daß die beiden Vertragswerke, die uns vorgelegt worden sind, die Teilung unseres Landes vertiefen und unsere Sicherheit verringern könnten. Darum geht es. Darüber haben wir nicht nur in diesen drei Tagen gesprochen, sondern darüber werden wir mit großer Intensität weiter sprechen.

Sie haben drei Themen genannt, zu denen Sie der Meinung waren, daß die vergangene Außenpolitik Mängel gehabt haben könnte. Natürlich hat die Politik von uns allen etliche Mängel. Diese drei Themen — ich wiederhole sie eigentlich nur, damit es nicht vergessen wird; ich werde in diesem Hause ganz bestimmt darauf zurückkommen — sind China — darauf komme ich mit allergrößtem Vergnügen zurück, auch auf das, was wir in dieser Sache getan haben —, der Nahe Osten — auch darüber werden wir in aller Offenheit sprechen —, und das dritte Thema ist von Ihnen mit einem Wort bezeichnet worden, das eine jener scheußlichen Abkürzungen und eines jener Schlüsselwörter ist, also MLF; sagen wir lieber Nuklearpolitik. Alle Standpunkte, die ich zu diesen drei Themen eingenommen habe, halte ich unverändert für richtig. Wenn es interessant und wichtig genug sein sollte, will ich meine Meinung dazu gern später vortragen.

Nun haben Sie, Herr Kollege Scheel, die Meinung vertreten, daß wir uns in dem großen Kreis der Opposition nicht in allen Punkten einig oder daß wir gelegentlich sogar dissonant wären. Sie täuschen sich — bitte, tun Sie das nicht! — im Kern der Sache.

Es gibt drei Dinge, ganz gleich, welche Worte wir dabei verwenden, in denen wir unter allen Umständen einig sind, und diese heißen: Frieden, Zusammenarbeit, wenn nur irgendwie möglich, und Gewaltverzicht.

Ich bin ausdrücklich autorisiert worden, das noch einmal nachdrücklich für alle Teile der Fraktion zu sagen. Das möchte ich hiermit getan haben.

Ich sagte schon, es geht nicht darum, daß hier und heute über eine Konzeption von uns gesprochen werden soll, sondern es wird über Ihre Konzeption und Ihre Vorlagen gesprochen. Ich möchte eines sagen: Wir sind nicht an einer Stelle, wo wir irgendein Anzeichen dafür erkennen könnten, daß die Sowjetunion

— um vor allen Dingen von ihr zu sprechen — tatsächlich bereit wäre, einen konstruktiven Kompromiß einzugehen. Dieser Augenblick ist offensichtlich noch nicht gekommen. Nach meiner Überzeugung wird dieser Augenblick kommen. Wir werden jedenfalls alles tun, um die Entwicklung dafür offenzuhalten.

Meine Damen und Herren, ich habe mich dafür ausgesprochen — das tue ich auch im Blick auf den Auswärtigen Ausschuß —, daß wir uns in dieser Sache so offen wie möglich, aber auch so fair wie möglich äußern sollten. Wie schwer das ist, habe ich leider in dieser Debatte als Zuhörer — ich kann darüber jetzt nicht ausführlich sprechen — erfahren müssen. Ich bin, u. a. von einem sehr prominenten Sprecher, kritisiert worden, ich hätte nicht über Berlin gesprochen. Der Kollege Mattick hat das kritisiert, der Kollege Heyden hat darüber gesprochen, und einer der Sprecher von der Ministerbank desgleichen.

Meine Damen und Herren, im ersten Satz meiner Rede habe ich mich bereits mit diesem Stichwort beschäftigt. Der Kollege Borm hatte vor mir gesprochen. Herr Kollege Borm, ich hätte von der Ministerbank aus gesehen vielleicht einen anderen Augenblick für meine Rede gewählt. Jedenfalls habe ich nach dem vorgeesehenen geschäftsordnungsmäßigen Ablauf gleich nach Ihnen gesprochen. Ich habe erklärt: Das, was wir dazu zu sagen haben, wird ein bißchen später — morgen, habe ich gesagt — einer von unseren Berliner Kollegen — ich habe an die Kollegen Gradl und Amrehn gedacht — ausführen. Kollege Amrehn hat gestern unseren gemeinsamen Standpunkt ausführlich dargelegt. Mich dann anzugreifen, weil ich nicht über Berlin gesprochen hätte, verstehe ich, ehrlich gesagt nicht.

Was nun Berlin angeht, möchte ich doch jetzt noch zwei, drei Worte mehr sagen. Meine Damen und Herren, für mich ist völlig selbstverständlich — wollen wir doch darüber nicht lange streiten —, daß Berlin im Mittelpunkt der Deutschlandpolitik steht, gestanden hat, stehen wird, stehen muß und daß wir von diesem Mittelpunkt her das Thema weiter behandeln werden. Aber daß Berlin auch nur ein Ausschnitt — ein sehr wesentlicher und wichtiger Ausschnitt — aus der Gesamthematik ist, liegt doch wohl auf der Hand. Wie wichtig wir ihn nehmen, können Sie aus etwas ersehen, was für die Opposition durchaus schwierig und vielleicht gar nicht unbedingt richtig war, wenn sie auf das große Verständnis abhebt, das sie in der Öffentlichkeit braucht.

Die Opposition hat gesagt, sehr wohl überlegt, sehr vorsichtig, daß sie ihr letztes Wort zu den Verträgen nicht eher sagen werde, als eine Berlin-Regelung — damals verhandelten die Vier Mächte bereits — vorliege. Das hat uns in mancherlei Schwierigkeiten und Mißverständnissen gebracht. Aber es war eine sehr, sehr patriotische Handlung, meine Damen und Herren.



Auf diese Weise hat die Opposition bewiesen, daß sie bemüht war, alles zu tun, um die Viermächte-Verhandlungen über Berlin nicht etwa zu stören, sondern die Bundesregierung bei ihren Konsultationen mindestens mit den drei Westmächten nachdrücklich zu unterstützen und ihr einen höchstmöglichen Einfluß zugunsten einer möglichst akzeptablen Berlin-Regelung zu geben. Wie die Berlin-Regelung ist und daß sie noch nicht in Kraft gesetzt ist, wissen wir alle. Was wir dazu kritisch zu sagen haben, hat der Herr Kollege Amrehn vorgetragen. Ich will das jetzt nicht weiter vertiefen. Aber wir werden die Unterhaltung darüber hier im Hohen Hause fortsetzen.

Ich habe vorgestern an die Regierung ein paar Fragen gerichtet, die leider jetzt durch den Kollegen Scheel nicht beantwortet worden sind. — Nicht alles wird sofort beantwortet. Wir werden auf die wichtigsten Fragen zurückkommen. Aber was ich angeführt habe, belegt die Sorge, die wir hinsichtlich des möglichen Tieferwerdens der Teilung unseres Landes haben. Es war dies: Nicht die Frage der Anerkennung der DDR durch die Zentralafrikanische Republik ist der entscheidende Punkt, sondern die Frage, was sich durch die jetzige Politik der Bundesregierung bis hin zu den Vereinten Nationen etwa an der Teilung unseres Landes vertiefen, ändern mag.

Meine Damen und Herren, das ist eine Frage, die nicht leichtzunehmen ist. Ich habe dem Sinne nach gesagt — das waren meine ersten Sätze —: Wenn eines Tages tatsächlich ein französischer Botschafter in Ost-Berlin sitzt, vielleicht etwas später ein britischer Botschafter und vielleicht noch etwas später ein Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, wenn das eintreten sollte, meine Damen und Herren, dann ist das nicht etwa der unabwendbare Gang der Geschichte, dem wir uns hier anzupassen hätten, sondern dann ist es eine klare Folge der Politik der heutigen Bundesregierung.

Die Zeit ist zu kurz, um gründlich genug auf alles einzugehen, was hier vorgetragen worden ist. Ich möchte nur noch ganz wenige Anmerkungen machen. Zu dem Kollegen Schmidt, der leider im Augenblick nicht da ist, möchte ich sagen, daß ich ihn um den Optimismus beneide, den er hier ausgedrückt hat. Ich säge das bei aller Respektierung von gutem Willen usw. usw. Trotzdem beneide ich ihn um den Optimismus. Ich vermag diesen Optimismus nicht zu teilen.

Das Problem, um das es geht, ist die Frage: Wie können wir ein mühseliges, prekäres Gleichgewicht erhalten, ohne Substanz zu opfern? Das ist doch die Frage, um die es geht und über die eingehender wird gesprochen werden müssen.

Ich unterstreiche, was Kollege Zimmermann heute morgen gesagt hat. Er hat in, wie ich glaube, sehr eindrucksvoller Weise einen Teil der notwendigen Zahlen beigebracht, die wir eigentlich gestern hätten

hören sollen und die man lesen muß, nachlesen muß, meine Damen und Herren, um wirklich zu sehen, wie es denn mit diesem prekären Gleichgewicht und der Möglichkeit seiner Erhaltung steht.

Wenn wir — die Bundesregierung ist optimistischer; einer der Kollegen hat das vorhin noch einmal gesagt — vor der Frage der Zukunft stehen, so stehen sich natürlich vielleicht ein Zuviel an Hoffnungen und Erwartungen und Befürchtungen gegenüber. Es liegt an uns, das wirklich genau zu analysieren. Tadeln Sie uns bitte unter gar keinen Umständen, daß unsere Befürchtungen vielleicht zu groß seien. Meine Damen und Herren, ich bin mir darüber klar, daß der Gegenstand, über den wir hier sprechen — der Gegenstand, nicht die Verträge —, wirklich ein Anliegen von uns allen ist. Wir können dieses Anliegen nur dann wirklich vertreten, wenn wir in dieser Sache vernünftig und richtig zusammenhalten.

Für mich bedeuten die Befürchtungen, die wir haben, nicht, daß wir sozusagen davorsäßen und sitzenbleiben müßten wie ein gelähmtes Kaninchen vor der Schlange. Die Befürchtungen sind für uns vielmehr Aufrufe, Aufrufe zum Handeln, Aufrufe zum Handeln auch an die Bundesregierung.

Die Diskussion geht weiter. Zunächst wird sie in den Ausschüssen weitergeführt. Dann werden wir uns hier wiedersehen. Hoffentlich wird es möglich sein, daß dann die vorzüglichen Beiträge vieler Kollegen, die für diese Debatte präpariert waren, wirklich voll zur Entfaltung kommen. Wir können dem deutschen Volk nicht ersparen, daß diese Auseinandersetzung, wenn sie hier glücklicherweise auch nur eine mit Worten und Gedanken ist, schwierig und langwierig ist. Aber wir werden und müssen das Äußerste tun, um die Dinge und die Auffassungen, die sich gegenüberstehen, so klar wie nur irgend möglich zu machen.

Ich glaube, ich würde eine Pflicht als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses verletzen, wenn ich nicht auf einen Gedanken einginge, den Herr Kollege Scheel ausgesprochen hat. Er hat unter Bezugnahme auf einen Brief, den ich inzwischen noch einmal angesehen habe, gesagt, er würde bereit sein, uns in das, was „Verhandlungsprotokolle“ oder „Aufzeichnungen“ oder wie immer es heißt — er hat auch ausdrücklich die Phase, sagen wir einmal: die Vor-Unterschriften-Phase oder Vor-Verhandlungs-Phase genannt —, Einsicht zu geben.

(Abg. Dr. Jahn [Braunschweig]: Aber ganz!)

Ja, Herr Kollege, das kommt, das kommt! Wir werden erst einmal abwarten, das werden Sie verstehen —, was der Bericht des Bundesrats, der im Moment mit dieser Sache befaßt ist, darüber ergibt. Dann werden wir sehen, welche möglicherweise weitergehenden Beschlüsse wir zu fassen haben. Ich rechne auf Ihr Verständnis dafür — Sie haben sich auf diesen Weg

eingelassen —, daß, nachdem diese Sache — also ob Aufzeichnung, Protokoll usw. — so kontrovers geworden ist, wir wirklich nicht abgespeist werden möchten mit einer Vorlesung über bestimmte Fragen, sondern daß wir tatsächlich die Chance einer Einsichtnahme haben möchten.

Meine Damen und Herren, ich denke, daß alle, die in dieser Debatte gesprochen haben, von sich jedenfalls die Überzeugung haben, daß sie keinem anderen Ziele dienen als dem Frieden für unser Land. Wenn ich sage „für unser Land“, meine ich „für unser ganzes Land“.

Walter Scheel, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Schröder, zunächst einmal darf ich Ihnen als dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages sagen, daß sich die Bundesregierung zweifellos in dem Umfang, wie es überhaupt nur möglich ist, bemühen wird, den Mitgliedern —

(Lachen und Zurufe von der CDU/CSU. —  
Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: In vollem Umfang!)

Meine Damen und Herren, verlassen Sie sich darauf: Sie werden besser informiert als jede andere Opposition vor Ihnen!

Ich halte es für geradezu abwegig, der Bundesregierung vorzuwerfen, sie würde die Opposition nicht informieren. Wo hat es das denn schon an Informationsgrad gegeben, dessen Sie sich hier erfreuen? Ich habe doch Erfahrungen auf diesem Gebiete. Glauben Sie vielleicht, ich hätte jemals etwas zu sehen oder zu hören bekommen? Andere Kollegen haben hier auch Erfahrungen. Ich habe Erfahrungen auf beiden Seiten; ich weiß ganz genau, womit die Opposition in der Vergangenheit bedient worden ist und womit nicht, Herr Kollege Schröder. Verlassen Sie sich darauf: Sie werden besser bedient werden!

Meine Damen und Herren, ein zweiter Punkt. Ich stimme Herrn Schröder vollkommen zu, wenn er sagt, daß wir hier nicht über die Alternativvorstellungen der Opposition verhandeln. Natürlich nicht. Wir verhandeln hier über die Ratifikationsgesetze, die wir eingebracht haben.

Aber Sie werden mir doch zugeben: die Argumente, die die Opposition gegen die Politik der Bundesregierung vorgetragen hat, würden glaubwürdiger werden, wenn dahinter eine realisierbare Alternative sichtbar werden würde. Wenn Sie eine hätten, meine Damen und Herren, ich bin sicher, dann hätten Sie sie hier vorgetragen.

Sie würden sie uns doch nicht vorenthalten haben, weil Sie sie noch aufbewahren wollen, etwa für spätere Zeiten, nach Ihrer Methode: besser ist noch länger warten. Damit hätten Sie sicherlich nicht länger gewartet, wenn Sie uns hier vor der deutschen Öffentlichkeit eine glaubwürdige Alternative hätten vorenthalten können.

Das Warten ist eine gute Eigenschaft, aber eben nicht immer — ich will da nicht ganz bestimmte Personen in diesem Saal ansehen —, warten führt natürlich nicht unter allen Umständen zum Erfolg.

Meine Damen und Herren, man muß natürlich auch handeln können, wenn es die Zeit gebietet. Ich habe zu Beginn dieser Debatte gesagt, warum wir und auf welchem weltpolitischen Hintergrund wir gehandelt haben. Aber zum Handeln gehört eben die Entschlossenheit und auch die Kraft, eine Entscheidung zu treffen.

Von dieser Kraft, eine Entscheidung zu treffen, nämlich zum konstruktiven Handeln, hat man bei Ihnen nicht so viel festgestellt, wohl aber haben Sie gemeinsam — ich muß Ihnen das zugestehen — während dieser ganzen Debatte sehr diszipliniert insgesamt im Block zum Nein applaudiert. Das muß Ihnen zugestanden werden.

Aber ich will einen dritten Punkt nennen, weil der Herr Kollege Schröder gesagt hat, er habe eine Antwort auf seine Frage vermißt, die Frage nämlich, ob die Teilung Deutschlands durch diese Verträge und die damit verbundene Politik nicht in der Folgewirkung auf dem internationalen Feld vertieft würde. Ich darf dem Sinne nach etwas wiederholen, was Sie hier in Ihrer Rede zitiert haben, etwas, was ich im Bundesrat gesagt habe. Ich darf wiederholen:

Die Teilung Deutschlands wird nicht dadurch gekennzeichnet, daß irgendein Land in Zentralafrika die DDR anerkennt oder nicht oder die Anerkennung wieder aufhebt, sondern die Teilung Deutschlands vollzieht sich hier in Deutschland.

Seit 25 Jahren hat sie sich hier vollzogen, und diese Bundesregierung hat eine Politik entwickelt, die uns eine Basis geben soll, um diese Teilung in der ersten Phase zumindest einmal zu mildern, d. h. die Grenze und die Mauer durchlässiger zu machen, als sie es bisher war. Niemand von uns hat den Eindruck erweckt, als ob wir durch die Verträge mit der Sowjetunion die Wiedervereinigung vereinbaren könnten. Wer könnte das denn? Diese Verträge stehen am Anfang einer Entwicklung. Sie sind in sich ausgewogen. Sie bringen uns schon manchen Vorteil direkt, z. B. eine Berlin-Regelung, aber sie sind der Ausgangspunkt einer Politik, die, so bin ich sicher, mehr Ergebnisse zeitigen wird, als sie uns die Politik der letzten 20 Jahre auf diesem Gebiet gebracht hat.

**Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker (CDU/CSU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn ich den Auftrag habe, als letzter meiner Fraktion am Ende dieser Debatte noch einmal das Wort zu ergreifen, so tue ich es im Bewußtsein der Geduld, die damit bei Ihnen und auch außerhalb des Hauses in Anspruch genommen wird.

Ich will es tun zunächst mit einer Vorbemerkung zu unserer Nation und ihrer Lage. Es gibt gute und schlechte Deutsche, Herr Eppler. Daran kann gar kein Zweifel sein. Aber das war nicht und ist nicht mein Thema, und das unterliegt auch gar nicht meinem Urteil. Nicht, daß wir gute oder daß wir schlechte Deutsche sind, ist das, was uns hier zusammenbindet, sondern daß wir alle miteinander Deutsche sind, und mein Thema war und ist, ob wir in der Politik das Nötige und Richtige tun, um es auch bleiben zu können.

Daß wir hier in der Bundesrepublik und im anderen Teil Deutschlands sagen: wir sind Deutsche, daß aber etwa ein Wiener sagt, er sei Österreicher, das war das Ergebnis der einzigen Form des deutschen Nationalstaates, die die Geschichte für uns bereitgehalten hat im Jahre 1871. Es war eine mindestens dem Scharfsinn des Kollegen Ehmke — den ich hier nicht mehr sehe — nicht würdige Veränderung meines gestrigen Beitrages, wenn er diesen so wiedergegeben hat, als beschränkte ich die Bedeutung der Nation auf das Jahr 1871.

Denn ich habe gestern gesagt, und ich sage heute: 1871 brachte uns eine Nation mit allem Licht und allem Schatten. Ich sage nicht: es war die beste, sondern ich sage: es war die einzige Form des deutschen Nationalstaates. Sie ist es, die unser Bewußtsein geprägt hat, und keine andere. Dieses Bewußtsein ist es, an das angeknüpft werden muß von dem, welcher sagt, seine Politik wolle die staatliche Einheit der Nation wahren. Das sagt doch Ihre Regierung. Mit diesem Bewußtsein müssen wir pfleglich umgehen, sonst gefährden wir das Ziel, das Ihre Regierung verkündet und das wir unterstützen, nämlich, die Einheit der Nation zu wahren.

Da ist es nun meine Erfahrung und meine Meinung, daß bei Ihnen, bei der Sozialdemokratie, die Neigung besteht, die Nation, wie sie nun einmal ist, weniger zu würdigen als zu kritisieren, und zwar als Nation zu kritisieren, weil sie diese oder jene ihrer gesellschaftlichen Zielsetzungen noch nicht oder nicht erfüllt, und das empfinde ich eben als eine Gefahr für die Nation.

Herr Eppler, wenn Sie es schon für richtig befunden haben, über die Entstehung einer kirchlichen Denkschrift über Deutschland hier vor dem Deutschen

Bundestag zu berichten, einer Denkschrift, an der niemand so intensiv wie wir beide gearbeitet hat, dann lassen Sie mich nur noch eines ergänzen. Den Streitpunkt, den ich eben hier erwähne, hatten wir beide auch schon damals. Sie und ich hatten jeder seine Wünsche und seine Vorschläge zur Beurteilung dessen, was die Nation ausmacht. Sie waren schon damals, wie ich fand, in der Gefahr, die Nation mit zuviel gesellschaftspolitischer Kritik und Zielsetzung zu betrachten. Aber wir wollten gemeinsam der deutschen Nation nützen und nicht schaden. Deshalb haben wir uns damals geeinigt, und jeder hat vom anderen ein Stück übernommen. Wir werden in diesem Haus der Nation und dem Deutschsein dann wieder nützen, wenn wir wieder den Weg dorthin finden, eine Politik für diese deutsche Nation im ausdrücklichen Willen dieser Gemeinsamkeit zu suchen und zu tragen.

Und damit bin ich beim Hauptthema dieser zweieinhalbtägigen Debatte, bei den Ostverträgen. Ich will noch einmal unseren Standpunkt zusammenfassen.

Unser Ziel ist wie das Ihrige eine Aussöhnung mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern im Osten. Aussöhnung meine Damen und Herren, ist eine Sache der Menschen und der Völker, nicht der Regierungen, und die Menschen in Deutschland, in Polen und in Rußland wollen diese Aussöhnung. Die Sache der Regierungen ist es, hierfür Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gehören an erster Stelle Sicherung des Friedens und Wahrung der Menschenrechte.

Der Weg dorthin, meine Damen und Herren, ist die nüchterne Suche nach einem vernünftigen Ausgleich. Ohne Bereitschaft zum Ausgleich gibt es keinen Frieden, keine Aussöhnung und auch keine Menschenrechte.

Deshalb steht vieles, aber eben nicht alles zur Disposition für einen Kompromiß. Bedingungsloser Verzicht auf Gewalt z. B. gehört dazu, und die prägenden Grundüberzeugungen unseres Gemeinwesens stehen nicht zur Disposition.

Je fester und je unbeirrbarer wir vor dem Vertragspartner diese Grundpositionen vertreten, je fester wir von ihm davor Respekt verlangen, desto fester wird auch der Respekt dieses Vertragspartners vor uns sein und desto sicherer kann der politische Ausgleich gefunden und der Weg zur Aussöhnung der Völker geebnet werden.

Wir sind uns dessen wohl bewußt, Herr Scheel, daß dies im Einklang mit der Entwicklung der Welt und mit der Bereitschaft zu einer Politik der Bewegung und nicht der politischen Schützengräben erfolgen muß, und ich empfinde es einfach als unredlich, wenn mir und uns hier gestern nachgesagt wurde, wir gäben resigniert eine Durchhalteparole zu Lasten der Menschen drüben aus.

Auf diesem Weg und zu diesem Ziel waren wir in den von der CDU/CSU geführten Regierungen unterwegs.

Aber es ist eben nicht dieser Weg, der hier und heute zur Debatte steht. Denn mit einer nur scheinbaren Kontinuität, die Sie zu verantworten haben, haben Sie eine entscheidende Kurve genommen. Heute geht es nun um Ihre Vertragspolitik. Diese Vertragspolitik empfinden wir — Herr Scheel, ich muß es wiederholen — als nicht solide, weil sie nicht eindeutig und nicht vollständig ist.

Drei Punkte dazu:

Erstens: Wenn Selbstbestimmung und staatliche Einheit Ihr Ziel sind, dann dürfen Sie in keinem Vertrag und in keiner Absichtserklärung daran Zweifel aufkommen lassen.

Diese Zweifel werden aber eher größer als kleiner, wenn Sie einem Vertrag einen dazu noch nie bestätigten Brief hinterherschreiben müssen, und zwar doch offenbar gerade deshalb, weil Sie darüber verhandelt haben, es aber nicht möglich geworden ist, dies zum Vertragsinhalt selbst werden zu lassen.

Wenn Selbstbestimmung und Einheit Ihr Ziel sind, dann müssen Sie jeder Interpretation — zumal bei unseren Verbündeten — entgegenreten, wenn sie davon abweicht. Und das ist nicht geschehen.

Es ist nicht unser Vorwurf, daß Sie die Unterstützung der Alliierten für Ihre Politik suchen, um sich vor dem eigenen Volk darauf stützen zu können. Das ist ja Ihre Pflicht. Unser Vorwurf aber ist, daß diese Unterstützung u. a. mit einer Politik gewonnen werden soll, die Sie dann vor der eigenen Öffentlichkeit anders darstellen, als sie, wie Sie ganz genau wissen, zuvor bei den Verbündeten verstanden worden ist.

Zweitens: Mit dem Moskauer Vertrag sollen die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik normalisiert werden. Das ist auch unser Ziel. Aber eine solche Normalisierung muß doch in dem Bewußtsein geschehen, daß die politische Zukunft der Bundesrepublik untrennbar mit der politischen Zukunft der Europäischen Gemeinschaft verknüpft ist.

Und es ist nun einmal nicht möglich, unser Verhältnis mit einem Vertragspartner zu normalisieren, solange dieser gleichzeitig eben diese Gemeinschaft für eine Anomalie erklärt.

Drittens: Daß Sie den Willen haben, mit der Regelung innerdeutscher Beziehungen den Menschen drüben zu helfen, den Menschen, die von der Teilung besonders betroffen sind, das bezweifelt hier niemand. Aber wir sehen nicht, daß Sie hierzu den richtigen

Weg gehen. Denn Sie haben dieses Kernstück jeder deutschen Politik — anders überdies als von Ihnen angekündigt — von Ihren übrigen Schritten gelöst, und nun sind Sie in der Gefahr, einen Vertrag zur Regelung der Rechtsbasis für den Beitritt zweier deutscher Staaten in die UNO schließen zu müssen, ohne zugleich verbindliche Fortschritte für die Freizügigkeit von Menschen, Ideen und Informationen zu erzielen.

Es gibt kein entspanntes und normalisiertes Europa, solange in seiner Mitte die Abgrenzung bleibt und wächst.

Dies sind unsere entscheidenden Bedenken.

Meine Damen und Herren, das Ziel, den Frieden zu sichern, der Selbstbestimmung Geltung zu verschaffen, die Einheit der Nation zu wahren, bleibt — dies ist meine bestimmte Hoffnung — uns allen hier gemeinsam.

Der richtige Weg aber ist Gegenstand harten Streites, und das darf bei aller Sachlichkeit in keiner Hinsicht vertuscht werden, gerade um der Ziele willen.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, gehen wir den Ausschlußberatungen und den Schlußabstimmungen in diesem Hause entgegen.

**Walter Scheel, Bundesminister des Auswärtigen:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich will nach den Schlußworten von Herrn Weizsäcker für die Regierung nicht wieder die Debatte aufnehmen, aber ich bin gezwungen, in aller Zurückhaltung einen Satz zu einer Behauptung zu sagen, die Herr von Weizsäcker aufgestellt hat und die, wenn ich Sie richtig verstanden habe, lautete, ich wisse — das haben Sie dazugesagt —, daß unsere Verbündeten die Verträge und die damit zusammenhängende Politik anders verstünden, als die Bundesregierung sie hier darstelle.

Wenn ich das richtig verstanden haben sollte, darf ich nur einen Satz sagen: Ich weise eine solche Unterstellung mit aller Entschiedenheit zurück.

Ich glaube, das muß der Ordnung der auswärtigen Politik der Bundesregierung wegen gesagt werden.

**Zwischenfrage: Abg. Dr. von Weizsäcker (CDU/CSU):**

Herr Kollege Scheel, sind Sie sich dessen bewußt, daß ich mich auf einen Vorgang bezogen habe, den ich hier gestern in extenso geschildert habe, den nämlich, daß der französische Präsident Pompidou in seiner Pressekonferenz nach dem Krim-Besuch gesagt hat, er habe keinen Grund, darüber zu klagen, daß die Bundesregierung den Weg der Anerkennung der DDR ansteuere, ganz egal,

welchen Namen sie dieser Politik gebe, und daß Sie vor der eigenen Öffentlichkeit immer wieder versichert haben, daß Sie den Weg der Anerkennung nicht gehen, obwohl Sie sich einerseits auf die Zustimmung des französischen Präsidenten berufen und andererseits niemandem von uns bisher darüber Mitteilung gemacht haben, daß Sie diese Äußerung des französischen Präsidenten je öffentlich oder amtlich intern dementiert hätten?

Herr Kollege Weizsäcker, das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs zu der Frage der DDR ist Gegenstand vertraglicher Abmachungen, die die Bundesrepublik Deutschland mit Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten hat, nämlich in den Deutschlandverträgen, wo genau geregelt ist, welche gemeinsamen Entscheidungen im Verhältnis zur DDR zu treffen sind.

Ich habe auch nicht einen Augenblick daran gezweifelt, und ich zweifle nicht einen Augenblick daran, daß sich unser französischer Partner genau auf dem Boden dieser gemeinsamen Verträge bewegt.

Ich bin nicht in der Lage, Erwägungen in Pressekonferenzen auf Zwischenfragen jetzt zu analysieren. Es ist auch ganz unüblich, das zu tun.

Ich wiederhole noch einmal das, was hier zu sagen ist: Unsere Partner, nicht nur Frankreich, sondern überall in der Welt, sind über die Verträge, die wir abgeschlossen haben, und die Politik, die sich damit verbindet, aufs genaueste informiert. Es kann überhaupt nirgendwo in der Welt die geringste Mißdeutung geben. Diese Information und diese Vorstellung über die Verträge und die damit zusammenhängende Politik deckt sich genau mit dem, was die Bundesregierung hier vor diesem Hohen Hause zu den Verträgen und zu dieser Politik gesagt hat.

#### Herbert Wehner (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist keineswegs meine Absicht, hier aufzutreten, um Zusammenfassungen und Wertungen zu geben. Ich bin viel zu lange in diesem Hause, um noch enttäuscht zu sein darüber, daß hier keinerlei Abmachungen interfraktioneller Art am Ende wirklich eingehalten werden. Das ist auch so hier der Fall. Das ist aber eine alte Krankheit, und an der sind wohl alle in irgendeiner Weise mit schuld. Sie brauchen sich gar nicht vorher aufzuregen. Ich weiß auch, wo die Fehler bei uns liegen. Aber diese grimmigen Mienen haben doch keinen Sinn.

Hier ist weniger über Verträge gesprochen worden als über Hypothesen und Thesen. Ich schelte das nicht, aber das sollten Sie nicht vergessen. Wenn über Verträge zu sprechen ist, reicht es nicht aus, über Hypothesen und Thesen zu reden.

Es ist leider bei dem, was darüber hinaus zu besprechen war und worum auch zu ringen war, kaum über das erreichbare Höchstmaß guter und unserem Volk in der Lage, in der es sich nun eben befindet, bekömmlicher Beziehungen, sondern eigentlich mehr über Lagebeschreibungen gesprochen worden, die Sie so düster wie möglich zeichnen und die unsere Seite sich natürlich etwas aufzuhellen bemüht.

Was dem alten Skeptiker auch bei dieser langen Debatte wieder auffällt, ist, daß kaum Antworten auf Fragen gegeben, sondern sozusagen vorgeformte Texte vorgetragen wurden.

Ich habe es z. B. heute — das sage ich hier offen, obwohl ich es in Abwesenheit des Bundeskanzlers tun muß, der Fragen gestellt hat — bedauert, daß der Bundeskanzler Fragen gestellt hat, weil ich wußte, daß Sie auf die Fragen pfeifen würden, obwohl jede dieser Fragen geeignet war, deutlichere und bessere Ausgangspositionen sowohl für die Erörterungen der Regierung, die diese weiterzuführen hat, als auch im Hinblick auf die Verträge herbeizuführen. Aber das ficht Sie nicht an. Das ist Ihre Art, mit diesem Staat, mit den Teilen dieses Staates und seinen Organen umzugehen, wenn Sie die Regierung nicht gerade selbst stellen. Auch das ist eine alte Erfahrung. Darüber brauchen wir uns nicht mehr aufzuregen.

Meine Damen und Herren, ich kann es wohl verstehen, daß Sie, wenn Sie über die Situation im getrennten Deutschland in zum Teil packenden Worten sprechen, damit etwas ausdrücken, was Sie innerlich erschüttert. Nur ist das zu einem großen und entscheidenden Teil etwas, was zu den Folgen der jahrzehntelangen Behandlung der Deutschlandpolitik und der deutschen Frage gerechnet werden muß.

Ich hielt es nie für große Stunden dieses Hauses in der Vergangenheit, wenn die eine Seite die andere Seite sozusagen in die Pfanne gehauen hatte, wenn es darum ging, wer in einer bestimmten Frage woran schuld wäre; das ist nämlich immer sehr relativ. Sie ziehen die gegenteilige Methode vor, wie ich in dieser Debatte gemerkt habe, denn Sie möchten sich — das kann ich verstehen — von der Belastung der Folgen der Behandlung der deutschen Frage freimachen, indem Sie nämlich so tun, als ergäben sich diese Folgen, die Sie richtig sehen, aus den Verträgen, d. h. als führten die Verträge zu diesen Folgen. Es ist ganz anders.

Die Verträge sind auch keine Wunderwaffe. Wir glauben doch nicht daran, daß die Verträge ein Schlüssel zur Lösung aller Fragen sind. Aber wir wollen diese Verträge, weil mit ihnen ein redlicher Ansatz gefunden werden kann, um schrittweise das zu überwinden, von dem Sie heute so tun, als könnten Sie es uns anlasten.

#### Dr. Werner Marx (Kaiserslautern) (CDU/CSU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es war, wenn ich das recht verstanden habe, vereinbart, daß wir, die wir die Große Anfrage im Oktober eingebracht haben, in dieser Debatte das Schlußwort sprechen. So habe ich das verstanden, was unser Kollege von Weizsäcker hier gesagt hat.

Wir waren davon ausgegangen, daß er von Ihnen allen die Möglichkeit erhält, in einem sehr ruhigen und klaren Ton noch einmal grundsätzliche Prinzipien unserer Politik hier vorzutragen und dabei zugleich einige der ihm und uns gestern vorgehaltenen Unterstellungen zurückzuweisen. Herr Bundesaußenminister, Sie haben daraufhin geantwortet: Es ist die Übung dieses Hauses, daß, wenn ein Minister spricht, die Debatte neu eröffnet ist. Daraufhin hat offenbar Herr Kollege Wehner geantwortet.

Einige wenige Anmerkungen noch zum Ende! Sie haben gesagt, Herr Kollege Wehner, es handele sich eigentlich darum, daß es zwei verschiedene Lagebeschreibungen in diesem Hause gebe, die eine sei düsterer und die andere versuche mehr aufzuhellen. Es mag sein, daß dies der Eindruck ist, den Sie gewonnen haben. Ich gehe davon aus, daß wir uns alle miteinander große Mühe geben, den Versuch zu machen, die schlimmen und vielfältigen Wirklichkeiten genau zu erörtern und miteinander Wege zu suchen, wie wir die gefundene Realität durch eine bessere ersetzen.

Sie haben zweitens darauf hingewiesen, Herr Wehner, daß der Herr Bundeskanzler hier Fragen gestellt hat. Der Bundeskanzler wird auf diese Fragen ebenso klare und präzise Antwort hier und in den Ausschüssen bekommen, wenn endlich die Regierung bereit ist — und dies ist die Sache, die der Kollege Schröder gesagt hat —, die Verträge, die sie vorgelegt hat, die sie unseren Fragen ausgesetzt hat, auch mit entsprechenden Antworten und Verdeutlichungen zu begleiten.

Meine Damen und Herren, es könnte noch sehr vieles kommen, und wenn der Außenminister will, setzen wir die Debatte fort. Es könnte sehr vieles noch zu vielen Problemen und Fragen gesagt werden. Wir haben in zweieinhalb Tagen — ich glaube, auf allen Seiten — den Versuch gemacht, in einiges, was dunkel ist, Licht zu bringen. Einiges andere ist im Halbdunkel, Herr Wehner, und anderes in einer halben Helligkeit geblieben.

Es kommt jetzt darauf an, daß wir uns in den Ausschüssen die größte Mühe geben, die vielen hier nicht beantworteten Fragen immer wieder der Regierung zu stellen, weil wir das Recht haben, daß wir die Regie-

rung fragen, weil wir die Pflicht dazu haben und die Regierung das Recht und die Pflicht hat, auf diese Fragen zu antworten.

#### Präsident von Hassel:

Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich aber am Ende unserer Debatte einige Worte des Dankes sagen, des Dankes zunächst einmal an unsere zahlreichen Mitarbeiter, die wir über Gebühr drei Tage lang strapazieren mußten,

(allseitiger Beifall)

einen Dank der Presse, insbesondere dem Rundfunk und dem Fernsehen, die die gesamte Aussprache übertragen und so mitwirkten, daß alle Deutschen in Deutschland an der Aussprache teilnehmen konnten.

(Beifall)

Lassen Sie mich auch einen Dank an alle Mitglieder des Hohen Hauses sagen, die uns, den Präsidenten, die Leitung der Sitzungen so erleichtert haben.

Lassen Sie mich vor allen Dingen den Kollegen danken, die diese wichtige Debatte durch so beachtliche Beiträge geprägt haben. Art und Stil der Aussprache sind ein Zeichen für die Stärke des Parlamentarismus in unserem Lande.

Wir schließen damit die Beratung der Punkte 2 bis 6 der Tagesordnung.

# Anhang

## EntschlieÙung

### der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein

Der Bundesrat beriet in seiner 376. Sitzung am 9. Februar 1972 im ersten Durchgang die Ratifikationsgesetze zu den Verträgen von Moskau und Warschau. Dem Plenum lag der gemeinsame Antrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein auf Drucksache 721/1/71 zur Abstimmung vor. Der Antrag wurde mit 21 gegen 20 Stimmen angenommen.

Der Bundesrat wolle beschließen:

#### I.

Der Bundesrat stimmt mit der Bundesregierung überein, daß eine Verständigung mit den osteuropäischen Staaten mit dem Ziel, die Entspannung zu fördern und den Frieden zu sichern, eine der zentralen Aufgaben der deutschen Politik ist. Ein wesentlicher Schritt auf diesem Weg zum Abbau des gegenwärtigen Mißtrauens ist der Abschluß von Verträgen mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen, in denen beide Seiten auf die Anwendung und Androhung von Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen verzichten — wie es schon in der Gewaltverzichtserklärung der Bundesrepublik Deutschland vom 3. Oktober 1954 und der Friedensnote der Bundesregierung vom 25. März 1966 zum Ausdruck gebracht worden war — und die politische, wirtschaftliche, technologische und kulturelle Zusammenarbeit verbessert wird.

#### II.

Eine Politik des Friedens, der Verständigung und des Ausgleichs setzt voraus, daß

1. es entsprechend dem Auftrag des Grundgesetzes vorrangiges Ziel bleibt, die nationale und staatliche Einheit des deutschen Volkes zu wahren und in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden;

2. die Gemeinschaft der Völker des freien Europa erhalten und zielstrebig zu einer politischen Union ausgebaut wird;
3. das atlantische Verteidigungsbündnis als Garant der Sicherheit und Freiheit nicht beeinträchtigt wird;
4. im Hinblick auf eine dauerhafte europäische Friedensordnung die Spannungsursachen schrittweise abgebaut und Maßnahmen zur gegenseitigen Rüstungskontrolle und ausgewogenen Abrüstung eingeleitet werden;
5. eine völkerrechtliche Anerkennung eines zweiten deutschen Staates nicht in Frage kommt und
6. seine Aufnahme in die UNO deswegen nicht gefördert werden sollte;
7. die Bindungen zu Berlin aufrechtzuerhalten, zu festigen und weiter zu entwickeln sind.

#### III.

Ausgehend von diesen Grundsätzen wird das schwierige Werk des Ausgleichs mit unseren östlichen Nachbarn nur dann auf die Dauer Frieden und Entspannung fördern, wenn es auf der Grundlage gesicherter Gleichberechtigung der Vertragsteile beruht, von einem ausgewogenen Verhältnis von Leistung und Gegenleistung getragen ist und beharrlich und ohne Hektik betrieben wird.

Die Verträge von Moskau und Warschau lassen ernsthaft daran zweifeln, ob diese Voraussetzungen erfüllt sind. Die Verträge begegnen schwerwiegenden politischen und rechtlichen Bedenken vor allem in folgenden Punkten:

1. Es besteht die ernste Gefahr, daß die Unklarheiten und Mehrdeutigkeiten der Verträge in allen entscheidenden Punkten, die durch Äußerungen von östlicher Seite in der letzten Zeit besonders offenkundig geworden sind, die Verträge zu einem Instrument sowjetischer Einmischung in die deutsche Innenpolitik werden lassen.
2. Es ist nicht auszuschließen, daß durch den Moskauer Vertrag eine Wiedervereinigung in Freiheit auf dem Wege der Selbstbestimmung des deutschen Volkes dadurch gefährdet wird, daß in diesem Vertrag die Staatlichkeit der DDR bestätigt und die Demarkationslinie als Grenze anerkannt wird. Die in der Anlage der Denkschrift der Bundesregierung zum Moskauer Vertrag wiedergegebene Äußerung des sowjetischen Außenministers in den Vertragsverhandlungen legt den Schluß nahe, daß nach den Vorstellungen der Sowjetunion die deutsche Einheit nur unter kommunistischen Vorzeichen zu verwirklichen ist.
3. Es ist nicht sichergestellt, daß die Bundesregierung nach Abschluß des Vertrages mit der Sowjetunion

eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Anerkennung einer besonderen Staatsangehörigkeit für die in der DDR lebenden Deutschen vermeiden kann.

4. Es ist zu befürchten, daß die beiden Verträge eine endgültige — auch einem wiedervereinigten Gesamtdeutschland gegenüber wirksame — Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze enthalten, insbesondere auch deshalb, weil in beiden Verträgen ein ausdrücklicher und klarer Friedensvertragsvorbehalt fehlt.

5. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auf Grund der Verträge den in den Oder-Neiße-Gebieten lebenden Deutschen die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen wird und die Bundesrepublik Deutschland ihre Fürsorgepflicht gegenüber diesen Deutschen verletzt.

6. Es ist zu befürchten, daß die beiden Verträge wesentliche Elemente eines Friedensvertrages vorwegnehmen und damit die Vier Mächte de facto aus ihrer Verantwortung für Deutschland als Ganzes weitgehend entlassen. Vor allem ist nicht auszuschließen, daß eine grundlegende Position bisheriger deutscher Politik, nämlich die Verpflichtung der drei Westmächte auf das Ziel eines wiedervereinigten Deutschlands auf freiheitlich-demokratischer Grundlage, ausgehöhlt wird. Nicht zuletzt wegen der Diskrepanz im Wortlaut der Erklärungen des deutschen und des sowjetischen Außenministers vom 6. August 1970 einerseits und der Note der Deutschen Botschaft in Moskau an die drei Westmächte vom 7. August 1970 andererseits ist zu befürchten, daß zwar die Rechte, nicht aber auch die korrespondierenden Verpflichtungen der Siegermächte bestehen bleiben.

7. Es ist nicht überzeugend dargetan, daß die zwischen der Bundesregierung, dem Senat von Berlin und der Regierung der DDR abgeschlossenen ergänzenden Vereinbarungen zum Viermächte-Abkommen diejenige befriedigende Berlin-Regelung enthalten, die die Bundesregierung als Voraussetzung für die Ratifizierung der Verträge bezeichnet hat. Nicht einmal der durch das Viermächte-Abkommen gezogene Rahmen wurde ausgefüllt.

8. Es ist unklar, ob die Sowjetunion völkerrechtlich verbindlich darauf verzichtet hat, aus den Art. 53 und 107 der Charta der Vereinten Nationen weiterhin ein Interventionsrecht der Bundesrepublik Deutschland gegenüber abzuleiten, und ob sie Kontroll- und Mitbestimmungsrechte nach dem Potsdamer Abkommen in innerdeutschen Angelegenheiten für sich in Anspruch nimmt.

9. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Sowjetunion auch unter Berufung auf Wortlaut und Geist des Moskauer Vertrages versuchen wird, die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaften zu einer politischen Union zu verhindern.

10. Es ist nicht ersichtlich, welche Legitimation die Bundesrepublik Deutschland besitzt, in einem Vertrag mit der Sowjetunion außer den Deutschland selbst berührenden Grenzen auch alle übrigen Grenzen in Ost- und Südosteuropa zu legalisieren und dadurch die hegemoniale Stellung der Sowjetunion in diesem Raum zu festigen.

11. Es ist ferner nicht ersichtlich, welche Fortschritte die Verträge bringen in Richtung auf mehr Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Ideen als Grundlage einer künftigen europäischen Friedensordnung, die ohne Beseitigung von Mauer, Minen und Stacheldraht und ohne Aufhebung des unmenschlichen Schießbefehls undenkbar ist.

12. Es ist zu befürchten, daß die Verträge isolationistischen Tendenzen in den USA Vorschub leisten und zu einer Verringerung der Präsenz der US-Streitkräfte in Europa und damit zu einer Schwächung der NATO führen.

Sollten diese Fragen im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens nicht eindeutig geklärt werden, so wird der Bundesrat die Vertragsgesetze aus politischen und verfassungsrechtlichen Gründen ablehnen.

## Gegenäußerung der Bundesregierung zur Entschließung des Bundesrates

vom 9. Februar 1972 zu den Ostverträgen

Das Bundeskabinett beschloß in seiner Sitzung am 16. Februar 1972 folgende Gegenäußerung der Bundesregierung zur Entschließung des Bundesrates vom 9. Februar 1972 zu den Ostverträgen:

### I.

Die Bundesregierung begrüßt, daß der Bundesrat in seiner Stellungnahme vom 9. Februar 1972 weithin Übereinstimmung mit den Zielsetzungen der Politik der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Staaten zum Ausdruck bringt.

Im Gegensatz zu den von der CDU/CSU geführten Landesregierungen stellt die Bundesregierung fest, daß ihre Politik diesen gemeinsamen Zielsetzungen in jeder Phase gerecht geworden ist.

### II.

Die Stellungnahme des Bundesrates nennt sieben Voraussetzungen für eine Politik des Friedens, der Verständigung und des Ausgleichs. Hierzu ist zu sagen:

1. Um die nationale Substanz zu erhalten hält die Bundesregierung es für unumgänglich, mit den Regierungen der DDR und deren Verbündeten vertragliche Regelungen zu erzielen und darauf aufbauend die Aussichten für die Vollendung der Einheit des deutschen Volkes auf der Grundlage der Selbstbestimmung zu verbessern. Sie erfüllt damit — ausgehend von den Gegebenheiten und Möglichkeiten der heutigen Lage — den Auftrag des Grundgesetzes.
2. Während der Amtszeit der jetzigen Bundesregierung sind beim Ausbau der Europäischen Gemeinschaften große Fortschritte erzielt worden.
3. Unsere Verbündeten haben die Entspannungspolitik der Bundesregierung stets als Stärkung der Allianz betrachtet.
4. Wesentliches Ziel der Politik der Bundesregierung ist ein Abbau der Ursachen der Spannung. Der erste Schritt muß die Beseitigung von Krisenherden sein. Der Erfolg der Berlin-Politik ist hierfür ein Beispiel. An der Vorbereitung von Maßnahmen der gegenseitigen Rüstungskontrolle und ausgewogenen Abrüstung ist die Bundesregierung intensiv beteiligt. Die Ostverträge fördern diese Bemühungen, indem sie größeres Vertrauen schaffen.
5. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR kommt für die Bundesregierung nicht in Betracht. Das entspricht dem im Grundgesetz ausgedrückten Willen und der völkerrechtlichen Lage Deutschlands. Verträge mit der DDR müssen und können dennoch völkerrechtlich verbindlich sein.

6. Die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen kann gleichwohl auf der Grundlage vertraglicher Regelungen des Verhältnisses zwischen ihnen erfolgen.

7. Mehr noch als jede andere Bundesregierung hat die jetzige Regierung dazu beigetragen, die Bindungen zu Berlin aufrechtzuerhalten und zu festigen.

### III.

Die Bundesregierung nimmt zur Kenntnis, daß die Stellungnahme des Bundesrates die Verträge nicht grundsätzlich ablehnt, sondern sich darauf beschränkt, Bedenken zum Ausdruck zu bringen. Sie ist der Auffassung, daß diese Bedenken unbegründet sind.

#### Zu Ziffer 1.

Die Verträge sind in allen entscheidenden Punkten eindeutig und klar. Sie bieten nach Wortlaut und Sinn keine Möglichkeit einer sowjetischen Einmischung in die deutsche Innenpolitik. Das Gegenteil ist der Fall; die Gewaltverzichtsklausel wirkt einer Politik des Drucks entgegen.

Für die Stabilität unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung sind wir selbst verantwortlich.

#### Zu Ziffer 2.

Der Moskauer Vertrag nimmt durch seine Präambel auf das Recht der Selbstbestimmung Bezug. Durch den Brief zur deutschen Einheit, den die sowjetische Regierung widerspruchslos angenommen hat, ist sichergestellt, daß eine Politik, die auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirkt, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt, nicht als im Widerspruch zu dem Vertrag stehend bezeichnet werden kann.

Die Demarkationslinie zur DDR ist schon in der den drei Westmächten gegenüber abgegebenen Erklärung von Bundeskanzler Adenauer vom 3. Oktober 1954 als „Grenze“ bezeichnet worden, ohne daß damit eine Anerkennung vorgenommen wurde. Im Moskauer Vertrag ist die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR — ebenfalls ohne eine Anerkennung vorzunehmen — ohne Einschränkung in den Gewaltverzicht einbezogen worden.

Es ist ohne Belang für die im Vertrag geregelte Materie, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion verschiedener Auffassung sind, wie die Einheit Deutschlands zu verwirklichen ist. Es bleibt Aufgabe der deutschen Politik, unserer Auffassung Geltung zu verschaffen.

#### Zu Ziffer 3.

Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland mit allen ihren rechtlichen Konsequenzen könnte nur durch eine entsprechende Willenserklärung seitens der Bundesrepublik vollzogen werden. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, eine solche Willenserklärung herbeizuführen. Der Moskauer Vertrag verpflichtet sie hierzu nicht.

#### Zu Ziffer 4.

Die Bundesregierung hat klargestellt, daß die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte durch die Verträge nicht berührt werden. Bekanntlich gehört zu der Zuständigkeit der Vier Mächte auch eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland einschließlich seiner Grenzen. Im übrigen kann die Bundesrepublik keinen gesamtdeutschen Souverän binden.

#### Zu Ziffer 5.

Individualrechte, insbesondere die Staatsangehörigkeit, sind nicht Gegenstand der Verträge und werden von ihnen nicht berührt.

Um jeden Zweifel in dieser Hinsicht auszuschließen, hat der Bundesminister des Auswärtigen im Zusammenhang mit dem Warschauer Vertrag vor Abschluß der Verhandlungen folgende Erklärung abgegeben:

„Durch den Abschluß dieses Vertrages gehen keiner Person Rechte verloren, die ihr nach den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetzen zustehen.“

Die Politik der Bundesregierung eröffnet die Möglichkeit, ihrer Fürsorgepflicht wirksamer als bisher nachkommen zu können.

#### Zu Ziffer 6.

Die Verträge beeinträchtigen weder rechtlich noch faktisch die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes.

In der Präambel des Viermächte-Abkommens über Berlin sprechen die Siegermächte des Jahres 1945 gemeinsam nicht nur von ihren Rechten, sondern auch von ihren Verantwortlichkeiten. Die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Berlin sind untrennbar mit denen für Deutschland als Ganzes verbunden.

An der in Art. 7 des Deutschlandvertrages formulierten gemeinsamen deutsch-politischen Zielsetzung der drei westlichen Alliierten und der Bundesrepublik hält die Bundesregierung fest. Auch die drei Westmächte betrachten den Deutschlandvertrag unverändert als die maßgebende Grundlage ihres Verhältnisses zur Bundesrepublik Deutschland.

#### Zu Ziffer 7.

Die Bundesregierung stellt fest, daß die von der CDU/CSU geführten Landesregierungen das Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 selbst als befriedigende Grundlage ansehen.

Die Regierungen der Vier Mächte haben die von den zuständigen deutschen Stellen abgeschlossenen Vereinbarungen als in Übereinstimmung mit dem Viermächte-Abkommen stehend erklärt. In den Vereinbarungen wurden positive Regelungen getroffen, die über eine reine Ausfüllung des vom Viermächte-Abkommen gezogenen Rahmens hinausgehen. Dies gilt z. B. für die Pauschalierung der Visa-Gebühren, die Vereinfachung der Warenbegleitscheine, die Reisen von Berlinern in die DDR und anderes mehr.

#### Zu Ziffer 8.

Der Vertragstext, durch den sich die sowjetische Regierung verpflichtet, auf die Androhung und Anwendung von Gewalt gegenüber der Bundesrepublik zu verzichten und alle Streitfragen im gegenseitigen Verhältnis ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen, ist uneingeschränkt und klar.

#### Zu Ziffer 9.

Die Verträge geben der UdSSR keine Möglichkeit, die Europapolitik der Bundesregierung zu stören. Dieser Auffassung sind auch unsere westeuropäischen Partner.

#### Zu Ziffer 10.

Gewaltverzicht ist keine Legalisierung von Grenzen. Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, irgendeine Grenze in Europa mit Gewalt zu ändern. Dies haben auch frühere Bundesregierungen erklärt ohne zu fürchten, damit die hegemoniale Stellung der Sowjetunion zu festigen.

#### Zu Ziffer 11.

Die Verbesserung der Lage in Deutschland kann nur die Folge von Abmachungen zwischen den Regierungen der beiden Staaten in Deutschland sein, zu denen es — über das bisher Geschehene hinaus — nach Lage der Dinge erst nach der Ratifizierung des Moskauer Vertrages kommen kann.

#### Zu Ziffer 12.

Enge Konsultationen haben ergeben, daß unsere Partner im Atlantischen Bündnis die ausgedrückten Befürchtungen ebensowenig wie wir hegen.

Dies gilt insbesondere für die Vereinigten Staaten. In der gemeinsamen deutsch-amerikanischen Erklärung im Anschluß an die Begegnung zwischen Präsident Nixon und dem Bundeskanzler vom 29. Dezember 1971 heißt es:

„... Der Präsident wiederholte, daß die amerikanischen Verpflichtungen in Europa unverändert weitergelten, und daß insbesondere keine Verminderung der amerikanischen Truppenstärke in Europa erfolgen wird.“

## Sachregister

ABC-Waffen, 54

Abschreckung, 146

Ältestenrat, 7

Alleinvertretung, 39, 131, 188

Anerkennung (s. DDR — Anerkennung)

Atlantische Gemeinschaft (s. auch NATO), 41, 67, 90, 125, 129, 131 ff., 136, 141, 172, 187, 190

Atomwaffensperrvertrag, 54

Auschwitz, 113

Außenpolitik, 10, 18, 24, 35, 41, 44, 69, 91 f., 93 f., 128, 131, 134, 153, 187, 195

Aussiedlung, 163, 184

Auswärtiger Ausschuß, 185

Bahr-Papier, 20, 59, 92, 98

Bangla Desh, 57

Bericht zur Lage der Nation, 8 ff., 167

Berlin, 31 f., 37, 42, 50, 60, 80, 83 f., 86 f., 99, 128, 149, 187, 191

— Besuche in Ostberlin, 8, 14, 31, 37, 61, 86, 100

— Bindungen zum Bund, 8, 31, 61, 63, 99

— Blockade, 61

— Mauer, 14 f., 20, 32, 49, 71, 82 f., 100, 130, 133

— Regelung (s. auch Berlin-Abkommen), 14, 37, 42, 74, 109, 191, 194

— sowjetisches Generalkonsulat, 64, 86, 99, 165

— Status, 8, 49 f., 63 f.

— Verantwortung der Drei Mächte (s. auch Drei Mächte), 14, 60, 76, 135

— Verantwortung der Vier Mächte (s. auch Vier Mächte), 49, 61, 76, 153

— Verkehr, 8, 31, 61

Berlin-Abkommen (s. auch -Regelung), 8 f., 14, 21, 31 f., 38, 42, 60 f., 74, 109, 134, 147, 175, 185

Berlin-Vereinbarung der Vier Mächte vom 3. September 1971, 8, 12, 21, 31, 83 f., 86 f.

Breschnew-Doktrin, 40, 50, 56, 113, 123

China, 11, 17, 44, 58, 63, 66, 127, 138 f., 187

Chruschtschow-Ultimatum von 1958, 61, 82

DDR, 22, 26 f., 36 f., 39, 44, 49, 59, 71 ff., 74, 78 f., 138

— Anerkennung, 24, 65, 76, 82, 93, 96, 111, 188

— Beziehungen BRD-DDR, 8 f., 10 f., 16, 22, 43, 78, 135

— Beziehungen Frankreich-DDR, 79

— Grenze zur DDR (s. auch Grenzen, Grenzverletzungen), 9, 15

— Realität, 22, 49, 59, 188

— Staatlichkeit, 10, 26, 36, 44, 65, 72, 107, 139, 151

Debellatio (völkerrechtlicher Begriff), 170

Demarkationslinie (s. auch Grenze zur DDR), 21, 96, 122

Demokratie, 7, 98, 110, 138, 140, 169

Deutsch-polnischer Vertrag vom 7. Dezember 1970 (s. auch Warschauer Vertrag, Ostverträge), 13, 24 f., 31, 34, 41, 51, 68, 112 f., 115, 117, 135, 159, 164, 166, 184, 191

Deutsch-sowjetisches Abkommen vom 13. September 1955, 25

Deutsch-sowjetischer Vertrag vom 12. August 1970 (s. auch Moskauer Vertrag, Ostverträge), 12, 24 f., 28, 31, 34, 38, 41, 49 ff., 56 f., 68 f., 87, 92, 94, 117 f., 132, 135, 153, 164, 166, 199

Deutsche Frage, 26, 31, 68, 72, 81 f., 106, 109, 134, 151

Deutschland, 9, 41, 48, 72, 75, 160, 169 f., 176

Deutschland-Politik, 10, 21, 25, 41, 48, 65 f., 71, 75, 83, 109, 139, 186 f., 188, 191, 196

Deutschnationale, 110, 167, 178

DKP (s. auch Kommunismus), 75

Drei Mächte, 8, 14, 69, 99, 132, 135, 144, 187

Dritte Welt, 158 f.

Einheit, 12 f., 14 f., 25, 35, 38, 41, 43, 46, 57, 71 ff., 75, 101, 103, 108, 111, 120, 150, 176, 195

— Brief zur deutschen Einheit, 13, 15, 57, 90, 97, 105 f., 111, 195

Entschließung der Länder (Bundesrat), 199 f.

Entspannung, 8 f., 12 f., 17, 22, 27 f., 39, 41, 43, 48 f., 52, 54, 66, 84 f., 111, 128 f., 131 f., 136, 144, 152

Entwicklungsländer, 11, 158

Ermächtigungsgesetz, 140

Europa (s. auch Europäische Gemeinschaft, EWG)

— Einheit, 45, 47, 130, 148, 151

— Friedensordnung, 29, 134, 148, 152, 160, 164

— Sicherheit, 9, 29, 37 ff., 128, 136

— Zusammenarbeit, 9 f., 136

Europäische Gemeinschaft, 16, 19, 23 f., 34, 46, 105, 131, 148, 158, 180 f., 190, 195

Europäische Verteidigungsgemeinschaft, 179

EWG, 42, 57, 80, 105, 130, 135, 138, 158, 182

Extremismus (s. Radikalismus), 44, 75

Familienzusammenführung, 51, 163

Faschismus, 30

Feindstaatenklauseln, 50

Fernmeldeverbindungen, 14

Fernschreibverbindungen, 14

Fouchet-Plan, 183

Freiheit, 72, 77, 114, 140, 168 f., 181

Freizügigkeit, 20, 22 f., 26 f., 38, 40 f., 45, 57, 107, 152, 162

Friedensnobelpreis 1971, 73

Friedensordnung, 15, 29 f., 148, 152, 181

Friedenspolitik, 11 f., 15, 19, 22 f., 54, 73, 79, 83, 91, 102, 104, 114, 117, 120 f., 125, 134, 137, 160, 190

Friedenssicherung, 28 f., 45, 51 f., 73, 91, 121, 129, 137, 164, 195

Friedensvertrag, 13, 48, 57, 82, 90, 102, 115, 153, 160

Gebietsansprüche, 12, 56 f.

Gebührenpauschalierung, 85

Gegenüberung der Bundesregierung zur Entschließung des Bundesrates vom 9. Februar 1972, 201

Genfer Gipfelkonferenz 1955, 85

Gesamteuropäische Konferenz, 25 f.

Gewaltverzicht, 9, 12, 14, 20, 22, 26, 34, 42 f., 45, 49 f., 54 ff., 89, 95, 102, 115, 125, 134, 150, 175, 189 f.

Godesberger Programm, 75, 131

Grenzen (s. auch DDR, Grenze zur), 12 f., 15, 21, 23, 26, 56 f., 58, 67, 89, 93 f., 96, 106, 112, 114 f., 116, 122, 150 f., 153, 161 f., 190

Grenzverletzungen, 21

Grundgesetz, 9, 67, 71, 79, 96, 118 ff.  
– Präambel zum, 15, 119 f., 172, 176, 190

Grundordnung, freiheitlich-demokratische, 9

Grundrechte (s. auch Menschenrechte), 67, 163

Hallstein-Doktrin, 130

Harmel-Bericht, 17, 129

Interventionsanspruch (-klauseln, -recht), 12, 42, 57, 67, 150, 155, 165

Japan, 58, 127

Kalter Krieg, 32, 81, 89, 189

Kassel (20 Punkte), 8, 26, 28, 107

Katyn, 113

Kommunismus, 16, 18, 28 f., 33, 39, 52, 75, 91 f., 96, 116 f., 129, 167 f., 186

Konfrontation, 11

Konvergenztheorie, 167 f.

Krim, 94

Lamsdorf (Schauplatz von Verbrechen an Deutschen), 113

Lastenausgleich, 163

Liberalismus, 11

Locarno-Vertrag, 36 f.

Marshallplan, 171

Marxismus, 166

Mauer (s. Berlin, Mauer)

Materialien zur Lage der Nation, 9, 71 ff., 74

MBFR (Mutual Balance Force Reduction, gleichgewichtige Begrenzung der Streitkräfte), 132

Menschenrechte (s. auch Grundrechte), 26, 47, 96, 107, 162 f., 183 f.

MLF (Multilaterale Atomstreitmacht), 187

Moskauer Vertrag (s. auch Deutsch-sowjetischer Vertrag vom 12. August 1970), 12, 28, 31, 87, 90

Münchener Abkommen, 49, 56, 125

Nahostpolitik, 187

Nation, 9 f., 73 f., 75, 82 f., 101, 111, 156 f., 176 ff., 194

Nationalismus, 113, 125, 163

NATO (s. auch Atlantische Gemeinschaft), 17, 20, 41, 50, 53, 66, 69, 80, 130 ff., 136, 143 f., 145 f., 151, 179

Neutralisierung, 41

Nichtangriffspakt (Hitler/Stalin, 1939), 56, 113, 117, 125 f., 164

NSDAP, 59

Oder-Neiße-Linie (s. auch Grenzen), 13, 40, 56, 68, 92, 102, 104, 111 f., 114 f., 118, 162, 164, 170, 184

Opposition, 11 f., 17, 31, 41, 45, 47, 61 f., 69, 76, 116, 119, 138, 149, 174, 179, 185, 187, 189 f., 193

Ostblock, 58, 117, 123, 145, 153, 186

Ostgebiete, 12 f., 117, 159 f.

Osthandel, 181 f.

Ostpolitik, 44 f., 52 f., 54 f., 65 f., 78, 80, 91, 99, 101, 104, 123, 126 f., 131, 134, 138, 144, 188 f.

Ostverträge (s. auch Deutsch-polnischer Vertrag, Warschauer Vertrag, Deutsch-sowjetischer Vertrag, Moskauer Vertrag), 10 ff., 16 f., 19, 27, 29 f., 35, 41, 44, 64 f., 67 f., 84, 95, 101 f., 103, 121 f., 128, 150, 163, 179, 182, 185, 195

Ost-West-Politik, 12, 14, 35, 41, 43, 54, 77, 130 f., 136, 173, 190

Pariser Verträge, 54, 81

Parlamentarismus, 197

Passierscheinregelungen, 99

Polen, 13, 28, 34, 67, 84, 112 ff., 116 ff., 126, 155, 160 ff., 175

„Politika“ (Warschauer Zeitung), 84

Postvereinbarung, 8, 85

Potsdamer Abkommen, 56, 106, 170

Radikalismus (s. auch Extremismus), 44, 46, 75, 101, 120, 168

Raketenabwehrsysteme, 146

Rechtsstaat, 28, 72, 99

Realitäten, 35, 46, 59, 73, 78 f., 90, 98, 103, 116, 130, 150, 173, 188 f.

Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969, 10, 65, 91, 188

Reichsgründung 1871, 74 f.

Reise- und Besucherverkehr (s. auch Berlin, Besuche in Ostberlin), 8, 56, 74

Reparationsleistungen, 17, 148

Rüstungsbegrenzung (-kontrolle), 11, 18

SALT, 129, 132

Schießbefehl, 22, 28, 32, 43

SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 74, 77

Selbstbestimmungsrecht, 8, 10, 13, 15, 20, 22 f., 25 f., 37 f., 50, 54, 57 f., 66, 68, 75, 79, 87, 95 f., 97 f., 105 f., 114, 120 f., 123, 125, 147, 150, 152, 155, 160, 167, 190, 195

Sibyllinische Bücher, 174

Sicherheit (s. Europa, Sicherheit)

Sicherheitskonferenz, 28, 37, 126 f., 139 f., 148, 182

Sicherheitspolitik, 128 f., 131 ff., 136 f., 143 f.

Siebenjähriger Krieg, 174

Sowjetunion, 8, 17 f., 22 f., 24, 50, 55, 91, 96 f., 122 f., 145, 153, 173, 181

– und Europa, 22 f., 24 f., 38, 42, 46, 80, 91, 105, 122, 126, 128, 152

Sozialdemokratische Perspektiven (1968), 95

SPD, 161

Staatsangehörigkeit, 163

Staatsbegriff, 10, 174 f.

Staatsrecht, 58, 174 f.

Status quo, 23, 25, 37, 39, 51, 68, 102, 104, 144, 190

Stufenplan (CDU), 83, 186

Teheran (Konferenz), 170

Teilung, deutsche, 65, 72 f., 78, 190, 193

Telefon- und Postverkehr, 8, 85

Transitwege, 8

Truppenverminderung, 133

Tschechoslowakei, 52

Ungarn (1956), 174

UNO  
– Charta, 34, 88, 95, 98, 115  
– Beitritt BRD, 26, 77, 79  
– Beitritt DDR, 26, 28, 38, 77, 184  
– Satzung, 106, 155

„Unverletzlichkeit“ (Grenzen), 50

USA (s. auch Nixon, Roosevelt, u. a.), 130, 132 f., 134

Verfassungsmäßigkeit, 50, 77, 119

Verfassungstreue, 35

Verkehrsvertrag, 9, 26

Versöhnung, 121

Verständigung (mit Ostberlin), 9

Verteidigung (des Westens), 48, 132

Verteidigungskonzept, 132

Vertreibung, Vertriebene, 29, 81, 102 f., 114, 118, 159, 162, 164

Vier Mächte, 9, 173  
– Abkommen, 8, 12, 31 f., 33, 63, 95, 99 f., 191 f.  
– Verantwortung, 13, 76, 154

Visa-Gebühren, 14, 93

Völkerrecht, 9, 50 f., 58, 65, 77, 106, 170, 181

Volksabstimmung, 176

Wandel durch Annäherung, 77, 167 f.

Warschauer Pakt, 28, 146

Warschauer Vertrag (s. Deutsch-polnischer Vertrag vom 7. Dezember 1970)

Wehrpflicht, 28

Weimarer Republik, 12, 19, 101, 104, 110, 143

Weltkriege, 11, 42, 121

Weltrevolution, 39, 52

Westeuropa, 16, 151

Westpolitik (s. auch Ost-West-Politik), 8, 54, 76, 81, 90, 139, 179 f., 183, 187

Westverträge, 11, 54, 72, 139, 187

Wiedervereinigung, 23 f., 25 f., 33, 40, 43, 46, 62, 79, 98, 101, 131 f., 144, 157 f., 172 f., 176, 193

Wiener Kongreß 1814/15, 176

Yalta, 170

Zweistaatentheorie, 94

# Personenregister

Achenbach, Dr. Ernst, 87 ff., 91, 96, 165  
Adenauer, Dr. Konrad, 13, 17, 19 f., 24 f., 39, 43, 48, 50, 52 f., 54 f., 72, 81, 88, 91, 100, 105 f., 139, 147, 149, 157, 159, 163, 168, 173, 174  
Aigner, Dr. Heinrich, 30  
Amrehn, Franz, 84 ff., 99, 149  
Apel, Dr. Hans, 144 f., 155  
Arndt (Hamburg), Dr. Claus, 58, 68, 112 f.  
Augustin(us), Aurelius, Kirchenlehrer, 177  
  
Bahr, Egon, 54, 59, 92, 95, 147  
Ball, George, 124, 128  
Barzel, Dr. Rainer, 15, 19 ff., 30, 35, 38 f., 41, 43, 45 ff., 49, 59, 62 f., 64, 73, 91, 99 f., 101, 103, 106 ff., 132, 140 f., 147, 155, 177, 181 f., 186, 189  
Becher (Pullach), Dr. Walter, 159  
Behrendt, Walter, 181 ff.  
Bismarck, Fürst Otto von, 38, 124  
Blum, Léon, 125  
Borm, William, 60 ff., 86  
Brandt, Willy, 8 ff., 20, 32 f., 41 ff., 56, 59, 93, 98, 104, 147 ff., 159 f., 179  
Brentano, Dr. Heinrich von, 31, 89, 139, 159  
Breschnew, Leonid, 36, 41, 52, 68, 94, 116, 124, 137, 150  
Brosio, Manlio, 25, 53, 80, 96, 144  
Bulganin, Nikolai Alexandrowitsch, 25, 55, 84, 105, 147, 149, 173  
Byrnes, James Francis, 171  
  
Chamberlain, Arthur Neville, 125  
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch, 160  
Churchill, Winston Spencer, 81, 116, 123 f., 125  
Cortier, Peter, 144  
Cyrankiewicz, Josef, 114 f.  
Czaja, Dr. Herbert, 120, 159 ff., 164, 171, 177  
  
Daladier, Edouard, 125  
Dehler, Dr. Thomas, 114, 138 f.  
Dorn, Wolfram, 164 ff.  
Douglas-Home, Sir Alexander Frederic, 16  
Dulles, John Foster, 81  
  
Ebert, Fritz, 110  
Eden, Sir Robert Anthony, Earl of Avon, 85  
Ehmke, Dr. Horst, Prof., 59 ff., 100 ff., 111, 120, 160, 164, 168  
Eisenhower, Dwight David, 85  
Eppler, Dr. Erhard, 52 f., 154 ff., 164, 167  
Erhard, Dr. Ludwig, Prof., 19, 52, 54, 62, 167  
Erler, Fritz, 46, 159, 180  
Erzberger, Matthias, 110  
Fabry, Philipp W., Historiker, 126  
Faure, Edgar, 85  
Filbinger, Dr. Hans, 62, 66, 133, 135, 147  
Franke (Hannover), Egon, 71 ff.  
Friedrich II., König von Preußen, 174, 178  
  
Gaulle, Charles de, 39  
Geibel, Emanuel, 110  
Genscher, Hans-Dietrich, 117 ff.  
Gerstenmaier, Dr. Eugen, 157  
Gierek, Eduard, 184  
Gomulka, Wladyslaw, 68, 94, 115, 160, 164  
Goodpaster, Andrew B., 146  
Gradl, Dr. Johann Baptist, 108, 157, 170, 172  
Gretschko, Andrej Antonowitsch, Marschall der Sowjetunion, 146  
Grigorjew, Michael, 146  
Gromyko, Andrej, 14, 50, 57, 59, 67, 88, 92, 95, 97, 165  
Grotius, Hugo, 170  
Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu, 20, 30, 47, 63, 77, 82, 119  
  
Haase (Kassel), Lothar, 81, 113  
Hassel, Kai-Uwe von, 7, 197  
Heath, Edward, 138  
Heck, Dr. Bruno, 156  
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, 124  
Heuss, Ernst, Prof., 116  
Heuss, Theodor, Prof., 114  
Heyen, Rolf, 99  
Hitler, Adolf, 20, 22, 59, 98, 102, 113 f., 115 f., 126, 140, 143  
Honecker, Erich, 16, 36, 38, 40, 74, 90, 116, 122, 136, 141, 147  
Hupka, Dr. Herbert, 103  
Husák, Dr. Gustaf, 164  
  
Jaeger, Dr. Richard, 29  
Jedrychowski, Dr. Stefan, poln. Außenminister, 115  
Jenninger, Dr. Philipp, 177  
Johnson, Lyndon Baines, 14, 30  
Jung, Kurt, 144  
  
Kaisen, Wilhelm, 171  
Kaiser, Jakob, 139  
Katzner, Hans, 167, 169  
Keller, Gottfried, 179  
Klep, Walther Leisler, 60, 80, 135  
Kliesinger, Dr. h. c. Kurt Georg, 19, 22, 33, 35 ff., 41 ff., 50, 52, 54, 64, 82, 88, 99, 103, 112, 119, 125, 130, 134, 138, 143, 174  
Klee, Frau Marie-Ellsabeth, 158

Kliesing (Honnef), Dr. Georg, 133  
Kriele, Martin, Prof., 50  
Kossygin, Alexej, 17 f., 38  
  
Lansbury, George, 125  
Lenin, Wladimir Iljitsch, 77  
Lenz (Bergstraße), Dr. Carl Otto, 105  
Loof, Uwe, 92  
Lummer, Heinrich, 61  
Ludz, Peter C., Prof., 74  
Luns, Joseph, 53, 80, 146  
  
Mann, Golo, Prof., 76, 78, 124  
Mann, Thomas, 63  
Mansfield, Mike, 133  
Marx, Karl, 178  
Marx (Kaiserslautern), Dr. Werner, 51, 61 ff., 68, 91 ff., 100 f., 106, 108, 118, 120, 137, 147, 165 f., 197  
Matthöfer, Hans, 53, 113  
Mattick, Kurt, 53, 55, 79 ff., 86, 130, 133, 151  
Mehnert, Klaus, Prof., 104  
Mende, Dr. Erich, 183  
Merkatz, Hans-Joachim von, 101  
Metternich, Clemens Wenzel Lothar Nepomuk, Fürst von M.-Winneburg-Beilstein, 146  
Mischnick, Wolfgang, 47, 54  
Moersch, Karl, 59, 111, 137  
Monnet, Jean, 148  
Morgenthau, Hans, Prof., 83  
  
Nixon, Richard M., 11, 14, 17, 31, 43, 47, 60, 63, 80, 83, 103, 129, 131, 133, 138, 145, 188  
  
Ollenhauer, Erich, 31, 56, 82, 159  
  
Petersen, Peter, 118, 156  
Pfleiderer, Karl Georg, 48, 139  
Pompidou, Georges, 16, 39 f., 43, 76, 80, 89, 166, 195 f.  
Posser, Dr. Diether, 159  
  
Ranke, Leopold von, 93  
Rathenau, Walther, 110  
Rawe, Wilhelm, 189 f.  
Reuter, Ernst, Prof., 83, 98 f., 118, 171, 180  
Ribbentrop, Joachim von, 117  
Roosevelt, Franklin Delano, 81  
Rush, Kenneth, 31, 37  
Rusk, Dean, 15  
  
Schäfer (Tübingen), Dr. Friedrich, Prof., 53  
Scheel, Walter, 11 ff., 19 f., 22, 25, 38, 54, 90, 92, 96, 150, 168, 185 ff., 190, 193, 195  
  
Scheuner, Dr. Ulrich, Prof., 78  
Schlaga, Georg, 115  
Schmid (Frankfurt), Dr. Carlo, Prof., 36 f., 54 f., 139, 169 ff., 183  
Schmidt (Hamburg), Helmut, 128 ff., 140 f., 143, 167, 192  
Schmitt, Dr. Carl, Prof., 110  
Schnitzler, Karl Eduard von, 40, 122  
Schröder (Düsseldorf), Dr. Gerhard, 40, 42, 51, 61, 65 ff., 79, 83, 87 ff., 95 f., 99 ff., 102 f., 108, 119, 128, 132, 134 f., 138, 144, 190 ff., 193  
Schütz, Klaus, 86  
Schukow, Jurij, 57, 152  
Schulz (Berlin), Dr. Klaus-Peter, 179  
Schulze-Vorberg, Dr. Max, 55  
Schumacher, Dr. Kurt, 56, 95, 99, 159 f., 180  
Schumann, Maurice, 17  
Siegler, Hellmut, 114  
Simpfendorfer, Wilhelm, 104, 168  
Smend, Dr. Rudolf, Prof., 103  
Smirnow, Andrej, 13  
Sperling, Dr. Dietrich, 54  
Stalin, Josif Wissarionowitsch, 18, 20, 113, 115 f., 122, 126, 170  
Stark (Nürtingen), Dr. Anton, 88, 104, 193  
Steinbuch, Karl, Prof., 46, 168  
Steinhoff, Johannes, 146  
Stoltenberg, Dr. Gerhard, 28  
Stoph, Willi, 79, 94, 122  
Strauß, Franz Josef, 30, 35, 40 f., 58, 82, 90, 100, 105, 120 ff., 128, 137, 148, 164, 189  
Stresemann, Gustav, 36 f.  
Stücklen, Richard, 50 ff., 79, 88, 108, 137, 164, 178  
  
Togliatti, Palmiro, 96  
Truman, Harry S., 170 f.  
  
Ulbricht, Walter, 40, 110, 160, 184  
  
Wagner (Trier), Dr. Carl-Ludwig, 183  
Wehner, Herbert, 29 ff., 35 f., 37 f., 40, 56, 59, 81 f., 97, 103, 108, 117, 125, 130, 157, 159 ff., 167, 173, 185, 196  
Weizsäcker, Dr. Richard Freiherr von, 74 ff., 82, 89 f., 101, 105, 119, 156, 165, 194 f.  
Windelen, Heinrich, 110, 117 f., 186  
Winiewicz, Josef, 51  
Wörner, Dr. Manfred, 141  
Wohlrabe, Jürgen, 62  
Wrangel, Olof Baron von, 61  
Wyszynski, Stefan, 114  
Zimmermann, Dr. Friedrich, 143 ff., 147, 169, 192